

und alle Lösungsvorschläge aus anderen Ländern hernehmen und wieder einmal auf die Anwendbarkeit bei uns überprüfen. Das gilt übrigens auch für den Zusammenhang der Raumordnung mit der Wasserwirtschaft. Auch hier stehen wir vor einer ähnlichen Problematik.

In der Raumordnungsgesetznovelle 1985 wurde mit der verstärkten Koppelung der Raumplanung an eine ordnungsgemäße Wasserwirtschaft bzw. Abwasserentsorgung ein entscheidender Impuls für den Gewässerschutz gesetzt. Sie erinnern sich an die Diskussion Mur-, Raab-Sanierung. Notwendigerweise wurde begonnen, für den ländlichen Raum eine ordnungsgemäße Abwasserbeseitigung und -entsorgung aufzubauen. In knapp zehn Jahren konnte in der Steiermark der Entsorgungsgrad, bezogen auf Einwohner, von rund 50 Prozent auf knapp 70 Prozent erhöht werden. Diese Erhöhung ist überwiegend auf Maßnahmen im ländlichen Raum zurückzuführen. Diese Entwicklung war wiederum nur möglich, weil sich das Bundesland Steiermark frühzeitig mit besonderen Verhältnissen des ländlichen Raumes auseinandergesetzt hat und sowohl von den Landesräten Riegler, Schaller, als auch nunmehr Pörtl eine Reihe österreichweit beispielhafter Initiativen gesetzt wurden.

Zum Beispiel Studien und Richtlinien für den ländlichen Raum, Einführung örtlicher Abwasserentsorgungskonzepte, verschiedene Pilotprojekte, zum Beispiel vereinfachte Kanalbauweisen, Pflanzenkläranlagen, Klärschlammkompostierung, Klärschlammvererdung.

Es ist insgesamt gelungen, österreichweit die geringsten Baukosten bei den Abwasserentsorgungsanlagen zu erzielen. Es wird auch möglich sein, die Zielsetzung des Ökoprogrammes 2000, welches bis zum Jahr 2000 75 Prozent Entsorgungsgrad vorsieht, trotz Schwierigkeiten zu erfüllen. Trotz aller dieser Aktivitäten und Initiativen, die die Steiermark an die Spitze der Bundesländer stellt, sind für die nächsten Jahre weitere Herausforderungen gegeben. Je mehr Abwasserentsorgung in dünn besiedelten Bereichen notwendig ist, umso wichtiger ist es, rechtzeitig kommunale und private Entsorgungsbereiche festzulegen, also Abwasserentsorgungspläne aufzustellen, denn es gibt nach wie vor rund 200.000 Einwohner, die nicht von kommunalen Systemen erfaßt werden können oder erfaßt werden. Es gilt, neue technische Systeme zu prüfen, Stichwort Kleinkläranlagen, Pflanzenkläranlagen, Klärschlammvererdung und -kompostierung. Wir haben in der Steiermark jetzt die letzte Generation der Pflanzenkläranlagen eigentlich erreicht, und sie sind, zwar nach wasserrechtlicher Verhandlung, aber dennoch, Stand der Technik. Es gilt auch, neue organisatorische Strukturen aufzubauen, Stichwort Wartungs- und Betreuungsgemeinschaften, weil diese Kläranlagen müssen ja auch gewartet und betreut und kontrolliert werden, und das kann man wiederum nicht der öffentlichen Hand zumuten. Neue Bewertungsmethoden für Abwasserlösungen im Hinblick auf ihre Wirtschaftlichkeit und ökologische Auswirkung müssen entwickelt werden. Das derzeit in Verwendung stehende Merkblatt für Variantenuntersuchungen ist eine erste Grundlage, die eine rasche

Abwicklung von Förderungsanträgen gewährleistet. Eine weitere Entwicklung – und das muß ganz deutlich gesagt werden – ist natürlich notwendig und auch vorgesehen.

Dieses Papier zur Variantenuntersuchung ist noch nicht endgültig, aber es ist die Steiermark österreichweit das einzige Land, wo es erprobt wird und daher weiterentwickelt werden kann.

Es müssen die Finanzierung für den Gewässerschutz und die Maßnahmen für die Volksgesundheit in einem auf das Umweltförderungsgesetz aufbauenden Förderungssystem der Landesförderung geregelt werden und, was sehr wichtig ist, die Akzeptanz für diese Maßnahmen in der Bevölkerung zu erreichen. Konfliktpunkte, wie Anschlußzwang für landwirtschaftliche Wohnobjekte, Berücksichtigung von Eigeninitiativen von Bürgern, also der Selbstbau von Anlagen, sind einer politischen Diskussion zu unterziehen und einvernehmlich zu regeln. (Präsident: „Ich bitte Herrn Abgeordneten, die Zeit zu beachten!“) Jetzt käme aber erst das Interessante. (Abg. Vollmann: „Gibt es nicht einen Abschlußzwang?“ – Präsident: „Ich habe das Wort Abschlußzwang gehört, das würde ich empfehlen!“) Das war ja nur die Einführung. Aber ich fürchte, damit ich dieses Zehn-Minuten-System nicht durchbreche, ich werde mich dann später bei einem anderen Kapitel noch einmal melden, wo das Vorhergesagte auch paßt.

Ich danke für die bisherige Aufmerksamkeit. Ich bitte Sie, sich das bisher Gesagte zu merken, daß wir dann fortsetzen können. Ich danke vielmals! (Allgemeiner Beifall. – 16.46 Uhr.)

**Präsident:** Danke sehr. Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Grabner, der auch zum Themenbereich EU sprechen wird und trotzdem die zehn Minuten einzuhalten gelobt hat. Ich danke ihm schon im vorhinein.

**Abg. Dipl.-Ing. Grabner** (16.46 Uhr): (Abg. Vollmann: „Noch einmal?“) Nein, nicht noch einmal, ich versuche es zu komprimieren.

Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Es wurde uns eindringlich vor Augen geführt, daß auf dem Sektor Steirische Raumordnung Handlungsbedarf besteht. Und ich betone das deshalb, weil das in der letzten Zeit schon sehr oft in Zweifel gestellt wurde.

Man schien sich durchaus zu begnügen mit kosmetischen Kleinovellierungen, und man konnte und konnte sich nicht dazu finden, unseren Antrag, den wir schon vor einem Jahr als kompletten neuen Gesetzesentwurf eingebracht haben, auch nur in Diskussion zu nehmen.

Meine Damen und Herren, die Bürgermeister, die mit der Raumordnung in der derzeitigen Fassung sehr, sehr schwer hantieren können, all diejenigen, die endlose Pendlerbewegungen auf sich nehmen müssen, weil Raumordnung nicht ausreichend stattgefunden hat, wissen ein Lied davon zu singen, wie dringend notwendig es ist, die steirischen Raumordnungsinstrumentarien zu schärfen. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Haben wir eine Novelle gemacht oder nicht?“) Ich habe von jener Novelle gesprochen

(Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Haben wir zuwenig gemacht?“), ich habe von jener Novelle genauso gesprochen, wie ich sie gesehen habe, nämlich als das Dringlichste, Notwendigste im Zusammenhang mit verschiedenen anderen Gesetzesmaterien, die uns von der EU aufgezwungen wurden, hier nachzustimmen, und in einigen anderen Bereichen (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Was heißt aufgezwungen?“), und in einigen anderen Bereichen haben wir nachjustiert, aber bitte, wenn dem Herrn Landesrat diese kleine Novelle als ausreichend erscheint, um raumpolitische Entwarnung zu geben, dann, meine Damen und Herren, gute Nacht! (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Wir haben etwas anderes ausgemacht!“) Ich bestehe darauf, daß wir genau das tun, Herr Landesrat! Ich bestehe darauf, daß wir endlich das tun, was du hier von diesem Pult (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Weißt du nicht, was wir ausgemacht haben? Du hast ein Kurzzeitgedächtnis!“), daß du von diesem Pult aus genau das einhältst, was du schon im Frühjahr versprochen hast. Auf diese meine Anfrage, wann wird endlich das Raumordnungsgesetz in Verhandlung gezogen, hast du gemeint, unmittelbar nachdem wir die kleine Verhandlung, die kleine Novellierung gemacht haben werden, werden wir weitertun. (Abg. Vollmann: „Eine Neukundmachungspolitik ist zuwenig!“) Meine Damen und Herren, ich halte es ganz einfach für notwendig, hier klarzustellen, mit den Instrumentarien, die in den siebziger Jahren die steirische Raumordnung zu lenken vermochten, mit denselben Instrumentarien kann man 20 Jahre danach Raumordnung nicht mehr betreiben. Warum? Klarerweise haben die Instrumentarien der Raumordnung sich an den Problemen und Bedürfnissen zu orientieren, die die Bevölkerung hat. Klarerweise ändern sich diese Bedürfnisse und Probleme, und selbstverständlich haben sich auch die Instrumentarien zu ändern.

Und ich greife nur einen Punkt auf, der immer wieder auftaucht. Das ist die Frage der Verfügbarmachung von Bauland, und zwar dort, wo es raumordnungspolitisch richtig wäre. Nicht nur immer mehr und mehr, ich sage Besiedlung nach innen, und nicht immer nur nach außen. Und ich verweise die Damen und Herren, die bisher mit unseren Vorschlägen nicht mitgehen konnten, indem sie uns immer wieder marxistische Ambitionen unterstellt haben. Meine Damen und Herren, Sie treffen hier sehr, sehr intensiv diejenigen, die genau das seit 20 Jahren in Südtirol machen, die genau das seit einigen Jahren in Salzburg machen, in Bayern machen, und die die hervorragendsten Erfolge in der Raumordnungspolitik aufzuweisen haben. Ich sage noch einmal, meine Damen und Herren, wir haben alles zu unternehmen, um insbesondere diesen einen Punkt, der ein Zentralpunkt unserer großen neuen Raumordnungsgesetzesvorlage ist, die Verfügbarmachung von Bauland für diejenigen, die günstiges Bauland für den Wohnbau und für die Wirtschaft, für Betriebsansiedelungen brauchen. Und es gibt hier Systeme, die weit entfernt sind von dem, was man mit Enteignung bezeichnen könnte. Es gibt hier durchaus Modelle, und ich muß im Hinblick auf die Zeitnot heute darauf verzichten, sie Ihnen zur Kenntnis zu bringen, sie liegen auf, ich erwähne noch einmal Südtirol, ich erwähne noch einmal Salzburg, ich erwähne noch einmal Bayern.

Schauen Sie sich das an! Wir haben uns das angesehen, es gibt Instrumentarien, mit denen wir diesen Kern- und Knackpunkt der Sinnhaftigkeit und der Effizienz der gesamten Raumordnungspolitik drüberbringen können, es gibt Ansätze, machen wir sie!

Meine Damen und Herren, und weil ich förmlich schon höre, wie der Herr Landesrat dann sagen wird, „ja Moment, du warst doch bei der Verhandlung dabei“, ja Herr Landesrat, ja selbstverständlich ist das in einem konsenssuchenden Parteienverhandlungsgespräch immanent, daß die beiden Positionierungen sich gegenseitig anzunähern versuchen, auf einen Minimalnenner des Konsens zusteuern und dann den Minimalkonsens gemeinsam beschließen. Das ist ja eine selbstverständliche Notwendigkeit bei dem Bemühen in den Parteienverhandlungen. Das heißt aber nicht, daß irgendjemand von uns dadurch genötigt ist, seinen Standpunkt aufzugeben. Ich kann durchaus heute sagen, das hätten wir lieber noch so gehabt, und das versuchen wir, in diese Richtung noch zu bringen. Und ich habe Verständnis dafür, daß der eine oder andere sagt, na, ich hätte das lieber eigentlich anders gehabt. Ich halte es hier durchaus mit Karl Popper, der schon so oft zitiert wurde in den letzten Jahren, so sehr ich bereit bin – (Landeshauptmannstellvertreter Klasnic: Sir Charles Popper!) Sir Charles Popper, wenn ich das der Etikette halber noch einmal korrigieren darf. Sir Charles Popper hat durchaus recht, wenn er sagt, „So sehr ich dem anderen zuordne, daß er vielleicht unrecht haben kann, so sehr muß ich mir zuordnen, daß ich auch unrecht haben kann.“ Wenn wir in die Parteienverhandlungen unter dieser Prämisse eingehen, werden wir uns nichts vergeben, beim eigenen Standpunkt zu verbleiben und trotzdem den Konsens zu suchen.

Ich muß, meine Damen und Herren, zum zweiten Punkt, EU-Regionalpolitik, kommen, weil wir auch hier Handlungsbedarf haben. Und ich kann nur in aller Kürze sagen, brennenden Handlungsbedarf, meine Damen und Herren. Die Frau Landeshauptmannstellvertreter kennt die Situation, die uns blüht. Wir alle waren der Meinung, die steirische Gebietskulisse für das Ziel-2-Gebiet wäre, na ja so einigermaßen, so gestaltet, daß wir zufrieden sein könnten. Voitsberg war ein bißchen im Gedränge. Auch die Bezirke Knittelfeld, Judenburg waren im Gespräch, wurden zuletzt aber dann nicht mehr so häufig erwähnt, als fraglich. Na, mittlerweile hören wir, daß in Brüssel eine Situation entstanden ist, die uns mobilisieren muß, meine Damen und Herren, die uns Steirer auf den Plan rufen muß. Und wir haben hier mit der ganzen Vehemenz und Kraft der Gesamtheit unserer steirischen Bemühung uns einzusetzen, wenn wir folgendes hören. (Abg. Grillitsch: „Gemeinsamkeit!“) Das habe ich gerade gesagt. Die Niederösterreicher suchen diese Gemeinsamkeit leider nicht, lieber Freund, und darum haben wir sie ebenso gegenüberzustellen. (Abg. Grillitsch: „Kein parteipolitisches Klima, sondern Gemeinsamkeit!“) Du hast kein parteipolitisches Wort von mir gehört, lieber Freund! Ich habe nur zugeordnet, wir Steirer haben uns stark zu machen. Und ich hoffe, wir tun es so stark, daß wir gegen jene bestehen können, die sich jenseits des Semmerings stark gemacht haben.

Und zwar, wie sie sich stark gemacht haben. Die haben nicht ein Briefchen geschrieben, sondern die haben folgendes gemacht. Die waren in den letzten vier Tagen massiv in Brüssel im Lobbying beschäftigt, haben dort massiv und mit sehr viel Erfolg, wie uns signalisiert wird, ihre Region dargestellt, ihre Probleme dargestellt und sind erfolgreich gewesen, ganz augenscheinlich, auf der operativen Ebene der Beamtenschaft, weil von dort kommen die Signale, daß man durchaus bereit ist, obersteirische Bezirke, wie zum Beispiel Knittelfeld und Judenburg, aber auch Voitsberg fallenzulassen und zu sagen: „Na ja, die Niederösterreicher haben sich so potent und professionell präsentieren können, die haben auch die entsprechenden Rahmenbedingungen.“ Hier in der Steiermark haben wir ohnedies ein bißchen Schwierigkeiten mit den Kenndaten. Na, wenn es nach uns geht, dann machen wir das mit den Niederösterreichern.

Erfreulicherweise hat die Frau Landeshauptmannstellvertreter sofort reagiert, einen Brief an die Staatssekretärin Mag. Ederer geschrieben. Frau Mag. Ederer hat sofort nach Brüssel zu Bruce Millen gefaxt am heutigen Tage.

Morgen, meine Damen und Herren, beginnen die entscheidenden Verhandlungen – am 14. Dezember. Und es kann uns durchaus passieren, wenn wir uns nicht ebenso deutlich und massiv rühren, wie die Freunde aus Niederösterreich sich gerührt haben, daß wir durch den Rost fallen. Und deshalb mein Ersuchen, und das ist am Schluß meines zu diesem Thema gehörenden Appelles, mein Ersuchen an die Frau Landeshauptmannstellvertreter, insbesondere aber auch an den Herrn Landeshauptmann, der erstens einmal für das Europa-Referat ressortzuständig ist und zweitens morgen in Wien sein wird, wie wir heute gehört haben, er möge sich beim Herrn Bundeskanzler, bei der Bundesregierung vehement dafür einsetzen, daß die Steiermark, unterstützt von der Bundesregierung, nochmals in aller Deutlichkeit nach Brüssel vermeldet, wir lassen uns keinen Bezirk aus dem Ziel-2-Gebiet wegzucken, wir brauchen die Förderungsmittel! Und darum ersuche ich Sie recht, recht herzlich! (Beifall bei der SPÖ. – 18.56 Uhr.)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schmid.

**Landesrat Dipl.-Ing. Schmid** (18.56 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus!

In aller Kürze nur eine Bitte an einen Berufskollegen als Architekt, an Herrn Dipl.-Ing. Heinz Grabner, und vielleicht auch an dich, den Bienenzüchter Heinz Vollmann. (Abg. Vollmann: „Tu lieber Wohnungen bauen!“) Wir sind in den Verhandlungen über Gesetze, die mein Referat betreffen, in einer wohl einzigartigen Sachlichkeit und Diskussion. Ich erwähne das Steiermärkische Wohnbauförderungsgesetz. Ich erwähne, daß wir in einer sehr ausführlichen und sehr langwierigen und schwierigen Diskussion eine neue steirische Bauordnung in Arbeit haben. Ich habe mit über 500 leitenden Gemeindebediensteten auch über diese Bereiche gesprochen, und ich erinnere, daß wir eine Raumordnungsnovelle mit sehr entscheidenden Punkten, lieber Heinz, hier im Haus beschlossen haben.

Und ich erinnere auch daran, daß ich dazu stehe, daß wir dieses große Gesetzeswerk in Angriff nehmen. Nur, jetzt vergleichen wir einmal eines: Ich glaube, das sind die drei größten steirischen Landesgesetze überhaupt, und das in diesem Zeitraum und bei dieser Komplexität. Ich freue mich auf jede Parteienverhandlung, und insbesondere auf die Beiträge deines zweiten Landtagspräsidenten des Steiermärkischen Landtages Christoph Klauer: Mich freuen auch die Diskussionen. Ich bitte dich jetzt nur um eines: Mache die ganze Geschichte nicht mies, es gibt genug Gelegenheiten im Land, in der Landespolitik, wo man Möglichkeiten hat, sich zu profilieren. Hier in diesem Punkt können wir uns im Nebenraum bei den Parteienverhandlungen profilieren. Ich stehe nach wie vor dazu, daß wir in aller Dringlichkeit und allem Einsatz das Ganze durchziehen. Nur, ich kann also nicht mit zwei, drei Legisten und den Beratern diese beiden großen Gesetze, Bauordnung und Raumordnung, in einem verhandeln. Dann landen wir dort, wo man in dem Land seit langem gelandet ist und vielfach landet im Wissen, was notwendig ist, nämlich daß gar nichts passiert. Und dafür garantiere ich, daß in meinem Ressortbereich etwas weitergeht und auch etwas passiert. Bitte, sehe das auch so. (Abg. Vollmann: „Nur, Herr Landesrat, Entschuldigung, du verwechselst etwas!“) Ja, du mit deiner Ankündigungspolitik! (Abg. Vollmann: „Herr Landesrat, du verwechselst etwas: Es geht da nicht um die Frage der Profilierung, sondern um die Sorge der Bevölkerung wegen einer Wohnung. Um das geht es bitte!“) Wir reden jetzt vom Raumordnungsgesetz, auch das dürfte dir entgangen sein! (Abg. Vollmann: „Auch das gehört bitte zum Wohnbau, hör mir bitte zu!“) Ich werde dir beim Wohnbau einiges erzählen, was du nicht weißt, was da hier passiert ist, auch mit eurer Zustimmung.

Aber ich weiß schon, ihr habt also geheime Kommandosache, machen wir das auch noch mies. Ist ja ganz lustig neben der Olympiade, wo wir dafür waren und so weiter.

Lieber Heinz, du brauchst keine Sorge haben, ich werde dazu noch ausführlich Stellung nehmen. (Abg. Vollmann: „Ich hoffe es!“) Nur, in der Sache selbst bitte nimm auch du zur Kenntnis, daß nicht ich der Ankündigungspolitiker bin, sondern der, der auch etwas drüberbringt, weil sonst komme ich mit euren ganzen Ankündigungen – so ein Packerl habe ich schon gesammelt – (Abg. Vollmann: „Wir auch!“) ich wollte es erst zur Landtagswahl bringen, aber ich kann dann den Beweis bringen, was wir durchgezogen haben. Und du wirst es auch nicht verhindern, daß wir dort etwas weiterbringen, merk dir das! (Abg. Vollmann: „Nein, ich möchte es fördern, ich möchte etwas tun!“) Mies machen, sonst gar nichts! (Beifall bei der FPÖ. – 17.00 Uhr.)

**Präsident:** Nun aber kommt die Frau Landeshauptmannstellvertreterin Waltraud Klasnic zu Wort. Bitte, Frau Landeshauptmann!

**Landeshauptmannstellvertreter Klasnic** (17.00 Uhr): Herr Präsident, Hoher Klub!

Ich möchte nur dem Kollegen Grabner eine offizielle Antwort geben, weil mich auch die Kollegen Pußwald und Grillitsch heute schon angesprochen haben und

weil die Geschichte mit der Ziel-2-Gebietsverordnung momentan im Raum und in Schwebelage ist. Grundsätzliche Maßnahmen, die gesetzt wurden: Kontakt, der Landeshauptmann hat davon gehört, mit dem Bundeskanzler, es gab in der vorigen Woche einen Regierungsbeschluss vorsorglich schon einstimmig, daß diese Zielgebietskulisse 2, die wir vorgeschlagen haben, nicht zerstört werden darf. Es gab einen Resolutionsantrag im Ausschuss, und es gibt einen Brief von uns an die Frau Staatssekretärin Ederer, es gibt auch ein Fax von der Staatssekretärin an uns beziehungsweise über die ÖROK, daß dieser Vorstoß aus dem Land Niederösterreich keine offizielle Stellungnahme des Staates Österreich ist, sondern daß dort nach wie vor die Prioritätenreihung gilt, wo man eigentlich sagen kann, Priorität Nummer eins östliche Obersteiermark ist zugeordnet, Rest hat die nächste Priorität, da sind die Bezirke Judenburg, Knittelfeld, Voitsberg drinnen, darauf werden wir bestehen.

Und eines sage ich sehr deutlich dazu, nicht nur wir werden darauf bestehen, auch die Kennzahlen sprechen dafür, daß wir ein Anrecht haben, dieses Zielgebiet zu kriegen, und da wird es natürlich davon abhängen, ob wir wirklich gemeinsam auftreten. Und jetzt werden Sie mich vielleicht alle ein bißchen verstehen, daß ich vor dem 12. Juni oft gesagt habe „Vorsicht, wenn wir Projekte und Ziele verteilen, zuerst müssen wir die Kulisse abdecken können!“ Unser gemeinsames Bestreben muß jetzt sein: Ziel-2-Gebietskulisse, aber rangordnungsmäßig in diesem Fall Nummer eins in Österreich zu sein, weil wir jenes Bundesland sind, das den größten Anspruch hat und den höchsten Aufholbedarf, weil wir relativ schwere Zeiten haben. (Beifall bei der ÖVP. - 17.02 Uhr.)

**Präsident Dr. Klauser:** Als nächster gemeldet der Herr Kollege Dr. Ebner. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Dr. Ebner (17.03 Uhr):** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich darf auf den Kollegen Heinz Grabner kurz zurückkommen und auf die Aufregung um die Novellierung der Raumordnung.

Ich gebe ihm recht, daß wir uns darauf verstanden haben, daß wir einmal diese kleine und notwendige Novelle machen und dann in Verhandlungen eintreten um die große Raumordnungsnovelle, die hier eingebracht wurde. Es ist aber klar, daß alles nicht gleichzeitig geht.

Wie Landesrat Schmid richtig gesagt hat, in seinem Ressortbereich werden die meisten Gesetzesvorhaben gemacht, sind auch schon umgesetzt, und wir haben jetzt ein ganz großes Vorhaben in Verhandlungen, wie du, Kollege Grabner, ja auch weißt, die Baugesetze, und es geht eben nicht von heute auf morgen, und alles gleichzeitig geht eben auch wegen der Ressourcen nicht. Aber du kannst dir sicher sein, wenn die Baugesetze verhandelt sind, wir gehen es mit der Raumordnung gleich an, und ich sage dir ganz ehrlich und persönlich, ich freue mich schon auf die Diskussion.

Ich darf nur zu einem Punkt, den du ja nicht das erste Mal angeschnitten hast, kurz eingehen, nämlich Verfügbarmachung von Grund und Boden, wenn ich dich richtig verstanden habe, für bestimmte Zwecke, sozialer Wohnbau, glaube ich, hast du gemeint.

Wir haben ja dieses Instrument auch jetzt in der Raumordnung drinnen, als Vorbehaltsfläche, aber nicht für die Zwecke, die du gerne hättest. Ich gebe dir recht, daß wir darüber wirklich ernstlich diskutieren müssen. Ich glaube, daß wir hier ein Instrument finden werden müssen, in etwa wie Vorbehaltsfläche, bin aber mit dem Instrument Vorbehaltsfläche, wie es jetzt drinnen ist, nicht einverstanden, nicht zufrieden, sagen wir so, und glaube, daß wir auch hier Verfügbarmachung von Grund und Boden für sozialen Wohnbau machen müssen, da gebe ich dir vollkommen recht. Du kannst mich, wenn wir soweit sind, auch gerne beim Wort nehmen. Ich glaube aber gleichzeitig, daß wir hier die Bürgerrechte, sprich die Rechte des Grundstückseigentümers, auch stärker ausbauen und konkretisieren werden müssen. Aber ich bin überzeugt, daß wir hier doch auf einen Nenner kommen können.

Kollege Majcen hat in seiner Rede gemeint, daß die Raumordnung doch eines der größten Sorgenkinder der Gemeindepolitiker, und hier insbesondere der Bürgermeister, darstellt. Das ist ganz im Gegensatz zu diesem Haus hier, wie wir ja alle immer bemerken. Es gibt einige wenige, die über Raumordnung reden und die über Raumordnung diskutieren. Draußen in den Gemeinden schaut es ja gänzlich anders aus, wenn ein Flächenwidmungsplan in Revision ist, so bereitet das schon so manchem Bürgermeister auch schlaflose Nächte, wie mir versichert wird. Und ich kann das auch glauben.

Warum? Weil eben die Raumordnung eine ganz typische Gemeindekompetenz ist, nämlich Raumplanung, Raumordnung, die Erstellung von Flächenwidmungsplänen.

Es führt aber immer wieder zu Konflikten zwischen den Gemeinden und dem Land, weil diese Flächenwidmungspläne auf ihre Gesetzmäßigkeit hin zu überprüfen sind und dann von der Landesregierung zu genehmigen sind. Aber die Kompetenz der Landesregierung ist in Wahrheit hier recht eingeschränkt, nämlich, sie hat eigentlich nur die Möglichkeit, die Flächenwidmungspläne auf ihre Übereinstimmung mit dem Raumordnungsgesetz zu überprüfen, und nicht, anstelle der Gemeinde zu planen, wie das manchmal auch von Bürgermeistern mißverstanden wird, die auf Grund vielleicht manchmal etwas sehr intensiver Beratungstätigkeit der Beamten schon glauben, sie haben gar keine Planungshoheit mehr. Da sage ich allen Bürgermeistern, sie haben die Planungshoheit, sie müssen sich allerdings im Rahmen des bestehenden Raumordnungsgesetzes hier halten. Jedenfalls, ob überhaupt, wann, mit welchen Baubauungsgrundlagen ein Grundstück zum Bauland erklärt wird oder auch gar nicht, hat in jedem Fall die Gemeinde zu entscheiden. Das Land kann hier nicht hergehen und kann sagen „in der Gemeinde möchte ich aber gerne jetzt haben, daß der Herr Maier ein Baugrundstück kriegt“, das liegt überhaupt nicht in der Möglichkeit des Landes. Keine Chance, außer in der überörtlichen Raumplanung sehr eingeschränkte Möglichkeiten, vor allem, wenn es um Industrie-

gebiete geht. Die Gemeinden sollten sich aber auch dieser Verantwortung bewußt sein. Daß sie eine sehr große und praktisch die ausschließliche Verantwortung für die Entwicklung ihres Ortes haben. Sie müssen aber auch diese Verantwortung verantwortungsvoll wahrnehmen. Und hier komme ich auf ein Beispiel, das sehr aktuell ist. Ich denke an die Ansiedlung eines Industriebetriebes, sprich einer Lager- und Auslieferungshalle, in der Gemeinde Gröbming. Das ist auch durch die Zeitungen gewandert. Hier zeigt sich sehr klar die Grenze zwischen der Planungshoheit der Gemeinde Gröbming und der Versagungskompetenz, Korrigierungskompetenz des Landes Steiermark, sprich der Landesregierung. Ich habe schon sehr viel Verständnis dafür, daß Arbeitsplätze immer ein starkes Argument sind. Ich habe aber kein Verständnis dafür, daß die Gemeinde Gröbming nicht wenigstens auf die Ausgestaltung der geplanten Lagerhalle in Gröbming Einfluß nimmt, obwohl sie die Möglichkeiten dazu hätte. Die Gemeinde Gröbming hat hier, meiner Meinung nach, jedenfalls nicht die Verantwortung für die Wahrung des Orts- und Landschaftsbildes wahrgenommen. Die Landesregierung hatte hier keine Möglichkeit, eine Versagung auszusprechen, und hat auch gestern in der Landesregierung den Flächenwidmungsplan der Gemeinde Gröbming einstimmig genehmigt. Das heißt aber nicht, daß man einverstanden ist damit, daß dort das Orts- und Landschaftsbild total verschandelt wird. Ich hoffe jedenfalls, und hoffe, daß es nicht zu spät ist, daß die Gemeinde über einen Bebauungsplan hier noch die Notbremse zieht und beides ermöglicht. Nämlich die Ansiedlung des Betriebes und die Wahrung des Orts- und Landschaftsbildes. Ich würde ersuchen, daß man auf die Bürgermeisterin und den Gemeinderat einwirkt, daß sie das tatsächlich wahrnehmen, diese Kompetenz haben sie nämlich. So könnte das ganze für alle Seiten und für die Gemeinde und für den Betrieb und für die Landschaft noch zu einem guten Ende kommen. Ich halte es aber auch nicht für sehr verantwortungsvoll, wenn eine Gemeinde jahrelang zusieht, wie zum Beispiel, Kollege Löcker ist jetzt nicht da, wie zum Beispiel bei den Samitz-Teichen eine Hütte nach der anderen entsteht und eine Hütte nach der anderen unbewilligt entsteht. Dann, wenn schon alles hier verbaut ist und schon jahrelang die Leute drinnen wohnen, versucht man, die Verantwortung nicht wahrzunehmen, sondern die Verantwortung abzuschieben, einen Abbruchbescheid zu erlassen, aber den Abbruchbescheid soll dann die Bezirkshauptmannschaft vollstrecken.

Ich erinnere nur daran, im Zusammenhang mit den Samitz-Teichen, an das Problem mit den Schwarzl-Seen, Schwarzl-Teichen südlich von Graz, wie lange hat es hier Probleme gegeben mit wildem Baden, Autoabstellen, Verhüttelung und allem möglichen, bis endlich die Planung der Gemeinde dann eingesetzt und man sich durchgerungen hat, dieses Gebiet als Ferienwohngebiet auszuweisen. Ich halte das für ausgesprochen sinnvoll, dies als Ferienwohngebiet auszuweisen, daß gerade im Nahgebiet einer so großen Stadt wie Graz ausreichend Erholungsmöglichkeiten für die Grazer Bevölkerung vorhanden sind. Ich könnte mir das gleiche auch bei den Samitz-Teichen vorstellen, doch zeigt sich auch hier wieder die Grenze der Kompetenz des Landes. Das Land kann

hier nicht eingreifen. Es müßten schon, und das ist die Schwierigkeit dort, die drei beteiligten Gemeinden sich darauf verstehen, daß sie dort ein Ferienwohngebiet ausweisen. Meiner Meinung nach wäre dagegen nichts einzuwenden, man müßte es nur tun. Das Land hätte auch, meiner Meinung nach, gar keine Möglichkeit, das zu versagen. Es würde auch dort zu einem guten Ende der Angelegenheit führen und wäre sicherlich eine sinnvolle Gestaltung des Raumes in der Nähe von Graz.

Ich darf aber doch als Vorsitzender des Raumordnungsbeirates auf eine ganz wichtige Aufgabe der Landeskompetenz auch noch hinweisen, die daneben noch besteht, nämlich die einheitliche Behandlung aller Gemeinden der Steiermark in Raumordnungsangelegenheiten. Keine Willkürakte, die Gemeinde mag ich nicht, dort wird der Flächenwidmungsplan versagt, oder die mag ich, dort wird er nicht versagt, sondern wird er genehmigt. Das ist eine der wesentlichen Aufgaben dieses Raumordnungsbeirates. So haben wir zum Beispiel im letzten Raumordnungsbeirat, weil wir heute schon über die letzte Rede geredet haben, da ging es auch um Ferienwohngebiete, Verhältnis von Ferienwohngebieten zu anderen Wohngebieten. Es sollen in der Gemeinde nicht zu viele Ferienwohngebiete sein, damit die Gemeindestruktur nicht zerstört wird. Die Diskussion ist aufgetaucht, was passiert mit den bestehenden Ferienwohngebieten? Werden wir die jetzt zurückführen, ins Freiland zurückführen, was zu fast unlösbaren Problemen führen würde, vor allem wenn schon abgeschlossen ist, Investitionen getätigt worden sind, aber noch nicht gebaut worden ist. Wir haben dann im Einvernehmen, und jetzt wirklich für alle Gemeinden der Steiermark einheitlich, das Gesetz dann so ausgelegt, daß es nur zu einem Einfrieren kommt und daß keine Erweiterung mehr möglich ist und für neue Gemeinden das Verhältnis nicht überschritten werden darf. Ich weiß schon, und das sehe ich auch hier im Landtag, daß diese Diskussionen über Raumordnung oft mühselig sind, aber sie sind wichtig, denn wir dürfen eines nicht übersehen. An fast jedem Grundstück hängt fast ein Menschenschicksal. Ob jetzt der Sohn dort bauen kann oder nicht bauen kann. Man ist dort wirklich oft mit erschütternden Schicksalen konfrontiert und kann oft trotzdem nicht sagen, das kann dort im Freiland irgendwo einfach ausgewiesen werden, nur weil ein Schicksal damit verbunden ist.

Und ich darf mich herzlich bei allen Mitgliedern des Raumordnungsbeirates dafür bedanken, daß Sie sich auch dieser Mühe unterziehen, die oft langen Diskussionen dort intensiv mitzuführen, weil Sie ja auch aus der Praxis wissen, was damit oft verbunden ist. Ich denke nur an den Kollegen Majcen, der ja selber aus einer Landgemeinde kommt, oder an den Dipl.-Ing. Grabner (Präsident Dr. Klausner: „Kollege Dr. Ebner, ich erinnere an die Redezeit!“), der ja Stadtbauingenieur ist, und die hier sehr viel aus der Praxis mitbringen.

Ich darf diesen Dank aber auch ausdehnen auf den – ich sehe ihn hier sitzen – Herrn Dipl.-Ing. Schoeller als Leiter der zuständigen Fachabteilung, der immer mit Rat und Tat zur Seite steht, und an die Beamten. Herzlichen Dank, und ich hoffe, ich bin sicher, daß es auch so in diesem Sinne weitergehen wird. (Beifall bei der FPÖ. – 17.13 Uhr.)

**Präsident Dr. Klausner:** Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Günther Prutsch, ich erteile es ihm.

**Abg. Günther Prutsch (17.13 Uhr):** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die vorher geführte Diskussion über Gebietskulissen im Rahmen der EU ist natürlich nicht von ungefähr, und ich glaube, man sollte in diesem Zusammenhang eines nicht übersehen, das sehr geschickte Lobbying seitens der Niederösterreicher in Brüssel.

Ich möchte mich aber zu einem anderen Bereich im Rahmen der EU zu Wort melden und bin sehr zuversichtlich, zumal hier die Entscheidung in Graz fallen würde. Und zwar, die steirische Landesregierung hat am 3. Oktober 1994 die Struktur der Programmgruppe Steiermark im Zusammenhang mit der Durchführung der EU-Regionalpolitik beschlossen. Zur untergeordneten Gruppe C, für die Vertreterinnen und Vertreter der einzelnen Bezirke nominiert wurden, sind sechs regionale Arbeitsgruppen vorgesehen.

Der Bezirk Radkersburg wurde der regionalen Arbeitsgruppe Oststeiermark zugeordnet, wurde aber von dieser beabsichtigten Zuordnung nicht informiert. Ich finde das als Vertreter des Bezirkes Radkersburg als unverständliches Diktat seitens der Landesregierung ohne Rücksicht auf unsere regionalen Anliegen.

Als Vertreter eben dieses Bezirkes Radkersburg muß ich mich gegen diese Zuordnung aussprechen, sehr entschieden aussprechen, da unsere Beziehungen überwiegend in Richtung Leibnitz, das heißt in Richtung Norden beziehungsweise Westen, ausgerichtet sind. Die wirtschaftliche Orientierung, die verkehrsmäßige Erschließung mit der daraus resultierenden, nicht sehr unwesentlichen Pendlerproblematik binden uns in erster Linie an den Bezirk Leibnitz. Auch die gemeinsame Grenze zu Slowenien stellt uns vor ähnlich gelagerte Probleme, schafft aber auch im Rahmen der Projektentwicklung EU zusätzliche Chancen für beide Bereiche. Am 8. November habe ich hier im Haus einen entsprechenden Antrag eingebracht, der es zum Ziel hat, den erwähnten Regierungsbeschluß dahin gehend abzuändern, daß der Bezirk Radkersburg der Region West- und Südsteiermark zugeordnet wird. Bis dato gab es leider keinerlei Reaktion.

Mein Kollege Alfred Prutsch von der ÖVP hat diesen Antrag mitunterstützt, was mich sehr freut. Ich appelliere neuerlich an die Mitglieder der Landesregierung, diesem Abänderungswunsch rasch nachzukommen, damit der Bezirk Radkersburg nicht auch noch in dieser Frage ins Hintertreffen gerät.

Es wird zwar immer wieder diskutiert, und ich möchte das auch aufgreifen: Sollte es jemals ein Sonderförderungsgebiet in der Südoststeiermark geben – ich habe es schon erwähnt –, Aussagen darüber gibt es ja immer wieder, dann wird wohl die wirtschaftliche Problematik eines Bezirkes im Vordergrund stehen, und nicht die Zuordnung zu diversen Arbeitsgruppen. Meine Damen und Herren, die Bezirksbewohner von Radkersburg und die beiden

gewählten politischen Mandatäre sind sich in dieser Frage einig. Wir erwarten daher eine rasche Abänderung dieser Zuordnung.

Abschließend möchte ich noch bemerken, daß in der regionalen Programmentwicklung meines Erachtens viel kostenbare Zeit vertan wurde. Die ursprünglich eingesetzten Planungsbeiräte haben sich als vollkommen unbrauchbare Gremien erwiesen, es wurde ein Sammelsurium von einzelnen Projekten angelegt, letztlich ohne lebensnotwendige Leitbilder zu entwickeln. Auch hier hat sich einmal mehr gezeigt – und es wurde heute schon einmal angeregt –, daß wir zur Umsetzung ein professionelles Projektmanagement brauchen. Ich bin davon überzeugt, wenn man in der Praxis in dieser Region tätig ist, dann stellt man fest, daß noch ein großer Lernbedarf in diesen Regionen vorhanden ist.

Meine Damen und Herren, die Zeit drängt, strukturschwache Regionen, wie das Grenzland, laufen Gefahr, auch in dieser Frage zurückzubleiben. Ich hoffe auf eine rasche Umsetzung und ich bitte Sie nochmals, Frau Landeshauptmannstellvertreterin, unserem Wunsch, dem Wunsch der Radkersburger, nachzukommen und uns zur Gruppe West- und Südsteiermark zuzuordnen. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 17.18 Uhr.)

**Präsident Dr. Klausner:** Nächster gemeldet ist der Herr Präsident Mag. Rader. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Mag. Rader (17.18 Uhr):** Verehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die Bemerkung des Kollegen Grabner vorher und eine Bemerkung des Kollegen Prutsch jetzt bringen mich dazu, eine kurze Anmerkung zu diesen Überlegungen zu machen, die es gegeben hat. Es gibt hier quasi den Vorwurf, wenn man ihn so hören will, daß hier die Niederösterreicher geschickter in Brüssel vorgehen und es möglicherweise schaffen, hier Veränderungen in der Gebietskulisse herbeizuführen.

Ich möchte das erstens einmal entschieden in Abrede stellen, wenngleich ich inhaltlich zurückhaltend sein werde, nämlich aus einem ganz einfachen Grund.

Meine Damen und Herren, Lobbyismus und Diplomatie ist ein verschwiegenes Geschäft. Und wenn man glaubt, damit öffentliche Darstellungen machen zu wollen, dann führt das genau zum Gegenteil dessen, was man beabsichtigt. Über diesen geschickten Lobbyismus anderer Bundesländer – und ich nenne ganz bewußt keinen Namen –, wie geschickt er ist, wenn er so stattfindet, wie er verlangt ist, darf ich Ihnen sagen, das führt dazu, daß zum Beispiel in einer anderen Generaldirektion – und ich sage auch nicht in welcher – es im Moment nicht möglich ist, technische Detailgespräche über ganz bestimmte, auch uns sehr wesentliche Probleme zu führen, weil ein anderes Bundesland nach einem derartigen technischen Detailgespräch es sich nicht hatte nehmen lassen, sich öffentlich in ihrem Bundesland darzustellen. Und die Kommission verfolgt öffentliche Diskussionen auch in den einzelnen, insbesondere in den künftigen, Mitgliedsstaaten sehr genau, so daß im Moment die dortigen Beamten für Einzelgespräche weisungs-

gemäß nicht zur Verfügung stehen. Ich hoffe dringend, daß wir das bald wieder regeln werden können, weil das kann unter Umständen auch zu negativen Auswirkungen in Bereichen, vielleicht auch in unseren, führen.

Was ich damit sagen will ist: Ich warne davor zu glauben, daß man jedes Einzelgespräch, das man führt, deshalb wirksamer macht, indem man es öffentlich macht. Und ich würde daher auch warnen davor, die politischen Verantwortlichen durch Vorwürfe, es wird nichts getan, dazu zu zwingen, möglicherweise das eine oder andere Gespräch öffentlich darzustellen, weil es nämlich genau zum Gegenteil dessen führt, wie ich früher erläutert habe, was tatsächlich stattfindet.

Und zu dieser Frage der Gebietskulisse nur soviel: Natürlich bemühen sich alle Bundesländer, in der Kommission zu hinterfragen, ob sie unter Umständen auch einer anderen Gebietskulisse, als der derzeit im Gespräch befindlichen, zustimmen würden. Das ist legitim, selbstverständlich. Und natürlich bemühen sich auch andere abzusichern, ob die Kommission den Wunsch hat, von einer bestimmten Gebietskulisse abzugehen, auch das ist legitim. Ohne jetzt auf Details einzugehen, aus meiner persönlichen Beurteilung hängt es im Augenblick allein davon ab, welchen endgültigen Vorschlag die österreichische Bundesregierung in der Kommission einreicht. Auf unserer Seite stehen die Zahlen, auf unserer Seite stehen die Unterlagen und, meiner persönlichen Einschätzung nach, auf unserer Seite steht auch die Logik. Weil die Entwicklung eines bestimmten benachteiligten Industriegebietes – und das ist ja an sich die Ziel-2-Zielsetzung – leichter vonstatten geht, wenn es sich um eine geschlossene Kulisse handelt, und natürlich viel weniger wirksam sein muß, wenn es sich um auseinandergeplitterte Gießkannentropfen dreht. Ich verstehe jetzt natürlich auch schon jene, die sich überlegen, ob es nicht unter Umständen politisch günstiger wäre, ein bißchen die begehrten Ziel-2-Gebiete zu verteilen, damit man nicht nur geschlossen Enttäuschte hat, sondern alle ein bißchen befriedigt sind, das verstehe ich schon, daß man darüber nachdenkt.

Aber noch einmal: Auf unserer Seite stehen die Ziffern und die Logik, und ich glaube, weil heute diskutiert worden ist, ob man das Büro, das wir in Wien haben, aufgeben sollten und die Mittel nach Brüssel transferieren. Ich bedanke mich herzlich als möglicherweise Begünstigter. Nur, ich habe die Befürchtung, daß im Augenblick in dieser Frage, so wie die Frau Landeshauptmann schon geschildert hat, brieflich und per Fax und durch Gespräche das Lobby in Wien bei der österreichischen Bundesregierung in dieser Frage ein ungleich dringlicheres wäre. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP. – 17.24 Uhr.)

**Präsident Dr. Klausner:** Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Schuster. Ich erteile es ihm.

**Abg. Schuster (17.24 Uhr):** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Am 25. März 1993 hat die politische Konferenz der österreichischen Raumordnung unter Vorsitz des Bundeskanzlers die österreichische Ausgangsposition

zur Abgrenzung von nationalen Fördergebieten und von den Zielgebieten im Hinblick auf die regionalpolitisch wirksamen EU-Strukturfonds festgelegt.

Im Rahmen dieser Ausgangsposition ist der Bezirk Voitsberg, wie auch die Bezirke Judenburg und Knittelfeld, als Ziel-2-Gebiet vorgesehen. Nun, wie ich höre, sind Gespräche im Gange, demzufolge im Zuge eines regionalen Austausches der Bezirk Voitsberg ebenso wie Judenburg und Knittelfeld aus dem Ziel-2-Gebiet ausgeschlossen werden soll. Die besondere wirtschaftliche und arbeitsmarktpolitische Lage erfordert eine besondere Unterstützung von beschäftigungswirksamen Maßnahmen, wie sie in der Ziel-2-Förderkulisse vorgesehen sind. Der wirtschaftliche Strukturwandel dieser gefährdeten Industrie-regionen war in den letzten Jahren folgend gekennzeichnet. Von 1981 bis 1990 hat der Bezirk Voitsberg 35,7 Prozent der Beschäftigten in der Industrie verloren, steiermarkweit waren es 13,3 Prozent. Von 1984 bis 1994 wurden allein in Kohlenbergbau über tausend Beschäftigte abgebaut, ebenso in der Glasindustrie; alles Kriterien, die auf das Ziel-2-Gebiet zutreffen. Die Arbeitslosenrate der Region stieg im Zeitraum von 1981 bis 1993 von 2,7 Prozent auf 9,5 Prozent. Die Hauptproblemgruppen sind neben den Jugendlichen die älteren Arbeitnehmer und Frauen mit Sorgfaltspflichten. Die Arbeitslosenquote für Frauen stieg im Bezirk Voitsberg von 1987 bis 1993 von 9,9 auf 14,7 Prozent.

Neben der Resolution des Ausschusses für Europäische Integration des Landtages hat nun auch der ÖGB-Bezirksausschuß des Bezirkes Voitsberg eine Resolution verfaßt, die folgend lautet: „Der ÖGB-Bezirksausschuß Köflach-Voitsberg fordert die Bundesregierung auf, im Zuge der Zonierungsverhandlungen zur Festlegung der Fördergebiete nach den EU-Richtlinien den politischen Bezirk Voitsberg vorrangig in das Fördergebiet RECHAR II und die Ziel-2-Förderzone aufzunehmen. Nun einige Punkte zum Fördergebiet RECHAR II, zutreffend besonders für den Bezirk Voitsberg. Natürlich müssen hier einige Bedingungen erfüllt werden. Es muß Steinkohle, Hartbraunkohle oder Braunkohle gefördert werden. Es müssen seit dem 1. Jänner 1990 mindestens 1000 Arbeitsplätze im Kohlenbergbau verlorengehen oder gegangen sein. Die Gesamtzahl der seit diesem Zeitpunkt abgebauten Arbeitsplätze im Kohlenbergbau und der öffentlich angekündigten künftigen Arbeitsplatzverluste im Kohlenbergbau beläuft sich auf 1000 oder mehr. Ein, wie mir scheint, wichtiger Punkt ist: darüber hinaus können die Mitgliedsstaaten eine begrenzte Anzahl weiterer Fördergebiete vorschlagen, sofern die betreffenden Gebiete stark von Kohlenbergbautätigkeiten abhängig sind, wobei andere Faktoren, wie hohe Arbeitslosenquote, Umweltschäden, Isolierung oder Randlage, ebenfalls berücksichtigt werden müssen. Den Mitgliedsstaaten obliegt es, die entsprechenden Belege zu erbringen. Dabei wären förderungswürdige Maßnahmen die Umweltverbesserungsmaßnahmen in Gebieten, die durch den Kohlenbergbau schwer geschädigt wurden, einschließlich der Haldenrückgewinnung, Sanierung und Umbau ungenutzter Gebäude des Kohlenbergbaues sowie deren Umgebung, Modernisierung dieser Gebäude für kleine und mittlere Unternehmen,

Renovierung und Modernisierung der sozialen und wirtschaftlichen Infrastruktur, Gemeinschaftseinrichtungen, wie Straßen, Wasser- und Stromversorgung in Bergbauorten, vorausgesetzt, daß diese Maßnahmen nachweislich ein fester und wesentlicher Bestandteil einer Strategie zur wirtschaftlichen Neubelebung der betreffenden Gebiete sind. Errichtung neuer schlüsselfertiger Werkshallen und Errichtung von Industriegebieten ist ein weiterer Punkt. Weiters die Förderung der Zusammenarbeit zwischen Unternehmens- und Forschungszentren, Berufsbildungszentren und, auch ein wichtiger Punkt, Unterstützung bei der Fremdenverkehrsförderung, insbesondere im Zusammenhang mit dem industriellen Erbe. Unterstützung bei der Gründung und Ausweitung der Tätigkeit von Einrichtungen für die wirtschaftliche Umstellung sowie von Regionalentwicklungsorganen.

Ein weiterer, wie mir scheint, wichtiger Punkt: Unterstützung von Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen für alle, insbesondere von Arbeitslosigkeit betroffenen Personen und Mitarbeiter kleinerer und mittlerer Unternehmen.

Die RECHAR-Programme werden von den Mitgliedsstaaten und der Gemeinschaft gemeinsam finanziert. (Präsident Dr. Klauser: „Kollege Schuster, warte einen Moment! Ich bitte die Damen und Herren im Zuschauerraum, sich draußen zu unterhalten, es ist hier ein Gemurmelniveau, daß man kaum das Wort versteht! Kollege Schuster, bitte!“)

Die RECHAR-Programme werden von den Mitgliedsstaaten und der Gemeinschaft gemeinsam finanziert. Der Gesamtbetrag für die im Rahmen der RECHAR-Initiative förderungswürdiger Kohlenreviere für den Zeitraum von 1994 bis 1997 wird auf etwa 400 Millionen ECU geschätzt. Meine sehr geehrten Damen und Herren, hier sind viele Punkte enthalten, die auf den Bezirk Voitsberg zutreffen. Ich hoffe, daß das Ziel-2-Gebiet und das RECHAR-II-Förderungsgebiet für den Bezirk Voitsberg und auch für Judenburg und Knittelfeld zum tragen kommt. (Beifall bei der SPÖ. – 17.30 Uhr.)

**Präsident Dr. Klauser:** Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Klubobmann Vesko, ich erteile es ihm.

**Abg. Dipl.-Ing. Vesko (17.30 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Wie Sie sich alle erinnern können, haben wir im vergangenen Jahr einen Beschluß gefaßt, und der Beschluß hat die Kundmachung der Novelle des Landes-Verfassungsgesetzes, betreffend Untersuchungsausschüsse, betroffen, wo wir unter anderem die Wahrheitspflicht verlangt haben. Dieser Beschluß wurde von der Bundesregierung beansprucht. Der Landtag hat am 1. März eine Wiederholung des Beschlusses gefaßt, und in der Zwischenzeit hat der Herr Landeshauptmann dies in Form eines Beharrungsbeschlusses dem Herrn Bundeskanzler gemeldet mit der Bitte, sich dazu zu äußern. Ich habe selbst in einer Anfrage an den Herrn Landeshauptmann in der ersten Sitzung der heurigen Herbstsession diese Frage gestellt, wann er nunmehr die Kundmachung vornehmen wird. Und der Herr Landes-

hauptmann hat erklärt, dies hat er allerdings schriftlich getan, daß er noch keine Antwort vom Herrn Bundeskanzler bekommen hat. Nunmehr ist eine diesbezügliche Antwort eingetroffen, indem der Herr Bundeskanzler mitteilt, daß die Bundesregierung das nach wie vor beansprucht. Und ich darf nun den Herrn Landeshauptmann, der zwar nicht da ist, aber ich nehme an, daß ihm das auch zugebracht wird, ersuchen, daß er nunmehr die Kundmachung der Novelle des Landes-Verfassungsgesetzes durchführt, weil ich glaube, daß sich an der Meinung der Bundesregierung auch in Zukunft nichts ändern wird, und wenn die Bundesregierung der Meinung ist, daß das, was der steirische Landtag hier rechtens fordert, nicht getragen werden kann, dann steht der Bundesregierung der Weg zum Obersten Gericht selbstverständlich frei, was sie wahrscheinlich auch tun wird, und damit ist gewährleistet, daß endlich einmal geklärt wird, welche Rechte in solchen Beschlüssen dem Landtag zustehen. Ich darf also den Herrn Landeshauptmann bitten, diese Kundmachung ehestmöglich durchzuführen, damit wir die Arbeiten – die derzeit unterbrochenen Arbeiten – im Pyhrn-Untersuchungs-Ausschuß ehebaldigst fortsetzen können. Danke! (Beifall bei der FPÖ. – 17.33 Uhr.)

**Präsident Dr. Klauser:** Zu Wort gemeldet ist der Herr Landesrat Dr. Hirschmann, ich erteile es ihm.

**Landesrat Dr. Hirschmann (17.33 Uhr):** Herr Präsident, Hohes Haus, meine verehrten Damen und Herren!

Ich darf zurückkommen auf die Debattenbeiträge zum Personal. In aller Kürze. Ich möchte mich zunächst einmal bei den vielen Tausenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die wir im steiermärkischen Landesdienst haben, sehr herzlich bedanken für das viele, was jahraus jahrein an Arbeit geschieht, und ich möchte sagen, an guter und exzellenter Arbeit in den Abteilungen, in den Bezirkshauptmannschaft und in unseren Sozialinstitutionen, von denen heute gesprochen wurde.

Der öffentliche Dienst, meine verehrten Damen und Herren, ist auch gefordert in der heutigen Zeit, im Hinblick auf seine Effizienz, im Hinblick auf seine Leistungsfähigkeit. Und ich glaube, daß wir von der Steiermark sagen können, durch eine über Jahrzehnte hindurch gute Arbeit, daß wir in vielen Bereichen durchaus uns sehen lassen können, auch in einem österreichweiten Vergleich, und dafür bin ich, wie gesagt, sehr dankbar.

Wir haben darüber hinaus in den letzten Jahren ein Personaleinstellungsmodell installiert im Lande Steiermark, das österreichweit vorbildlich ist. Und wir haben im letzten Jahr uns bemüht, einige neue Akzente durch eine auch über die Parteien weit hinweg geübte gute Zusammenarbeit zu setzen, einige neue Dinge zu installieren. Unter anderem haben wir in der Rechtsabteilung 1 eine Gruppe eingerichtet für ein modernes Personalmanagement. Das ist nicht leicht, weil der Landesdienst und der öffentliche Dienst natürlich in vielen Bereichen nach durchaus berechtigten anderen Gesetzen arbeiten, wie das in der Privatwirtschaft weithin der Fall ist.

Wir haben ein Anreizsystem geschaffen nach sehr intensiver Vorarbeit, um auch neue Leistungsanreize für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu schaffen, und wir haben auch das heute schon mehrfach angesprochene System einer neuen Führungsauslese in Form eines Hearings gestern endgültig in der Regierung beschlossen, wofür ich auch sehr dankbar bin. Ich halte überhaupt nichts davon, daß wir in einem System hier verharren, das in der Zweiten Republik durchaus auch legitim war, daß man sozusagen proporzmäßig die Posten besetzt hat. Das ist nicht illegitim, wie gesagt, ich halte es nur heute für weithin überholt, und ich bin der Meinung, daß wir eine Vorgangsweise für die Steiermark gefunden haben, die sich bewähren wird und in den Fällen, wo wir sie angewendet haben im letzten Jahr, auch bewährt hat. Und ich bin sehr zuversichtlich, daß wir am nächsten Montag in der Landesregierung hoffentlich eine weitgehende Übereinstimmung in unseren diesbezüglichen, auch konkreten Vorstellungen finden werden.

Und ich habe das mehrfach schon gesagt, mir persönlich ist ein politisches Engagement sehr willkommen klarerweise. Ich halte aber im öffentlichen Dienst überhaupt nichts davon, daß jemand nach einer Parteizugehörigkeit gemessen wird, egal ob das ein Schwarzer, ein Roter, ein Blauer, ein Grüner oder welcher sonstigen Farbe er angehören mag, ist, das kann kein Kriterium sein, es kann auch kein Ausschlußkriterium sein, damit wir uns nicht mißverstehen, aber Kriterium für eine Besetzung darf es nicht sein.

Ich glaube, daß wir da auf einen guten Weg kommen werden und daß sich dadurch auch die Freude unter den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern erhöhen wird, durch eigene Leistung und Qualifikation auch Führungspositionen erreichen zu können. Und wir haben darüber hinaus die Führungspositionen auf fünf Jahre begrenzt, es arbeitet also jeder auch unter dem Druck, sich in diesen Jahren bewähren zu müssen.

Meine verehrten Damen und Herren, ich möchte auch noch sagen, weil heute hier die Frage der Verwaltungsinnovation angesprochen wurde, da hat es nunmehr vor längerer Zeit schon eine größere Gruppe von Arbeitskreisen gegeben, die sehr interessante Vorschläge gemacht haben, die harren weithin einer Umsetzung, gar keine Frage. Es ist aber auch einiges geschehen, entgegen den Behauptungen, die heute vom Rednerpult aufgestellt wurden. Es ist durchaus einiges geschehen. Und wir haben nur in der Regierung zuletzt wieder einen Bericht darüber zurückgestellt bekommen auf Grund eines Regierungsmitgliedes, das nicht der Landeshauptmann ist, das möchte ich hier bitte nur der Form halber und der Wahrheit halber anmerken. Und es wird auch in den nächsten Jahren hier Stück um Stück etwas weitergehen, weil ich, wie gesagt, auf Grund meiner persönlichen Erfahrungen aus dem letzten Jahr sehr zuversichtlich bin, daß es hier jenseits der politischen Polemik des Alltags in Wirklichkeit in allen Fraktionen und vor allem im Bereich der Beamtenschaft eine große Zahl von Leuten gibt, die bereit sind, die willig sind und geradezu begierig sind, die Dinge zu verändern und die Dinge voranzutreiben.

Wir haben zuletzt auch einen Versuch unternommen, zwei Rechtsabteilungen zusammenzulegen, die Rechtsabteilung 2 und die Rechtsabteilung 5. Das sind, wie gesagt, alles erste Schritte und Neuland, das ist nicht leicht. Das ist nicht leicht, wie gesagt, noch dazu in einem System, das ja aus einer anderen Tradition heraus lebt und sich in dieser Tradition durchaus auch bewährt hat. Aber wir sind sehr zuversichtlich, daß diese Wege in Zukunft vermehrt beschritten werden können.

Lassen Sie mich, meine verehrte Damen und Herren, weil auch von zwei Kollegen das Thema Personaleinsparung angesprochen wurde, in einigen Sätzen etwas dazu sagen. Es ist hier allen klar, egal, wer welcher Fraktion angehört, und es ist eigentlich allen Landesbediensteten, jedenfalls mit denen ich zu tun habe, mit denen ich Gespräche geführt habe, klar, daß der öffentliche Dienst heute in dieser Richtung auch was machen muß. Und egal, ob man sich die Regierungserklärung in der Bundesrepublik Deutschland anschaut oder die der österreichischen Bundesregierung, wir wissen, daß wir die Personalstände, die wir heute haben, schlichtweg nicht halten können. Es geht nicht, meine Damen und Herren, der Herr Finanzreferent ist nicht da, er könnte der beste Zeuge dafür sein. Wir sind einfach nicht in der Lage, die Pensionslasten und die Aktivlasten auf Dauer zu tragen, die wir haben, das müssen wir einmal festhalten. Also kurz, so kann es auf Dauer nicht weitergehen. Es braucht sich niemand verängstigt fühlen im öffentlichen Dienst und bei uns im Personal, es wird ja niemand hinausgeschmissen, es wird niemand entlassen, aber wir müssen selbstverständlich einen konsequenten Weg gehen und dafür Sorge tragen, daß nicht jeder einzelne Dienstposten, der frei wird, in Hinkunft nachbesetzt werden kann. Und wenn hier vom Kollegen Gennaro heute dieses Thema angesprochen wurde, dann darf ich in aller Sachlichkeit antworten: Selbstverständlich haben wir eine klare Vorstellung, wie wir dieses Personalmanagement in diesem Bereich auch betreiben können. Wir müssen – ausgenommen den gesamten Sozialbereich, wenn also irgendwo bei unseren Sozialinstitutionen ein Posten frei wird, wird er selbstverständlich sofort nachbesetzt, wenn man überhaupt Leute dafür findet, das ist die Voraussetzung, selbstverständlich sind die Bezirkshauptmannschaften bürgernah im Kundendienst sozusagen und schauen wir dort auch, daß wir einigermaßen nachbesetzen können –, und da bin ich mit dem Hofrat Flecker durchaus völlig d'accord, müssen wir schauen, daß wir in den sogenannten Zentralstellen einiges – wie gesagt – durch Nichtnachbesetzung auf Sicht hin weniger an Personalständen bekommen.

Ich möchte aber, meine verehrten Damen und Herren, auch offen dazusagen, mit Beschwörungsformeln allein läßt sich das auf die Dauer nicht machen. Es gibt nämlich ein Kernproblem. Wir haben gleichzeitig immer mehr Gesetze, vor allem immer mehr Bundesgesetze, und ich möchte es Ihnen ersparen, hier vorzurechnen, wo wir heuer Posten eingespart haben und wo wir aufstocken mußten, es kommt so alle Monat, jetzt etwas leger gesagt, ein Bundesgesetz daher, wo man 10 bis 15 neue Dienstposten schaffen muß oder müßte. Ich habe in einem

konkreten Fall auch gesagt „kommt überhaupt nicht in Frage, elf neue Dienstposten, alle in der Gruppe A, einen könnt ihr haben, Freunde“.

Und ich möchte das deshalb hier ansprechen, weil dort ist der eigentliche Punkt für die Zukunft zu suchen. Wir können nicht Personal abbauen und Personal einsparen, wenn die Aufgabenflut so weitergeht. Und da müssen wir auch einmal ausdiskutieren, soweit es unseren Bereich hier in der Steiermark betrifft, das gilt auch für die Steiermark, auch wir machen Gesetze, aber auch im Hinblick auf die Bundesgesetzgebung, das wird sich auf die Dauer einfach nicht ausgeben, immer mehr Gesetze, immer mehr Aufgaben für die öffentliche Verwaltung, und zugleich sollen wir ein bißchen Personal einsparen. Ich meine das sehr ernst, und ich glaube, daß das eine zentrale Aufgabe der nächsten Jahre sein soll und sein muß, wie kommt es zu einer Beschränkung der Gesetzesflut, und wie kommt es auch zu einer Aufgabenreform. Wenn heute das Beispiel der Rechtsabteilung 14 angesprochen wurde, Abteilung vom Kollegen Schmid und von mir. Meine verehrten Damen und Herren, ich habe das mit dem Abteilungsleiter intensiv mehrfach besprochen im letzten Jahr. Mir ist es also nicht neu, was der Kollege Gennaro hier vorgebracht hat, und selbstverständlich habe ich die gesamte Abteilung mir angeschaut, es hätte dieses Hinweises nicht bedurft. Aber ich habe mir mit dem Abteilungsleiter auch ausgemacht, es geht einfach nicht, wir können dort nicht aufstocken, aus, Ende. Wir müssen schauen, wie wir mit dem vorhandenen Personal, und es sind an die 100 Leute, die Aufgaben, die wir haben, erfüllen, und ansonsten habe ich gesagt, er soll mir im Laufe der nächsten Monate einen Vorschlag machen, wie wir einige Aufgaben abstoßen können. Bitte schön, und im übrigen arbeitet die Rechtsabteilung 14 exzellent, und es werden die Anträge so schnell bearbeitet wie nie zuvor. Das möchte ich auch nur der Form halber und der Wahrheit halber hier anmerken.

Ich möchte Sie aber, meine verehrten Damen und Herren, bitten, dafür Sorge zu tragen, daß wir dem Grundanliegen, nämlich der Gesetzesflut Einhalt zu gebieten, und auch darüber nachdenken, wie wir, ich wiederhole es noch einmal, zu einer Aufgabenreduktion im öffentlichen Dienst kommen. Das kann man nicht linear machen, überhaupt keine Frage, man muß sich Bereiche aussuchen, wo man einfach schlichtweg sagen muß, die öffentliche Hand kann das nicht mehr machen. Es wird die Welt deswegen nicht untergehen. Wir tun ja immer nur dazu. Wir überlegen ja nie, wie könnte man irgendwo etwas wegnehmen. Ich halte das für sehr wichtig, und ich würde Sie, meine verehrten Damen und Herren, bitten, dieses Anliegen zu unterstützen. Und ich meine, daß wir auch eine konkrete Arbeitsgruppe im nächsten Jahr einrichten sollen in der Steiermark, die sich ausschließlich diesem Thema widmet.

Dem Hofrat Flecker möchte ich wegen der Personaleinsparung und wegen der Zahlen eine Antwort geben. Es ist richtig, daß rein vom Rechnungsabschluß her in diesem Jahr die Einsparung von 40 Millionen zunächst nicht zum Vorschein kommt; warum? Ich darf ihn aufklären, und er müßte es eigentlich wissen, er ist Mitglied der Rechts-

abteilung 10, oder jedenfalls hat er eine Zeitlang dort gearbeitet. Wir haben nämlich zweimal eine Kürzung durch den Landesfinanzreferenten hinnehmen müssen, eine aus dem Vorjahr, ein Übertrag von 31 Millionen Schilling, dann eine 40-Millionen-Schilling-Kürzung durch den Rationalisierungsausschuß, und selbstverständlich wird diese auch eingehalten, ohne die Geschichte, die sich im Pensionsbereich abspielt, die er angesprochen hat. Und noch etwas möchte ich dazusagen. Wir haben netto heuer bis Ende dieses Jahres rund 70 Dienstposten effektiv eingespart, die im nächsten Dienstpostenplan nicht mehr aufscheinen werden. Und diese Einsparung kann aber, bitte, sich erst voll und ganz zu Buche schlagen im Rechnungsabschluß 1995 – das weiß der Hofrat Flecker aber eigentlich ziemlich sicher. Und ein Letztes dazu. Ich bin also durchaus dankbar, wenn es Vorschläge gibt, wo man, wie gesagt, etwas einsparen kann, in diesem Zusammenhang, ich bin wirklich dankbar und wäre froh, wenn ich da den einen oder anderen Tip bekäme. Im Regelfall werde ich ausschließlich mit gegenteiligen Wünschen konfrontiert. Aber, wie gesagt, es ist kein Vorwurf an irgendjemand ganz konkret, sondern liegt zum Teil einfach im Bereich der Gesetzmäßigkeiten öffentlichen Handelns.

Ein Vorletztes, meine verehrten Damen und Herren, wir werden in den nächsten Tagen auch über den Gehaltsabschluß für das Jahr 1995 mit der Landespersonalvertretung verhandeln müssen, nachdem auf Bundesebene eine Einigung erfolgt ist. Und ich möchte zunächst ein Leitmotiv von mir, jedenfalls zu dem Bereich, auch unmißverständlich noch einmal sagen. Ich bin der Meinung, daß wir unsere Aufgaben, die wir im öffentlichen Dienst haben, mit ein bißchen weniger Leuten, als wir jetzt im Personalstand haben, erfüllen können, wenn es, wie gesagt, zu ernsthaften Bemühungen einer Aufgabenreduktion kommt: Ich möchte aber, daß diese Leute, die im öffentlichen Dienst arbeiten, ordentlich und anständig bezahlt werden. Und das werden wir, soweit es in unserem Möglichkeitsbereich, der Steiermärkischen Landesregierung, liegt, auch tun. Wir haben im Vorjahr aber, meine verehrten Damen und Herren, auf Grund einer besonderen Situation eine Sondermaßnahme in der Steiermark getroffen, die mir aus sozialen Gründen persönlich als höchst angemessen erschienen ist. Das kann man nicht jedes Jahr machen, ist überhaupt keine Frage. Aber ich habe es damals für richtig gehalten, und ich war heuer schon erstaunt, als im Vorfeld, wie gesagt, der Gehaltsverhandlungen auf Bundesebene ein sozialdemokratischer Personalvertreter öffentlich mitgeteilt hat – sonst würde ich es hier nicht ansprechen –, daß so etwas wie im Vorjahr nie mehr in Frage kommen darf. Meine verehrten Damen und Herren, ich sage das ohne jede Polemik, ich bin zumindest außerordentlich verwundert, aus sozialdemokratischem Munde so etwas vernehmen zu müssen, denn, bitte schön, hier hätte man doch demonstrieren können oder erkennen können, was es heißt, für die untere Einkommensschicht etwas zu machen. (Abg. Minder: „Es hat sich darauf bezogen, daß Sie das ohne Rücksprache mit der Gewerkschaft gemacht haben! Und nur darum ist es gegangen!“) Frau Kollegin Minder, ich möchte Ihnen jetzt die Antwort ersparen, was ich in der Landesregierung

miterlebt habe im Vorjahr in diesem Zusammenhang, das möchte ich Ihnen jetzt wirklich ersparen. Und ich weiß ganz genau, was der Kollege auch inhaltlich zu der Sache gemeint hat. Damit es da zwischen uns beiden, weil wir uns ja sonst sehr gut verstehen in diesen Dingen, in jenem Fall keinen Irrtum gibt. Ich möchte das aber schon in aller Deutlichkeit angemerkt haben.

Meine verehrten Damen und Herren, ich darf abschließend noch einigen einen persönlichen Dank sagen im Zusammenhang mit den vorhin angesprochenen Maßnahmen und weil natürlich das Jahr sich zu Ende neigt und eine Reihe von außerordentlich verdienstvollen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus dem Landesdienst ausscheiden. An der Spitze der Landesamtspräsident Dr. Alfons Tropper. Schon in Pension gegangen ist der Leiter des Joanneums, Dr. Friedrich Waidacher. Dann hat sich auch von uns, sozusagen, verabschiedet der über Jahrzehnte hindurch verdienstvolle Obmann der Landespersonalvertretung Johann Lautner. Und es werden sich mit Ende des Jahres auch noch der Bezirkshauptmann von Murau, Dr. Franz Hartinger, und die Leiterin des Förderzentrums des Landes Steiermark für hörgeschädigte Kinder und Jugendliche, Frau Dr. Elfriede Schick, in den Ruhestand begeben.

Ich möchte stellvertretend dieser Dame und diesen Herren für alle jene, die uns, wie gesagt, Jahre und Jahrzehnte hindurch außerordentlich verdienstvoll und auch pflichtbewußt ihren Dienst geleistet haben, ein großes Wort des Dankes sagen für ihr Pflichtbewußtsein, für ihre engagierte Arbeit, für ihre Kollegialität und auch für ihre Freundlichkeit im Dienst. Und ich möchte den Angesprochenen ganz persönlich auch für den Ruhestand viele gute Jahre und Jahrzehnte in bester Gesundheit vor allem und voller Lebensfreude wünschen.

Ich möchte mich, meine verehrten Damen und Herrn, ganz zum Schluß auch bedanken bei der Landespersonalvertretung, an deren Spitze sich ein Wechsel vollzogen hat, vom schon angesprochenen Johann Lautner zum neuen Chef, sozusagen, der Landespersonalvertretung, Dr. Königswieser. Ich freue mich auf eine gute Zusammenarbeit und auf eine gute Gesprächsbasis, und wir werden sicherlich gemeinsam vieles für und mit den Bediensteten unseres Landes weiterbringen. Und zuallerletzt möchte ich mich vor allem bei der Rechtsabteilung 1, an der Spitze mit dem Hofrat Greimel und mit dem Hofrat Werner Eichtinger, mit dem Hofrat Oberascher, bedanken, weil sie eine sehr schwierige Aufgabe haben und die ganz engagiert und mit großer Hingabe – mit mir haben sie es auch nicht immer ganz leicht –, aber jedenfalls mit großer Hingabe das ganz Jahr über erfüllt haben und mich vor allem auch bei der Umsetzung unserer gemeinsamen Vorhaben und Reformvorhaben bestmöglich unterstützt haben, und dafür bin ich außerordentlich dankbar. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ. – 17.53 Uhr.)

**Präsident Dr. Klausner:** Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Gennaro, ich erteile es ihm.

**Abg. Gennaro (17.54 Uhr):** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Nicht, daß ich jetzt nach dem Landesrat Hirschmann noch einmal eine Diskussion in der Form eröffne, aber die Situation und Ereignisse überschlagen sich.

Nachdem morgen in Brüssel entschieden werden soll über die Festlegung der Gebietskulisse für Ziel-2-Gebiete und man bereits vernehmen kann, daß Niederösterreich hier versucht, in irgendeiner Form eine Änderung herbeizurufen, glaube ich, einen Beschlusantrag zur Gruppe 0 bezüglich EU einbringen zu dürfen.

Beschlusantrag der Abgeordneten Gennaro, Dipl.-Ing. Grabner, Dr. Flecker, Dörflinger, Kaufmann Monika, Korp, Schrittwieser, Schuster, Ussar und Vollmann, betreffend EU-Strukturförderung, Gebietskulisse für Ziel-2-Gebiete.

Nach neuesten Informationen soll in Brüssel ein Beschluß betreffend die Festlegung der Gebietskulisse für Ziel-2-Gebiete dahin gehend fallen, daß eine Abweichung von dem Beschluß der Österreichischen Raumordnungskonferenz, der von der Bundesregierung auch einstimmig vollinhaltlich übernommen wurde, erfolgen soll. Es ist nicht zu akzeptieren, daß durch direkte Interventionen in Brüssel eine andere Abweichung von diesem Beschluß der Bundesregierung erfolgen kann, als maximal eine Streichung gewisser Gebiete. Ein Auswechseln aufgenommener Gebiete gegen bisher nicht aufgenommene kann von uns nicht akzeptiert werden.

Ich möchte daher den Antrag stellen, der Hohe Landtag wolle beschließen: Die Österreichische Bundesregierung, die Steiermärkische Landesregierung und der Österreichische Nationalrat werden aufgefordert, klar dafür einzutreten, daß von der durch Regierungsbeschluß festgelegten Gebietskulisse für Ziel-2-Gebiete nach Möglichkeit gar nicht oder sonst nur insoweit, als maximal eine Streichung gewisser Gebiete erfolgen kann, abgewichen werden soll.

Ich darf Ihnen, Herr Präsident, diesen Beschlußantrag überreichen und bitte um Zustimmung. (Beifall bei der SPÖ. – 17.56 Uhr.)

**Präsident Dr. Klausner:** Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Frizberg. Ich erteile es ihm.

**Abg. Dr. Frizberg (17.56 Uhr):** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Wir haben dieses Thema ja in einer eigenen Sitzung des Ausschusses für Europäische Integration nach Abschluß der letzten Zusammenkunft besprochen. Es ist in diesem Beschlusantrag an sich überhaupt nichts Neues gegenüber dem, was wir damals einvernehmlich festgelegt haben, und zum Inhalt sage ich ein kurzes Ja. Ich verstehe nur die Aufregung deshalb nicht, weil wir genau dieses Problem ausführlich erörtert haben, und genau, weil wir rasch reagieren mußten, haben wir uns damals nach Schluß der Sitzung als Ausschuß für Europäische Integration sofort zusammengesetzt, unsere Meinungsbildung gemacht, auch Einvernehmen hergestellt, und es hat die Steiermärkische Landesregierung einstimmig genau diesen Inhalt auch beschlossen und nach Wien als einstimmige Position der Steiermark hinaus-

gegeben. Ich verstehe die Aufregung nicht, aber wir gehen gerne mit diesem Antrag mit. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 17.57 Uhr.)

**Präsident Dr. Klausner:** Eine weitere Wortmeldung liegt zur Gruppe 0 nicht vor. Die Frau Berichterstatterin verzichtet auf das Schlußwort.

Eingebracht wurde ein Beschlußantrag von Abgeordneten der ÖVP, betreffend Novellierung des Gesetzes über die Zuweisung von Landesbediensteten.

Beschlußanträge können von jedem Mitglied des Hohen Hauses gemäß Paragraph 34 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages gestellt werden, wenn sie von mindestens vier Mitgliedern einschließlich des Antragstellers unterstützt werden.

Diese Anträge sind in die Verhandlung einzubeziehen, wenn sie dem Präsidenten schriftlich gemäß Paragraph 34 Absatz 4 überreicht werden.

Das ist – auch betreffend den eben eingebrachten Beschlußantrag des Kollegen Gennaro – geschehen.

**Gruppe 0: Reihenfolge der Abstimmung:** Erstens über den Antrag der Frau Berichterstatterin zu den Ansätzen und Posten der Gruppe 0, zweitens über den Beschlußantrag des Finanz-Ausschusses, betreffend Einsparung im Personalbereich, drittens über den Beschlußantrag des Finanz-Ausschusses, betreffend die Steirische Delegation, viertens über den Beschlußantrag des Finanz-Ausschusses, betreffend Bundesstaatsreform und EU-Begleitverfassungsgesetz, fünftens über den Beschlußantrag von Abgeordneten der ÖVP, betreffend Novellierung des Gesetzes über die Zuweisung von Landesbediensteten, und sechstens über den eben eingebrachten Beschlußantrag der Abgeordneten Gennaro, Dipl.-Ing. Grabner, Dr. Flecker, Dörflinger, Monika Kaufmann, Korp, Schrittwieser, Schuster, Ussar und Vollmann, betreffend EU-Strukturförderung, Gebietskulisse für Ziel-2-Gebiete.

Ich komme nun zur Abstimmung:

Nun ersuche ich die Damen und Herren, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin zu den Ansätzen und Posten der Gruppe 0 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Weiters ersuche ich die Damen und Herren, die dem Beschlußantrag des Finanz-Ausschusses, betreffend Einsparung im Personalbereich, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich ersuche nun die Damen und Herren, die dem Beschlußantrag des Finanz-Ausschusses, betreffend die Steirische Delegation, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich ersuche nun die Damen und Herren, die dem Beschlußantrag des Finanz-Ausschusses, betreffend Bundesstaatsreform und EU-Begleitverfassungsgesetz, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Ebenso ersuche ich nun die Damen und Herren, die dem Beschlußantrag von Abgeordneten der ÖVP,

betreffend Novellierung des Gesetzes über die Zuweisung von Landesbediensteten, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die Minderheit.

Schließlich ersuche ich die Damen und Herren, die dem eben eingebrachten Beschlußantrag von Abgeordneten der SPÖ, betreffend EU-Strukturförderung, Gebietskulisse für Ziel-2-Gebiete, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Wir kommen zur Gruppe 1, öffentliche Ordnung und Sicherheit. Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Richard Kanduth. Ich erteile ihm das Wort.

(Bericht über die Posten und Ansätze der Gruppe 1 und über den Beschlußantrag des Finanz-Ausschusses.)

**Abg. Kanduth (18.00 Uhr):** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Die Gruppe 1, öffentliche Ordnung und Sicherheit, besteht aus folgenden Abschnitten und Unterabschnitten:

Feuerwehrwesen: Feuerweherschulen, Förderung der Brandbekämpfung und Brandverhütung, sonstige Einrichtungen und Maßnahmen. Katastrophendienst: allgemeine Angelegenheiten, Gewässerschutzmaßnahmen, sonstige Einrichtungen und Maßnahmen. Landesverteidigung: Zivilschutz, sonstige Einrichtungen und Maßnahmen.

In der Gruppe 1 ergeben sich folgende Gesamtsummen: Ausgaben: 96,534.000 Schilling, denen Einnahmen in der Höhe 2,718.000 Schilling gegenüberstehen.

Aus Anlaß der Beratungen am 1. Dezember fand zu dieser Gruppe folgender Resolutionsantrag die Mehrheit: der Resolutionsantrag der Abgeordneten Trampusch, Korp, Kanduth, Glössl, Vesko und Schinnerl. Ich darf ihn verlesen:

Beschlußantrag vom 1. Dezember: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, beim Bund vorstellig zu werden, damit dem verbesserten Versicherungsschutz für Mitglieder der Feuerwehren, wie in der am 29. November 1994 im Landtag beschlossenen Novelle zum Landesfeuerwehrgesetz vorgesehen, tatsächlich voll Rechnung getragen werden kann.

Zweitens: Die Steiermärkische Landesregierung wird weiters aufgefordert, einen adäquaten Versicherungsschutz für alle freiwillig und ehrenamtlich tätigen Personen in anderen Einsatzorganisationen, wie zum Beispiel Rotes Kreuz, Bergrettung und dergleichen, in die Wege zu leiten. Dies beginnt bei den notwendigen Verhandlungen mit dem Bund, auch die Vorlage von entsprechenden Novellierungsentwürfen, zum Beispiel vom Steiermärkischen Rettungsdienstgesetz.

Ich ersuche um Annahme.

**Präsident Dr. Klausner:** Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Herrmann. Ich erteile es ihm

**Abg. Herrmann (18.02 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, werte Damen und Herren!

Wenn ich heute zur Gruppe 1 das Wort ergreife, so muß ich feststellen, daß in dieser Gruppe die Feuerwehr den höchsten Stellenwert hat.

Ob es sich hier um Mitglieder oder ob es sich hier um die Finanzen handelt. Wie schon erwähnt, von den insgesamt 96,5 Millionen in der Gruppe 1 sind im ordentlichen Haushalt 83 Millionen für die Feuerwehren vorgesehen, das sind 86,5 Prozent.

Wir wissen, daß dies aber nur ein Teil von den Mitteln ist, die die Feuerwehren benötigen. Sehr viel Geld bringen die Feuerwehren selbst auf, ob es sich hier beim Bau um die Mithilfe handelt oder ob sie durch Feste oder durch Sammlungen diese Mittel eben beschaffen.

Und daher ist es nun wirklich zu begrüßen, daß wir in der letzten Landtagssitzung eben den Versicherungsschutz ausgedehnt haben auf diese Tätigkeiten, ob ein Feuerwehrhaus gebaut wird oder ob eben Feste veranstaltet werden. Sollte diesen Mitgliedern hier etwas zustoßen, dann sind sie hier versichert. Ich weiß, wir müssen das im Bund erst richtig durchsetzen. Von der Feuerschutzsteuer sind insgesamt für den Voranschlag 1995 90,445 Millionen veranschlagt. Der Rechnungsabschluß 1993 hat aber nur ein Ergebnis von 75,065 Millionen gebracht. Ob die Feuerschutzsteuer wirklich um 15,380 Millionen mehr sein wird, das sind über 20 Prozent? Ich hoffe, daß es stimmt.

Wir wissen, Österreich hat einen bescheidenen Wohlstand, und zu einem bescheidenen Wohlstand von den Österreichern gehört, daß er sich ein Haus anschafft und eben richtig einrichtet, und das bringt eben dann mehr an Feuerschutzsteuer. (Abg. Kanduth: „Wenn er es versichert!“) Ja! Ich möchte aber eines sagen, 35 Millionen sind an Beiträgen für die Gemeinden vorgesehen. Gegenüber dem Vorjahr um 5,2 Millionen weniger. Das tut uns natürlich weh. Wenn ich das betrachte, wären das fast zwei Tankwagen, wenn man sie ganz zahlt, wir wissen, daß wir ja nur einen Teil bekommen. Ich weiß schon, es muß überall gespart werden, und vor allem die Feuerwehrschule unten in Lebring braucht eben auch sehr, sehr viel Geld. Was ich aber kritisieren möchte – und hier als Bürgermeister –, daß meiner Meinung nach die Geräte und die Feuerwehrfahrzeuge zu teuer sind.

Wir haben in unserer Gemeinde 1981 einen Tankwagen angeschafft – einen TLF 4000 –, der hat damals 1,5 Millionen Schilling gekostet. Nun sind wir beteiligt an einem Tankwagen – einem TLF 2000 –, der kostet 2,6 Millionen Schilling. Wenn ich aber nur den Index rechne von 1981 bis 1994, dann würden das nur 2,2 Millionen Schilling sein. Ich weiß schon, nun wird gesagt, das sind eben modernere Geräte und verschiedenes mehr. Nur, ich habe das in irgendeiner Landtagssitzung schon einmal gesagt, ich lasse mir einen höheren Preis gefallen, wenn es zum Beispiel bei Geräten ist, die keinen Funken schlagen dürfen. Nur, wenn zum Beispiel eine Schaufel dreimal so teuer ist, wenn sie mitgeliefert wird, nur weil sie einen roten Stiel angestrichen hat, gegenüber jener, die ich im Baumarkt kaufe, dann ist mein Verständnis nicht sehr groß.

Besonders bedanken möchte ich mich bei den Feuerwehren, und hier natürlich für die Gemeinden, daß sie ihren Verdienstentgang nicht in Anspruch nehmen. Denken wir doch daran, wieviel die Gemeinden eben entrichten müßten, wenn ein größerer Brand ist. Und was ich nun ganz wichtig

finde, daß man einmal zur Realität zurückgegangen ist, ist jene, daß die Bürgermeister nicht Einsatzleiter sind. Wir wissen, das war Theorie! Jetzt ist es eben niedergeschrieben, daß jener, der eben zuständig ist, egal welcher Feuerwehrmann, eben den Einsatz leiten soll. Denn der Bürgermeister ist ja oft nicht zu Hause, und auch der Feuerwehrhauptmann kann nicht immer da sein. Daher soll jener, der dafür zuständig ist, das machen.

Wir haben erst gesehen, was wir in unseren Feuerwehren besitzen, als wir jetzt diese Katastrophe in Italien gesehen haben und wir gehört haben, daß es dort angeblich keine Feuerwehren, wie es sie bei uns gibt, dort unten gibt.

Und daher möchten wir uns wirklich bei allen Feuerwehrmännern und -frauen, die gibt es jetzt auch schon, die selbstlos ihren Einsatz für das Hab und Gut und für das Leben erbringen, recht, recht herzlich bedanken. In unserem Bezirk war dieses Jahr „Tag der Sicherheitskräfte“, und wir konnten dort feststellen, wie gut die verschiedenen Organisationen zusammenarbeiten.

Ich möchte hier auch das Rote Kreuz erwähnen, obwohl es zur Gruppe 5 gehört. Auch hier muß man sich recht herzlich bedanken.

Natürlich, wir Gemeinden bringen einen Teil ein, nur, er ist verschwindend klein. Hätten wir nicht auch dort die vielen, vielen freiwilligen Helfer, es würde uns und unsere Gemeindebudgets, wie man so sagt auf steirisch, ausheben.

Bei diesem Sicherheitstag, also bei diesem „Tag der Sicherheitskräfte“ konnten wir auch sehen – und das ist auch in der Gruppe 1 – den Zivilschutz. Und meiner Meinung beginnt Zivilschutz in der Familie und in der Gemeinde. Und hier meine ich den Frieden!

Liebe Anwesende, wenn in einer Familie kein Friede ist und in einer Gemeinde nicht, wie sollen Kriege verhindert werden? Und gerade in einer Gemeinde. Wir als Bürgermeister müssen oft feststellen, um ein paar Zentimeter Grund wird erbittert gestritten und weit, weit mehr Geld verprozessiert, als das Grundstück wert ist. Ich glaube, wir müssen dort anfangen, den Frieden einmal in der Familie und in der Gemeinde aufrechtzuerhalten.

Und hier werden immer mehr, der Zivilschutz wird immer aktiver, auch draußen am Land, es gibt Ortsschutzzentren, wo die Information vor allem fließen muß, wie man sich selbst schützt, wie schütze ich mein Haus und wie schütze ich eben auch mein Leben. Das ist sehr, sehr wichtig! Und zum Schutz gehört auch, daß wir uns überlegen, und das ist eben Vorsorge, welchen Energieträger brauchen wir wirklich? Welcher ist ein sicherer Energieträger, der nicht unser Land gefährdet?

Und wenn ich nun zu den Schutzräumen komme, dann muß ich als Bürgermeister, der ja in der Bauordnung natürlich erste Instanz ist, sagen, wir müssen einmal zu einem konkreten Ergebnis kommen. Denn wenn wir, wie wir immer sagen, den teuren Gemüsekeller haben, das bringt uns nicht viel. Entweder wir bauen den Schutzraum komplett, oder wir lassen ihn weg. Für Schutzräume wird an die Gemeinden 940.000 Schilling ausgeschüttet. Ich glaube, wir sollten, vor allem in den öffentlichen Gebäuden, solche Schutzräume vorsehen.

Zusätzlich in der Gruppe 1 ist der Katastrophendienst. Ja, Hochwasser, Muren, Hagel, das sind alles Katastrophen, die uns unvorbereitet manchmal treffen. Aus den ruhigsten Bächen werden reißende Hochwasser, aus den schönen Hängen rutschen die Hänge dann ab, und wir, in unserem Bezirk, sind immer wieder betroffen vom Hagel. Es müßte hier wirklich vorbeugend eben etwas geschehen. Ob es jetzt die Hagelflugzeuge sind, ob es, und hier möchte ich auch sagen, in den Wäldern, ob man viel abholzt oder ob man, ich weiß schon, die Forststraßen sind eben notwendig, aber wir wissen, daß über diese Forststraßen eben die Sturzbäche herunterkommen.

Ich hätte nur eine Frage. Für eine Relaisstation werden 1,184 Millionen Schilling ausgegeben und für die Landeswarnzentrale 1,222 Millionen Schilling. Würde das nicht gehen mit der Feuerwehr, oder ist es in der Feuerwehr drinnen, und es ist nur buchhalterisch getrennt, das könnte auch sein.

In der Gruppe 1 haben wir auch den Gewässerschutz. Und hier muß man sagen, daß das Wasser in Zukunft das wichtigste Gut für uns Menschen werden wird. Und wir müssen daher wirklich alles daran setzen, daß diese Gewässer geschützt werden. Hier möchte ich vor allem die Natur- und Bergwacht hervorheben, die ist auch in der Gruppe 5, nur, die Natur- und Bergwacht ist sehr dahinter, daß man die Bäche, die kleinen Gerinne säubert. Wir stellen immer mehr fest, seit eben Batterienentsorgung, seit Kühlschranksorgung etwas kostet, daß diese oft in den Bächen landen. Und hier muß wirklich der Natur- und Bergwacht ein Lob ausgesprochen werden, daß sie eben diese Bäche von diesen gefährlichen Gütern räumt.

Sehr geehrte Damen und Herren, Sicherheit geht uns alle an! Sind wir bereit, unseren Beitrag einzubringen, ob finanziell oder ideell! Die Zukunft wird es uns danken! Ich danke schön! (Beifall bei der SPÖ. – 18.13 Uhr.)

**Präsident Dr. Klausner:** Als nächster gemeldet ist der Herr Abgeordnete Weilharter, ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Weilharter (18.14 Uhr):** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Es ist eine erfreuliche Stunde und eine sehr positive Stimmung, könnte man sagen, nachdem sich der steirische Landtag innerhalb von 14 Tagen zweimal oder anläßlich beider Sitzungen mit dem Thema Sicherheit und im speziellen Feuerwehr befaßt.

Meine Damen und Herren, man könnte auch meinen, daß das Interesse insgesamt so groß ist, und das beweisen ja auch die anwesenden Repräsentanten unserer Einsatzorganisationen, daß das Interesse so groß ist am steirischen Landtag und wie wir es mit unseren Einsatzorganisationen halten.

Ich darf auch bemerken, daß erstmalig anläßlich der Budgetdebatte die Vertreter der Feuerwehren, oder der Feuerwehr, diesmal in einer Zivilkleidung erschienen sind. Wir erkennen sie trotzdem, und ich darf Ihnen als Vertreter der FPÖ, aber allen Repräsentanten der Einsatzorganisationen namens meiner Fraktion den Dank aussprechen und Sie ersuchen, diesen Dank ihren Mitarbeitern in den Feuerwehr-

verbänden draußen, in den Einsatzorganisationen draußen weiterzugeben, denn wir wissen, wie notwendig ihre Tätigkeit vor Ort im Einsatz ist. Herzlichen Dank für die stete Einsatzbereitschaft.

Meine Damen und Herren, ich gehe aber davon aus, und wir müssen realistisch sein, es wird sich niemand innerhalb der Einsatzorganisationen und niemand von der steirischen Bevölkerung erwarten, daß sich der steirische Landtag permanent, das heißt bei jeder Sitzung, mit dem Thema Einsatz oder Sicherheitsorganisationen befaßt, aber die Einsatzorganisationen und die Bevölkerung erwartet sich mit Sicherheit, daß, wenn die Notwendigkeit und vor allem Handlungsbedarf gegeben ist, daß wir als Gesetzgebung handeln und die notwendigen Rahmenbedingungen, das heißt die notwendigen Rechtsgrundlagen, schaffen.

Und das gilt für alle Einsatzorganisationen, sei es die Bergrettung, das Rote Kreuz oder eben die Feuerwehren, bis hin zur Exekutive. Die Rahmenbedingungen, weil ich sie angesprochen habe, damit meine ich, daß es sehr erfreulich war, daß dieser steirische Landtag in Einstimmigkeit das Rettungsdienstrechtsgesetz beschlossen hat, obwohl, das muß man dazu bemerken, dieses Rettungsdienstrechtsgesetz für das Land und für die Gemeinden eine Mehrbelastung gebracht hat, nämlich die Anhebung des Beitrages um 50 Prozent. Und wir wissen auch, daß manche Gemeinden unter diesem Beschluß, um nicht zu sagen gestöhnt haben, aber diesen Beschluß sehr kritisch gesehen haben, da die budgetäre Situation der Gemeinden ja mehr als angespannt ist, und trotzdem war es für niemanden eine Fahnenfrage hier im Hause, sondern wir haben, glaube ich, die Notwendigkeit erkannt und sind sehr rasch zu einem Ergebnis gekommen.

Und damit darf ich überleiten zum steirischen Landesfeuerwehrgesetz. Auch hier, meine Damen und Herren, war es, glaube ich, längst notwendig, das sogenannte antiquierte Gesetz aus dem Jahre 1979 zu ändern. Zu ändern deshalb, weil die Erfordernisse und letztlich die Aufgabenstellung der Feuerwehr sich insgesamt geändert hat. Der Bereich der Brandbekämpfung war rückläufig, währenddem die technischen Einsätze im Steigen begriffen waren, und damit war aber auch eine andere Herausforderung und eine andere Aufgabenstellung für die Feuerwehren insgesamt gegeben.

Und ich habe anläßlich der Beschlußfassung betreffend die Novelle des Landesfeuerwehrgesetzes schon bemerkt, daß es eigentlich sehr zögernd und sehr schleppend zu dieser Beschlußfassung gekommen ist, da vorweg einmal der Eindruck entstanden ist, daß von seiten des Referates und vom Herrn Referent nicht unbedingt diese Bereitschaft gegeben war beziehungsweise die Notwendigkeit nicht erkannt wurde.

Und ich gebe schon zu, Kollege Löcker, daß der Referent in der Landesregierung vielleicht etwas irritiert war, denn die Stellungnahme des Landesfeuerwehrkommandanten war ja vorweg auch nicht ganz klar, ist ja auch dokumentiert in der Zeitung „Blaulicht“, bin aber froh, daß wir im Endergebnis doch zu einer Lösung gekommen sind und daß vor allem auch der Kommandant beziehungsweise der Referent in der Regierung eingesehen hat, daß die Notwendigkeit gegeben ist.

Meine Damen und Herren, ich habe gesagt, es ist notwendig, die notwendigen Rahmenbedingungen, wenn der Bedarf gegeben ist, zu schaffen. Ich freue mich, daß es uns gelungen ist, über die freiheitliche Initiative ein zeitgemäßes Feuerwehrgesetz zu beschließen, das haben wir vor 14 Tagen einstimmig getan. Ich hoffe natürlich, daß mit diesem zeitgemäßen Feuerwehrgesetz, mit dieser Novelle, einmal den Grundbedürfnissen unserer Feuerwehr Rechnung getragen wird. Uns muß aber bewußt sein, daß dies also nur der erste Schritt sein kann. Das heißt, wir werden weiterhin bemüht sein müssen, die sozialrechtlichen Absicherungen beim Bund zu erwirken. Und vor allem, wir werden, wo es heute um die Finanzierung, um das Budget geht, auch darüber nachdenken müssen, inwieweit diese zweckgebundenen Mittel, die Feuerschutzsteuergelder, zweckmäßig eingesetzt werden. Und hier hätte ich auch die Bitte an den Referenten der Landesregierung, daß man künftighin, um die Budgetwahrheit und eine Kostenwahrheit zu haben, bei den Zuwendungen an die Feuerweherschule differenziert. Selbstverständlich sollten wir die Einrichtung der steirischen Feuerweherschule nützen und anderen Einsatzorganisationen auch zur Verfügung stellen. Es wäre aber sinnvoll und korrekt, wenn wir wissen, inwieweit das Referat des Katastrophenschutzes, die Wasserrettung, wer auch immer, dort Ausbildungen erfolgen und inwieweit die Kosten der Feuerwehr beziehungsweise dem Feuerwehrbudget angelastet werden. Diese Differenzierung wäre sicherlich notwendig, wir hätten alle mehr Budgetwahrheit und letztlich auch einen genaueren Überblick.

Meine Damen und Herren, wir als freiheitliche Fraktion werden selbstverständlich dieser Budgetgruppe unsere Zustimmung geben, und zwar in der Überzeugung, daß unsere rund 46.000 Feuerwehrmänner, daß unsere Einsatzorganisationen, sei es Bergrettung, Rotes Kreuz, sei es die Wasserrettung, sei es eine andere Einsatzorganisation, daß sie einen sehr wichtigen Dienst in unserem Lande idealistisch leisten.

Und wir meinen, daß dies das geringste Maß an Zugeständnis und Bekenntnis zu diesen Einsatzorganisationen ist, daß wir dieser Gruppe unsere Zustimmung geben. Die Tätigkeiten selbst sollten - und das ist der Wunsch, den verbinde ich damit - weiterhin draußen ehrenamtlich passieren, und wir werden weiterhin bemüht sein, wenn der Bedarf gegeben ist, die notwendigen rechtlichen Regelungen zu treffen. In diesem Sinne sage ich allen Einsatzorganisationen ein Glückauf! (Beifall bei der FPÖ. - 18.21 Uhr.)

**Präsident Dr. Klausner:** Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Ing. Kaufmann. Ich erteile es ihm.

**Abg. Ing. Kaufmann (18.22 Uhr):** Geschätzter Herr Präsident, Herr Landeshauptmann! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Im Paragraph 1 Absatz 2 des Feuerwehrgesetzes heißt es, daß den Feuerwehren die Bekämpfung und Verhütung von Bränden und die Abwehr sonstiger

Gefahren örtlicher und überörtlicher Natur, die der Allgemeinheit, der einzelnen Person, Tieren oder Sachen drohen, dienen.

Wenn wir diesen Absatz hinterfragen, dann steht mehr dahinter als nur ein paar leere Worte. Dahinter steht die Bereitschaft von Menschen, den anderen Menschen zu helfen unter Einsatz des eigenen Lebens und der Einbringung der eigenen Freizeit, Millionenwerte, aber vor allem Menschenleben zu retten und so der Allgemeinheit dienlich zu sein. Wenn wir uns die Einsatzstatistik betrachten, dann hat sich das Bild der Feuerwehreinsätze geändert. Die Bekämpfung der Brände ist zurückgegangen, nur mehr 8 Prozent der Einsätze waren technischer Natur. Das hat natürlich auch eine Veränderung in der Ausrüstung, in der Ausbildung, in dem ganzen Aufgabenbereich der freiwilligen Feuerwehren überhaupt mit sich gebracht.

Ich darf hier an erster Stelle bei meiner Wortmeldung den Dank aussprechen. Den Dank an alle steirischen Feuerwehrkameradinnen und -kameraden, die mit ihrer Einsatzbereitschaft uns - und damit meine ich alle Steirerinnen und Steirer - die Sicherheit gegeben haben, daß es eine Einsatzorganisation gibt, die bei Gefahr für sie da ist. Und ich bitte Herrn Landesbranddirektor als verantwortlichen Landeschef dieser Einsatzgruppe, diesen Dank an alle steirischen Kameradinnen und Kameraden weiterzugeben. Und ich darf auch danken der Katastrophenschutzabteilung unter Hofrat Konrad, die diesen Einsatz mit der beamteten Bereitschaft zu organisieren tatkräftig unterstützt. Und ich glaube, wir Steirerinnen und Steirer können stolz auf unsere Feuerwehr sein, denn wir haben eine Einsatzgruppe, die immer für uns bereit und da ist. Hat der bisherige Einsatz aus Einsatz, Übung, Ausbildung bestanden, so brachte es die finanzielle Notlage mit sich, in der sich die Allgemeinheit befindet, daß die Feuerwehren auch bei den Kosten der Mittelbeschaffung immer mehr herangezogen wurden. Dies führte dann zu einem Punkt, der im bisherigen Feuerwehrgesetz nicht mehr gedeckt war und der einer Novellierung bedurfte. Daher wurde das Feuerwehrgesetz einstimmig und einheitlich novelliert. Und ich darf mich darüber freuen, daß es uns gelungen ist, in so einer Einstimmigkeit diese Gesetzesnovelle da rüberzubringen.

Aber ich darf auch ein paar Anmerkungen dazu machen. Feuerwehrmänner sind gewohnt, in einem Team zu arbeiten. „Alle für einen, einer für alle“ ist unser Leitspruch, und daher war es für mich ein bißchen befremdend, daß schon im Zusammenhang mit der Gesetzwerdung ein Streit über die Vater- oder Mutterschaft dieser Gesetzesnovelle - (Abg. Weilharter: „Weil ihr die Notwendigkeit nicht erkannt habt!“) Die Notwendigkeit, lieber Kollege Weilharter, wurde erkannt. Aber lassen wir das. Ich stelle nur fest (Abg. Weilharter: „Ihr habt 14 Jahre Zeit gehabt!“), daß es einer Feuerwehr unwürdig ist, über Vater- oder Mutterschaft zu streiten, sondern daß es darum geht, daß im Zusammenwirken von Landesfeuerwehrverband, Katastrophenschutzabteilung und den drei im Landtag vertretenen Fraktionen gelungen ist, eine Novelle zu bringen, die meiner Meinung nach den Anforderungen der heutigen Zeit entspricht. Ich gehe davon aus, daß nicht der, der den Ballon startet,

einen Flieger gebaut hat, sondern der, der in einem Team seine Ideen eingebracht und tatkräftig mitgearbeitet hat, daß der am Entstehen eines Fliegers mitgewirkt hat. (Abg. Weilharter: „Der kann aber auch nicht fliegen!“) Das sollte uns nachdenklich stimmen.

Aber wir wissen leider auch, daß wir in der Steiermark beschränkt sind, beschränkt auf unsere Aufgaben, auf unseren Bereich, und daß im Feuerwehrgesetz ein - (Abg. Trampusch: „Beschränkt sind wir auch nicht!“) auf unseren Bereich, habe ich gesagt, lieber Kollege Trampusch, und daß im Feuerwehrgesetz ein Bereich ist, der außerhalb unserer Wirkungsmöglichkeiten steht, das ist der ASVG-Bereich. Und hier hat sich in dankenswerter Weise schon unser Feuerwehrreferent, Landeshauptmann Dr. Josef Krainer, mit den Stellen des Bundes in Verbindung gesetzt, um darüber zu sprechen und zu verhandeln, wie man die Absicherung der Einsatzorganisationen im ASVG erreichen kann. Ich darf dir, lieber Herr Landeshauptmann, als Feuerwehrreferent den herzlichen Dank deiner Feuerwehrmänner sagen für deine Arbeit für uns alle, denn wir wissen, daß durch deine Bereitschaft, unsere Anliegen anzunehmen, sehr viel gelungen ist. Einen herzlichen Dank dafür.

Es ist schon angezogen worden, daß der Bereich Einsatzleitung neu geregelt gehört - Kollege Herrmann hat darüber gesprochen. Ich hoffe, und ich bin auch davon überzeugt, daß mit den neuen Begriffsdefinitionen der Einsatzleitung den modernen und momentan gegebenen Verhältnissen angepaßt erscheint, aber ich glaube auch, daß wir in absehbarer Zeit darüber nachdenken werden müssen, ob nicht neue Aufgaben einer neuerliche Novellierung unseres Feuerwehrgesetzes bedürfen. Ich glaube also, daß wir in der Einigkeit, in der wir letztes Mal das Feuerwehrgesetz verabschiedet haben, in der Einigkeit, in der wir hoffentlich auch das Budget für unsere Feuerwehren beschließen werden, in der Einigkeit, in der wir als Politiker hinter unseren steirischen Feuerwehren, und damit meine ich die freiwilligen Feuerwehren, die Berufsfeuerwehren und die Betriebsfeuerwehren, stehen, daß wir hier eine Sicherheit haben, daß wir einer Einsatzorganisation Hilfe angedeihen lassen, die uns im Notfall alle ihre Möglichkeiten wiederum zur Verfügung stellt. Und wenn heute schon angeklungen ist, warum ist ein Feuerwehrgerät, warum ist Feuerwehrausrüstung so teuer. Ich kann die Frage nicht beantworten, ich weiß als Feuerwehrmann nur eines, unsere Feuerwehrmänner brauchen die beste Ausrüstung, sie brauchen die beste Ausbildung, dann werden sie auch im Einsatz die größtmögliche Chance haben, Gefahren von uns abzuwenden. Und in diesem Sinne wünsche ich nur eines, daß alle Feuerwehrkameraden, die im nächsten Jahr, im Jahr 1995, in den Einsatz gehen, gesund wieder zurückkommen, und ich hoffe nur eines, daß dies möglichst wenig Einsätze sind, und wünsche allen steirischen Feuerwehrkameraden ein Gut Heil! (Beifall bei der ÖVP. - 18.30 Uhr.)

**Präsident Dr. Klausner:** Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Ussar, ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Ussar (18.30 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Landeshauptmann, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, Hohes Haus!

Wir Abgeordnete in den steirischen Bezirken sind immer wieder sehr dankbar, wenn wir Einladungen zu den Veranstaltungen und Versammlungen unserer Einsatzorganisationen Feuerwehr, Rotes Kreuz, Bundespolizei, Bundesgendarmerie, Bundesheer oder Bergrettung oder auch des Zivilschutzverbandes erhalten. In diesen Veranstaltungen werden wir von den Verantwortlichen immer wieder ausführlichst mit interessanten Berichten über die Tätigkeit dieser Einsatzorganisationen informiert. Sehr oft, sehr geehrte Damen und Herren, bietet sich uns die Möglichkeit, im Rahmen dieser Veranstaltungen auch den Dank der Öffentlichkeit für die überaus großen Leistungen zum Wohle der Gemeinschaft auszusprechen.

Ich möchte heute ganz kurz zur Novellierung des Steiermärkischen Landesfeuerwehrgesetzes, und vor allem aber auch ist es mir ein Bedürfnis, zum Landesfeuerwehrtag, der diesmal in unserem Bezirk, in der Stadt Trofaiach, abgehalten wurde, zu sprechen.

Vorerst auch einmal ein Dank an Herrn Hofrat Dr. Heinz Konrad, an den Landesfeuerwehriinspektor Dipl.-Ing. Gerald Kubizza und Oberregierungsrat Dr. Kalcher, die ich immer wieder bei den Veranstaltungen in den Bezirken antreffe und die vor allem auch für unsere Feuerwehren vor Ort mit Rat und Tat zur Seite stehen.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich hatte in dem Vorjahr die Ehre, über die umfangreiche, vielfältige Tätigkeit des Roten Kreuzes, des Jugendrotkreuzes zu sprechen, und heute möchte ich ganz besonders auf die Feuerwehren eingehen.

Wir haben in der letzten Sitzung des Steiermärkischen Landtages einstimmig - wie Kollege Kaufmann betont hat - die Novellierung des Steiermärkischen Landesfeuerwehrgesetzes beschlossen. In vielen Sitzungen des Unterausschusses, und wir hatten viele Vorberatungen mit unserem Klubobmann Franz Trampusch, haben wir ausführlich und intensiv über die Tätigkeit der Feuerwehren diskutiert. Ich freue mich heute ganz besonders, daß viele Anregungen, die der Bezirksfeuerwehrverband Leoben an das Landesfeuerwehrkommando weitergegeben hat, in der Novelle einen Niederschlag gefunden haben. Dies ist, sehr geehrte Damen und Herren, ein Zeichen dafür, daß, wenn in den Bezirken gute Arbeit geleistet wird, wenn in den Bezirken gute Vorbereitungsarbeit geleistet wird, dies auch in der Landesgesetzgebung den unmittelbaren Erfolg zeigt. Ich glaube, daß dem Bezirksfeuerwehrverband Leoben mit dem Bezirksfeuerwehrkommandanten, Oberbrandrat Georg Feistl, besonderer Dank für diese wichtige Vorarbeit gebührt. Und selbstverständlich auch, sehr geehrte Damen und Herren, ein Dank an das Landesfeuerwehrkommando, das diese Stellungnahmen des Bezirksfeuerwehrverbandes Leoben in die Stellungnahmen des Landesfeuerwehrkommandos zur Novellierung des Landesfeuerwehrgesetzes entsprechend eingearbeitet hat.

Mit diesem Gesetz, sehr geehrte Damen und Herren, wurden, meiner Ansicht nach, einige wesentliche rechtliche Ungenauigkeiten beseitigt, und vor allem, das möchte ich betonen, in inhaltlicher Sicht sind als Schwerpunkte die Einsatzleitung sowie der verbesserte Versicherungsschutz hervorzuheben. Es ist nun unbedingt notwendig, daß die Steiermärkische Landesregierung beim Bund vorstellig wird, damit dem verbesserten Versicherungsschutz für Mitglieder der Feuerwehren in der am 29. November 1994 im Landtag beschlossenen Novelle zum Landesfeuerwehrgesetz tatsächlich, und das ist wichtig, Rechnung getragen wird.

Gleichzeitig, möchte ich aber auch sagen, wird die Steiermärkische Landesregierung aufgefordert, einen adäquaten Versicherungsschutz für alle freiwillig, ehrenamtlich tätigen Personen in anderen Einsatzorganisationen, zum Beispiel Rotes Kreuz, Bergrettung, in die Wege zu leiten. Sehr geehrte Damen und Herren, das beinhaltet neben den notwendigen Verhandlungen neben dem Bund vor allem auch die Vorlage von entsprechenden Novellierungsentwürfen, zum Beispiel das Steiermärkische Rettungsdienstgesetz.

Und nun zum Landesfeuerwehrtag in Trofaiach. Anlässlich des 125jährigen Bestehens der Freiwilligen Feuerwehr in Trofaiach wurde aus diesem Anlaß der Landesfeuerwehrtag, der 110. Steirische Landesfeuerwehrtag 1994, verbunden mit dem 30jährigen Landesleistungswettbewerb am 24. und 25. Juni, wie gesagt, in Trofaiach abgehalten. Im Rahmen der feierlichen Konferenz erstattete der Landesfeuerwehrkommandant Landesbranddirektor Karl Strablegg einen umfassenden, imposanten, exzellenten Bericht über die Tätigkeiten und Arbeiten der Feuerwehren im Jahre 1993.

Sehr geehrte Damen und Herren! 55.018 Einsätze, 1.007.000.000 Schilling gerettet. 32.000 Ausrückungen, 5500 mal rückten die Feuerwehren im Berichtsjahr zu Verkehrsunfällen aus. 4018 Ausrückungen mußten zu Hilfeleistungen bei Hochwasser, Stürmen und Auspumparbeiten geleistet werden. 1488 Gefährliche-Stoff-Einsätze wurden absolviert. 53,814.000 Schilling müßten steirische Steuerzahler zahlen, wenn also eine Stunde mit nur 100 Schilling berechnet werden würde.

Sehr geehrte Damen und Herren, 3,319.403 Stunden wurden von den freiwilligen Feuerwehren für Schulungen, Gerätepflege und andere Tätigkeiten aufgewendet. Eine Tätigkeit, von der zwar nie gesprochen wird, die aber unbedingt notwendig ist, um die Einsatzbereitschaft zu erhalten.

Dafür gebührt dir, sehr geehrter Herr Landesfeuerwehrkommandant Landesbranddirektor Karl Strablegg und deinen 46.500 Wehrmännern der herzlichste und aufrichtigste Dank unserer steirischen Heimat!

Sehr geehrte Damen und Herren, Dank aber auch den Gemeinden. Und vergessen wir nicht – es haben Kollegen schon angerissen –, was die Gemeinden für unsere Feuerwehren leisten, die oft bis an die Grenze der Finanzierungsmöglichkeit gehen, weil in allen steirischen Orten und Städten die Bereitschaft dafür da ist, für diese wichtige Einsatzorganisation auch finanziell die entsprechenden Beiträge zu leisten.

Sehr geehrte Damen und Herren, es war für uns alle ein ganz besonderes Erlebnis, als über 4000 Feuerwehrmänner aus allen Bezirken unserer steirischen Heimat im Stadion von Trofaiach aufmarschierten und ihre Einsatzbereitschaft sichtbar dokumentierten.

Ich schließe mit einem Dank an die Stadtgemeinde Trofaiach, der Freiwilligen Feuerwehr Trofaiach, dem Bezirksfeuerwehrkommando Leoben für die ausgezeichnete Organisation des 110. Landesfeuerwehrtages in der obersteirischen Stadt Trofaiach. Sehr geehrte Damen und Herren, ein herzliches Glückauf und Gut Heil! (Allgemeiner Beifall. – 18.37 Uhr.)

**Präsident Dr. Klausner:** Als nächster gemeldet der Herr Kollege Schinnerl. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Schinnerl (18.38 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich will mich jetzt nicht wiederholen, es haben einige meiner Kollegen schon über dieses neue Feuerwehrgesetz, über diese notwendige Novellierung gesprochen. Ich darf vielleicht nur noch zu ein paar Punkten Stellung nehmen. Wenn der Herr Abgeordnete und Bürgermeister Herrmann gemeint hat, daß er eigentlich sehr froh ist, daß der Passus über die Regelung der Einsatzleitung der Bürgermeister herausgekommen ist, dann kann ich ihm eigentlich nur beipflichten. Denn es waren doch sehr viele Bürgermeister, die mit diesem Gesetzestext eigentlich sehr wenig anfangen konnten, und es gibt ja wirklich sehr wenige Bürgermeister, die tatsächlich aktiv bei der Feuerwehr sind und Einsätze selbst leiten können. Ich bin daher sehr froh, daß wir diesen Passus herausgenommen haben.

Und wenn mein Kollege, der Herr Abgeordnete Weilharter, das Gesetz sehr positiv erläutert hat, da hat er, so glaube ich, auch alles gesagt, er hat auch alle Initiativen aufgezählt, wie es zu dieser Novellierung gekommen ist. Und ich verstehe den Herrn Abgeordneten Kaufmann nicht, wenn er sagt, es wurde über die Vaterschaft und die Mutterschaft bei dieser Novellierung gestritten. Ich habe es eigentlich nie so verstanden. (Abg. Ing. Kaufmann: „Zeitung lesen! Zeitung lesen!“)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es hat nur einer so verstanden, und das war von Anfang an der Herr Landesfeuerwehrkommandant, der hat rot gesehen (Abg. Trampusch: „Rot sehen ist kein Fehler!“), er hat das Feuer am Dach gesehen, wie der Antrag eingebracht worden ist. Aber bitte, das war natürlich seine eigene Sache. Wir sind froh, daß wir diese notwendige Novellierung für die Feuerwehrkameraden durchgebracht haben. Und uns allen, die im Unterausschuß tätig waren, die alle mitverhandelt haben, haben es nie in den Vordergrund gestellt, ob das eine politische Sache ist oder nicht. Wir haben von vornherein gesagt, es muß dem Feuerwehrkameraden nützen, die Sicherheit der Feuerwehrkameraden ist uns wichtig!

Und wenn ich noch einmal zurückkomme auf den Landesfeuerwehrkommandanten, dann ist es für mich eigentlich sehr verwunderlich, daß er eigentlich immer gesagt hat, das hat mit Politik etwas zu tun. Na ja, selbstverständlich, es hat schon etwas mit Politik zu tun, denn irgendjemand muß ja aktiv werden, und das

waren in diesem Sinne wir Freiheitlichen. Und wenn ich hier das weiter nachvollziehe, dann wundert es mich nicht, daß wir nicht zum Landesfeuerwehrtag eingeladen wurden. Kein einziger von den freiheitlichen Abgeordneten wurde eingeladen. So kann man natürlich auch Politik machen. Man kann eine gewisse Gruppe beziehungsweise Fraktion im Steiermärkischen Landtag ausschließen und sie gar nicht zu den Veranstaltungen einladen. Aber ich glaube, Herr Landeshauptmann, so ist die Politik im Feuerwehrewesen nicht gemeint, daß man Abgeordnete, die für die Interessen der Feuerwehrkameraden arbeiten, bei Veranstaltungen, wie den Landesfeuerwehrtag, nicht einlädt. Denn gerade früher hat der Herr Abgeordnete Ussar gemeint, daß er sich sehr wohl freut, daß er eingeladen wird. Ich hoffe, daß man da auch wieder ein Umdenken stattfinden läßt und daß man in Hinkunft auch die freiheitlichen Abgeordneten oder wenigstens diejenigen, die beim Feuerwehrgesetz mitgearbeitet haben, zu solchen Veranstaltungen einlädt.

Des weiteren möchte ich mich nicht wiederholen. Ich bin froh, daß wir dieses Gesetz so geändert haben, daß der Versicherungsschutz in Hinkunft für unsere Feuerwehrkameraden möglich ist. Und ich hoffe, daß wir alle Punkte drinnen haben, damit der Paragraph 176 Absatz 1 Ziffer 7 auch tatsächlich so zur Anwendung kommt, wie wir uns es im Unterausschuß und bei der Gesetzwerdung vorgestellt haben.

Ich habe auch einmal den Antrag gestellt, daß die Hinterbliebenen von verunglückten Kameraden von Einsatzorganisationen bis zu einer Million Schilling als Abgeltung erhalten sollen. Es hat einmal ein Gespräch beim Herrn Landeshauptmann gegeben, und da wurde gesagt, es soll sich die Abteilung kümmern, ob es nicht einen Ansatzpunkt im Budget gibt, wo man solche Summen aufnehmen kann. Und ich habe in der Zwischenzeit gehört, und ich habe das auch im Ausschuß hinterfragt, es wurde mir mitgeteilt und gesagt, daß der Ansatzpunkt für die Feuerwehr der Ansatz 169014 und die Post Nr. 7690 ist, welcher für solche Dinge gedacht ist. Es ist zwar nur ein Budgetposten von 12.000 Schilling, aber es ist im Budget vorgesehen. Und ich würde jetzt dringend ersuchen, daß man für diese Angelegenheit die Vergaberichtlinien erarbeitet, damit es in Hinkunft zur Auszahlung von solchen Beträgen kommen kann.

Des weiteren ist gesagt worden, daß das selbstverständlich nicht nur für die Feuerwehrkameraden Geltung haben soll, sondern auch für die übrigen Einsatzorganisationen gelten muß, und auch das habe ich beim Ausschuß hinterfragt, und da ist mir gesagt worden, nachdem auch die Abteilung sich bemüht hat, hier einen eigenen Ansatzpunkt aufzunehmen, auch hier gäbe es bereits einen Ansatzpunkt 170019 mit der Post Nr. 7292, da sind 1000 Schilling als Erinnerungspost im Budgetansatz vorgesehen. Ich hoffe, daß wir dann hier weiterarbeiten und daß wir tatsächlich auch so weit kommen, damit wir die Beträge auch zur Auszahlung bringen können, sollte einmal irgendwo so ein Unglücksfall eintreten. (Abg. Weilharter: „Peter, das ist Erinnerungspost, damit wir sie nicht vergessen wie beim Feuerwehrgesetz!“) Aber ich ersuche da den verantwortlichen Feuerwehrreferenten, den Herrn Landeshauptmann, daß er hier mithilft, damit wir auch hier etwas weiterbringen.

Des weiteren möchte ich auch feststellen, diese Novellierung des Feuerwehrgesetzes war einmal eine Novellierung oder eine Gesetzesänderung, welche das Land keinen einzigen Schilling kostet, das muß man auch einmal festhalten. Denn meistens ist es ja so, wenn man Gesetze novelliert, daß man dann eigentlich immer wieder fragen muß, was kostet es das Land, was muß der Herr Finanzreferent aufwenden? In diesem Punkt können wir sagen, wir haben eine Gesetzesnovelle durchgeführt, die das Land nichts kostet.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es wurde auch schon gesagt, daß jetzt einmal die Novellierung abgeschlossen ist und daß eine weitere folgen wird. Ich glaube, daß das auch so eintreten wird.

Meine Damen und Herren, der nächste Landesfeuerwehrkommandant, welcher auch immer einmal nachrücken wird, wird vielleicht mit mehr Elan an die Sache herangehen (Abg. Purr: „Tu doch nicht Sesselnücken anfangen!“), und wir werden gerne bereit sein, eine weitere Novellierung durchzuführen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es gibt noch viele Punkte, hier wird im Gesetz noch immer von einer Löschkgruppe gesprochen, wir haben aber gehört, es gibt nur mehr 8 Prozent Löscheinsätze, aber dafür 92 Prozent technische Einsätze, da könnte man auch sagen eine Einsatzgruppe und so weiter. Aber wir werden auch noch darüber reden müssen, ob die Bestimmung über die Altersklausel beziehungsweise daß Kommandant und Stellvertreter so ein Amt bis zum 65. Lebensjahr ausführen können, auch richtig ist oder ob eine Fallfrist nicht besser wäre, damit man sich nicht einen Tag vor dem 65. Geburtstag noch für weitere fünf Jahre wählen lassen kann. Ich habe dafür kein Verständnis, daß man über 65 Jahre hinausgeht bei so einer Einsatzorganisation, noch dazu jetzt, wo auch die Abschnittskommandanten, die Bezirkskommandanten und der Landeskommandant und dessen Stellvertreter als Einsatzleiter herangezogen werden können. Und ich bin schon der Meinung, daß man hier auch über dieses Alterslimit einmal reden wird müssen.

Des weiteren ist uns bei dieser Novellierung aufgefallen, daß gewisse Personen durch die Satzungen, und ich meine hier die Mustersatzungen, wo Feuerwehrkameraden, in diesem Fall ehemalige aktive Mitglieder, von der Wahl des Feuerwehrhauptmannes und seines Stellvertreters ausgeschlossen sind. Ich bin der Meinung, daß hier eine grobe Verfehlung auf Grund des Feuerwehrgesetzes beziehungsweise bei der Erstellung der Satzungen - Mustersatzungen stattgefunden hat. Ich glaube, daß der Herr Landesfeuerwehrkommandant jetzt dringend aufgerufen ist, dies zu ändern, denn ich kann mir nicht vorstellen, daß Feuerwehrkameraden der zweiten Abteilung oder nicht mehr aktive Feuerwehrmitglieder nicht einmal mehr das Wahlrecht haben oder nicht mehr mitbestimmen können, wer Feuerwehrhauptmann und wer Feuerwehrhauptmannstellvertreter wird, aber ein 65-, 66- oder ein 70jähriger Feuerwehrhelfer kann eine Einsatzorganisation führen. Bitte, ich kann mir das nicht vorstellen. Es ist auch nicht gesetzeskonform. Hier schmälern die Satzungen das Gesetz. Im Gesetz im Paragraph 6 Absatz 4 ist es ausführlich so beschrieben, daß auch ehemalige aktive Mitglieder ein Wahlrecht haben.

Herr Landeskommandant, ich darf Sie ersuchen, hier sofort tätig zu werden, daß die langjährige Benachteiligung der älteren Feuerwehrkameraden endlich beseitigt wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Feuerwehrkameraden, liebe Einsatzleiter und Kommandanten, recht herzlichen Dank für eure freiwillig geleistete Arbeit, und ich wünsche euch allen ein frohes Weihnachtsfest und alles Gute im neuen Jahr. Danke schön und Gut Heil allen Feuerwehrkameraden! (Beifall bei der FPÖ. - 18.47 Uhr.)

**Präsident Dr. Klausner:** Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Trampusch, ich erteile es ihm.

**Abg. Trampusch (18.47 Uhr):** Meine sehr geschätzten Damen und Herren, liebe Vertreter der steirischen Einsatzorganisationen!

Es wurde hier bereits mehrfach gedankt, mit Recht gedankt, ich darf mich gerne dem anschließen, und zwar allen diesen freiwilligen Organisationen. Es wäre nur gut, wenn wir uns auch außerhalb des Hohen Landtages und bei jeder Gelegenheit an diesen Dank und an diese Aufgaben, die diese Einsatzorganisationen für die Steiermark erbringen, immer wieder erinnern würden. Dann würden wir wahrscheinlich noch etwas mehr füreinander tun können. Im großen und ganzen passiert es aber so.

Ich möchte nichts wiederholen und daher nur drei kurze Bemerkungen machen. Die erste zur Novelle des Landesfeuerwehrgesetzes, das jetzt ja bereits sehr diskutiert wurde. Wer dabei war, weiß, wie es wirklich war. Wichtig war, daß am Ende etwas herausgekommen ist, zu dem wir uns alle bekennen. Alles andere ist schon wieder Geschichte. Aber eine kleine Nostalgiebemerkung erlaube ich mir trotzdem.

Wie man sich auch in Briefen auseinandergesetzt hat, habe ich dort einmal eingebracht, es wäre viel schöner gewesen, die FPÖ hätte das Bild von der charmanten Mag. Berner verschickt an jeden Feuerwehrkommandanten als den Brief. Ich hätte mich auch darüber gefreut, und es hätte wahrscheinlich den gleichen Erfolg gehabt. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Wir wollten keine Wahlwerbung machen!“) Aber ich komme gerne wieder darauf zurück.

Was wir erreicht haben, ist gut, und ich habe das letzte Mal hier schon gesagt, es steht uns aber noch Arbeit ins Haus. Denn alle freiwilligen Einsatzorganisationen haben selbstverständlich das Recht, einen gleichen oder ähnlichen Versicherungsschutz in der Steiermark zu erreichen, denn sie alle stellen ja sozusagen ihr eigenes Leben und ihre Gesundheit aufs Spiel. Und daher müssen wir jetzt weitermachen. Das kann für uns sozusagen kein Schlußpunkt sein, sondern ein Anfang, um hier mehr Möglichkeiten zu bieten.

Und der Kollege Schinnerl hat gerade gesagt, man möge also weitere Veränderungen vornehmen. Es war ein kleiner Irrtum, das war keine Verordnung, sondern Mustersatzungen. Und es ist jeder Feuerwehr überlassen, ob sie diese Mustersatzung so beschlossen hat oder ob sie von sich aus es anders macht. Die meisten Feuerwehren, die ich kenne, lassen selbstverständlich die Kameraden der zweiten Dienstklasse mitwählen

bei den Kommandantenwahlen. Damit ist das Problem nicht so groß, wie es theoretisch aussieht. Und es sind alle gut beraten, sich in diesem Sinne zu verhalten.

Ein Zweites. Hier geistert im Hohen Haus im Hintergrund auch noch die noch nicht erledigte Frage der Miete des Landesfeuerwehrkommandos an das Land herum, wie ich höre. Auch hier, glaube ich, sollte man eine vernünftige Lösung finden, die auch allen bisherigen Intentionen standhält. Denn es ist ja kein Justamentstandpunkt, wenn darüber geredet und verhandelt wird, wie hoch eine solche Miete sein soll.

Wir haben alle in Erinnerung, daß sowohl der Landesrechnungshof als auch der Rationalisierungsausschuß immer wieder verlangt haben, das Land möge bei seinen Einrichtungen, Anlagen, Gebäuden und so weiter alle Einnahmen lukrieren, die möglich sind. Es liegt daher nicht am Finanzreferenten allein, das so zu sehen. Und ich würde sagen, eine sehr vernünftige Lösung wäre, denn die Freiwilligkeit ist ja auch dort gegeben, Herr Landeshauptmann, wenn man ganz konkret einen Beitrag als Subvention ausweist auf der einen Seite, und auf der anderen Seite, damit man das sozusagen anerkennt, diese Arbeit, die dort geschieht, dann natürlich auch für die Benutzung landeseigener Einrichtungen etwas verlangt. Vielleicht kann man auf diese Art und Weise eine Lösung herbeiführen.

Und ich habe auch Informationen, daß sowohl die Landesfinanzreferentenkonferenz am 26. April 1994 als auch die Landeshauptleutekonferenz ganz konkret zwei Dinge beantragt haben, die die Feuerwehren vor allem sehr interessieren wird und über die wir auch reden müssen, wenn es darum geht, diese Menschen, die freiwillig tätig sind, noch mehr zu unterstützen.

Das eine ist, daß man anscheinend bereit ist, die Feuerschutzsteuer um 2 Prozentpunkte anzuheben, und das ist ja eine gemeinsame Befürwortung für alle Bundesländer, und ich sage noch einmal, die von den Finanzreferenten und den Landeshauptleuten vorliegt. Also das ist sozusagen eine Verwendungszusage jetzt an unsere freiwillige Einsatzorganisation.

Und zum Zweiten, daß auch diese beiden Gremien ausgesagt haben, daß es eine Zweckbindung, und das ist eine Forderung des Bundesfeuerwehrverbandes, von einem Prozent des Aufkommens der Kfz-Haftpflichtversicherung sei, die zugunsten des Feuerwehr- und Rettungswesens, hier sind beide genannt, der Länder sozusagen dann hereinzubekommen wäre. Auch das sollte hier vom Landtag mitvertreten werden.

Wenn wir neben dem Dank und neben einer Novelle die Aufgabe, hier weiterzumachen und einen Versicherungsschutz für alle erreichen und auch das ernst nehmen, was es an zusätzlichen Möglichkeiten gibt, dann dienen wir jenen sicher, die uns dienen durch ihre Freiwilligkeit.

Und ein Drittes und Letztes. Es geht neben den freiwilligen Einsatzorganisationen aber im Lande auch, und das gehört auch zur Sicherheit und zur Gruppe 1, darum, welchen Stellenwert, welche Aufgaben in nächster Zeit das Bundesheer, die Gendarmerie, die Polizei, die Zollwache haben werden, wenn wir EU-Außengrenze werden, und das

werden wir ganz sicher. Auch hier stehen erhöhte Aufgaben und sicher auch höhere Leistungen ins Haus, zu denen wir uns alle bekennen müssen. Auch hier ist der Landtag, glaube ich, der Ort und diese Budgetgruppe Sicherheit, gemeinsam uns dazu zu bekennen, daß wir hier vieles tun müssen, auch zum Schutze und zum Interesse der steirischen Bevölkerung!

Allen einen herzlichen Dank und Glück auf! (Beifall bei der SPÖ. - 18.55 Uhr.)

**Präsident Dr. Klausner:** Als nächster gemeldet ist der Herr Kollege Kowald. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Kowald (18.55 Uhr):** Herr Landeshauptmann, Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Diese letzte Dreiviertelstunde war geprägt vom Thema Feuerwehr, Feuerwehrgesetz, Novellierung. Selbstverständlich gibt es da verschiedene Meinungen, Aussagen, Diskussionen, und es ist auch so, daß wir gemerkt haben, daß in gemeinsamer Form diese Novellierung auch dementsprechend Anerkennung gefunden hat. Ich möchte aber auch sagen, daß es hier gut gelöst worden ist von allen, die hier beteiligt sind. Und wenn sich auch manche schwer tun, das auch anzuerkennen, daß wir einen Feuerwehrreferenten haben in der Steiermark, und das ist auch für dich eine Sache, lieber Herr Ussar, wenn du schon alle aufzählst, kannst auch den Landeshauptmann als Feuerwehrreferenten aufzählen.

Manchen fällt es eben ein bißchen schwer, wenn es etwas Gutes ist, das auch zu würdigen. (Abg. Trampusch: „Wir wollen dir ja nicht alles wegnehmen, damit du auch noch etwas sagen kannst!“) Lieber Franz, wenn du in dem Verfahren das immer so siehst, ist es gut. Wir sind froh, daß es eine gute Lösung gegeben hat, und wenn der Herr Landesfeuerwehrkommandant das in seiner Art und Weise gesagt hat, daß er nicht interessiert ist, daß parteipolitisches Kleingeld dort und da geholt wird, dann soll man das auch so sehen. Sind wir froh, daß das gelaufen ist, daß man neue Reformen dort und da einbringen wird, ist auch keine Frage.

Viele haben aber auch im Laufe des Jahres Großes geleistet. Ich bin aber auch sehr froh, daß es Möglichkeiten gibt, sich Kenntnisse anzueignen, und daß gerade die Feuerweherschule in Lebring beste Arbeit leistet, daß die Mitarbeiter dort auch dementsprechend mit Einsatz und Begeisterung dabei sind, und die 11.000 Kursbesucher im Laufe des Jahres zeigen auch, daß das dementsprechend gut angelegt ist, und ich bin auch froh, daß das weiterhin so Anklang finden wird. Freuen wir uns darüber, und arbeiten wir alle gemeinsam weiter im Sinne einer Feuerwehr, wo die Feuerwehrmänner mit Begeisterung dabei sind und auch in dem Bereich des Schutzes und der Sicherheit dem ganzen Bevölkerungsbereich in diesem Lande zur Verfügung stehen. Herzliches Dankeschön! (Allgemeiner Beifall.)

Zum Thema Sicherheit gehört natürlich auch das eine oder andere Aufgabengebiet, und gerade im Bereich des Zolls, der auch in der nächsten Zeit einiges an Veränderungen in Kauf nehmen muß, wird es unsere Aufgabe sein, jene Beamten, die bisher im Zollbereich tätig waren, auch anzuhören und Ver-

ständnis zu zeigen. Die Aufgaben neben der Grenzkontrolle, die Überwachung der Grenze mit dem Paßwesen, Fremdenpolizei, Grenzkontrollgesetz und auch die gerichtlich strafbaren Handlungen, die müssen auch in der nächsten Zeit ordentlich durchgeführt werden. Und durch den EU-Beitritt gibt es einfach eine andere Situation, daß unsere Grenze speziell im Bereich zu den Nachbarn Slowenien, Ungarn und auch Tschechien eine EU-Außengrenze ist. Und im speziellen bei Ungarn und Slowenien betrifft es uns, und so wird es auch notwendig sein, hier die Sicherheitskontrollen neu zu überdenken und auch dementsprechend mitzugestalten, weil es die Kontrollen von Personen, Warenverkehr, Kraftfahrzeug und so weiter nach wie vor gibt, genauestens zu überprüfen gibt, daß diese Kontrollen strenger und sehr scharf durchgeführt werden müssen, dessen sind wir uns auch bewußt.

Aber es ist auch notwendig, daß die internationale Zusammenarbeit mit den Sicherheits- und Kontrolldiensten anderer Länder dementsprechend organisiert ist und funktioniert. Genauso die Kommunikation über EDV und andere technische Hilfsmitteln muß hier einen besonderen Stellenwert haben.

Es ist auch von den Interessenvertretungen, aber auch der Gewerkschafter im öffentlichen Dienst, im besonderen jenen, die im Zollbereich tätig sind, rechtzeitig darauf hingewiesen worden, daß das auf uns zukommt, und es ist auch so, daß die Lösungsvorschläge dementsprechend eingereicht worden sind. Daß unter Zeitdruck oft nicht das Beste zu erreichen ist und manche auch Sorgen darüber haben, daß es eine gute Lösung gibt, muß wohl auch erwähnt werden. Im Koalitionsübereinkommen steht wortwörtlich, daß die Steigerung der Effizienz bei der Grenzüberwachung und Grenzkontrolle durch die Errichtung eines eigenständigen Grenzschutzes im Rahmen der Grenzgendarmarie erfolgen soll. Grundsätzlich ist dabei gedacht, daß die Zollwache den Grundstein für diese Neueinrichtung bilden wird.

Es ist also so, daß diese Eigenständigkeit dieses Grenzdienstes vorhanden sein muß, weil gerade im ganzen Bereich der Kriminalität es zu grenzüberschreitenden Maßnahmen kommen muß und weil gerade auch diese Elemente aus dem Bereich der kriminellen Seite auch nicht haltmachen. Deswegen muß der Grenzdienst bundesweit aufgestellt werden, weil es gilt, genauso den Schlepperdienst dementsprechend zu kontrollieren und zu unterbinden, genauso die Autoschieberei, wie auch in manchen Bereichen der Beschaffung von Arbeitskräften sich genauso das im Hauptaugenmerk dieses Grenzschutzes auch stellen wird. Ich weiß, daß das natürlich auch nicht immer alle zufriedenstellt, aber das ist halt einmal im Aufgabenbereich zu sehen.

Es ist aber auch unverständlich, daß gerade hier der Finanzminister eine Art Zweigleisigkeit sich auch vorstellen will oder das durchziehen will, denn einerseits soll es eine Sicherheitskontrolle mit einer eigenen Einheit geben, und auf der anderen Seite die Zollwache, das ist genauso, wenn du heute mit dem Auto über die Grenze fährst, kann es dir passieren, daß zwei verschiedene Sicherheitsorganisationen die Kontrolle vornehmen. Selbstverständlich ist das mit hohen Kosten verbunden, und es ist so, daß auch 91 Prozent der Zöllner, der Zollwachebeamten in diesem neuen

Grenzdienst mitarbeiten wollen. Es ist so, daß das mit Augenmaß im Bereich der Entscheidung wird treten müssen, selbstverständlich ist es auch eine Kostenfrage. Aber bereits gut ausgebildete Beamte können im Bereich der Kontrolle ihre beste Arbeit genauso wahrnehmen. Ich bin auch insofern besorgt, daß es nicht zu Machtkämpfen im Finanzministerium kommt, was uns letztlich auch allen nicht dienlich ist. Ich hoffe, daß es auch zur Einsicht kommt.

Ich darf vielleicht des weiteren sagen, im Inneren des Landes bemüht sich gerade die Gendarmerie um Ordnung und Sicherheit. Alle brauchen wir sie, alle wollen wir sie, nur, wenn es uns selbst betrifft, kann es passieren, daß wir es nicht mit allzu großen Freuden empfangen, wenn sie uns auch einmal beim Schnellenfahren oder sonstwo strafen. Aber daß gerade diese Beamten im Bereich ihrer Arbeit am Posten oder draußen im Sektorenstreifendienst wie auch im Straßenverkehr große Arbeit leisten, das darf man auch sagen, die Schwerpunkte über das Jahr hindurch, dort und da in den jeweiligen Monaten aufgeteilt, über die Kontrolle der gewissen Gefahrenschwerpunkte, sind dementsprechend erfolgreich aufgeteilt und werden von der Gendarmerie auch landesweit wahrgenommen.

Daß neben den ganzen Bezirksverkehrsstreifen auch im Landesbereich die Verkehrsabteilung tätig ist mit etwa zusammen mit den Autobahngendarmeriebeamten 145, die haben insgesamt 1600 Kilometer Bundesstraßen, 3500 Kilometer Landesstraßen und 420 Kilometer Autobahnen in diesem Bereich zu kontrollieren. Ich darf aber auch sagen, wenn bei anderen Bereichen Gefahr im Verzug ist, auch hier arbeitet die Gendarmerie mit, lobenswert auch bei der Bekämpfung der Schweinepest vor einigen Monaten, wo über 400 Beamte 30.000 Stunden im Einsatz waren und einen Beitrag geleistet haben, daß diese Seuche dementsprechend erfolgreich bekämpft worden ist.

Vielleicht darf man noch sagen, daß gerade die Polizei im städtischen Bereich für Sicherheit sorgt. In Graz sind zum Beispiel 41.000 Geschäftsfälle, die sie zu machen haben, neben den Suchtbekämpfungen und sonstigen Überwachungstätigkeiten bei verschiedenen Veranstaltungen, genauso im Verkehrsamt haben sie ihre Arbeit zu erledigen.

Interessant war es aber auch für Mitglieder des Landtages, als wir im heurigen Jahr einmal die ganze Strafvollzugsanstalt Karlau besucht haben. Wir haben sie gesehen, alle, die daran mitwirken, die als Insassen sich darin befinden, und es ist so, daß um die 200 Wachebeamte auf 550 bis 600 Insassen aufpassen und daß die 20 Fachbetriebe auch eine Beschäftigungsmöglichkeit für jene Insassen, die in der Strafvollzugsanstalt tätig sind, zur Verfügung stehen.

Ich habe das etwas gröber gestreift, damit wir alle wissen – (Abg. Trampusch: „Kollege Kowald, daran kann man sehen, wie wir sparen: Wir haben nur drei Ordner!“) Es ist eben so, es gibt Unterschiede, das ist eben die Disziplin verschiedener Leute hier in diesem Hause. Ich habe gedacht, ich streife das ein bißchen durch, etwas breiter, auf mehrere Organisationen aufgeteilt, weil wir uns alle sicher fühlen wollen im Lande, und allen, die einen Beitrag leisten, gebührt ein herzlicher Dank! (Beifall bei der ÖVP und FPÖ. – 19.05 Uhr.)

**Präsident Mag. Rader:** Als nächster ergreift das Wort der Herr Kollege Korp. Bitte schön!

**Abg. Korp (19.06 Uhr):** Ja, ich glaube, es ist erstmals dem Kollegen Abgeordneten Schinnerl vorbehalten gewesen, unseren verehrten Herrn Landesfeuerwehrkommandanten ein bißchen in Rot darzustellen, gemeint dürfte er wohl nur die gesunde Gesichtsfarbe des Herrn Landesfeuerwehrkommandanten haben oder vielleicht die roten Spiegel, wobei bei den roten Spiegeln vor lauter Gold, verdientermaßen, Herr Landesfeuerwehrkommandant, nicht mehr allzuviel zu sehen ist.

Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus, verehrte Damen und Herren und vor allen Dingen liebe Vertreter der Einsatzorganisationen, die sich hier im Zuschauerraum befinden!

Es ist wirklich eine Freude für uns festzustellen, daß Sie neben der Hilfe für die Allgemeinheit, und das in Permanenz, auch soviel Interesse für die parlamentarische Arbeit hier im steirischen Landtag zeigen.

Nachdem hier alles aufmarschiert ist in Sachen Feuerwehr, was Rang und Namen hat, im steirischen Landtag, möchte ich mich allen jenen zuwenden, die heute ein Stücklerl weiter rückwärts sitzen, nämlich den Rotkreuzhelferinnen und -helfern hier in der Steiermark. Und es freut mich, daß der Herr Landeshauptmann durch sein Sitzen genau in dieser Reihe auch Solidarität mit den Damen und Herren des Roten Kreuzes zeigt, und ich werde jetzt Gelegenheit haben, Herr Landeshauptmann, gleich darauf Bezug zu nehmen.

Verehrte Damen und Herren, im Wege eines gemeinsamen Anliegens wurde hier im Hause vor rund einem Jahr, etwa einem Jahr, die Erhöhung des Rettungsschillings beschlossen. Sie erinnern sich alle noch bestens. Diese verbesserte Finanzierungsmodalität für den eher stillen Dienst an unseren Mitbürgern wurde damals bekanntlich dankenswerterweise auch von den Vertretungskörpern der Gemeinden und unserer Städte, ich möchte fast sagen mit Begeisterung, mitgetragen.

Damit wurde einmal mehr auch die Wichtigkeit und Wertigkeit unserer von Humanismus getragenen Einsatzorganisationen, und da meine ich wirklich alle, unterstrichen. Trotzdem ist es heute nach wie vor so, daß die Budgets draußen in den Bezirksorganisationen des Roten Kreuzes, und das wissen wir, nur über Spendenaktionen zur Gänze abgedeckt werden können. An der Rotkreuzdienststelle meines Heimatbezirkes Judenburg zum Beispiel war es bislang etwa so, daß bis zu einem Drittel des Aufwandes über Mehrleistungen der ohnehin rund um die Uhr tätigen Damen und Herren aufgebracht werden mußten.

Es sei daher nochmals daran erinnert, und das kann man, glaube ich, gar nicht oft genug sagen, daß das steirische Rote Kreuz insgesamt jährlich rund 40.000 Patienten betreut, 300 Einsatzfahrzeuge in 91 Dienststellen weit über 3 Millionen Kilometer jährlich fahren. Ich meine, eine wahrlich bedeutende Leistung. Und ich denke, man hat daher auch die Verpflichtung, all jenen, die sich Tag und Nacht für die Allgemeinheit einsetzen, sowohl in ideeller als auch in materieller Hinsicht, im Rahmen des Möglichen selbstverständlich, bestmöglich zu helfen.

Und, verehrte Damen und Herren, ich möchte daher die Debatte zur Gruppe 1 nützen, um heute Hilfestellung, ganz konkret Hilfestellung, Herr Landeshauptmann, für die Rotkreuzdienststelle in Judenburg zu erbitten. Diese ist durch akute Raumnot gezwungen, sich räumlich zu verändern. Und da das bestehende Dienststellengebäude nicht umgebaut werden kann, verbleibt ein Neubau als absolut einzige Alternative. Gegenwärtig werden deshalb bereits jetzt im Westen der Stadt Judenburg von der Stadt Judenburg selbst Aufschließung und Zufahrt errichtet. Und nach Plänen soll die künftige neue Dienststelle auch als Kommunikationszentrum dienen und darüber hinaus auch, und das finde ich sehr bedeutend in diesem Zusammenhang, mehreren mobilen Hilfsdiensten als Heimstätte dienen. Die Ausschreibung des 30-Millionen-Projektes, so bis jetzt der veranschlagte Betrag, soll bis Mitte 1995 abgeschlossen sein.

Inzwischen haben sich bereits alle Gemeinden des Bezirkes mit diesem Projekt solidarisiert. Die SPÖ-Gemeinden haben bereits konkrete Zahlen genannt. Zum Beispiel die Stadt Judenburg ist sofort bereit gewesen, dafür 5 Millionen Schilling auf den Tisch zu blättern. Und die ÖVP-Gemeinden des Bezirkes wollen, wie ich weiß, ebenfalls grundsätzlich den Bau dieses Bezirksstellengebäudes unterstützen. Ich wurde auch davon informiert, daß Gemeinden eine Resolution an das Land verfassen wollen, um Gleichstellung in der Landesunterstützung, wie im Falle Mürrzuslag, aber auch Leibnitz, zu erbitten. Schließlich sollte, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, wenn ich Sie hier so quer über den Saal ansprechen darf, Rotkreuztätigkeit wirklich überall gleich bewertet sein. Das kann ja nicht so sein, daß die in Mürrzuslag, in Leibnitz anders bewertet werden wie jene in Judenburg, die die gleiche Leistung erbringen.

Nach den Unterstützungszusagen, auch des Rotkreuzlandesverbandes, den wohlwollenden Aussagen der Gemeinden des Bezirkes, ist man in Judenburg optimistisch, eine entsprechende Projektfinanzierung zustandezubringen. Was lediglich offen ist, sind Form und Unterstützungshöhe seitens des Landes, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, und diese wird, ich sage es noch einmal, wirklich nachhaltig erbeten. Schließlich müssen, wie wir alle wissen, fehlende Differenzbeträge seitens des Roten Kreuzes ja auf dem Kreditweg aufgebracht werden, und jeder, der sich jemals damit beschäftigt hat, weiß ja, was das heißt.

Ich bitte daher, ich bitte daher von dieser Stelle die zuständigen und dafür maßgeblichen Vertreter in der Landesregierung, Sie, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, aber auch Herrn Ersten Landeshauptmannstellvertreter DDr. Peter Schachner, um notwendige Hilfestellung. Ich denke, wir alle müssen doch, bitte, heilfroh sein zu wissen, daß es in diesem unserem Lande Menschen gibt, die unbezahlte und damit im wahrsten Sinn des Wortes unbezahlbare Hilfe leisten und den Patienten, wie im Falle unserer Rotkreuzmänner und -frauen, darüber hinaus noch Mut, Kraft und Hoffnung geben.

Dank und Anerkennung sind zwar wichtige Gegebenheiten in der Kultur unseres Zusammenlebens. Aber bekanntlich, und das sage ich hier auch

ganz offen, bekanntlich kann davon niemand leben. Ich bitte daher um entsprechende finanzielle Hilfestellung für die Bezirksstelle des Roten Kreuzes in Judenburg beim Neubau ihrer Einsatzzentrale. Ich danke Ihnen! (Beifall bei der SPÖ. - 19.15 Uhr.)

**Präsident Mag. Rader:** Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Glössl. Ich bitte dich ans Rednerpult.

Nach ihm die Frau Kollegin Beutl.

**Abg. Glössl (19.15 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus, meine lieben Damen und Herren!

Bevor ich zum eigentlichen Thema komme, lassen Sie mich nur ganz kurz - es ist zwar schon viel darüber diskutiert worden - einige Worte zur Feuerwehr verlieren, da ich selbst als Feuerwehrmann im Unterausschuß an den Novellierungsverhandlungen des Feuerwehrgesetzes teilgenommen habe.

Wenn ich zurückdenke an die Budgetsitzung im Jahre 1992, wo der Abgeordnete Weilharter damals im Frühjahr den Antrag gestellt hat, das Feuerwehrgesetz zu novellieren, so war es für uns damals alle eine große Freude, daß dieser Antrag gekommen ist, und für uns, da meine ich die, die wirklich bei der Feuerwehr sind, die nicht nur über die Feuerwehr reden, war es Aufgabe und Pflicht, bei diesen Novellierungsverhandlungen einfach mitzumachen. Fast alle bitteschön - Weilharter - des Ausschusses waren derselben Meinung, nämlich gemeinsam für unsere steirischen Feuerwehrmänner ein Gesetz zu schaffen, mit dem man dem Feuerwehrmann mehr Schutz und Sicherheit gibt. Für die Feuerwehren ist uns eine Novellierung gelungen, für die übrigen Einsatzorganisationen ist sie dringend notwendig. Deswegen freue ich mich auch, daß heute die Einbringung eines gemeinsamen Resolutionsantrages gestellt wird, wo die Steiermärkische Landesregierung aufgefordert wird, für alle Einsatzorganisationen dafür zu sorgen, daß wir den Schutz den freiwilligen Helfern dort gewähren können.

Daß man eine Gesetzesnovellierung rasch durchführen soll, ohne parteipolitischen Hintergedanken und ohne parteipolitisches Taktieren, lieber Weilharter, war den Verhandlern der SPÖ, aber auch den Verhandlern der ÖVP klar. Nicht so war es im Lager der Freiheitlichen Partei. (Abg. Weilharter: „Deshalb haben wir elf Monate gewartet!“) Ich sage jetzt Lager, bewußt. Ich weiß schon, Weilharter, ich habe es wirklich von der ersten Stunde an miterlebt.

Und genauso, wie es bei der Feuerwehr passiert ist, genauso passiert es jetzt bei der Gemeinde, und laß mich jetzt weiterreden, bitte. Man versucht, von der ersten Stunde an Parteipolitik in das Feuerwehrwesen zu bekommen, und trotz einer Vereinbarung, lieber Weilharter, und du wirst dich erinnern können, wir haben bei der ersten Verhandlungsrunde gemeinsam vereinbart, wir versuchen, für unsere Feuerwehrkameraden das Beste herauszuholen, und wir gehen erst dann in die Öffentlichkeit und in die Presse, wenn wir einmal wissen, wie und was wir novellieren.

Die einzigen, die sich nicht daran gehalten haben, lieber Weilharter, seid ihr gewesen. Weilharter, ihr habt euch nicht daran gehalten. Ihr habt euch damals

nicht daran gehalten, und das hat mich so gestört. Weil der Kollege Weilharter ist mit wirklichen Unwahrheiten und Halbheiten zu unseren Feuerwehrkameraden hinausgegangen. Gott sei Dank hat er dort nichts erreicht bei den Feuerwehrkameraden, weil diese Feuerwehrkameraden im Land Steiermark ganz was anderes gewöhnt sind als die Art, lieber Weilharter, wie du in die Feuerwehren Politik hineintragen wolltest.

Und es ist ja heute schon einmal kurz angeschnitten worden, am Tag, als dieses Gesetz in den Landtag gekommen ist, am 29. November 1994, da war es wirklich so, daß sich die SPÖ und FPÖ darüber gestritten haben, wer wirklich Vater, wer Mutter oder wirklich für das Novellierungsgesetz die Zieheltern sein werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, gerade wenn es um eine Einsatzorganisation geht, eine Einsatzorganisation in unserem Lande, bin ich der Meinung, daß man sich nicht darüber Gedanken machen soll, wer, was, wann, wie novelliert, sondern wir sollten stolz darauf sein, daß überhaupt in dieser Legislaturperiode in diesem Landtag dieses Gesetz novelliert werden konnte, zur Sicherheit unserer Einsatzleute, zur Sicherheit unserer Feuerwehrleute.

Wäre es nämlich nach dem Vorschlag von Weilharter gegangen, dann würden wir uns heute nicht über die Novellierung freuen, sondern dann müßten wir heute hier nachdenken, wie wir grundsätzlich das steirische Feuerwehrwesen überhaupt noch aufrecht erhalten können.

Weil, lieber Weilharter, du hast am ersten Tag einen Gesetzesnovellierungstext vorgelegt, der war vermischt mit dem kärntnerischen und dem steirischen, und das hat sich einfach nicht vereinbaren lassen. Und Gott sei Dank, lieber Weilharter, hast du dich auch belehren lassen.

Wir haben nämlich dann von deinem Gesetzesentwurf nicht viel verwenden können, ich glaube, es sind nur zwei oder drei Punkte übriggeblieben, der Rest ist Gott sei Dank weggekommen – (Abg. Weilharter: „Aber das war der entscheidende Anstoß, weil sonst hätten wir heute noch keine Novelle! Damit man das auch einmal richtigstellt!“) Aber, Kollege Weilharter, so wie du es gebracht hast, hat es den Feuerwehren nicht genutzt.

Und ich möchte eines noch hinzufügen: Gott sei Dank hat damals unser Landeshauptmann nach einigen Verhandlungsrunden dieser Verhandlungsrunde den Anstoß gegeben, die Verhandlungen raschest mit einer kleinen Novelle abzuschließen, wo man den Schutz den Feuerwehrkameraden gewährt und sofort in eine zweite Novelle zu gehen, wo man dann die Paragraphen den heutigen Gegebenheiten anpassen soll. Gott sei Dank war es so, deshalb können wir uns heute über diese Novelle hier freuen.

Ich bin aber nicht ans Rednerpult gegangen, über die Feuerwehren zu diskutieren. Ich möchte von dieser Stelle aus aufrufen, daß es neben den Feuerwehren noch viele andere Einsatzorganisationen gibt. Wenn man von Einsatzorganisationen spricht, denkt man meistens an Rettung und Feuerwehr. Die Bergrettung, die Höhlenrettung, die Wasserrettung, die Hundestaffel, um nur einige zu nennen, mit ihren freiwilligen

Helfern leisten Enormes in unserem Land an Menschen und an deren Hab und Gut. Die Hubschrauberstaffel „Christophorus“, die Grenzlandgendarmarie bis hin zur Einsatzstelle des Gewässerschutzes mit dem Ölalarm.

Dank einer positiven Einstellung von Land und Gemeinden, vor allem aber einer umsichtigen Ressortleitung, ist es zu verdanken, daß die steirischen Einsatzorganisationen fachlich, aber auch technisch sehr gut ausgestattet sind. Es gibt auf Grund der Vielzahl von Einsatzorganisationen und deren technischem Umfang immer wieder Nachrüstungen an Fahrzeugen, an Maschinen, an Geräten und Bekleidung.

Aus meiner Sicht unaufschiebbaren Nachrüstungsbedarf gibt es aber direkt im Land. Ich war heuer im Sommer auf Besuch in der Landeswarnzentrale. Es war für mich beeindruckend, was diese Menschen dort für die Sicherheit unseres Landes leisten und mit welchem Idealismus und mit welcher Freude die Beschäftigten sich dort unter schwierigsten Voraussetzungen eine Warnzentrale für unser Land eingerichtet haben. Kleinste Raumverhältnisse, zum Teil am Gang, mit kaputten Böden und undichten Fenstern wurden zu menschenwürdigen Arbeitsplätzen mit der finanziellen Unterstützung des Landes adaptiert.

Es wurde, für Österreich einzigartig, ein funktionierendes Warnsystem aufgebaut. Es werden Katastrophenstörungen registriert und an die zuständigen Einsatzstellen weitergegeben. Im Einsatzfall Tschernobyl hat sich diese Stelle bestens bewährt. Sollte jedoch ein Tschernobyl um eine Stufe höher ausbrechen, und das ist ja nicht von der Hand zu weisen bei der Vielzahl der in Osteuropa stationierten Atomkraftwerke, so fehlt diesen Menschen dort jede Art von Sicherheit.

Da diese Stelle im Ernstfall bis zum bitteren Ende besetzt sein soll und muß, ist es dringend notwendig, dieser Abteilung einen geschützten und sicheren Arbeitsplatz so rasch als möglich zu bieten, um unseren Einsatzorganisationen auch in so einem Fall Informationen zu vermitteln, die Schutz und Sicherheit für unser Land bringen.

Obwohl das Thema Sicherheit ein Thema für uns alle sein sollte und jeden von uns im einzelnen betrifft, verlassen sich die meisten Menschen unseres Landes auf eine Minderheit von Menschen, auf die freiwilligen Helfer unserer Einsatzorganisationen. Sie verlassen sich auf Menschen, die rein aus Idealismus freiwillig in den Einsatz gehen und oft ihr eigenes Leben dabei aufs Spiel setzen, um Mitmenschen zu helfen, um Mitmenschen zu retten und deren Hab und Gut. Und das in einer Zeit, wo auf Grund der Entwicklung alles schneller und gefährlicher wird und der Materialismus gegenüber dem Idealismus in den Menschen Einzug findet. Unfälle weisen nicht nur größere Sach- und Umweltschäden auf, sondern bringen immer schwerere Personenverletzungen mit sich. Die Arbeit unserer Einsatzorganisationen erfordert immer mehr Fachwissen und größeren persönlichen Einsatz. Meine sehr geehrten Damen und Herren, und das alles freiwillig aus Idealismus heraus, aus Liebe zum Land und seinen Menschen, ohne eine Gegenleistung.

Mit einem bescheidenen Danke, vielleicht mit einer neuen Uniform oder einem neuen Werkzeug werden diese Menschen im Lande entlohnt. Würde man die Einsatzstunden bezahlen müssen, so könnten weder Bund, noch Land, noch die Gemeinden, noch alle gemeinsam diese Leistung honorieren. Abgesehen davon, daß man Freiwilligkeit und Idealismus mit keiner Währung der Welt bezahlen kann. Dafür gilt allen Dank und Anerkennung, die irgendeiner steirischen Einsatzorganisation angehören oder in irgendeiner Verbindung mit so einer Organisation stehen. Auch denen, die oft zu Hause warten und bangen, daß der oder die in Einsatz Gegangene wieder gesund und glücklich nach Hause kommt.

Dank gilt auch allen verantwortlichen Stellen des Landes, den politischen Vertretern, den Abteilungsverantwortlichen mit ihren Beamten, all denen, die unsere Einsatzorganisationen in Vergangenheit wie auch in Zukunft motivieren, beraten, unterstützen, vor allem aber auf den gemeinsamen Weg in ein vereintes Europa führen. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 19.25 Uhr.)

**Präsident Mag. Rader:** Nächste Rednerin die Frau Kollegin Beutl, und nach ihr der Kollege Kanduth.

**Abg. Beutl (19.26 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren Abgeordnete!

Mein Vorredner hat ein wahres Wort gesprochen: „Es gibt keine Währung für jenen Einsatz und jenes Engagement, das ehrenamtlich von Einsatzorganisationen in unserem Land geleistet wird, aus Idealismus und aus Liebe zum Land.“

Ich möchte von dieser Stelle aus hier ein Danke auch im Namen vieler, vieler Frauen sagen, und ganz im besonderen im Namen von etwa 100 Frauen, die mich gebeten haben, dies zu tun, an eine Einsatzgruppe, die sich abgekürzt SEG nennt, Sondereinsatzgruppe „Kobra“ des Landesgendarmeriekommandos. Wofür?

Im Rahmen der heurigen Herbstmesse hat es eine Sondermesse „Die Frau“ gegeben, und die ist unter dem Thema „Sicherheit“ gestanden. Anlässlich dieses Themas ist auch das Landesgendarmeriekommando von den Frauen zu einer Informationsveranstaltung eingeladen worden, und diese Gruppe „Kobra“ hat dort Selbstverteidigung vorgezeigt und den Frauen gezeigt, wie sie sich selber auch schützen können. Und ganz spontan, aus dieser Informationsveranstaltung heraus, ist dann diese Einsatzgruppe gebeten worden, solche Seminare für Frauen durchzuführen. Das Danke geht wirklich an diese Gruppe, die bereit war, ehrenamtlich, außerhalb der Dienstzeit, uneigennützig solche Kurse für die Frauen durchzuführen. Seit Oktober sind ungefähr vier, fünf solcher Kurse bereits durchgeführt worden, und an die 100 Frauen haben diese Selbstverteidigungskurse dort mitgemacht, mit großer Begeisterung und mit großem Dank. Das Interesse ist steiermarkweit, auch in den Regionen draußen, von den Frauen her sehr groß. Es konnte das Interesse angemeldet werden. Es waren etwa 1000 Frauen, die an solchen Seminaren und Kursen Interesse hätten.

Nun, vielleicht ist das ein Auftrag für das Landesgendarmeriekommando, so etwas sozusagen innerhalb des Dienstes einzurichten, denn noch einmal, diese Gruppe hat das außerhalb der Dienstzeit, und ehrenamtlich für die Frauen durchgeführt. Wenn wir wissen, und ich zitiere jetzt aus einer Statistik, daß etwa in Österreich alle eineinhalb Stunden eine Frau vergewaltigt wird, wenn wir in der morgigen Zeitung, und sie liegt heute teilweise schon auf, über den Sicherheitsbericht 1993 lesen, und dort steht, daß genau der Bereich, wo es um sexuelle Übergriffe geht, im Zunehmen war, dann werden Sie verstehen, daß es Frauen selber ein sehr großes Anliegen ist, solche Selbstverteidigungsseminare und -kurse zu absolvieren, sich selber zu schützen, um hier auch einen Beitrag zur eigenen Sicherheit leisten zu können.

Mein Danke, noch einmal, an die Herren Hillberger, Krapfl, Zenz und an die Frauen Hillberger und Pertinatsch, die innerhalb dieser Gruppe „Kobra“ bereit waren, diese Selbstverteidigungskurse für die Frauen durchzuführen. Ich bitte sie vor den Vorhang. (Beifall bei der ÖVP. – 19.29 Uhr.)

**Präsident Mag. Rader:** Nächster Redner der Herr Kollege Kanduth, und anschließend, als vorläufig letzter Redner unter den Abgeordneten, der Klubobmann Vesko.

**Abg. Kanduth (19.29 Uhr):** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich habe im April dieses Jahres von dieser Stelle aus den Parteiverhandlern für das Feuerwehrgesetz die Bitte vorgetragen, man möge nichts einbringen und beschließen, schon gar nicht beschließen, das nicht mit der Feuerwehr ausgehandelt und abgesprochen ist. Wie wir diese Änderung beschlossen haben, wurde mir gesagt, daß dieses alles geschehen ist, und daher konnte man dieser Änderung auch zustimmen.

Ich bin heute schon etwas betroffen, meine Damen und Herren, und es ist immerhin meine 17. Budgetverhandlung, die ich in diesem Hause mitmache, daß ein Abgeordneter die Meinung vertritt, er müßte den Einsatzorganisationen Ratschläge erteilen. Meine Damen und Herren des Hohen Hauses, ich bitte Sie in aller Deutlichkeit, mischen wir uns in die internen Dinge unserer Einsatzorganisationen unter keinen Umständen ein. (Beifall bei der ÖVP.)

Es gibt 65jährige, die sind fiter als 40jährige, und umgekehrt. Ich möchte das nicht weiter diskutieren. Ich sage Ihnen das ganz ehrlich. Ich kenne diese Menschen, die in diesen Formationen arbeiten, und ich habe sie in diesem Jahr wieder erleben können, was unsere Feuerwehren leisten. Das kommt ja nicht von ungefähr! Das kommt ja nicht von selber! Da sind ja seit Jahren Menschen damit befaßt, diese Ausbildung voranzutreiben, Menschen damit befaßt, den Leuten etwas zu lernen, etwas beizubringen, damit sie uns in der Not, in der wir sind, helfen können! Und ich sage das auch sehr ehrlich, Herr Feuerwehrkommandant der Steiermark, ich danke dir, daß du nicht weggegangen bist, daß du dageblieben bist. (Beifall bei der ÖVP.)

Du hast es am allerwenigsten notwendig, daß man dich an gewisse Dinge erinnert. Einen solchen

Ausbildungsstand und einen solchen Einsatzwillen, wie zur Zeit die Feuerwehr in der Steiermark hat, habe ich bisher nicht erlebt, auch in meinem Bezirk nicht.

Ich sage es noch einmal, Finger weg mit der Politik aus den Einsatzorganisationen. Wir haben viel Gutes getan als Politiker in diesem Lande, aber nicht alles war immer richtig. Und es gibt Bereiche, da hat die Politik nichts verloren, aber überhaupt nichts. Ich sage das sehr deutlich, liebe Freunde (Beifall bei der ÖVP.), haben wir mehr Achtung vor diesen Menschen, die aus Idealismus handeln, jeden Tag und zu jeder Zeit.

Und lassen Sie mich auch zur Sicherheit einiges sagen. Die Sicherheit ist ein Bedürfnis, das den Menschen selbstverständlich eigen ist. Und es gibt hier vier Säulen. Wenn ich sie aufzählen darf: die Gendarmerie, die Polizei, die Feuerwehr und das Bundesheer. Das sind die vier tragenden Säulen in diesem Lande. Aber natürlich ist das nicht alles. Zur Sicherheit im Lande gehören natürlich die Rettungsdienste, die wir in der Steiermark haben und auf die wir miteinander sehr stolz sein können, denn sie sind letztlich die wahren Helfer in der ersten Sekunde in der Not.

Und ich darf hier das Rote Kreuz zitieren. Ich habe ja auch im April sehr deutlich über die einzelnen Dinge hier gesprochen und mache es heute etwas globaler. Meine Damen und Herren des Roten Kreuzes, ich bin immer wieder beeindruckt, wenn ich die Zahlen Ihrer Leistungen lese. 7500 Mitglieder, das heißt freiwillige Helfer, Mitglieder haben Sie ja viel, viel mehr, und 550 ehrenamtliche. Und, meine Damen und Herren, Sie hören richtig. 3,3 Millionen Stunden waren diese 7500 beziehungsweise 8000 Menschen im Einsatz in diesem Land für unsere Menschen. Man sollte sich mehr Gedanken darüber machen, und ich meine oft, auch in der Öffentlichkeit sollte es öfter aufscheinen.

Das ist großartig, und das geht auch nur, weil es im Roten Kreuz natürlich eine Reihe von Menschen gibt, die durch ihre Vorbildwirkung die jüngeren animieren, daß sie dazugehen und mittun. Einem zu sagen „tu mit“ ist zu wenig, selber muß man seine Leistung einbringen, dann ist man glaubwürdig, und sie sind es im höchsten Maße. Und dafür danke ich ihnen als Abgeordneter dieses Hauses.

Es ist wie immer und jedes Jahr für mich ein besonderes Anliegen, den Bergrettungsdienst in der Steiermark zu erwähnen, weil er immerhin mit seinen 1400 Mitgliedern auch über 11.000 Einsatzstunden geleistet hat. Meine Damen und Herren, wenn man so lange eine solche Organisation kennt, wie ich selber, dann weiß ich, daß sie nur funktioniert, wenn sie von wirklichen Idealisten getragen wird. Und ich danke der neuen Landesführung im Bergrettungsdienst sehr herzlich mit allen ihren Verantwortungsträgern für diese Aufgabe, für die sie sich bereitgestellt haben und die sie jährlich und täglich und nächtlich erfüllen. Es macht sich ja niemand Gedanken darüber, was das heißt, einzusteigen, den einen oder anderen herauszuholen, 20, 30 Stunden in einer Wand zu stehen. Ich mache keinem einen Vorwurf, der das nicht versteht, weil er es nicht kann, weil er es nicht erlebt hat. Aber es ist sicher viel mehr Bergrettungsmann zu sein, als an einem Gummiseil irgendwo hinunterzuspringen, das ist in ein paar Sekunden vorbei. 20, 30 Stunden in

den Wänden stehen heißt 20, 30 Stunden in Lebensgefahr zu stehen, und sie tun es, ohne zu fragen, was sie dafür bekommen.

Und ich sage Ihnen auch eines: Niemals könnte man die Leistung der Einsatzorganisationen, aber auch im speziellen des Bergrettungsdienstes, in irgendeiner Form bezahlen. Der Bergrettungsmann geht zur Bergung, dem aufgetragen ist, freiwillig, ohne zu fragen wer der oben ist, ohne zu fragen wann er zurückkommt, und ohne zu fragen, ob er dafür etwas bekommt. Denn eines ist schon klar, einen Bergrettungsmann im Einsatz, und das gilt auch für andere, unter Lebensgefahr, den kann man bitte nicht bezahlen, den kann man nicht bezahlen, der geht nicht um 5000 oder 10.000 Schilling in die Dachstein-Südwand, der kann das nur umsonst tun, aus Idealismus, aus echten, und, wenn Sie es so wollen, auch aus christlicher Nächstenliebe, dem anderen zu helfen, niemals gegen Bezahlung. Und das sollten wir nicht vergessen. Das gilt für die Männer der Alpingendarmerie genauso, die aus diesem Rettungsdienst absolut nicht wegzudenken sind, das sage ich auch in aller Deutlichkeit, weil wir sie brauchen und weil es genau die gleichen Rettungsmänner sind, wenn sie auch eine Uniform haben, wie unsere zivilen Rettungsmänner. Das gilt für unsere Hubschrauberstaffel in Aigen. Und ich darf das auch heute einmal sagen. Ich war der erste, der 1958 im Gesäuse mit diesem Hubschrauber unterwegs war und geflogen ist. Damals noch mit einem kleinen, kaum daß er auf zweieinhalbtausend Meter hinaufgekommen ist, wenn es nicht schön war überhaupt nicht. Es war das Anfliegen zu diesen Bergungen schon eine besondere Leistung des Piloten und der Maschine. Es sind großartige Menschen, die kein Risiko eingehen, aber es bis zum letzten Bereich ausloten, wie weit sie gehen können, weil sie ganz genau wissen, daß ihr Einsatz lebensrettend ist. Und vielen Menschen haben sie geholfen, und wir sollten ihnen dafür auch dementsprechend dankbar sein.

Dasselbe gilt für „Christophorus“, sie sind nicht auszuschließen, es sind großartige Leute, auf die wir alle miteinander stolz sein können.

Und es gibt bei uns in der Steiermark auch die Höhlenrettung. Und da kann sich mancher fragen „wozu brauchen wir das. Es gibt Menschen, die halt mehr sehen wollen, die einsteigen, die hineingehen in diese Höhlen und sich das anschauen, auch, wenn sie wollen, einiges zu erforschen. Und nicht immer geht es gut, und daher braucht man diese Menschen, und sie werden auch dementsprechend dotiert.“

Und wir haben die Wasserrettung, und wir haben die Hundebrigade. Wir hören von diesen Dingen sehr wenig, weil es einfach nicht drüberkommt, auch nicht in den Massenmedien, das ist ja nicht so interessant. Über die Hundebrigade hat man geschrieben, wie sie nach Armenien gegangen sind und dort einige ausgegraben haben. Aber dann hörst wieder nichts mehr. Ich sage das auch deshalb, weil natürlich diese Einsatzgruppen nur funktionieren, wenn jemand vorne steht, jemand eine Leistung verlangt, daß die Übungen abgehalten werden, damit die jederzeit in einen Einsatz gehen können. (Präsident Mag. Rader: „Darf ich bitten, zum Schluß zu kommen! Danke schön!“) Und, meine Damen und Herren, in allen

Rettungsorganisationen sind 9400 Steirerinnen und Steirer freiwillig tätig, 600 sind hauptamtlich. Und wenn ich jetzt – und das muß man wohl in so einem Zusammenhang auch sagen – die Feuerwehr dazunehmen zu diesen Organisationen mit einem Mitgliederstand von 46.000, dann heißt dies, daß 56.000 Steirerinnen und Steirer tätig sind, um anderen Menschen zu helfen, das sind mehr als 4 Prozent unserer Einwohner in der Steiermark. Das ist eine unwahrscheinliche Zahl, wenn man weiß, daß es sonst gilt, es sind immerhin weniger als 2 Prozent der Menschen, die das Rad der Geschichte weiterdrehen. Hier sind es 4 Prozent, weil es um einen guten Zweck geht. Und wenn man dann schaut, die Zeiten anschaut und dann sieht, daß diese Einsatzorganisationen, und Sie hören jetzt richtig, 6,7 Millionen Stunden im Jahr für die Steirerinnen und Steirer leisten, weil sie gebraucht werden. 6,7 Millionen! Wenn ich sie nur mit 100 Schilling multipliziere, sind das runde 700 Millionen, aber um 100 Schilling kriegt man ja niemanden mehr. Also bringen diese Leute mehr als eine Milliarde, die sich die öffentliche Hand erspart. Und ich sage das sehr ungern mit dem ersparen. Wir könnten ja gar nicht zahlen, und das ist das, worum es mir geht. Wir haben alles zu tun, um diesen Idealismus bei diesen Einsatzorganisationen hochzuhalten, sonst können wir aufhören, wenn das auseinanderfällt. Da haben wir keine Chance, wir können das auch nicht bezahlen, niemand von uns! Und daher sollte man das so sehen: Höchste Anerkennung für die Einsatzorganisationen.

Wir haben im Vorjahr dieses Jahres einen Dreiparteiantrag durchgebracht und auch dafür gesorgt, daß im Budget eine Aufstockung für diese Einsatzorganisation stattfindet. Ich weiß schon, es kann das nicht abdecken, aber sie sollen als Einsatzorganisationen sehen, daß wir ihre Arbeit schätzen und daß letztlich auch die öffentliche Hand bereit ist, es zu einem kleinen Teil zu honorieren. Und ich glaube, daß wir am richtigen und am guten Weg sind.

Meine Damen und Herren der Einsatzorganisationen, Sie haben – und ich glaube, das darf ich namens des Hauses sagen – unseren tiefen Respekt, und ich kann nur eine Bitte sagen: Bleiben Sie so wie Sie sind, und lassen Sie sich von niemandem etwas sagen! (Allgemeiner Beifall. – 19.45 Uhr.)

**Präsident Mag. Rader:** Vorerst letzter Redner ist der Herr Klubobmann Vesko.

**Abg. Dipl.-Ing. Vesko (19.45 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich glaube, zu den Ausführungen des Kollegen Kanduth kann man eigentlich nichts hinzufügen, weil sie sehr eindringlich und sehr deutlich schildern, unter welchen Voraussetzungen und mit welchem Einsatz all die Organisationen draußen für die Bevölkerung arbeiten. Und er hat auch etwas erwähnt, was mir sehr gefallen hat. Das ist mit Geld nicht zu bezahlen. Aber, meine Damen und Herren, auch der Gesetzgeber hat dafür zu sorgen, jene gesetzlichen Voraussetzungen zu schaffen, die notwendig sind, daß jene Menschen, die draußen ihr Leben zum Teil aufs Spiel setzen, um für die Bevölkerung zu arbeiten, auch jenen Schutz erhalten, was Versicherungen betrifft – somit jene

Haftungsbereiche abgedeckt haben für deren Tätigkeiten, die nun einmal im bürgerlichen Gesetzesleben notwendig sind.

Und ich kann dir auch, lieber Kollege Kanduth, in einem Punkt nicht folgen. Wenn ein aktiver Feuerwehrmann zu einem Bestandteil des Feuerwehrlebens Stellung nimmt, dann ist es keine politische Tragödie, sondern das ist eine Maßnahme, die eben ein Feuerwehrmann zu setzen hat. Wenn ich aber den Ausführungen des Kollegen Glössl Folge leisten darf, dann möchte ich schon ein paar Dinge erläutern und ins richtige Licht stellen, damit auch klar ist, wie diese Dinge zustandekommen.

Wir haben am 22. Juni 1992, meine Damen und Herren, einen Antrag auf Erlassung eines zeitgemäßen einheitlichen Feuerwehrgesetzes gestellt und diesen Antrag nicht aus Jux und Tollerei gestellt, nur um einen Antrag zu stellen, sondern deshalb, weil wir von einigen und verschiedenen Feuerwehren in allen Ebenen ersucht wurden, einen diesbezüglichen Antrag einzubringen. Und wir haben diesen Antrag in keiner Weise definiert, sondern als globalen Antrag gesehen, um gewisse Voraussetzungen zu schaffen, die schlußendlich nunmehr mit dem beschlossenen Gesetz ihre Erfüllung gefunden haben. Es hat am 14. Dezember desselben Jahres ein informelles Gespräch dazu gegeben, das heißt also, ein gutes halbes Jahr später, und es hat dann ein weiteres halbes Jahr gedauert, nämlich bis zum Mai 1993, wo nichts geschehen ist, bitte. Und dieselben Leute, die uns vorher ersucht haben, diesen Vorstoß zu machen, haben uns nunmehr ersucht, etwas Druck dahinterzusetzen. Und zu dem Zeitpunkt ist ein Vorschlag für eine Novelle, und zwar am 25. Mai 1993, eingebracht worden, wo vier oder fünf wesentliche Dinge drinnen waren, die es zu reformieren galt im Sinne aller von uns, um gewisse Voraussetzungen für die Feuerwehrleute zu schaffen. Daß manches von dem nicht das Gelbe vom Ei war, Kollege Glössl, will ich gar nicht bestreiten. Die wesentlichen Dinge, die zu entscheiden waren, waren sehr klar und sehr deutlich drinnen enthalten, und zwar sage ich Ihnen auch warum. Weil sie nämlich genau von den Feuerwehrleuten gekommen sind, die unter dem Manko eines Versicherungsschutzes gelitten haben und die gesagt haben, es wäre dringlichst notwendig; dies endlich einmal zu fixieren und klarzustellen. Dem ist Rechnung getragen worden, es hat allerdings dann wiederum bis zum 5. November 1993, also wiederum ein halbes Jahr, gedauert, bis man schlußendlich, und auch da, Kollege Glössl, möchte ich dazusagen, auf verbale Intervention einiger Abgeordneter mit den Parteienverhandlungen begonnen hat, die dann, und das spricht für die Güte und Qualität des Hauses, von allen Beteiligten sorgfältig, ernsthaft, gewissenhaft durchgeführt wurde, und schlußendlich in dem Gesetz, das wir vor wenigen Wochen beschlossen haben, dann auch Platz gefunden haben.

Wenn ich allerdings, Kollege Glössl, die Aktivitäten Ihrer Fraktion im Zusammenhang mit der unmittelbaren Beschlußfassung in diesem Hause noch einmal in Verbindung bringen möchte, dann möchte ich Sie fragen, wer hat hier die Politik ins Feuerwehrgesetz gebracht? Danke! (Beifall bei der FPÖ. – 19.48 Uhr.)

**Präsident Mag. Rader:** Herr Landeshauptmann, bitte!

**Landeshauptmann Dr. Krainer (19.49 Uhr):** Herr Präsident, meine verehrten Damen und Herren!

Es ist die 25. Debatte dieser Art, die ich in diesem Hause das Vergnügen, die Ehre, oder auch das Mißvergnügen hin und wieder hatte, mitzumachen. Die heutige hat sich von den vorhergegangenen schon durch einiges unterschieden. Und ich möchte an die Spitze meiner kurzen Ausführungen zum Abschluß ein Wort an den Landesfeuerwehrkommandanten richten, der heute hier ist mit seinen Herren, noch dazu in Zivil, weil ich die Meinung habe, daß das, was der Abgeordnete Kanduth in seine Richtung gesagt hat, absolut ernst zu nehmen ist. Wer so wie ich weiß, und das seit langem, was Karl Strablegg gerade im Zusammenhang mit dem Versicherungsschutz der Feuerwehrleute seit langem immer wieder fordert, der kann heute mit Recht sagen, das war der eigentliche entscheidende Punkt dieser Novelle. Das weiß jeder, der damit wirklich zu tun hatte. Der eigentliche entscheidende Punkt. Alles andere ist, von mehr oder weniger großen Kleinigkeiten abgesehen, von nicht jedenfalls überragender Bedeutung. Und ich möchte dir dazu gratulieren, weil du wirklich dieses Anliegen immer mit Überzeugung und mit Vehemenz, auch im Bundesfeuerwehrverband, vertreten hast. Und ich habe ja in dieser Geschichte mit den Abgeordneten aller Landtagsparteien Kontakt gehalten, und ich sage auch ausdrücklich, es passiert halt einmal, daß jemand auch in einer solchen Debatte eine Äußerung von sich gibt, die er besser nicht von sich gegeben hätte. Aber das ist jedermanns Sache, das liegt auf der Hand. In der großen Linie haben alle das Ergebnis mitgetragen. Und ich sage auch, der Sozialminister Hesoun, mit dem ich in dieser Frage engen Kontakt gehalten habe, ich möchte das ausdrücklich heute auch hier sagen, schriftlich, mündlich, auch telefonisch, hat sich bereit- erklärt, bei der nächsten ASVG-Novellierung den Paragraphen 176 in unserem Sinne anzugehen. Weil heute, und das liegt auch in der Natur dieser Art von Debatten, und das ist die vielen Jahre her so gewesen, die ich auch selber sie mitgemacht habe, gedankt wird, möchte ich auch ausdrücklich dem Herrn Sozialminister in diesem Zusammenhang ein Wort des Dankes sagen, weil das auch für ihn keine ganz einfache Sache ist und sie auch noch nicht gelaufen ist. Aber er hat überzeugend und auch in seiner direkten Weise gesagt „jawohl, das sehe ich auch so, ich werde mich in der Sache wirklich bemühen.“ Und da sind alle, bitte, altruistischen Einsatzorganisationen, wie sie heißen, eingeschlossen, alle. Auch das ist ausdrücklich von uns in diesem Zusammenhang gefordert worden. Das ist heute auch vom Herrn Klubobmann Trampusch neuerdings angesprochen worden, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Und weil in einer neuerdings, glaube ich, auch sehr leidenschaftlichen Weise, und da spürt man ja das Herz bluten, gerade beim Richard Kanduth, auch gesprochen wurde über den Umfang dieser Einsatzorganisationen, habe ich es für sinnvoll gehalten, Ihnen wirklich auch einmal diese Liste aller vorzutragen, weil verständlicherweise jeder einige anspricht.

Die gesamte Liste lautet: Freiwillige Feuerwehren 46.000 Aktive im Lande, Rotes Kreuz 8000 Aktive, Steirischer Bergrettungsdienst 1400 Aktive, Steirische Wasserrettung 1400. Dann gibt es aber eine ganze Reihe kleiner mit Hunderten, mit 70, mit 20, mit 10 Aktiven. Landesverband der Höhlenrettung ist angesprochen worden, das sind 70 Mann. Das ist die Österreichische Rettungshundebrigade mit 110 Mann und den Hunden dazu. Da gibt es eine Selbstschutzgruppe der Wirtschaftskammer, da gibt es den Steirischen Tauchsportklub, den Technischen Hilfsdienst, den österreichischen Versuch Senderverband und den Österreichischen Fallschirmspringerklub. Das ist die ganze Liste der freiwilligen Einsatzorganisationen des Landes. Und die machen miteinander mehr als 58.000 – du hast eine ähnliche Zahl genannt, lieber Richard – aus in dem Lande. Und das ist das Imponierende an diesem Geschehen.

Und ich habe das heuer im Sommer – und viele von Ihnen sind auch dabei gewesen erfreulicherweise, etwa bei der großen Übung unter der neuen Führung des Bergrettungsdienstes am Leopoldsteinersee – wieder gesehen, wo alles sozusagen zusammenwirkt, auch die offiziellen Institutionen inklusive das Bundesheer, natürlich die Gendarmerie und die Zollwache, soweit sie miteinbezogen ist.

Wir haben gerade auch dort wieder gesehen, daß das, für sich genommen, echte technische Wehren heute sind und daß in Wahrheit gerade auch der Begriff der Feuerwehren ein historischer ist und die Feuerwehren de facto heute technische Wehren sind und der Begriff überhaupt der Katastrophenorganisation oder der Katastrophenwehr in diesem Fall der treffendste wäre, wenn man sozusagen der Semantik folgen würde. Das ist nicht entscheidend, wir verstehen aber unter der Feuerwehr heute diese Katastrophenwehren.

Und ich möchte daher auch als zuständiger Referent natürlich ein aufrichtiges Wort des Dankes in eure Richtung sagen. Wir freuen uns eben auch, daß sowohl die Repräsentanten der Feuerwehren wie auch des Bergrettungsdienstes und rückwärts unseres Roten Kreuzes und der Landeswarnzentrale, wie ich festgestellt habe bei meiner Begrüßungstour, heute hier anwesend sind. Das ist mehrfach gesagt worden, ich möchte es von meiner Seite aus wiederholen, wir freuen uns wirklich darüber. Und es ist ein gutes Zeichen, daß Sie jedes Jahr zu diesem Anlaß auch hierher kommen und die Debatte mithören können. Und ich sage noch einmal in der großen Linie spürt man auf allen Seiten auch nicht nur das Wohlwollen, sondern eine echte Solidarität und Verbundenheit mit Ihnen.

Und lassen Sie mich zu einigen Punkten auch Stellung nehmen, die heute hier angesprochen wurden, ganz konkret.

Der Abgeordnete Ussar, der über den Landesfeuerwehrtag in Trofaiach gesprochen hat, wo einer der Herren Kollegen gemeint hat, er sei dazu nicht eingeladen worden. Kollege Schinnerl, so etwas passiert offenkundig nicht nur in Trofaiach, also bei mir ist das überhaupt kein Problem, das ist wirklich eine Sache der örtlichen Einladung, sonst könnten wir das ja gar nicht bewältigen. Die Feuerwehren haben hier ein gutes System ihrer dezentralen Verantwortungen

- und du hast es mit Recht angesprochen, lieber Siegfried -, in Wahrheit haben die Trofaiacher es hervorragend gemacht. Das war jedenfalls der Eindruck all derer, die dort gewesen sind. Ich glaube, daß das unsere Freunde da rückwärts ganz genauso empfunden haben, und vor allem hat man den Eindruck gehabt, die ganze Stadt war wirklich Gastgeber der steirischen Feuerwehren. Und es war - wenn man oft bei solchen Dingen dabei ist, spürt man das ja - dort ganz deutlich spürbar. Ich würde also gerne auch ersuchen, daß man über unsere Katastrophenschutzabteilung Klarheit schafft in der Hinsicht, es ist niemand ausgeschlossen, wir haben auch noch nie jemanden ausgegrenzt. Da ist etwas passiert, das kann passieren, in der großen Linie kommt das überhaupt nicht vor. Ich sage das ganz ausdrücklich. Wir freuen uns über jeden, der mitarbeitet und der die Verantwortung auch mitträgt, die politische Verantwortung, die liegt ja hier, gerade auch im Zusammenhang mit dem Förderungswesen. Aber das, was der Landesfeuerwehrkommandant gesagt hat, er läßt nicht zu, daß Parteipolitik in die Feuerwehren getragen wird, das ist voll und ganz zu unterstreichen, und so hat es auch der Richard Kanduth gemeint. (Beifall bei der ÖVP.)

Seien wir ihm dankbar dafür. Und, Herr Kollege Chibidziura - (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Ich habe das ein bißchen anders gemeint!“) Es täte mich nicht wundern, wenn das auch mit bestimmten Leuten etwas zu tun hätte. Ich möchte das gerne hören, was da wirklich vorliegt, denn das ist jedenfalls nicht das Prinzip, das unsere Herren zulassen, erfreulicherweise. Und wir wissen bei den meisten sehr genau, wenn sie sich auch bekennen, wohin sie politisch gehören. Und fragen Sie einmal jemanden, da sind alle vertreten, Gott sei Dank, auch in solchen Kreisen, wie sie heute hier anwesend sind, das sind die absoluten Spitzen. Und das ist im besten Sinn des Wortes demokratische Grundhaltung, nämlich eben zu wissen, daß einer das Recht hat in der Demokratie, auch politisch das zu tun, was er für richtig hält, und daß er trotzdem gemeinsam mit den anderen zusammen, von denen er auch weiß, daß sie unter Umständen eine völlig andere parteipolitische Position haben, zusammenzuarbeiten. Und das lassen wir uns auch nicht nehmen bei den Feuerwehren. Ich freue mich darüber. Und nicht nur bei den Feuerwehren, das gilt für alle Einsatzorganisationen. Und so war es gemeint, und nicht anders. Ich sage das ganz ausdrücklich deshalb, weil ich lange die Freude habe, mit Freund Strablegg, aber, wenn ich sehe, auch dem Freund Franz zusammenzuarbeiten, der heute als Ehrenlandesbranddirektor hier ist, und wie sie alle heißen, die in der Führung vertreten sind, und dasselbe gilt für die anderen anwesenden Organisationen.

Ich möchte ein weiteres ansprechen. Es ist davon die Rede gewesen beim Herrn Abgeordneten Herrmann in seiner Wortmeldung, daß er froh ist darüber, und ich kann ihm das nachfühlen, gerade auch er als Bürgermeister sagt das, daß diese Korrektur der Novelle auch gemacht wurde hinsichtlich der Verantwortlichkeit. Er hat aber gleichzeitig auch angesprochen die norditalienische Problematik, die gerade in den letzten Monaten uns deutlich gezeigt hat, daß das Grundprinzip, das bei uns herrscht - und

das ist eine organisatorische Vorkehrung gewesen - eigentlich durch kein anderes überbietbar ist in diesem Zusammenhang.

Herr Abgeordneter Schinnerl, ich möchte darauf eingehen, daß Sie diese Erinnerungspost auch angesprochen haben. Der Kollege und Landesrat für Finanzen, der früher hier gewesen ist, hat mir auch in einem persönlichen Brief noch einmal bestätigt, daß dieses Anliegen, unser Anliegen, seine Deckung finden wird. Das ist eine erfreuliche Grundhaltung, die sich sehr konkret auch niederschlägt, trotz eines echten Sparbudgets, noch dazu eines Dreiparteienbudgets, in diesem Zusammenhang. Ich möchte das auch dem Kollegen hier sagen, Hans-Joachim Ressel, das Problem ist also, schriftlich auch definiert, gelöst.

Und ich freue mich darüber, daß der Abgeordnete Kowald, der ja gerade selber an der Grenze lebt, im Zusammenhang mit der EU-Außengrenze die kommenden Probleme angesprochen hat. Und es ist zu hoffen, daß gerade in der Frage der Zollwache möglichst bald eine befriedigende Regelung auch in dem Sinne getroffen wird, wie es die Zollwache in unserem Lande weitem für richtig hält und will. Denn auch das ist tatsächlich eine Frage der Sicherheit. Wir pflegen uns ja über diese Dinge im Regelfall hinwegzuzurnen oder sie gar zu verdrängen.

Und es besteht auch kein Zweifel darüber, daß das, was die Abgeordnete Karisch heute in ihrer Grundsatzzrede gesagt hat, einleitend, völlig richtig ist, nämlich, daß gerade auch die Frage der Neutralität behutsam, aber realistisch gesehen werden muß. Und daß es die Aufgabe verantwortungsbewußter Politik ist festzustellen, daß Sicherheit auch nur in einem europäischen Sicherheitssystem der Zukunft für uns garantiert ist. Und in diesem Zusammenhang ist zweifellos ein Detailproblem eben auch die Außengrenze der EU, die sich nunmehr, so hoffen wir, ab dem 1. Jänner 1995 eben mit unserer Grenze deckt.

Es hat der Herr Abgeordnete Korp ein Problem angesprochen als nächster, mit dem mich die Frau Abgeordnete Grabensberger vor vielen Wochen vertraut gemacht hat. Nämlich der Frage der Ortsstelle des Roten Kreuzes in Judenburg. Ich bin nicht nur nicht Ihrer Meinung, sondern es hätte dieses Hinweises auch gar nicht bedurft, auch wenn er nobel formuliert war, daß wir selbstverständlich das Gleichbehandlungsprinzip pflegen. Es ist unrichtig, daß für Mürzzuschlag Landesmittel aus der Förderung des Roten Kreuzes eingesetzt wurden.

Wir haben für das Rotkreuzzentrum Süd über Antrag des Landesverbandes einen Beitrag geleistet, weil es sich um ein überörtliches Zentrum handelt. Wir haben es im übrigen zusammen mit dem Präsidenten des Roten Kreuzes International, Cornelio Sommaruga, und mit dem Herrn Präsidenten Dr. Griß, und die meisten von Ihnen, die heute da sind, haben damals teilgenommen, eröffnet, weil gerade im Zusammenhang mit dem sogenannten Wendejahr 1989/90 dieser Wunsch auch im Hinblick auf die Situation in Slowenien seitens des Landesverbandes an mich herangetragen wurde. Es ist gar nicht denkbar, daß das Land sozusagen beginnt, Ortsstellen zu subventionieren. Es liegt auf der Hand, so haben Sie es, nehme ich an, aber auch nicht gemeint. Ich bin gerne bereit, mit dem Landesverband des Roten

Kreuzes, das habe ich der Frau Abgeordneten Grabensberger schon vor Wochen gesagt, zum verhandeln, wenn ein solcher Antrag an uns gestellt wird und entsprechende andere Finanzierungsmöglichkeiten ins Auge gefaßt werden. Sie haben von 30 Millionen Schilling gesprochen, Sie kennen unser Landesbudget. Sie kennen das Budget gerade auch in diesem Zusammenhang. Wir sind also durchaus gerne bereit, mit dem Landesverband in eine entsprechende Diskussion über dieses Thema einzutreten, auf einer realistischen Basis und unter der Voraussetzung, daß der Landesverband – ich sage das, ich weiß, es ist durchaus des Landeshauptmannes Aufgabe, die Dinge so zu sehen, wie sie sind – einen Antrag stellt.

Und es hat der Abgeordnete Glössl in einer ebenso, finde ich, überzeugenden Weise zum Roten Kreuz Stellung genommen, neben den Ausführungen zum Gesetz und zur Novelle, zum Roten Kreuz Stellung genommen durchaus auch in dem Sinne, glaube ich, wie alle Abgeordneten dieses Hohen Hauses es empfinden. Es ist ein großer Schritt nach vorne gewesen und vor allem eine Leistung unserer Gemeinden, bereit zu sein, mit dem Rettungsdienstgesetz jene Beiträge auch an das Rote Kreuz zu geben, die es bisher nicht gegeben hat. Das ist eine große Kraftanstrengung, vor allem für die kleinen Gemeinden. Das wissen wir ganz genau. Aber es ist auch mit Recht gesagt worden, wenn jemand es verdient, dann tatsächlich auch unser Rotes Kreuz. Und ich habe mir eine Aufstellung in diesem Zusammenhang auch geben lassen, eine sehr bemerkenswerte Aufstellung, die uns zeigt, in wie überzeugender Weise gerade auch das Rote Kreuz organisiert ist. Ich möchte sie Ihnen heute hier nicht vortragen, aber mit Überzeugung kann man sagen, dieses Gesetz hat hervorragende Folgen gehabt. Gerade auch im Hinblick auf unser Rotes Kreuz. Und das war auch ein erfreulicherweise einstimmiger Beschluß des Steiermärkischen Landtages.

In einer ungewöhnlichen Weise, muß ich bekennen, Frau Abgeordnete Beutl, hast du Stellung genommen zu dieser Ausbildung von Frauen, die sich gemeldet haben, durch die „Kobra“-Gruppe, Frauengruppe. Ich glaube, daß das eine sehr dankenswerte Darstellung gewesen ist, denn es ist auch kein Zweifel, daß im Gesamt der Sicherheit unseres Landes wir uns zwar relativ auf der Insel der Seligen befinden. Schöne Bilder, aber tatsächlich, verglichen mit früheren Zeiten, sich gerade auch die Sicherheit auf den Straßen, unterschiedlich zwar, nicht verbessert hat. Und daß daher verständlich ist, daß es ein sehr subjektives Sicherheitsbedürfnis, vor allem auch der Frauen, gibt, die bereit sind, wie Figura zeigt, sich auch in dieser Hinsicht schulen zu lassen. Ich danke sehr für diesen, ich glaube, sehr wichtigen und vermutlich auch den meisten hier nicht bekannten Beitrag.

Ich möchte zum Schluß kommen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Wir haben heute hier auch Repräsentanten gerade unseres Bergrettungsdienstes. Und es ist dem Landesleiter des Bergrettungsdienstes, dem neuen Landesleiter seit dem April, Dr. Seidl, nicht möglich gewesen zu kommen – er ist ein praktischer Arzt. Ich bekenne hier ganz offen, daß ich außerordentlich bewundere,

daß er diese Riesenaufgabe übernommen hat nach Willi Jungmaier, dem wir auch persönlich unseren sehr herzlichen Dank gesagt haben. Er könnte es auch nicht, trotz eines quasi 24-Stunden-Tages, wenn er nicht ein so hervorragendes Team hätte – mit Miggitsch, der heute auch hier anwesend ist und gewählt wurde im April, mit Mück und auch dem alten Kämpfen Adi Huber, der wiederum als Kassier sich zur Verfügung stellt, nachdem die Einsatzleitung Mück übernommen hat. Ich möchte diese neue Führung hier im Steiermärkischen Landtag ermutigen, ich möchte auch euch herzlich begrüßen und habe es schon einleitend gesagt, das, was wir erlebt haben heuer im Sommer bei eurer großen Übung, war sehr überzeugend, und es zeigt sich, daß hier auch ein neuer Punch sozusagen spürbar ist, und wir können hoffen, daß das für die nächsten Jahre unter eurer Führung bei diesem großartigen idealistischen Steirischen Bergrettungsdienst weiterhin so sein wird. Und lassen Sie mich ganz zum Schluß eine kurze Darstellung geben von dem, was still und leise vor kurzem, wie wir sagen, über die Bühne gegangen ist, nämlich vom 25. November bis zum 2. Dezember 1994 ein großes Planspiel der umfassenden Landesverteidigung.

Ich habe, als ich bei dieser abschließenden großen Konferenz auch dabei sein konnte, gedacht an das Planspiel, das 1990 in der Landesfeuerwehr- und Zivilschutzschule genau faktisch ein Jahr vor Beginn des Krieges an unserer Grenze durchgeführt wurde. Weil man sich natürlich fragt: Ist ein solcher Aufwand gerechtfertigt? Es sind 100 Personen über sechs Tage wirklich engagiert beteiligt. Herr Hofrat Konrad, der Leiter unserer Katastrophenschutz- und Landesverteidigungsabteilung, der immer auch mit an vorderster Front ist, könnte Ihnen das im Detail schildern. Wir haben in einer ganz eindrucksvollen Weise seitens all dieser Beteiligten – Heer, Sicherheitsdirektion, Landesgendarmeriekommando, Bundespolizeidirektion und so weiter, die ganzen freiwilligen Einsatzorganisationen mit den Vertretern des staatlichen Krisenmanagements, mit den Dienststellen des Landes, mit den Vertretern des Magistrats Graz – eine überaus eindrucksvolle Übung erlebt, von der der Repräsentant des Bundes, der Brigadier Hinteregger, sagt, daß die bisher überhaupt größte in Österreich durchgeführte, wie das im Fachjargon heißt, Beübung auf diese Weise stattgefunden hat. Ich möchte auch gerade dem Vorsitzenden des Landeskoordinationsausschusses, dem Hofrat Dr. Ortner, und seinen Mitstreitern sehr herzlich dafür danken, weil ohne viel Geräusch immer wieder auch alles getan wird in einer sehr selbstkritischen Weise. Und das ist auch der Sinn solcher Planspiele, auf alles sozusagen vorbereitet zu sein. Und in dem Zusammenhang ist die Äußerung des Prof. Breitenhuber von der Grazer Technischen Universität im Hinblick auf einen möglichen Störfall eines AKW der näheren oder weiteren Umgebung für mich ein direkter Auftrag gewesen, nämlich endlich dafür zu sorgen, daß die mobile Meßstation auch finanziert wird.

Und ich werde das zum Anlaß nehmen, mich auch ganz persönlich darum zu kümmern, daß uns das gelinge, denn es besteht gar kein Zweifel, daß die gegenwärtige Informationsstruktur, um kein anderes Wort zu gebrauchen, gerade auch im Hinblick auf das

uns nächstliegende, nicht mehr dem entspricht, was wir vor dem Wendejahr 1989 in diesem Zusammenhang gehabt haben, ohne irgendeine Panik zu erzeugen. Es ist gar kein Zweifel, daß das eine ganz wichtige Aufgabe ist, die gerade auch im Zusammenhang mit einer entscheidenden Krisenvorsorge einfach notwendig ist. Noch einmal, meine verehrten Damen und Herren, möchte ich als Landeshauptmann und auch als ressortzuständiges Mitglied der Steiermärkischen Landesregierung allen sehr herzlich danken, die sich in aufopfernder, in überzeugender Weise für das Wohl unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger einsetzen! (Allgemeiner Beifall. – 20.19 Uhr.)

**Präsident Mag. Rader:** Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Wir können daher „Brand aus!“ melden. Der Herr Berichterstatter verzichtet auf das Schlußwort.

Wir kommen zur Abstimmung:

Gruppe 1, Reihenfolge der Abstimmung:

Erstens über den Antrag des Herrn Berichterstatters zu den Ansätzen und Posten der Gruppe 1 und zweitens über den Beschlußantrag des Finanz-Ausschusses, betreffend Versicherungsschutz in Einsatzorganisationen.

Ich ersuche nun die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zu den Ansätzen und Posten der Gruppe 1 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Weiters ersuche ich die Damen und Herren, die dem Beschlußantrag des Finanz-Ausschusses, betreffend Versicherungsschutz in Einsatzorganisationen, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Wir kommen zur Gruppe 2, Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Siegfried Ussar. Ich erteile ihm das Wort.

(Bericht über die Posten und Ansätze der Gruppe 2.)

**Abg. Ussar (20.20 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Ich darf kapitelweise vorlesen. Gesonderte Verwaltung: Schulaufsicht, Personalvertretung der Landeslehrer, Pensionen der Landeslehrer, allgemeinbildender Unterricht, Sonderschulen, berufsbildender Unterricht (Anstalten der Lehrer- und Erzieherbildung), berufsbildende mittlere Schulen, Berufsausbildung schulentlassener Jugendlicher, sonstige Einrichtungen und Maßnahmen, Förderung des Unterrichtes, Förderung der Lehrerschaft, Schülerbetreuung, vorschulische Erziehung, außerschulische Jugend-erziehung, Jugendherbergen und Jugendheime, sonstige Einrichtungen und Maßnahmen, Sport und außerschulische Leibeserziehung, Turn- und Sporthallen, Erwachsenenbildung, Volksbildungswerke, Volksbildungsheime, sonstige Einrichtungen und Maßnahmen, Forschung und Wissenschaft, Studienbeihilfen, wissenschaftliche Archive, wissenschaftliche Bibliotheken, sonstige Einrichtungen und Maßnahmen.

Summe der Einnahmen: 7.683,709.000 Schilling.  
Summe der Ausgaben: 8.940,909.000 Schilling.

Ich bitte um Annahme.

**Präsident Mag. Rader:** Danke schön!

Meine Damen und Herren, im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz schlage ich vor, die Spezialdebatte der Gruppe 2 zu teilen, und zwar sollen im ersten Teil Unterricht, Erziehung, Wissenschaft und im zweiten Teil Sport behandelt werden. Wird gegen diesen Vorschlag ein Einwand erhoben?

Das ist nicht der Fall.

Wir beginnen nun mit dem ersten Teil der Gruppe 2, Unterricht, Erziehung und Wissenschaft. Es eröffnet die Debatte der Herr Prof. Jeglitsch. Bitte schön!

**Abg. Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch (20.22 Uhr):** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich weiß nicht, wie Sie den heutigen Tag beurteilen, aber aus meiner Sicht ist er nicht schlecht gelaufen, denn sonst ist es mein Vorrecht, um Mitternacht bei der Geisterstunde zum Kapitel Wissenschaft zu sprechen; momentan ist es nicht einmal 20.30 Uhr. Ich sehe das als einen wesentlichen Fortschritt an.

Wenn ich zum Kapitel Unterricht, Erziehung und Wissenschaft als Erster sprechen darf, dann werde ich aber nicht den Wiener Usancen folgen und gleichsam in einen Ministerientausch verfallen, sondern ich bleibe meinen Gebieten treu, das heißt, ich werde wirklich nur über Wissenschaft, Forschung, Technologietransfer und auch über die Fachhochschulen sprechen.

Sie haben heute in den Unterlagen den Wissenschaftsbericht bekommen. Und wenn man den durchblättert, dann sieht man, daß das Land Steiermark in der Höhe der Forschungsaufgaben hinter Wien an zweiter Stelle steht, das ist sehr beachtlich! Aber man kann auch andere Schlüsselzahlen heranziehen, und dann sieht man, daß die Steiermark sich etwa im Mittelfeld der Bundesländer aufhält. Etwa in Prozent des Budgets, dann liegt die Steiermark hinter Vorarlberg, Tirol und Kärnten, oder wenn Sie die Forschungsausgaben auf die Kopfzahl beziehen, dann hinter Vorarlberg, Wien, Kärnten und Tirol.

Und damit hat man in der Steiermark in den letzten drei Jahren doch etwas an Boden verloren. Im Gegensatz zu den F&E-Ausgaben des Bundes. Wenn Sie die Bundeszahlen vergleichen, dann ist der Anteil von 1991 bis 1994 immerhin von 1,51 auf 1,65 Prozent des BIP gestiegen.

Das ist deutlich mehr, aber noch immer nicht allzu gut, wenn die Durchschnitte der OECD-Staaten oder der EU-Staaten etwa bei 2,2 Prozent liegen, oder wenn Sie Japan, Schweiz, Bundesrepublik oder die Vereinigten Staaten heranziehen, wo der Forschungskoeffizient etwa sogar gegen 3 Prozent beträgt. Insgesamt erlauben Sie mir, zu vier Bereichen kurz zu sprechen; zu zwei erfreulichen und zu zwei, die nicht ganz so erfreulich sind.

Das erste Erfreuliche ist zweifelsohne, daß man feststellen muß, daß im außerordentlichen Budget 50 Millionen Schilling aufscheinen unter dem Begriff der Cofinanzierung für EU-Projekte. Das ist sehr

erfreulich, und meine Hoffnung ist, daß möglichst viel von diesem Betrag sich auf Projekte konzentriert, die mit Forschung, Entwicklung und Technologietransfer etwas zu tun haben.

Der zweite erfreuliche Punkt ist etwas versteckter. Seit Beginn des Jahres 1993 gibt es eine Rahmenvereinbarung zwischen dem Wissenschaftsministerium, der Rektorenkonferenz und dem Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung zur Errichtung von Spezialforschungsbereichen in Österreich. Dieses Modell der Spezialforschungsbereiche geht auf die Bundesrepublik zurück, wo es seit etwa 25 Jahren sogenannte Sonderforschungsbereiche gibt. Sie sind eine neue Form der Forschungsförderung, die zu einer Schwerpunktbildung in den universitären Bereichen führen soll. Grundvoraussetzung ist die Koordination und Konzentration von Personal und Mitteln, ein längerfristiges, fächerübergreifendes Forschungsprogramm und die Bearbeitung anspruchsvoller Forschungsvorhaben. Voraussetzung sind weiters eine genügend große und homogene Kerntruppe von Wissenschaftlern und der Aufbau auf bestehende Strukturen. Diese Spezialforschungsbereiche bieten den Universitäten ohne Zweifel die Möglichkeit, sich zu profilieren. Sie sind auf etwa zehn Jahre angelegt, haben also ein Ablaufdatum, und das Gesamtvolumen schätzt man im Schnitt mit 100 Millionen Schilling ein.

Warum erwähne ich das? Sie werden gleich die erfreuliche Seite sehen.

Derzeit gibt es vier solcher Spezialforschungsbereiche in Österreich. Einen, er nennt sich „Biologische Kommunikation auf zellulärer und molekularer Ebene“, wurde am 31. März 1993 an der Universität Innsbruck eingerichtet. Ein zweiter, „Biokatalyse“, an der Technischen Universität Graz mit 1. April 1993, zwei weitere, „Optimierung und Kontrolle“, und „Moderne“, auch in Graz, und zwar jeweils mit 1. August 1994 an der Technischen Universität Graz und an der Universität Graz.

Das bedeutet, daß von vier derzeit in Österreich laufenden Spezialforschungsbereichen drei in der Steiermark und in Graz angesiedelt sind. Und mit Beginn des Jahres 1995 wird es vier weitere geben, und wieder wird einer davon in Graz lokalisiert sein, nämlich „Biomembranen und Atherosklerosen“ an der Universität Graz. Neun weitere, und mehr gibt es derzeit nicht, sind in Ausarbeitung, und auch davon werden wieder zwei in der Steiermark sein, nämlich „Elektroaktive Stoffe“ an der Technischen Universität Graz und „Werkstoffe“ an der Montanuniversität Leoben.

Ich glaube, dieses Faktum über die Leistungsfähigkeit steirischen Universitäten muß gewürdigt werden. Wenn Sie bedenken, von derzeit vier laufenden drei in der Steiermark, ab 1995 von acht laufenden vier in der Steiermark. Und hier ist dem Land und der Stadt Graz für die Cofinanzierung sehr herzlich zu danken, denn ohne diese ist eine Durchführung eines Spezialforschungsbereiches nicht möglich.

Bereits die alte Bundesregierung hat gesehen, daß sich Österreich an der internationalen Forschungsfront nur dann behaupten können, wenn man nicht nur Spezialforschungsbereiche einführt, sondern sich auch um Großforschungseinrichtungen bemüht. Und im

alten Koalitionsabkommen ist die Absicht bekundet, daß Österreich eine Großforschungseinrichtung realisieren soll. So eine Großforschungseinrichtung führt zum Zuzug weltweit bester Wissenschaftler auf diesem Gebiet. Sie alle kennen, welche Strahlkraft zum Beispiel Cern ausübt. Derzeit gibt es zwei Projektvorschläge, für die auch schon eine Machbarkeitsstudie vorliegt. Ich will nur ein Projekt kurz erwähnen, nämlich das Kristallzuchtlabor Euro-Cryst. Nun, wozu braucht man Kristalle über so ein Kristallzuchtlabor? Es sind neue Materialien, die ganz wesentliche avancierte Technologien befruchten werden. Sie wissen, daß sich solche außergewöhnlichen Werkstoffe nicht nur etwa im Computer, im TV-Gerät oder im Mobiltelefon befinden, Halbleiterekristalle, sondern es gibt weitere technologische Zukunftsgebiete, wie etwa Hochtemperatursupraleiter, nanokristalline Strukturen oder Technologien, die auf optoelektronischen oder auch biokristallinen Materialien beruhen. Man schätzt, daß in einem solchen Großforschungszentrum etwa 200 bis 250 Wissenschaftler tätig sind und etwa 50 Gastforscher aus Industrie und anderen Universitäten kommen werden.

Aus der Steiermark haben sich zwei Städte um ein solches Großforschungszentrum beworben, nämlich die Städte Graz und Leoben.

Um für die Steiermark solche großen zukunftsorientierten Chancen zu wahren, wäre mein Anliegen, meine Bitte an die politisch Verantwortlichen, eine Interessensbekundung und Unterstützungserklärung dazu baldigst von Landesseite abzugeben. Ein Großforschungszentrum Euro-cryst hat sehr wohl einen intensiven Industriebezug.

Lassen Sie mich auch ein paar Worte zur Wechselwirkung zwischen Wissenschaft und Technik, Wissenschaft und Industrie sagen. Diese Wechselwirkung ist keine einfache. Hat man früher gemeint, was immer man erforscht, es wird schon irgendwann einmal der Industrie zugute kommen, weiß man heute, daß die Wechselwirkung eine viel kompliziertere ist. Ich darf zwei Beispiele nennen, ohne Sie zu langweilen. Maxwell hat die elektromagnetischen Wellen beschrieben und erfunden, lange bevor sie industriell nützlich wurden. James Watt hat die Dampfmaschine gebaut, lange bevor umgekehrt die Wissenschaft die Gesetze der Thermodynamik formuliert hat.

Sie sehen also, es ist eine sehr komplizierte Wechselwirkung, und man muß heute wohl sagen, daß zwischen Wissenschaft und Industrie, Erkenntnissen und deren Umsetzung eher ein Regelkreis existiert. Die Ergebnisse der Wissenschaft führen oft zu bestimmten Anwendungen. Daraus resultieren wieder Fragen, die auf die Wissenschaft selbst zurückwirken. Ein Wechselspiel also zwischen Wissenschaft und Technik. Ich habe schon einmal etwas zu den Kosten gesagt. Grundlagenforschung ist eher billig, angewandte Forschung schon etwas teurer, einen Prototyp zu bauen noch teurer und ein verkaufsfähiges Produkt für den Markt herauszustellen, das ist sauteuer. Das sind nicht Sätze von mir, sondern vom derzeitigen Präsidenten des Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung.

Ich komme nun zu jenen zwei Punkten, die nicht ganz so erfreulich sind.

Ich habe schon mehrfach über die Forschungsfreudigkeit der österreichischen Industrie gesprochen und auch, daß etwa im vergangenen Jahr 1993 durch die doch nicht allzu rosigen Seiten auch in der verstaatlichten Industrie, etwa bei AMAG oder auch bei Böhler, durch Personalabbau Forschungsbereiche geschrumpft und damit zum Teil unterkritische Bereiche entstanden sind nach dem Motto: „Wer kurzfristig überleben muß, der braucht auch keine Langzeitstrategie.“ Als typisches Beispiel ist etwa das Schicksal der Christian-Doppler-Laboratorien zu nennen. Mit der Auflösung der AI haben die operativen Gesellschaften fast nicht mehr die Kraft, diese Christian-Doppler-Laboratorien, die für ihre Forschungsbedürfnisse zugeschnitten sind, zu tragen. Und ich habe mehrmals von der notwendigen Unterstützung der Industrie, gerade der Klein- und Mittelbetriebe, gesprochen und möchte das heute wiederholen, ganz besonders im Hinblick auf das vierte EU-Forschungs- und Technologieprogramm. Die Einreichfrist für dieses Programm, in dem 170 Milliarden Schilling in vorwettbewerblicher Forschung umgesetzt werden und das ganz besonders für Klein- und Mittelbetriebe ausgerichtet ist, dieses Antragsfenster läuft momentan vom 15. Dezember 1994 bis 15. März 1995.

Dann vergeht wieder ein Jahr, bis man neuerliche Anträge stellen kann. Für Klein- und Mittelbetriebe sind es große Mühen einerseits vom Kenntnisstand her, andererseits auch von Kosten, solche Anträge zu formulieren. Ich habe das letzte Mal auch eine Zahl genannt. Im Schnitt hat ein Klein- und Mittelbetrieb etwa 200.000 Schilling aufzuwenden an Kontakten, an Übersetzungsarbeiten, an Zeitaufwand, um so einen Antrag in Brüssel im Rahmen des vierten EU-Rahmenprogrammes stellen zu können.

Der Gewerbefonds fördert und unterstützt verlorene Projektantragskosten. Ich habe mir das Budget für 1995 genau durchgesehen, es gibt einzelne Positionen, etwa Beiträge an europäische Forschungsprogramme und internationale Wissenschaftskooperation, aber daraus sind verlorene Projektantragskosten nicht zu bezahlen.

Ich wiederhole daher meine Anregung und auch meine Bitte, daß man einen Weg sucht, wie man eventuell aus den 50 Millionen Schilling für EU-Cofinanzierung solche Projektantragskosten für Klein- und Mittelbetriebe, wenn sie in Brüssel vorstellig werden, unterstützt oder übernimmt.

Und das zweite, eigentlich am wenigsten erfreuliche Anliegen betrifft die Fachhochschulen. Wenn wir verstärkt Technologietransfer betreiben wollen und müssen für die steirische Industrie und Wirtschaft, dann sind die Fachhochschulen nicht nur zu sehen als gleichwertiger Weg einer universitären Ausbildung, aber mit Praxisorientiertheit, sondern auch, daß sie sehr viel besser mit Industrie und Wirtschaft durch diese Praxisorientiertheit kooperieren können, sich viel besser als Bindeglied eignen zwischen universitären Erkenntnissen und den Unterstützungen, die Industrie und Wirtschaft brauchen.

Und es ist ja auch kein Zufall, daß etwa europaweit die größte Organisation, die Technologieberatung, aber auch Problemlösung für Industrie und Wirtschaft betreibt, nämlich die Steinbeis-Stiftung, die Sie alle kennen, im wesentlichen von Fachhochschul-

professoren getragen wird. Die Fachhochschulen haben also nicht nur für die Ausbildungsseite, sondern auch im Sinne eines Technologietransfers für Industrie und Wirtschaft große Bedeutung. Die Unterlagen, die heute übermittelt wurden, weisen aus, daß der erste Antrag im Landtag, sich um Fachhochschulen in der Steiermark zu bemühen, das Datum vom 26. November 1991 trägt. Es war ein Antrag der damaligen Abgeordneten Schützenhöfer, Hirschmann, Maitz und meiner Person. Es folgten weitere Anträge mit konkreten Vorschlägen der FPÖ für Irnding, der ÖVP für Zeltweg, Knittelfeld und der SPÖ für Rottenmann. Und ich will die Debatten, die heute Vormittag schon begonnen haben, durchaus nicht anheizen, aber folgendes ist festzustellen:

Der Herbst 1994 hat zur Aufnahme von Fachhochschulstudiengängen in Österreich geführt. In Dornbirn für Fertigungsautomatisierung, im Regionalinnovationszentrum Niederösterreich-Süd für Präzisionssysteme und Informationstechnik sowie für wirtschaftsberatende Berufe, in Wels automatisierte Anlagen und Prozesstechnik, Hagenberg Softwareengineering, das TGM Wien für Elektronik und eine zweite Ausbildungsschiene in Wien für Tourismusmanagement, in Pinkafeld für Gebäudetechnik, in Eisenstadt internationale Wirtschaftsbeziehungen und in Krems Tourismus- und Freizeitwirtschaft.

Wenn Sie das zusammenzählen, dann werden im Herbst 1994 in fünf Bundesländern zehn Fachhochschulstudiengänge ihren Betrieb aufgenommen haben. Meine Befürchtungen, die auch im Landtag am 17. Mai dieses Jahres geäußert wurden, als ich gemeint habe, der erste und wichtigste Zug sei abgefahren, haben sich leider bestätigt. Und es war nur Beschwichtigung, wenn damals der Abgeordnete Trampusch wörtlich geantwortet hat „es wird sich herausstellen, und da hoffe ich, daß es nicht ganz so ist“ – leider ist es so.

Ich will nicht den Zeitkalender von Anfang an wiederholen, aber letztendlich doch feststellen, daß mit 12. Juli 1993 ein Beratungsgremium eingerichtet wurde. Dieses hat am 18. Oktober 1993 einen Bericht vorgelegt mit vier Fachhochschulstudiengängen vernetzt in Graz. Am 15. November 1993 hat es dazu eine Beschlußfassung in der Landesregierung gegeben. Dann geschah etwa vier Monate nichts, und im März/April 1994 erfolgte die Entscheidung, zwei Studiengänge für Kapfenberg vorzusehen. Es hat sicherlich Kompetenzstreitigkeiten gegeben, und ich werde mir erlauben, ein anderes Mal auch darauf einzugehen. Aber es ist eine unrichtige Darstellung, wenn Sie zur Tatsache, daß die Steiermark heute keine Fachhochschulstudiengänge aufweist, diese Kompetenzstreitigkeiten dafür verantwortlich machen. Das stimmt einfach aus den nachvollziehbaren Terminen nicht:

Der erste Antrag für Industrial-Design wurde am 27. April 1994 eingebracht, die beiden für Kapfenberg vorgesehenen Fachhochschulstudiengänge erst im November 1994. Es war eben letztendlich doch so, daß die beiden für Graz vorgesehenen Fachhochschulstudiengänge „Industrielle Technologien“ mit „Maschinenbau“ und „Elektronik“ in dieser Form für Kapfenberg, das habe ich damals nicht nur erläutert, sondern auch begründet, nicht übertragen werden konnten. Rund sechs Monate intensiver Adaptierungs-

arbeiten waren notwendig, so daß erst Ende November für Kapfenberg zwei Fachhochschulstudiengänge beantragt werden konnten, nämlich der eine für „Industriewirtschaft“ und der andere für „Industrielle Elektronik“. Wenn Sie die Zeitspanne von der Abgabe des Berichtes des Beratungsgremiums bis zur Entscheidung, zwei für Kapfenberg vorzusehen, mit der Zeitspanne addieren, die notwendig war, die Adaptierungsarbeiten für Kapfenberg durchzuführen, kommen Sie auf ein knappes Jahr Verzug.

Derzeit schaut die Situation nicht besonders günstig aus. Die Anträge der Steiermark rangieren irgendwo an 30. Stelle. Der erste Zug, die Pioniersituation, wo alles nicht ganz so genau geprüft wird, die Gründerphase, wo alles viel leichter geht, diese Chance ist vorbei. Es wird jetzt wesentlich penibler und selektiver geprüft, die Prüfungskriterien berücksichtigen auch, welche weiteren Anträge existieren und ob es nicht Parallelitäten gibt. Und man muß natürlich auch sehen, daß die Mitfinanzierung durch den Bund immer schwieriger wird, je mehr neue Fachhochschulstudiengänge bestehen, weil das Bundeskontingent limitiert ist, auch wenn der Fachhochschulrat einen Antrag auf Aufstockung des Bundeskontingentes gestellt hat.

Ich werde mir – über den Wissenschaftsbericht wird ja bald zu diskutieren sein – dann erlauben, auf die Kostensituation einzugehen, die durch die politische Entscheidung, zwei dieser Fachhochschulstudiengänge in Kapfenberg zu lokalisieren, und durch den Verlust von Synergieeffekten entstanden ist. Was hier passiert ist – und bitte, regen Sie sich nicht auf –, war bildungspolitischer Dilettantismus. Ich hoffe sehr, daß die 40 Millionen, die im Budget für Fachhochschulen vorgesehen sind im Jahr 1995, auch wirklich ausgegeben werden können, das wäre mir die größte Genugtuung. (Beifall bei der ÖVP.) Weil dann wenigstens im Jahr 1995 die Steiermark mit Fachhochschulstudiengängen aufwarten kann. Ich fürchte nur, nicht zu meiner Freude, nicht zu unserer Freude, zu niemandes Freude, daß die Fachhochschuldebatte für die Steiermark noch lange nicht erledigt ist. Was ich mir hingegen wünsche, ist, daß das Jahr 1995 auch in Wissenschaft und Forschung und in der Bildungspolitik mehr Sachlichkeit bringt. Danke! (Allgemeiner Beifall. – 20.42 Uhr.)

**Präsident Mag. Rader:** Nächster am Wort ist der Herr Kollege Ussar. Nach ihm die Frau Kollegin Gross.

**Abg. Ussar (20.43 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Das österreichische Bildungswesen hat in den zwei vergangenen Jahrzehnten sozialdemokratischer Hauptverantwortung für die Gestaltung der österreichischen Politik ganz große Fortschritte gemacht. In den Schulen unterrichten mehr Lehrer als je zuvor. 1992 gibt es 107.000 Lehrer in unserer Republik.

Österreich gibt jährlich 5,6 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Bildung aus, der OECD-Durchschnitt beträgt 4,8 Prozent. Ich darf also feststellen, daß Österreich somit international im Spitzenfeld, sogar noch vor der Schweiz mit 5,1 Prozent liegt – und ich glaube, das ist besonders zu erwähnen.

Die Bildungsbenachteiligung der Mädchen wurde aufgehoben, mehr Jugendliche legen die Reifeprüfung ab und beginnen Studien an den Universitäten und Hochschulen und, was besonders erfreulich ist, nur ein verschwindend kleiner Prozentsatz der Heranwachsenden nimmt nach Ende der Schulpflicht keine weitere Berufsbildung auf. Dennoch, sehr geehrte Damen und Herren, ist die organisatorische und pädagogische Modernisierung des österreichischen Bildungswesens bei weitem nicht abgeschlossen. Vielmehr stellen neue Entwicklungen in Gesellschaft und Wirtschaft, etwa die Veränderung der Umstände des Aufwachsens der Kinder – bedenken wir doch, daß rund 60 Prozent der Ehepaare und Mütter einen Beruf ausüben –, die rasante technologische Entwicklung mit ihren sozialen Folgen, der verstärkte internationale Wettbewerb in einem sich vereinigenden Europa und vor allem auch die weltweiten Wanderungsbewegungen als logische Konsequenz der Öffnung der Grenzen und des Zusammenbruchs totalitärer Systeme.

Dazu kommen, sehr geehrte Damen und Herren, noch deutlich erkennbare Prozesse der Entsolidarisierung, das Aufkommen überwunden geglaubter Erscheinungen des Nationalismus und Faschismus, die Gefährdung des Friedens und der Umwelt, aber auch – und ich betone es ausdrücklich – die besonders wachsenden Ansprüche auf Mitwirkung und Selbstbestimmung als neue große Herausforderung. Lebensräume und Lebensweisen unserer Kinder und Jugendlichen verändern sich ständig.

Wie schon erwähnt, die zunehmende Berufstätigkeit beider Elternteile, stärker werdender Einfluß der Massenmedien, Einschränkung für Kinder des Spiel- und Erprobungs- und Gestaltungsraumes, Verlust von kinder- und jugendgerechten Rückzugsbereichen und Schonräumen, Erweiterung der sozialen Erfahrungen in einer multikulturellen Gesellschaft müssen meiner Ansicht nach unbedingt berücksichtigt werden.

Es scheint mir daher unbedingt notwendig: Erstens: Die Schule muß ganz einfach als Lebensraum den Kindern und Jugendlichen Geborgenheit bieten, Wohlfühlen sichern, zum Erkunden und Erfahren der Welt anregen und das Erlernen von Zusammenarbeit und vor allem auch Konfliktaustragungen ermöglichen. Zweitens: Die Lehrer müssen ausreichend Zeit zur Hilfe der Bewältigung individueller, kollektiver Probleme, vor allem der Heranwachsenden, haben und diese Unterstützung den Schülern anbieten. Drittens: Das verständnisvolle und friedliche Zusammenleben und Zusammenlernen von Kindern und Jugendlichen von verschiedenen sozialen Gruppen muß besonders verstärkt gepflegt werden. Und viertens schließlich: Um Vermassungstendenzen in der Schule entgegenzuwirken, bin ich persönlich der Ansicht, wäre durch die Gliederung größerer Schulen in kleinere pädagogische Einheiten sicher ein Vorteil zu schaffen.

Dies erfordert, sehr geehrte Damen und Herren, meiner Ansicht nach, die Lehrpläne der Schulen, vor allem im Hinblick auf die taktische Notwendigkeit und die lebenspraktische Bedeutung der Lehrinhalte, zu überarbeiten.

Der Ausbau und die Verbesserung des Fremdsprachenlernens aller Schulstufen ist zu berücksichtigen. Und ich begrüße ganz besonders die in

letzter Zeit erfolgten Versuche, die auch schon in der ersten Volksschulklasse mit dem Fremdsprachenunterricht begonnen haben.

Sehr geehrte Damen und Herren, die Gesamtbelastung der Schüler durch eine bessere zeitliche Verteilung der unterrichtlichen Lernzeiten ist ebenfalls zu reduzieren. Schüler müssen vor allem lernen, neue Medien, neue Lerntechnologien zu nützen. Gleichzeitig ist aber, und das scheint mir ganz besonders wichtig, zum kritischen Umgang mit diesen Medien, auf alle Fälle der Zugang, zu vermitteln.

Aber eines der zentralen Anliegen der Bildungspolitik, sehr geehrte Damen und Herren, muß der weitere Ausbau und die Demokratisierung des Schulwesens sein. Das bedeutet im Klartext, daß durch eine Verwaltungs- und Organisationsreform mehr Entscheidungskompetenzen auf die schulische Ebene verlagert werden müssen. Ich spreche von mehr Entscheidungskompetenzen, und nicht, um die Verlagerung von wichtigen Dingen, die also auch an höherer Ebene erledigt werden können.

Ob nun die Kinder einer Schule eine der Sommerferienwochen erst im Herbst genießen sollten, ist eine Entscheidung, die man meines Erachtens auf jeden Fall den Eltern und Lehrern selbst überlassen sollte. Die freie Wahl von Herbstferien wäre ein Beitrag zur Demokratisierung. Könnte doch die Mehrheit im Schulgemeinschaftsausschuß und im Schulforum, wie bei der Einführung der Fünftagewoche, direkt in der Region selbst entscheiden, ob sie von dieser Möglichkeit Gebrauch machen oder nicht. Herbstferien, sehr geehrte Damen und Herren, könnten meiner Ansicht nach nur eingeführt werden, wenn die Erziehungsberechtigten, zumindest zwei Drittel der Schüler und mindestens zwei Drittel der Lehrer der betreffenden Schule zustimmen.

Ein weiteres Ziel, sehr geehrte Damen und Herren, unserer Bildungspolitik wird es sein, vor allem die Qualität der Schule zu verbessern. Das betrifft sehr wohl den Bereich der Grundstufe, der Mittelstufe, der Oberstufe, und vor allem auch die Durchlässigkeit zu den Hochschulen und die Erneuerung der Lehrerbildung. Ich habe bereits im Frühjahr bei der Budgetdebatte zur 14. Schulorganisationsgesetz-Novelle Stellung genommen.

Ich darf, sehr geehrte Damen und Herren, erinnern, daß ich die Bereiche Autonomie, Integration von Kindern mit nicht deutscher Muttersprache, die Integration behinderter Kinder in Volksschulen, die Weiterführung von Integrationsklassen in Hauptschulen und in der Unterstufe der AHS, den Bereich der ganztägigen Schulformen, die Fünftagewoche und vor allem eines meiner Kernanliegen immer wieder, die Herabsetzung und Senkung der Klassenschülerzahl auf 25 pro Klasse.

Es freut mich sehr, daß der Bildungssprecher der ÖVP und jetzige Staatssekretär Gerhard Schäfer in einem Interview im „Pflichtschullehrer“ sich ganz klar auch zur Senkung der Klassenschülerhöchstzahl in Etappen auf 25 Schüler ausgesprochen hat. Er betont, daß sich die ÖVP auch weiterhin dafür einsetzen wird, weil es erwiesen ist, daß kleinere Klassenlernerheiten eine bessere Qualität des Unterrichtes ergeben. Schäfer betonte in diesem Interview, daß auf Grund internationaler Erkenntnisse die ideale Größe einer Klasse mit 20 Kindern festzulegen wäre.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir Sozialdemokraten bekennen uns auch weiterhin dazu, daß die Kinderhöchstzahl pro Kindergartengruppe ab dem Kindergartenjahr 1994/95 mit 25 Kindern pro Gruppe festgelegt wird. Sorgen wir nun, sehr geehrte Damen und Herren, aber auch dafür, daß dann die Kinder, wenn sie in die erste Klasse der Volksschule kommen, ebenfalls die gleichen Bedingungen zum Schulstart vorfinden. Ich kann mir ohne weiteres vorstellen, daß die Schülerhöchstzahl 25 in Etappen eingeführt wird, ausgehend von der Unterstufe der Volksschule.

Und nun, meine Damen und Herren, auch zu einem Kapitel, das in letzter Zeit besonders wieder in Frage gestellt wird.

Ich betone ausdrücklich, wir Sozialdemokraten bekennen uns weiterhin ganz klar zu einer gemeinsamen Schule der Zehn- bis Fünfzehnjährigen, und sie ist weiterhin ein wichtiges Ziel unserer Bildungspolitik.

Die Errichtung einer europäüblichen gemeinsamen Schule im Mittelstufenbereich zur Sicherung eines gleichen Schulangebots in allen Regionen ist für uns unbedingt notwendig.

Sehr geehrte Damen und Herren, die 14. und 15. Schulorganisationsgesetz-Novellen enthalten bildungspolitische Anliegen, die, im wesentlichen in drei Vorgängen zusammengefaßt, ergeben: Erstens Wahrung der Schulautonomie. Zweitens Überführung der ganztägigen Schulform in das Regelschulwesen und drittens Übertragung der Schulversuche zum gemeinsamen Unterricht (Integration behinderter und nichtbehinderter Kinder) in die Regelschule.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ein Unterausschuß des Ausschusses für Schule, Bildung und Kultur und Kindergärten hat sich nun bereits in sechs – ich betone in sechs – Unterausschußsitzungen mit der Novellierung des Pflichtschulorganisations-Ausführungsgesetzes und des Pflichtschülerhaltungsgesetzes befaßt. Die Verhandlungen schließen in Zukunft auch noch die Novelle zum Schulzeitgesetz ein.

Als Vorsitzender des Ausschusses, der bereits an sechs Tagen getagt hat, möchte ich allen Sitzungsteilnehmern von seiten der Abgeordneten, von seiten des Landtagsklubs, von seiten des Landesschulrates und von seiten der Gemeindevertretung sowie der Beamtenschaft herzlich danken. Ein besonderer Dank dem Chef der Rechtsabteilung 13, Herrn Hofrat Dr. Alois Urabic, für seine besondere Unterstützung und Mitarbeit.

Sehr geehrte Damen und Herren, wie intensiv die Verhandlungen geführt werden, zeigt Ihnen allein schon der Umstand, daß bei der letzten Sitzung des Unterausschusses 35 Wortmeldungen zu verzeichnen waren.

Bevor ich nun schließe, möchte ich noch etwas unterstreichen, was mein Kollege Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch gesagt hat und das an die Frau Landeshauptmannstellvertreterin Klasnic und an die Landesregierung gerichtet war, bitte überprüfen Sie

auch den Antrag der Stadt Leoben auf das Projekt „Euro-Crupt“. Jeglitsch hat ganz deutlich festgestellt, daß hier zwei Städte in Frage kommen, Graz und Leoben. Und ich glaube, gerade im Hinblick auf unsere Region wäre dieses Projekt, das Jeglitsch bereits in seiner Vorrede angeführt hat, für uns sehr, sehr wichtig.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich komme zum Schluß. Nach den mir zur Verfügung stehenden Unterlagen haben wir in der Steiermark 581 Volksschulen, 192 Hauptschulen, 41 Sonderschulen, 32 Polytechnische Lehrgänge mit insgesamt 104.936 Schülern. Allein diese Zahl, sehr geehrte Damen und Herren, zeigt Ihnen, wie viele Schulen und Schüler und Lehrer von den Ausführungsgesetzen, die, wie ich Ihnen gesagt habe, wir bereits in sechs Sitzungen behandeln, betroffen sind.

Bemühen wir uns alle gemeinsam, die Verhandlungen so abzuschließen, daß sie ein Ergebnis bringen, daß Schüler, Eltern und Lehrer in unseren Schulen in der Steiermark optimale Bedingungen vorfinden.

Ich darf für die Unterstützung unserer Verhandlungen vor allem auch dem Ersten Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner herzlich danken, der sehr viel Unterstützung hier eingebracht hat.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich habe einleitend darüber gesprochen, daß wir Sozialdemokraten in den letzten 20 Jahren unser Bildungssystem moderner gestaltet haben. Ich habe aber auch gleichzeitig gesagt, daß die organisatorische und pädagogische Modernisierung des österreichischen Bildungswesens noch lange nicht abgeschlossen ist. Neue Entwicklungen in der Gesellschaft und Wirtschaft stellen vielmehr die Schule vor viele neue Herausforderungen.

Das von der Bundesregierung vorgelegte Sparpaket, vor allem auch im Bildungsbereich, trägt in keiner Weise dazu bei, diese Herausforderungen zu bewältigen. In den steirischen Schulen wird das von seiten des Bundes im Bildungsbereich geplante Sparpaket einheitlich abgelehnt. Auch ich, sehr geehrte Damen und Herren, halte die vom Bund verlangten Einsparungen im Hinblick auf eine moderne Bildungspolitik und fortschrittliche Pädagogik für unrealistisch und in der diskutierten Form für nicht anwendbar.

Sehr geehrte Damen und Herren, es ist unbedingt notwendig, mit den Betroffenen zu reden, sofort Gespräche aufzunehmen, damit Einsparungen im Schulwesen nicht auf Kosten der Qualität und Effizienz der Ausbildung von Schülern und Lehrern geschehen. Eine Forderung an den neuen Unterrichtsminister: Es darf zu keiner Verschlechterung in unserem Schulwesen kommen! (Beifall bei der SPÖ.)

Und ganz zum Schluß möchte ich hier im Hohen Haus die Gelegenheit wahrnehmen, um den rund 11.500 Lehrern in unseren steirischen Pflichtschulen für ihren besonderen Einsatz zum Wohle unserer Kinder und zum Wohle unserer Schule ein herzliches Dankeschön sagen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit – Glück auf! (Beifall bei der SPÖ. – 21.00 Uhr.)

**Präsident Mag. Rader:** Nächste Rednerin ist die Frau Kollegin Gross, nach ihr die Frau Kollegin Beutl.

**Abg. Gross (21.00 Uhr):** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich möchte ein paar Gedanken zur Bildungspolitik, vor allem aber auch zur Erwachsenenpolitik, einbringen.

Die Aufgabe von Bildung ist es unter anderem zu qualifizieren. Für das Berufsleben, aber auch für das Leben in einer demokratischen Gesellschaft und für die persönliche Lebensbewältigung und -gestaltung. Auch wenn in den einzelnen Bildungssektoren unterschiedliche Qualifikationsschwerpunkte gesetzt werden, ist immer im Auge zu behalten, daß Qualifizierung für den einen Bereich mit der Qualifizierung für den anderen Bereich vernetzt sein muß. Wenn bei der Neudefinition der EU-Programme im Hinblick auf die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit auch Förderungsziele, wie die Verbesserung der allgemeinen und beruflichen Bildung, die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Bildungseinrichtungen und der Bereich der Weiterbildung, einbezogen wurden, so trägt das dieser Erkenntnis Rechnung. Sie ist nicht nur für das Aufgabengebiet der aktiven Arbeitsmarktpolitik von entscheidender Bedeutung. Sozialdemokratische Bildungspolitik ist schon immer dem Grundsatz verpflichtet gewesen, daß die Trennung in „Gebildete“ und „Ausgebildete“ überwunden werden muß. Sozialdemokratische Bildungspolitik, verstanden als Qualifizierungspolitik, geht deshalb von zwei Prämissen aus:

Qualifizierung darf nicht an den Erfordernissen des Arbeitsmarktes vorbei stattfinden, sondern Qualifizierung muß über die Erfordernisse des Arbeitsmarktes hinausreichen.

Das heißt: Qualifizierung, berufliche Aus- und Weiterbildung eingeschlossen, kann ihre Funktion, auch ihre volks- und betriebswirtschaftliche Funktion, nicht erfüllen, wenn sie davon ausgeht, die Menschen für die Wirtschaft nur zu instrumentalisieren.

Vor kurzem wurde wieder in einer Tageszeitung berichtet, daß Psychologen die Tatsache, daß ein hohes Ausmaß an Arbeitszeit nicht produktiv genutzt wird, auf die Unfähigkeit vieler Menschen zur positiven persönlichen Lebensbewältigung zurückzuführen ist.

Deutlicher kann die Bedeutung einer umfassenden Qualifizierung, die die ganze Persönlichkeit des einzelnen Menschen im Blickfeld hat, nicht sichtbar werden.

Bildungspolitik im Sinne von Qualifizierungspolitik darf sich nicht darauf beschränken, die Höchstqualifizierung ausreichend zu forcieren. Ziel müßte sein, das allgemeine Qualifizierungsniveau anzuheben, wenn wir soziale Standards, Wirtschaftskraft und Demokratie im laufenden Internationalisierungsprozeß absichern wollen. Es geht um die Förderung der Jugend! Jedem jungen Menschen muß die höchstmögliche Qualifikation erreichbar sein, die er erreichen will. Und es geht um die Förderung der Arbeitnehmer. Jedem einzelnen Arbeitnehmer muß die Qualifikation erreichbar sein, die er braucht und die er persönlich anstrebt, denn sie ist sein wichtigstes Handwerkszeug im Berufsleben.

Meine Damen und Herren, wenn sich aber selbst in den westeuropäischen Industrieländern die Tendenz abzeichnet, die öffentlichen Ausgaben für Bildung

zurückzunehmen, so ist das eine mehr als bedenkliche Entwicklung. Nicht die Rücknahme der Bildungsausgaben, sondern ihr gezielter, koordinierter und damit effizienterer Einsatz ist das Gebot der Stunde.

Qualifikation gehört heute in Europa zu den sozialen Primärbedürfnissen. Immer mehr Unqualifizierte landen in der Arbeitslosigkeit. Das sollte bei solchem Sparen nicht vergessen werden.

Drei große „W“ sind die Eckpfeiler jeder zukunftsorientierten Qualifizierungspolitik, der die Hebung des allgemeinen Bildungsniveaus ein Anliegen ist: „Wahl, Weg und Wirkung“.

„Wahl“, das ist der Zugang zu den Bildungswegen. Die noch vorhandenen oder durch die gesellschaftliche Entwicklung neu entstandenen Zugangsschranken müssen beseitigt werden. Die finanzielle Situation der Familie, der Studentin und des Studenten, der Arbeitnehmerin und des Arbeitnehmers darf für die Wahl des Bildungsweges keine Rolle spielen, ebensowenig die Lage des Wohnortes und der Mangel an ausreichenden Informationen als Entscheidungsgrundlage.

Der „Weg“ zur Qualifizierung muß transparent, klar und übersichtlich sein und vor allem Durchlässigkeit zwischen den verschiedenen Bildungsschritten bieten. Die „Wirkung“, das ist die zu erwerbende Qualifikation und ihr Wert für das Arbeitsleben und die gesamte Lebensgestaltung.

Wir sollten uns davon verabschieden, in der Erstausbildung eine in sich geschlossene Phase zu sehen.

Qualifizierung an einem bestimmten Punkt des Lebens als abgeschlossen zu betrachten, ist heute, angesichts der Entwicklung des Wissens auf der Welt, von der die wirtschaftlich-technologische Entwicklung nur ein Segment darstellt, nicht mehr möglich. Das verfügbare Wissen der Weltkultur verdoppelt sich etwa alle 20 Jahre. Das heißt, es hat sich in den letzten 200 Jahren vertausendfacht. Und dieser Prozeß geht eher beschleunigt weiter, weil unser Wissen noch immer nicht ausreicht, um viele Aufgaben und Probleme zu lösen. Davon ausgehend kann Erstausbildung nur als Stufe zur Weiterbildung fungieren.

Für die Phase der Grundausbildung bis zum 15. Lebensjahr bedeutet das, sie so zu gestalten, daß ein möglichst gemeinsames Leben mit universellem Ansatz geschieht, das die Förderung aller Begabungen erlaubt. In vielen EU-Ländern ist die gemeinsame Grundausbildung Realität. Die EU hat als zentrales Ziel, die Gemeinschaftsaktion zur beruflichen Bildung, die Verwirklichung der Chancengleichheit beim Zugang zur Bildung festgelegt. Diese Impulse sind für Österreich wichtig, weil sie dazu beitragen können, die tiefverwurzelten Vorurteile gegen die notwendige gemeinsame Grundbildung zu überwinden. Mit dem Grundsatzübereinkommen der beiden Koalitionsparteien über die Reform der neunten Schulstufe, dem eine Abstimmung mit und zwischen den Sozialpartnern vorausgegangen ist, sind wir dem Anspruch der gemeinsamen Grundbildung und Begabungsförderung bis zum 15. Lebensjahr und der wirklichen Wahlfreiheit der Bildungswege einen entscheidenden Schritt nähergerückt.

Wenn man von der AHS-Langform als Spezialfall absieht, kann sich das neunte Schuljahr als flexible Verbundleiste zwischen der Grundausbildung und

dem nachfolgenden Bildungsschritt entwickeln. Der zur Einbahnschiene in Richtung Berufsschule und Lehrausbildung gewordene Polytechnische Lehrgang wird in das Gesamtsystem einbezogen, der Übertritt in die zweiten Klassen des berufsbildenden Schulwesens ermöglicht. Das heißt, die Entscheidung über das persönliche Qualifizierungsprogramm kann für die jungen Menschen und ihre Eltern um ein Jahr nach oben verschoben werden.

Dem Ziel, mit der Qualifizierung am Ende eines Bildungsschrittes immer die doppelte Wirkung in Richtung Wirtschaft und Arbeitsmarkt und in Richtung Weiterqualifizierung zu verbinden, werden wir mit der Berufsreife für Lehrlinge wieder näherkommen. Erstmals wird ihnen damit neben den gewerblichen Berechtigungen und dem Weg in die Selbstständigkeit auch ein direkter Weg in die Höherqualifizierung geöffnet, bis hin zum Hochschulstudium. Das ist in vieler Hinsicht dringend geboten. Nicht zuletzt, um sicherzustellen, daß die neuen Fachhochschulen ihrem Auftrag, neue Bevölkerungsgruppen in eine Hochschulausbildung einzubeziehen, in der Praxis gerecht werden können.

Wir müssen letztlich dahin kommen, daß die unterschiedlichen Formen der Berufsausbildung, unabhängig davon, in welcher Form der Praxisbezug stattfindet, zu einem flexiblen Gesamtangebot werden, das bestmöglich aufeinander abgestimmt ist. Ob der Bereich „Berufsausbildung über betriebliche Lehre und Berufsschule“ dabei seinen durchaus vorhandenen Stellenwert behält oder ihn vielleicht sogar steigern kann, wird wesentlich von der Bereitschaft der Betriebe abhängen, qualifizierte Lehrplätze zur Verfügung zu stellen und zu akzeptieren, daß sie mit dem Übernehmen dieser Aufgabe als Teil des Bildungssystems fungieren. Diese Rolle muß genauso der innerbetrieblichen Weiterbildung zugesprochen werden, soweit die Unternehmer darunter nicht nur die Einschulung auf neue Maschinen und Geräte verstehen.

Daß sich betriebliche Qualifizierungsanstrengungen lohnen, zeigt eine aktuelle statistische Analyse des Österreichischen Institutes für Berufsbildungsforschung:

Weiterbildungsaktivitäten haben demnach auf die Wertschöpfung einer Branche größeren positiven Einfluß als Sachkapitalinvestitionen. Der Effekt des Qualifikationspotentials ist unabhängig vom Industrialisierungsgrad der jeweiligen Branche festzustellen. Das heißt, er gilt auch für Klein- und Mittelbetriebe.

Und es wäre hochinteressant, eine ähnliche Analyse für den Bereich der Lehrlingsausbildung durchzuführen. Es ist wohl zu vermuten, daß Aussagen über die unzumutbaren Belastungen, die den Unternehmen daraus vorgeblich erwachsen, deutlich relativiert würden.

Ein Bildungssystem, das sich als umfassendes Qualifizierungssystem versteht, muß den Sektor Weiterbildung in vollem Umfang einschließen. „Verstaatlichung“ der Weiterbildung ist damit nicht gemeint, genausowenig eine weitreichende Finanzierung durch die öffentliche Hand, wenn andere Träger in der Lage und bereit sind, einen entsprechenden Beitrag zu leisten.

So unabdingbar es ist, das öffentliche System der Erstausbildung bis hin zur Universität – und das möchte ich besonders betonen – unter Einbeziehung der Fachhochschulen in öffentlicher Verantwortung zu behalten, um weitere Schritte zur Chancengleichheit verwirklichen zu können, so falsch wäre es, den Sektor Weiterbildung in seiner notwendigen Vielfalt einzuschränken. Was benötigt wird, ist also nicht die „Verstaatlichung“, sondern „Vergesellschaftung“ des Weiterbildungsbereiches im besten sozialdemokratischen Sinn.

Damit ist einerseits öffentliche Hilfestellung für alle jene gemeint, die soziale und finanzielle Hürden zu überwinden haben, um die Bereitschaft zur Weiterbildung in die Tat umzusetzen. Zu den sozialen Hürden gehört auch der Mangel an Zeit oder die fehlende Möglichkeit, die Zeit frei zu wählen. Deshalb ist die Forderung nach einem begrenzten und genau definierten Anspruch auf Bildungszeit für alle Arbeitnehmer aktueller denn je. Andererseits geht es darum, Transparenz, Durchlässigkeit, Information und Effizienz durch eine zweckentsprechende Koordination zu steigern.

Meine Damen und Herren, derzeit ist der Sektor Weiterbildung, um in einem Bild zu sprechen, ein Meer mit vielen verstreuten Inseln, die durch ein selten verkehrendes Fährschiff miteinander verbunden sind. Versuchen wir im Interesse aller Beteiligten – (Präsident Dipl.-Ing. Hasiba: „Frau Abgeordnete, ich bitte Sie, die zehn Minuten zu bedenken und vielleicht einzuhalten!“) Ich bin gleich fertig, Herr Präsident! Ich bedenke die zehn Minuten, ich möchte aber trotzdem zum Schluß kommen.

Versuchen wir im Interesse aller Beteiligten, vor allem aber der Weiterbildungswilligen, diese Situation zu verbessern. Dies könnte zum Beispiel durch die Errichtung eines Kuratoriums, in das Vertreter aller Träger auf Landes- und Gemeindeebene, vor allem aber auch der Jugendorganisationen, einbezogen sind, gelingen.

Die Bildungspolitik muß auch durch mehr Innovationen ihre Verantwortung für das soziale Erstinteresse, Qualifizierung der Jugend und die Erwachsenenbildung wahrnehmen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit zu so später Stunde. (Beifall bei der SPÖ. – 21.15 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Hasiba:** Wir kommen zum Themenschwerpunkt Schulen und Kindergärten. Zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Beutl.

**Abg. Beutl (21.16 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren!

Alle Vorredner haben die Bedeutung und Wichtigkeit des Ressorts Bildung, Schule, Wissenschaft herausgestrichen. Es ist wohl unbestritten, daß diese Ressorts Schlüsselbereiche für eine Gesellschaft und ihre Zukunft sind. Sie geben die Grundlagen für die gesellschaftliche, kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung eines Landes.

So werden zu Recht an jene Politiker, die diese verantwortungsvollen Ressorts leiten, hohe Erwartungen gestellt. Diese hohen Erwartungen sollten wir bezüglich des Referates Schule in der Landes-

regierung in der Steiermark vielleicht nicht so hoch stellen, denn der Beitrag, wenn wir ihn uns genau betrachten, der in den letzten Jahren aus diesem Referat gekommen ist, ist doch nicht so umwerfend.

Wenn mein Kollege Jeglitsch heute den Begriff von „bildungspolitischem Dilettantismus“ geprägt hat, dann wird er schon gewußt haben, warum. Denn tatsächlich, wenn wir uns ganz konkret anschauen, was kommt denn aus dem Referat, dann ist das sehr häufig nur die Präsentation von Umfragen. Ich möchte als Beispiel eine Umfrage zitieren, die über etwas, was schon längst bekannt ist, nämlich über den Gesundheitszustand von Schülern, ihre Haltungs- und Zahnschäden vorgestellt wurde. Was mir fehlt daran, daß diese Umfrage gemacht wurde, das ist die Konsequenz daraus. Daß man nämlich dann ganz konkret sich eine Initiative dazu wünschen würde. Abgesehen davon, daß es eine solche Umfrage unter Lindi Kalnoky von der Steirischen Gesellschaft für Gesundheitsschutz schon längst und vor Jahren gegeben hat. Nur, der Unterschied ist der, sie hat eine ganz konkrete Initiative in die Wege geleitet, und es sind weit über 40 steirische Schulen bereits an der Aktion „Gesunde Schule“ beteiligt, und sie arbeitet an diesem Problem, um zu Verbesserungen zu führen.

Das, was der Schulreferent Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek auf Grund der Umfrage zuwegegebracht hat, ist ein Gesundheitsbuch, das den Lehrern in die Hand gedrückt wird und das in Wahrheit wieder nur in den Regalen verstauben wird. Eine konkrete Aktion ist das wahrlich nicht!

Der einzige pädagogische Vorschlag, der mir innerlich ist, ist der aus dem Pflichtschulreferat, der an die AHS-Schüler gerichtet ist, nämlich, daß sie sich durchaus mit dem Schuleschwänzen anfreunden sollten. Ich weiß nicht, ob das die Aufgabe eines Schulreferenten für Pflichtschulen ist. Ich denke, er sollte sich eher für jene ungelösten Fragen interessieren, für die er zuständig ist.

Bereits im Frühjahr, anlässlich der Budgetdebatte, habe ich aufmerksam gemacht, und die Kollegin Bleckmann hat das heute in ihrer Generalrede wiederholt, daß vier Schulen, für die er zuständig ist, immer noch in seinem – in seinem, nicht auf seinem – Schreibtisch liegen, und man wird dann schon irgendwo an diesen politischen Stil erinnert, der heute mehrfach angeklungen ist, nämlich daß verhindert wird, blockiert wird, daß nichts weitergeht. Ganz konkret: Seit Juni 1993 – und das sind eineinhalb Jahre her –, liegt der Vorschlag des Landesschulrates für eine Schule vor, und sie ist bis heute nicht definitiv besetzt. Zwei weitere Schulen warten seit einem Jahr, genau seit Dezember 1993, auf eine Beschlußfassung in der Landesregierung. Und auch seit Juni 1994 – also auch schon wieder ein halbes Jahr – liegt eine weitere Schule in der Schreibtischlade. Das ist schon eigenartig, dem einen Fall gibt es nämlich einstimmige Reihungsvorschläge und Beschlüsse des Bezirksschulrates und des Landesschulrates, und es ist den Leuten unbegreiflich, warum eine solche Schule seit einem Jahr nicht besetzt ist. In den drei anderen Fällen – und da ist dann schon der Verdacht einer parteipolitischen Taktik zu vermuten – ist es so, daß der jeweils vom Landesschulrat erstgereiht Beschlossene

nicht der Wunschkandidat der Sozialdemokraten ist. Wahrscheinlich ist das auch der Grund, weshalb diese Schulen noch immer nicht beschlossen sind, weil hier einfach gewartet wird, ob es irgendwann einmal der günstige Zeitpunkt erlaubt, sie in die Regierung einzubringen, und dann mit einem anderen Vorschlag für die erste Stelle.

Daß immer mehr Menschen von einer solchen Taktik angewidert sind, sie ablehnen, das scheint Sie, Herr Schulreferent, nicht zu stören. Wie sich die Beteiligten fühlen, wenn sie so hingehalten werden, die provisorischen Leiter, die nicht wissen, erhalten sie die Schule zugesprochen oder nicht, die Lehrer, die Eltern, die Bewerber. Jeder Beamte, der sechs Monate keine Entscheidung trifft, muß mit einem Disziplinarverfahren rechnen. Sie hätten in diesem einen Fall mindestens dreimal ein solches Disziplinarverfahren verdient.

Ich möchte Ihnen in diesem Zusammenhang einen Brief vorlesen, den ein Bürger dieser Gemeinde, dieser einen Gemeinde, an Sie richtet – und ich möchte dazu sagen, daß dieser Bürger kein schulpflichtiges Kind an dieser Schule hat:

„Bereits seit dem Schuljahr 1992/93 – also seit nunmehr zwei Jahren – ist die Volksschule Judendorf-Straßengel mit einer provisorischen Schulleitung besetzt. Aus der Sicht jedes Außenstehenden erscheint es selbstverständlich, daß es jedem in dieser Angelegenheit Verantwortlichen ein vordringliches Anliegen sein müßte, rasch Entscheidungen herbeizuführen. Leider muß man jedoch feststellen, daß dies offensichtlich und unverständlicherweise von Ihnen, als dem zuständigen Schulreferenten, nicht so gesehen wird. Dadurch drängt sich die Frage nach Ihrer Einschätzung der Wertigkeit einer Schulleitung ebenso auf wie die Überlegung, ob Ihnen nicht klar sei, welch unwürdige Situation insgesamt allen Beteiligten zugemutet wird. Ein Großteil der Bevölkerung lehnt somit auch parteipolitisch motivierte Entscheidungen im Schulwesen ab.“

Ich glaube, daß dieser Auszug sehr deutlich macht, wie wenig die Menschen bereit sind, eine solche Vorgangsweise zu akzeptieren, und ich fordere Sie noch einmal auf, rasch diese Schulen in die Regierung einzubringen und in Zukunft solche Mißstände – (Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Die Stücke sind von Ihrer Regierungsfraktion zurückgestellt worden mit dem Hinweis, daß wir weitere Gespräche führen sollen!“) Dann bitte ich Sie, weitere Gespräche einzuleiten!

Tatsache ist, daß also die Menschen das nicht verstehen, wenn das so lange unentschieden bleibt, und Sie sind der zuständige Referent, und Sie haben die Gespräche zu führen und dafür zu sorgen, daß diese Entscheidungen getroffen werden. Das ist jedenfalls meine Meinung und auch die Meinung – denke ich – der Menschen, die davon betroffen sind. (Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Bitte sagen Sie das auch dem Herrn Landeshauptmann, und nicht nur mir!“) So wird zweitens – und jetzt möchte ich ein weiteres Beispiel dafür bringen, daß Sie mit Hilfe etwa des sozialistischen Gemeindevertreterverbandes versucht haben, in der letzten Zeit, in den letzten Wochen, einen überaus erfolgreichen Schulversuch, einen Schulversuch, der österreichweit

als einer der am meisten und am besten evaluierte Schulversuch gemeinsam mit der Verbundschule hier in der Steiermark durchgeführt wird, daß Sie versucht haben, diesen so erfolgreichen Schulversuch, wie den der Realschule, mit Halbwahrheiten und falschen Behauptungen zu verhindern. (Abg. Mag. Erlitz: „Also sorgfältig vorbereitet ist der überhaupt nicht, Frau Kollegin, sondern stümperhaft und dilettantisch!“) Der hat sehr wohl eine sehr sorgfältige Vorbereitung, der hat ein ganzes Jahr Vorlauf gehabt (Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Der Städtebund hat einstimmig beschlossen, diese Schulen nicht zu übernehmen!“), und ich würde sagen, stümperhaft sind Ihre Halbwahrheiten gewesen. Und stümperhaft waren die Verunsicherungen, mit denen Sie hinausgegangen sind – (Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Nicht Halbwahrheiten, der Städtebund hat das einstimmig beschlossen!“) Ja, ich möchte nur zu den Halbwahrheiten Stellung nehmen und sie richtigstellen.

Wahr ist, Sie haben behauptet, es gibt für diesen Schulversuch keine Genehmigung, das stimmt nicht. Es ist die Wahrheit, daß mit Erlaß des Bundesministeriums vom 16. – (Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Einstimmige Beschlüsse!“) Es gibt einstimmige Beschlüsse, jawohl, und ich werde Sie auf einen aufmerksam machen.

Daß mit Erlaß des Bundesministeriums vom 16. Juli 1991 die Schulversuche „Realschule“ und „Neue Mittelschule – Schulverbund“ genehmigt wurden. Und eigenartig ist ja nur, daß der Herr Schulreferent Schachner-Blazizek viermal seit dem Jahr 1991 bis 1994 diese Schulversuchsgenehmigung beantragt und – es ist ein einstimmiger Beschluß gewesen – mitbeschlossen hat. Und jetzt auf einmal gibt es Bedenken, ob es hier – (Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Weil es keinen Schulerhalter gibt!“) gibt es plötzlich Bedenken, dieser Schulversuch habe keine Genehmigung. Es wird weiter behauptet – (Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Und die Gemeinden weigern sich!“) Es wird weiter behauptet, es gäbe keine rechtliche Grundlage. Wahr ist, daß die Rechtsgrundlage im Paragraph 7 – (Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Ich bin morgen nicht da, ich bin in Wien!“ – Abg. Grillitsch: „Dann schauen Sie halt, daß Sie da sind!“ – Abg. Dr. Flecker: „Das ist eine Frechheit, was du hier aufführst! Deinen Stallgeruch kannst du woanders verbreiten!“ – Abg. Dr. Lopatka: „Herr Präsident, persönliche Beleidigungen, wie Stallgeruch, sind nicht notwendig!“ – Abg. Trampusch: „Ihr sagt viel, aber wenn ein anderer etwas sagt, regt ihr euch auf!“ – Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Jawohl, über persönliche Beleidigungen sollten Sie nichts sagen!“ – Präsident: „Frau, Abgeordnete, ich bitte Sie, fortzusetzen und auch zu einem Ende zu kommen, weil die zehn Minuten um sind. Ich danke Ihnen!“) Ich bin sofort am Ende. Tatsache ist, daß auch viele andere Halbwahrheiten nicht stimmen. (Abg. Dr. Flecker: „Unverschämtheit!“) Etwa, daß es keine rechtliche Grundlage gibt. Etwa auch, daß die Anrechnungsfrage nicht geklärt ist, auch das stimmt nicht. (Glockenruf des Präsidenten.)

Ich kann diese Punkte, nachdem ich leider aufgefordert wurde, zu einem Ende zu kommen, im Detail nun nicht mehr vortragen. Ich bin aufgefordert worden, meine Wortmeldung zu schließen. Ich möchte nur abschließend sagen, daß es in Zukunft die Realschule als Privatschule geben wird nach einem Organisationsstatut, das interessanterweise auch der sozialdemokratische Vizepräsident des Landesschulrates für seinen Versuch „Schulverbund beziehungsweise Neue Mittelschule“ als für erwägenswert ansieht und überlegt, ob das nicht auch für seine Versuchsschule das wäre, was anzustreben wäre. Nur soviel dazu. (Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Dann macht es, dann haben wir keine Debatte mehr!“) Tatsache ist, daß man den Eindruck hat, daß diese Frage der Realschule unserem Herrn Schulreferenten, der gleichzeitig auch Gemeindeferent ist, nicht ganz behagt (Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Nein, ganz im Gegenteil!“), denn sonst wäre es doch nicht so, daß Sie sogar Gemeinden, die Realschulstandort sind – (Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Nichts unterstellen!“) das ist keine Unterstellung –, angedroht haben, keine Bedarfszuweisungen zu geben oder für den Sachaufwand nicht aufkommen zu wollen. Das sind auch sehr aufschlußreiche Mitteilungen, die man in diesem Zusammenhang erhält. (Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Von wem haben Sie das, Frau Kollegin?“) Ich würde Ihnen empfehlen, in Ihren eigenen sozialdemokratischen Gemeinden nachzufragen, und Sie werden dann den Namen erhalten. (Abg. Trampusch: „Wenn Sie eine solche Behauptung aufstellen, wäre es fair, Namen zu nennen oder still zu sein! Ober erfüllen Sie nur einen Auftrag?“ – Abg. Dr. Flecker: „Sie wird ja nur vorgeschoben!“) Tatsache ist, daß der Elternverband sehr wohl auf diese gemeinsame Entscheidung pocht, die vor vier Jahren in der Landesregierung getroffen wurde, in einem offenen Brief protestiert, auf das schärfste protestiert, und auf dieses Hintertreiben, das auf Kosten von Schülerinnen und Eltern an Realschulen geht, hinweist. Und die Eltern meinen: „Wir Eltern werden ein weiteres parteipolitisches Taktieren auf keinen Fall hinnehmen.“ Ich glaube, das sollten auch wir nicht tun! (Beifall bei der ÖVP. – 21.30 Uhr.)

**Präsident:** Ich unterbreche die Sitzung und setze sie morgen um 8.30 Uhr fort. Gute Nacht! (Unterbrechung der Sitzung um 21.30 Uhr, Wiederaufnahme am 14. Dezember 1994 um 8.33 Uhr.)

**Präsident** (8.33 Uhr): Meine Damen und Herren, wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf, und ich darf dem Hohen Haus im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz mitteilen, daß im Hinblick auf die Tatsache, daß eine Mehrheit der Regierungsmitglieder unvermeidlicherweise und unverschuldeterweise heute in Wien sein müssen, eine Änderung im Ablauf vorgenommen werden soll. Das heißt, wir werden heute mit der Gruppe 6 beginnen, anschließend die Gruppe 7 behandeln und erst danach die gestern nicht zu Ende behandelte Gruppe 2 wieder fortsetzen. Erhebt sich gegen diesen Vorschlag ein Einwand?

Das ist nicht der Fall, wofür ich Ihnen danke.

Wir kommen somit zur Gruppe 6, Straßen- und Wasserbau, Verkehr.

Berichtersteller ist der Herr Abgeordnete Kurt Tasch. Ich erteile ihm das Wort.

(Bericht über die Posten und Ansätze der Gruppe 6 und den Beschlußantrag des Finanz-Ausschusses.)

**Abg. Tasch** (8.35 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Wir kommen zum Bericht der Gruppe 6. Straßenbau: Bundesstraßen, Landesstraßen, Straßen- und Brückenbau, Bundes- und Landesstraßen, gemeinsame Kosten. Allgemeiner Wasserbau: Förderung der Wasserversorgung, Förderung der Abwasserbeseitigung, Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds, Siedlungswasserwirtschaft. Schutzwasserbau: Bundesflüsse, Konkurrenzgewässer, Wildbachverbauung, Lawenschutzbauten, Bauhöfe. Straßenverkehr: Sonstige Einrichtungen und Maßnahmen. Schienenverkehr: Eisenbahnen.

In der Gruppe 6 ergeben sich folgende Gesamtsummen: Ausgaben: 1.390,831.000 Schilling, Einnahmen: 52,368.000 Schilling. Aus Anlaß der Beratungen vom 1. Dezember 1994 fand zu dieser Gruppe folgender Resolutionsantrag die Mehrheit. Resolutionsantrag der Abgeordneten Schrittwieser, Ussar, Schützenhöfer, Dr. Frizberg, Dipl.-Ing. Vesko und Dr. Ebner.

Ich stelle daher den Antrag auf Annahme der Ansätze der Gruppe 6. Mündlicher Bericht: Der Finanz-Ausschuß hat in seiner Sitzung am 1. Dezember 1994 zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1090/1, über den Landesvoranschlag 1995, den Dienstpostenplan und den Kraftfahrzeugsystemisierungsplan über Beschlußanträge beraten und zur Gruppe 6 nachstehenden Beschluß gefaßt:

Antrag: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, die Finanzierung des Verkehrsverbundes Steiermark, beginnend wenn möglich 1995, dahin gehend sicherzustellen, daß dieser raschestmöglich steiermarkweit in Kraft treten kann. Ich bitte um Annahme.

**Präsident:** Danke, Herr Berichterstatter!

Meine Damen und Herren, im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz schlage ich vor, die Spezialdebatte der Gruppe 6 zu teilen, und zwar sollen im ersten Teil Wasserbau und im zweiten Teil Straßenbau und Verkehr behandelt werden.

Wird gegen diesen Vorschlag ein Einwand erhoben?

Das ist nicht der Fall.

Wir beginnen mit dem ersten Teil der Gruppe 6, Wasserbau.

Es hat sich zu Wort gemeldet zum ersten Teil Wasserbau der Herr Abgeordnete Herrmann. Ich erteile es ihm.

**Abg. Herrmann** (8.38 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Damen und Herren!

Einen schönen guten Morgen. Ich hoffe, daß sich seit gestern die Gemüter abgekühlt haben, und wenn nicht, dann kommen wir jetzt zum Wasser, und es wird ein bißchen kühler werden. Ich möchte bei Wasser-

versorgung, Abwasserentsorgung und Wasserschutzbau zuerst mit dem Wasserschutzbau beginnen, denn wenn wir ein gutes Wasser haben wollen, dann müssen wir sehen, daß wir auch genug Grundwasser besitzen.

Meiner Meinung nach müßten schon von den Anfängen an Maßnahmen gesetzt werden, daß zum Beispiel die Oberflächenwässer, wenn es vom Haus beziehungsweise vom Dach herunterkommt, nicht in Rohre und direkt in den Bach eingeleitet werden, sondern daß sie in einem gewissen Abstand auf dem eigenen Grundstück zur Versicherung kommen, das könnte durch eine Grube erfolgen. Erst wenn diese voll ist, sollte es in den Kanal gehen. In der weiteren Folge sind meiner Meinung nach – und Gott sei Dank praktiziert das Hofrat Saurer – die Betonrinnen der kleinen Bäche passé. Genauso die Steine in den Bächen, denn wir wissen, wenn diese Steine nicht verwachsen werden durch Gebüsch, sind sie dann nach einem Hochwasser wieder lose in der Mitte von dem Bachbett.

In unserem Bezirk sind eben Musterbauten errichtet worden, der naturnahe Hochwasserschutz mit Piloten und Verflechtungen, und wir sehen da eben eine hervorragende, ja ich sage, daß eben hier sehr viele Naturverbauten errichtet werden, daß eben dieses Wasser oder daß der Grundwasserspiegel steigt. Ein besonderer Erfolg ist in unserem Bezirk das Rückhaltebecken. Ein Segen für viele Ortschaften im Lafnitztal. Es wurde hier durch große Kosten ein sehr gut funktionierendes Rückhaltebecken errichtet, aber nicht so groß, daß es in den sogenannten Überschwemmungsgebieten keine Überschwemmungen gibt. Es werden dort die Grundstücke abgelöst, und wenn eine gewisse Höhe des Hochwassers kommt, werden diese Grundstücke überschwemmt. Begleitmaßnahmen werden aber gesetzt in den Ortschaften, damit der Siedlungsraum nicht überschwemmt wird. Ich glaube, das sind Maßnahmen, daß der Grundwasserspiegel steigt.

Die nächste Folge ist die Wasserversorgung. Und hier haben wir – die Gemeinden – große Sorgen, daß wir genug Grundwasser haben, damit wir genug Quellen erfassen können. Denn meiner Meinung nach sind erst der letzte Schritt die Tiefenbohrungen. Nur wären die Erfassung und der Ankauf der Quellen sehr, sehr teuer. Man müßte hier Möglichkeiten finden, daß dieses Wasser oder der Preis für die Quellen irgendwie geregelt wird, denn warum soll gerade einer, auf dessen Grundstück als Quelle das Wasser hervorkommt, der den großen Vorteil haben, obwohl zum Beispiel der Regen über ein ganzes Gebiet niedergeht? Wir sollten versuchen, hier, wie schon gesagt, eine Regelung zu finden, damit diese Quellen erfaßt werden können. Wasser wird in Zukunft, wie ich schon gestern gesagt habe, das wichtigste Nahrungsmittel und das wichtigste Gut überhaupt, und daher müssen wir alles daransetzen, um hier, diese Quellen und diese Wasserversorgungen zu bauen. Wir haben alle in den ländlichen Gebieten derzeit, auch in meiner Gemeinde, noch sehr, sehr viele Brunnen. Die sind aber sehr anfällig auf Oberflächeneinflüsse, und daher ist es ganz wichtig, zentrale Wasserversorgungen zu errichten.

Die nächste Folge, damit wir ein hervorragendes Wasser haben, ist die Abwasserentsorgung. Und hier sind die Kosten für die Bevölkerung sehr, sehr hoch. Wir sollten daher versuchen, billiger zu bauen – wurde zum Teil ja schon verwirklicht, die Schachtabstände von 50 auf 100 Meter, vielleicht auch mit kleineren Dimensionen, damit wir wirklich diese Abwasserentsorgung finanzieren können. Und das Land hat an Beiträgen für die Gemeinden 58,620.000 Schilling hier vorgesehen und an die Verbände 71,617.000 Schilling. Das ist sehr, sehr viel – wir wissen das – in Zeiten, wo gespart werden muß. Man muß versuchen, der Bevölkerung zu helfen, vielleicht durch billigeres Bauen, aber wenn es möglich wäre, durch eine bessere Förderung, Herr Landesrat, aber wir wissen, das ist eben Wunschdenken. Wir wissen, man hat hier versucht, noch bessere Reinigungen zustandezubringen. Ich persönlich bin aber der Meinung, wir sollten zuerst einmal sämtliche Regionen mit einer Abwasserentsorgung wirklich ausstatten und erst dann auf die sehr teuren Verbesserungsmaßnahmen bei den Abwasserentsorgungsanlagen ansetzen.

Ich glaube, sehr geehrte Damen und Herren, Wasser geht uns alle an. Ich möchte mich abschließend für unseren Bezirk beim Hofrat Saurer und seinem Team recht, recht herzlich bedanken. Sie zeigen uns vor, wie eben der zukünftige Wasserbau ausschauen kann. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ. – 8.45 Uhr.)

**Präsident:** Danke für die Präzision und vorbildliche Kürze. Als nächster Redner hat sich der Herr Abgeordnete Prutsch Alfred zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

**Abg. Alfred Prutsch (8.46 Uhr):** Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren!

In der Gruppe 6 das Kapitel „Allgemeiner Wasserbau“, wo die Wasserversorgung und die Abwasserbeseitigung sowie Wasserbaumaßnahmen hineinfallen, ist sicherlich aktuell und meiner Meinung nach von großer Bedeutung.

Wasser ist das wertvollste Nahrungsmittel. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Lebensmittel!“) Nahrungsmittel sage ich. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Nahrungsmittel ist zu wenig!“) Ohne Wasser gäbe es kein Leben für Mensch und Tier, ohne Wasser gäbe es auch kein Wachsen und Gedeihen in unserer Natur.

Österreich, die Steiermark zählen eigentlich zu den wasserreichen Ländern, international gesehen. Eine Statistik besagt, daß pro Einwohner in Österreich pro Tag 140 Liter Wasser verbraucht werden. Dieser hohe Verbrauch deklariert eigentlich unser Vaterland zu einem wasserreichen Land.

Als wasserarm wird ein Staat erst dann bezeichnet, wenn weniger als 2,7 Liter pro Person und Tag zur Verfügung stehen. Was das bedeutet, zeigt die Statistik und die Tatsache, daß ein Mensch zum Leben 2 bis 5 Liter Wasser pro Tag benötigt. Obwohl es bei uns keinen Wassermangel gibt, sondern nur die Verteilung auf Grund unterschiedlicher Niederschlagsmengen in den einzelnen Regionen nicht immer optimal ist, wird die Frage oft, ob genügend und gutes Wasser vorhanden ist, meiner Meinung nach, des öftern zu emotional geführt. Dies hat in unserer Konsum-

gesellschaft zu einer Sensibilisierung der Menschen geführt und Panikstimmung aufkommen lassen. Die Dürresommer 1992 und 1993 haben natürlich auch einen Beitrag dazu geleistet.

Und ich sehe auch in keiner Weise ein, daß gerade in der Wasserfrage sowie in der Abwasserfrage des öfteren versucht wird, parteipolitisch zu agieren, wo unser Landesrat Erich Pörtl wirklich mit seinen Beamten und Fachleuten sehr wichtige Maßnahmen für saubere Fließgewässer und zum Schutz des Grundwassers gesetzt hat. Ich zitiere hier nur die Sanierung der Mur und der Raab mit 3 Milliarden Schilling in den letzten zehn Jahren. Kein anderer als er würde in diesem sensiblen Bereich so ausgleichend und praxisnah wirken. Das ist wirklich meine überzeugte Meinung.

Untersuchungen und Messungen des Grundwassers ergeben noch immer zum Teil negative Werte im Nitrat-, im Atrazinbereich. Und ich möchte mich ein bißchen auf das Grundwasser im unteren Murtal in meiner Wortmeldung auch hier beschränken und auch hier dazu nähere Ausführungen machen.

Der Abbau dieser Schadstoffe im Grundwasser wird sicherlich langsam vor sich gehen, obwohl die Landwirtschaft durch Schutz- und Schongebiete Gegenmaßnahmen in letzter Zeit setzen muß. In der Steiermark sind 1650 Quadratkilometer als Schongebiet ausgewiesen. Ich glaube, das zeigt schon, daß man sehr wohl bereit ist, auch von seiten der Landwirtschaft hier Maßnahmen auf sich zu nehmen.

Aber auch oft fehlende geregelte Abwasserentsorgungsanlagen belasten das Grundwasser. Im unteren Murtal sind ja die Gemeinden gerade dabei, diese Anlagen zu errichten und das Abwasser nach dem Stand der Technik zu entsorgen. Also, ich bin überzeugt, daß im heurigen Jahr auch hier, gerade im unteren Murtal, ein wichtiger Schritt in der Abwasserfrage gesetzt worden ist.

Ein weiteres Problem im unteren Murtal ist natürlich das Absinken des Grundwasserspiegels durch die ständige Eintiefung der Mur, gerade im Raum um Mureck, Gosdorf. Die Eintiefung beträgt seit 1938 1,80 Meter. Dadurch ist ein permanentes Ausfließen von Grundwasser in die Mur gegeben. Die von Fachleuten geplanten und von den Verbänden ausgeführten früheren Regulierungen und Entwässerungsmaßnahmen an den Grabenlandbächen haben teilweise auch einen Beitrag zum Absinken des Grundwasserspiegels geleistet. Deshalb ist heute der von der Steiermark ausgehende naturnahe Wasserbau über die Grenzen Österreichs hinaus bekannt und hat Anerkennung gefunden. Und der Vorstand der Fachabteilung III a, Hofrat Sauer, hat ja auch schon Rückbaumaßnahmen vorgenommen, und ich glaube, daß hier eben Fehler gemacht worden sind, die man teilweise dann auch beheben muß.

Um dieses ständige Absinken des Grundwasserspiegels zu stabilisieren, sind bauliche Maßnahmen an der Grenzmur sofort in Angriff zu nehmen. Es sind bereits Grundlagen dafür erarbeitet worden, welche im Rahmen eines Interreg-Projektes gemeinsam mit Slowenien umgesetzt werden sollen und die Finanzierung aus EU-Mitteln mitgetragen wird. Als Projektträger für die Einreichung in Brüssel tritt der Wasserverband „Wasserversorgung Bezirk Radkersburg“ auf, deren Obmann ich bin.

Ein paar Schwerpunkte, welche als Baumaßnahmen im Projekt enthalten sind:

Erstens die Errichtung von Sollschwellen in der Mur zur Anhebung und Stabilisierung des Grundwasserspiegels. Eine ganz wichtige Maßnahme. Zweitens: Zusammenschluß des parallel zur Mur verlaufenden Spielfelder Murkanals mit dem Radkersburger Murkanal, um eine ständige Wasserführung in diesem Fließgewässer zu erreichen. Drittens: Die Erkundung der Grundwasserverhältnisse einschließlich der Tiefengrundwasser zur Sicherung zukünftiger Ansprüche.

Längerfristig ist auch eine vermehrte touristische Nutzung unserer Grenzmur geplant, zum Beispiel Zillenfahrt auf der Mur oder eine Attraktion, die Murfähre in Weitersfeld, ein Beitrag für die Entwicklung und Weiterentwicklung des Tourismus im Bezirk Radkersburg.

Dieses Interreg-Projekt trägt die Bezeichnung „Lebensraum unteres Murtal, Spielfeld, Bad Radkersburg“ und wird nach der Umsetzung positive Auswirkungen auf den Wasserhaushalt und die gesamte Ökologie im unteren Murtal haben. Davon bin ich überzeugt.

Dieser von mir angesprochene Lebensraum unteres Murtal ist von einer stark ländlichen Struktur geprägt. Mehr als 30 Prozent der Erwerbstätigen im Bezirk Radkersburg sind noch in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigt. Auf Grund der zukünftigen Konkurrenz im großen Europa sind gut überlegte, fachlich fundierte Konzepte einer Beregnung von landwirtschaftlichen Flächen unbedingt zu realisieren, weil dadurch eine Ertragsicherung erreicht werden kann.

Ich möchte nun zum Abwasserbereich kommen. In diesem kostenintensiven Bereich ist durch die Wasserrechtsgesetz-Novelle 1990 gerade für die Gemeinden, aber auch für die Anschlußpflichtigen sehr viel in Bewegung geraten, dessen Auswirkungen über die Kosten oft zu heftigen Diskussionen führt. In der Steiermark sind bereits 67 Prozent der Bevölkerung an einer Abwasserentsorgungsanlage angeschlossen. Die ländlichen Gebiete hinken etwas nach, aber der Bau ist gerade hier im Gange und wird auch demnächst abgeschlossen sein.

Ein Diskussionspunkt ist die Abwasserentsorgung im ländlichen Raum, wo alternative Entsorgungsmöglichkeiten aufgezeigt, aber auch in Pilotprojekten errichtet werden. Der ländliche Raum ist sicherlich nicht mit dem städtischen Bereich zu vergleichen, daher müssen für Streulagen sehr wohl alternative Reinigungssysteme weiterentwickelt und auch umgesetzt werden. Und ich glaube, daß der Erlaß der Rechtsabteilung 3 vom Mai 1993 einiges bewirkt hat, worin die Pflanzenkläranlagen als Stand der Technik anerkannt wurden. Dies zeigt ein Beispiel, daß bereits 1994 63 Einzelanlagen bewilligt werden konnten und davon befristet 30 Pflanzenkläranlagen. Ich glaube, man muß gerade in dieser Diskussion sehr wohl auch mit hineinbringen die gesetzlichen Voraussetzungen, die eben den Abwasserbereich regeln.

Daher bin ich der Meinung, daß unsere Beamten, die hier Verantwortung tragen, sehr wohl sich im gesetzlichen Rahmen bewegen und auch die gesetzlichen Möglichkeiten ausschöpfen, gewisse Anlagen

in diese Richtung zu bewilligen. Aber man muß vermehrt feststellen, daß gerade solche Projekte, wie Einzelkläranlagen, Pflanzenkläranlagen, sehr oft Mängel aufweisen in der Projektierung, auch in der Planung, daß diese Projekte nicht so rasch oder überhaupt dann am Ende nicht bewilligt werden können. Es muß aber auch für diesen Bereich klar sein, daß das nicht zum Billigtarif möglich ist, sondern viele kleine Anlagen ein wesentlich intensiveres Kontrollsystem erfordern. Persönlich halte ich auch nicht sehr viel von Selbstkontrolle. Wir wissen, es wird auch immer wieder in Diskussion gebracht, daß man eben solche Anlagen selbst kontrollieren könnte. Also, da bin ich ein bißchen skeptisch, ob das funktionieren würde.

Die Landwirtschaft im verbauten, geschlossenen Siedlungsgebiet von der Anschlußverpflichtung auszunehmen, ist meiner Meinung nach nicht zu realisieren. Und das sage ich als Bürgermeister, weil dadurch zwei Gruppen von Bürgern geschaffen würden. In Streulagen muß man sehr wohl alternative Anlagen überlegen, aber im verbauten, geschlossenen Gebiet ist das, nach meiner Meinung, nicht möglich. Es sei denn, es kommt eine gesetzliche Änderung des Kanalgesetzes oder et cetera.

Daher ist ein wichtiger Faktor ein Abwasserberater, der von unserem Herrn Landesrat Pörtl stark forciert wird, um eben schon vom Verursacherprinzip her schadstoffärmere Abwässer in die Kanalanlage einzubringen. Um mit dem Geldmitteleinsatz den größtmöglichen Effekt für den Umweltschutz zu erreichen, wurde der steirische Abwasserplan erstellt, der eine Prioritätensetzung nach ökologischen Kriterien zum Ziel hat. Wir wissen, daß die Förderung neu geregelt worden ist, nämlich über den Ökofonds. Die gelbe Linie im Flächenwidmungsplan ist das entscheidende Kriterium für die Förderung, die dann eben erreicht werden kann. Auch hier hört man, daß nicht immer alles seinen richtigen Weg geht. Aber ich persönlich kann anmerken, wir waren eine der ersten Gemeinden, die diese gelbe Linie zu ziehen hatten. Ich muß sagen, ich bin sehr zufrieden mit der Förderung aus dem Ökofonds. Längerfristig bis zum Jahre 2010 werden in der Steiermark 20 Milliarden Schilling in den Abwasserbereich zu investieren sein. Es wird dadurch auch möglich sein, den im Ökoprogramm 2000 angestrebten Entsorgungsgrad von 75 Prozent im Jahr 2000 zu erreichen.

Im Schutzwasserbau sind sehr wichtige und große Maßnahmen gemacht und vollzogen worden. Ich glaube auch, daß hier das System der Rückhaltebecken in letzter Zeit sicherlich an Bedeutung zugenommen hat. In der Steiermark stehen bereits 53 Becken in Funktion und 26 sind in Planung. Also das heißt, daß auch hier Wasser, das überschüssig anfällt auf Grund von Unwettern und starken Regenfällen, zurückgehalten werden kann, um dann langsam abzufließen.

Ich darf wirklich für all diese Maßnahmen, die im Wasserbau, in der Wasserversorgung, allgemein im Wasserbau überhaupt in den letzten Jahren geleistet worden sind, unserem Landesrat Erich Pörtl herzlich Danke sagen mit seinen Abteilungsvorständen und Beamten. Ich glaube, daß hier wirklich große Arbeit geleistet wurde.

Zum Abschluß meiner Wortmeldung möchte ich festhalten, daß im Bereich Wasserversorgung, Abwasserentsorgung, Wasserbau und Wasserbaumaßnahmen in der Steiermark sehr viel Positives geleistet wurde. Mir ist aber auch klar, daß in der Zukunft wichtige Schritte in diesen Bereichen zu setzen sind, um unserer Umwelt und dem weiteren Wohlbefinden von Menschen gerecht zu werden.

Herzlichen Dank! (Allgemeiner Beifall. – 9.03 Uhr.)

**Präsident:** Danke, für einen Hauptredner eine sehr disziplinierte Rede. Ich darf dem Herrn Abgeordneten Chibidziura das Wort erteilen als nächstem Redner, ebenfalls Hauptredner.

**Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura (9.03 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es scheint mir schon so zu sein, daß aus meinem Kollegen Prutsch statt einem Saulus ein Paulus geworden ist. Heute hat er schon davon geredet, daß die alternativen Reinigungsanlagen notwendig und wichtig sind. (Abg. Alfred Prutsch: „Jawohl, Herr Kollege, das habe ich immer gesagt!“) Das freut mich ja schon. Aber reden wir jetzt einmal ehrlich davon, wie schaut es denn wirklich aus mit den restlichen, noch nicht an eine Kanalisation Angeschlossenen? 28 Prozent, 30 Prozent, wahrscheinlich 35 Prozent aller Gehöfte können gar nicht angeschlossen werden an die Kanalisation.

Und hier ist es einmal notwendig, daß in den einzelnen Abwasserverbänden eine kostenlose Beratung stattfindet. Dort müssen die Abwasserberater hinein, dort müssen diese kostenlosen Beratungen geschehen. Ich bin überzeugt, sie rechnen sich, und man kann nicht davon ausgehen und sagen „ja, das ist eine Ideologie, da eine Pflanzenkläranlage oder kombinierte Anlagen oder wie immer, Kleinkläranlagen sind nicht so gut und können nicht zur Ausführung kommen“.

Die Kanalisierung in unserer Steiermark, kann man direkt sagen, ist praktisch abgeschlossen. Die ländlichen Bereiche bedürfen jetzt der Aufarbeitung. Und eines ist aber auch ganz klar, eine Eins-zu-eins-Übertragung der Abwassertechnik aus den Städten ist auf dem Lande nicht möglich. Dazu gibt es wirklich alternative Möglichkeiten, die heute sich überall sehen lassen können. Und es ist ja nicht eine Erfindung der letzten Jahre, sondern diese Erfindungen sind ja 100 Jahre und noch älter. Und es ist natürlich auch ökologisch und ökonomisch unsinnig, wenn wir über kilometerlange Rohrleitungen die Abwässer entsorgen. Damit machen wir nichts anderes, als eine Drainage mitten durchs Land, senken den Grundwasserspiegel ab, genau das, was du vorhin angezogen hast, passiert, und wir leiden unter Wassermangel. Die Wasserknappheit der vergangenen Sommer hat uns gezeigt, daß eben diese Maßnahmen verfehlt sind, daß es notwendig ist, hier umzudenken.

Und dann für jene Bereiche, die noch in unseren Gemeinden sind. Es ist doch klar, wir haben überall einen Kern, meistens einen Markt- oder einen Dorfkern, darüber hinaus noch weitere Katastralgemeinden, die genauso entsorgt werden müssen, und da muß man überlegen, ob es sinnvoll ist, mit Rohrleitungen diese Dinge zusammenzuführen.

Da haben junge Leute, der Herr Mag. Ambros und der Herr Mag. Bosch, ein Computeroptimierungsverfahren entwickelt, und dieses zeigt objektiv auf, wo braucht man einen Kanal, wo eine Kläranlage, wo hat man Gruppenanlagen zu setzen und wo ist es von der ökonomischen Seite her gescheit beziehungsweise ökologisch gescheit, diese Einzelkläranlagen durchzusetzen. Und in diese Richtung ist es auch notwendig, daß unser Kanalgesetz auch novelliert wird.

Was sich alles in diesem Lande abspielt, was nicht in Ordnung ist, das kann man sich einfach nicht vorstellen, wenn man nicht damit konfrontiert ist. Es wird bei so vielen Dingen einfach das Pouvoir der einzelnen Behörden überzogen, es wird nicht ehrlich genug ein Vergleich gemacht. Wir wissen zum Beispiel bei einem Bauernhof in der Oststeiermark, daß er verurteilt wurde, an den Kanal anzuschließen, obwohl er vorher angesucht hat um eine Einzelkläranlage. Ein Bauernhof, der das Wasser selbst dringend braucht, wurde verpflichtet, anzuschließen, ist damit – (Abg. Alfred Prutsch: „Aber geh!“) Na sicher, er ist nun zum Verwaltungsgerichtshof gegangen, und danach wurde sein zweiter Antrag noch einmal beim Verwaltungsgerichtshof bearbeitet, und es wurde festgestellt, daß zu Unrecht bei ihm keine wasserrechtliche Verhandlung, betreffend seine Einzelkläranlage, durchgeführt wurde. Der Bescheid sagt ja alles. Es wird hier argumentiert, und hier muß man ja sehen, wie in diesem Lande argumentiert wurde, daß eben Einzelanlagen dem definierten öffentlichen Interesse widersprechen, daß eine weitgehend gewässerschonende, überschaubare Abwasserentsorgung nur durch einen Kanal zu machen ist, und es bestehe kein Bedarf, daß so eine Einzelkläranlage gemacht werde. Und dann sagt der Verfassungsgerichtshof: „Die Auffassung, das Unterbleiben eines Anschlusses an die Gemeindekanalisationsanlage stelle generell eine Beeinträchtigung öffentlicher Interessen dar, die es rechtfertige, eine wasserrechtliche Bewilligung zu versagen, ist unzutreffend.“ Also, hier gibt es natürlich schon einige Dinge. Das Kanalprojekt geht demnach davon aus, daß ein Unterbleiben eines Anschlusses durchaus ohne Berücksichtigung öffentlicher Interessen möglich ist, und so fort. Also, hier wird einiges richtiggestellt, aber es wird nicht angewandt. Und das ist das, was mich persönlich so stört. Es wird weiterhin in Bereichen, wo ganz geringe Anschlüsse gemacht werden sollen, noch immer der Kanal propagiert, wenn zum Beispiel in St. Anna am Lavantegg ganz wenige Häuser angeschlossen werden sollen, ein 6-Kilometer-Kanal nach Obdach führen soll, unter dem Motto: „Die Kanalanlage oder die Reinigungsanlage soll saniert werden. Dazu sollen die umliegenden Gemeinden herangezogen werden, zu zahlen.“ Oder Johnsbach, das ist auch ein ähnliches Projekt, wo es einfach wirklich zu hinterfragen ist, ob das sinnvoll ist, daß man dort oben Pumpenanlagen einsetzt, daß man dort große Anlagen hinsetzt, obwohl in Wirklichkeit maximal 40 Häuser zu reinigen sind. Und der Johnsbach selbst, bei der derzeitigen Ausbringungsweise, hat Trinkwasserqualität, Güteklasse I.

Die Frage ist, ist die Belastung, die wir dem Boden, den Wiesen über die herkömmliche Ausbringung zumuten, zu groß oder läßt sich hier eine Lösung finden, daß man in solchen extremen und exponierten

Lagen natürlich hier auch nach alterhergebrachter Weise ausbringen kann? Und die Praxis zeigt, daß sicherlich große Praktiker und Experten die großen Theoretiker schlagen. Die Bestätigung finden wir beim Prof. Deutsch. Und wenn wir Krumegg betrachten, haben wir 60 Pumpen vorgesehen, und die Untersuchungen nach dem Merkblatt der Fachabteilung IIIa bringen heraus, selbstverständlich alles zusammenpumpen, nach Gleisdorf pumpen, ein Kanalgroßprojekt. Und da muß man ansetzen, und da muß man dieses Merkblatt überarbeiten. Leider Gottes muß man ja feststellen, daß hier die Zusammenarbeit der Fachabteilung mit den Zivilingenieuren nach meinem Ermessen zu gut ist, weil einfach bei diesem Merkblatt so und so viele Dinge einfach nicht eingeflossen sind, die vielleicht den Kanal verteuern oder in der Endsumme als schlechter herausstellen könnten. Dieses Merkblatt zur Variantenuntersuchung ist schlußendlich der Angelpunkt der ganzen Dinge, und ich weiß es, und ich kann es ja auch bezeugen, da wird so hingerechnet, daß zum Schluß es gleich teuer herauskommt wie eine eigene Anlage, und dann sagt man, „ja, wenn es schon gleich teuer ist, dann nehmen wir die große Lösung“.

Wir haben seitens der ÖKAP verhandelt und haben dieses Computermodell angeboten, daß man natürlich einbringen und einfließen lassen soll in dieses Merkblatt, und haben auch verlangt, daß der Univ.-Prof. Renner, daß die Leute der Universität mitarbeiten, die sich ja noch dazu bereiterklärt haben mitzuarbeiten, aber diese ganze Zusammenarbeit und Änderung dieses Merkblattes finden nicht statt.

Nachdem Mag. Ambros und Mag. Bosch verhandeln wollten, hatten die zuständigen Beamten die Unterlagen gar nicht mit, nicht einmal durchgelesen, und das ist natürlich ausgesprochen demotivierend, wenn jemand ein Modell erarbeiten will und engagiert ist, junge Leute, die Milliarden einsparen können, und ich glaube, das ist sehr deprimierend für diese Leute, aber auch gewissermaßen für uns, wenn man die Bereitschaft einfach nicht erkennen läßt, daß man hier zu sparen bereit ist. Ich möchte sagen, es geht in die Richtung Skandal, denn schließlich und endlich, gerade wo bei uns auch im Landesbudget die Gelder ja wirklich nicht in Mengen vorhanden sind, da müssen wir ansetzen, da müssen wir versuchen, Einsparungen zu finden, und da haben wir die Verpflichtung, hier Möglichkeiten zu suchen, und noch dazu, wo Leute, wenn sie selbst bereit sind, etwas dazu zu tun, die Dinge sich selber zahlen wollen, daß man hier Förderungsgelder einsparen kann.

Wir haben einen Vorgänger unseres Herrn Landesrates, nämlich den Dipl.-Ing. Schaller, gehabt, der ein Bücherl herausgegeben hat, das heißt „Abwasserentsorgung im ländlichen Raum“. In diesem steht schwarz auf weiß: „Die Lösung des Problems auf herkömmliche Weise, die Errichtung eines weitläufigen Kanalnetzes mit zentraler Kläranlage ist für den ländlichen Raum nur selten zumutbar.“ Und dann schreibt er: „Bei Dezentralisierung kommt es durch Wegfall von Transportleitungen zu einer Verminderung des gesamten Kanalnetzes und damit zu einer Kostenersparnis. In den untersuchten Modellgemeinden ist eine Dezentralisierung dann anzustreben, wenn die Entfernung zwischen den Ortsteilen

mehr als 500 bis 700 Meter beträgt. In diesen Fällen sind die Mehraufwendungen für die dezentrale Abwasserreinigung, und zwar inklusive Betriebskosten, geringer als die Kosten für den Transportkanal." Dieses Bücherl wird überhaupt nicht mehr ausgegeben. Das ist mehr oder minder verschwunden.

Wenn wir noch dazu die Ergebnisse ansehen, die veröffentlicht sind in diesem Buch „Wasser und Wirtschaft“, wo eine Erfindung des Herrn Gschweitl, in Wirklichkeit ist es ja eine Neuerfindung, in diesem Buch eine Würdigung erfährt, wo es heißt: Bis auf eine Messung, Stichprobe NH<sub>4</sub>N 1,3 Millimeter, lag die Ammoniumkonzentration immer unter einem Milligramm je Liter, also um eine Zehnerpotenz niedriger als der vorgesehene Grenzwert. Und wenn solche Anlagen nicht propagiert werden, dann ist man frustriert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die ÖKAP hat einen Brief geschrieben zu diesem Merkblatt, wenn das nicht umgehend erledigt wird, dann muß man sagen, dann ist ganz was Schlimmes in diesem Lande los. (Abg. Riebenbauer: „Furchtbar! Du hast die Weisheit mit dem Löffel gegessen!“) Wir sehen den Abwasserverband Liebochtal. Wir haben ihn schon im Kontroll-Ausschuß behandelt. Bis heute ist keine endgültige Bilanz möglich gewesen, obwohl das Land 40 Millionen zugeschossen hat, ansonsten wären vielleicht nur 14 Millionen notwendig gewesen. Und ich kann nur eines feststellen – (Landesrat Pörtl: „Das ist ein Überbrückungskredit gewesen!“) Na, was denn, ist ja nur ein einprozentiger. Die Zinsen müssen ja wir bezahlen! Nicht? (Landesrat Pörtl: „Rede nur weiter, ich sage dir das dann ganz genau!“) Ich muß dazusagen, daß hier wirklich unprofessionell gearbeitet wird. Schließlich und endlich wird die Eigeninitiative abgewürgt, wo es nur geht. (Landesrat Pörtl: „Das ist eine falsche Behauptung!“) Nein, das stimmt schon. Wie schaut es denn aus mit den Wassergenossenschaften? (Landesrat Pörtl: „Eine falsche Behauptung! Rede nur weiter, ich sage es dir dann schon genau!“) Auf allen Linien wurden die Wassergenossenschaften – was ist denn in St. Radegund, wie heißt es denn dort?

Naja, aber die Wassergenossenschaften wurden alle abgewürgt. Wir haben die Probleme in Kalch, da wollte man es ihnen nicht geben. Jetzt ist eine Möglichkeit in Mitterdorf, nicht? (Landesrat Pörtl: „Jetzt reden wir einmal ganz ehrlich – das Land Steiermark vielleicht?“) Ja, aber Entschuldigung, wer macht denn die wasserrechtliche Verhandlung? Wer macht das? Macht das das Land Steiermark oder nicht? Wer würgt dort alles ab? (Landesrat Pörtl: „Du, und auf Grund welcher Grundlagen gibt es wasserrechtliche Verhandlungen? Glaubst du, daß es da nicht Sachverständige auch geben könnte?“) Natürlich gibt es Sachverständige! (Landesrat Pörtl: „Dann rede mit dem Herrn Michelitsch!“) Nein, das ist eine Ausrede von dir. Das ist nicht die Lage!

Nein, lieber Herr Landesrat, eines ist klar: Über die Milligramm kann man immer streiten. (Landesrat Pörtl: „Rede mit dem Herrn Michelitsch!“) Nein, das ist dein billiger Schmäh! (Landesrat Pörtl: „Ich werde es dir beweisen!“) Mit dem wirst du nicht mehr da reüssieren. (Landesrat Pörtl: „Ich werde es dir schon beweisen!“) Eines kann ich dir sagen, deine ver-

antwortlichen Sachverständigen (Landesrat Pörtl: „Welche sind das?“), die für die wasserwirtschaftlichen Rahmenbedingungen zuständigen, die würgen die ganzen Sachen ab. Weil dort kommt nämlich der Sachverständige, der die Verhandlung dort schmeißt, deswegen, weil er sagt „das ist wasserwirtschaftlich nicht vertretbar, das hat eine Großanlage zu sein“.

Nicht? Soll ich dir die Sachen zeigen? Und schließlich und endlich, im Gutachten des Verwaltungsgerichtshofes steht es ja drinnen, wer da hier die Bremse zieht.

Es geht auch nicht, daß sich die Beamten hinter dem Gesetz verstecken. (Landesrat Pörtl: „Ach so?“) Ich bin der Überzeugung, daß Beamte auch eine Bringschuld haben, wenn etwas nicht in Ordnung ist, wenn man sieht, daß hier andere Möglichkeiten da sind, muß man auch eine Gesetzesänderung vorantreiben. Ich kann nicht sagen „das geht mich nichts an, und da ändert sich überhaupt nichts mehr“, sondern da muß ich auch bereit sein, eine Bringschuld auf mich zu nehmen. (Landesrat Pörtl: „Wenn das Gesetz gescheit ist!“) Und wenn heute ein Optimierungsverfahren am Tisch liegt, wenn hier Ergebnisse liegen, die wirklich alles andere auf den Kopf stellen, dann muß ich Bereitschaft zeigen, hier in eine Richtung mich zu verändern. Und das ist der Vorwurf, den ich machen muß. (Landesrat Pörtl: „Das ist ein Vorwurf, aber du wirst es schon noch hören!“) Das ist ein Vorwurf, das ist gar keine Frage! (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Die Praxis draußen ist eine andere, als es hier herinnen erzählt wird!“) Aber er war eh draußen in St. Ruprecht. Du warst in St. Ruprecht und hast gespürt, wie die Leute natürlich hier froh sind.

Sind wir uns einmal ehrlich: Da muß etwas geschehen. Und hier muß es möglich sein, für den einzelnen, für die Gruppe eine gemeinsame Entsorgung zu finden, die nicht unbedingt auf kilometerlange Kanäle aufbaut. Der Eigeninitiative gehört die Gasse gemacht, und die Zwangsbeglückung gehört weg. Wir wissen, daß Abwasser heute eine finanzielle Belastung ist für den Bürger, daß es nicht mehr zu ertragen ist. Wir brauchen ein Abwasser, das der Bürger sich noch leisten kann. Schließlich und endlich ist die Frage, was kann man tun? Und hier ist es wirklich notwendig, daß dieses Merkblatt verändert wird, daß hier für die Selbstbaugruppen eine Möglichkeit da ist, daß man natürlich einen Speiszzettel erarbeitet, wie man diese relativ einfachen und hoch bestandsfähigen Anlagen bauen kann.

Aber es ist auch notwendig, daß der politische Wille dazu da ist. Und der fehlt mir, und an den appelliere ich, und ich hoffe, daß das möglich ist. Ich kann nur ein Zitat noch einmal anbringen, das der Landesrat Schaller gemacht hat am 20. März 1991, wie er in der Grazer Burg erklärt hat „der herkömmliche Kanalbau ist nicht mehr finanzierbar!“ (Beifall bei der FPÖ. – 9.25 Uhr.)

**Präsident:** Danke! Die nächste Wortmeldung hat der Herr Abgeordnete Kurt Tasch abgegeben. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Tasch (9.25 Uhr):** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich habe mir eigentlich gar nichts anderes erwartet vom Chibi als das, was er da heute gesagt hat. Das ist

klar. Ich habe mir eigentlich schon oft gedacht, die Pragmatisierung von den Beamten gehöre radikal abgeschafft (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Kein Einwand!“), dann könnte er es sich nicht leisten, auf die Beamten zu schimpfen, die sich nicht wehren können heute da hinten!

Ich muß sagen, ich bin auch beim Kanalisieren. Und eines möchte ich wirklich hervorstreichen, die zuständigen Beamten im Abwasserbereich, die bemühen sich außerordentlich. Und es wird beinhart und langfristig durchgerechnet, was möglich ist, was billiger kommt, was für die zuständigen Gemeinden, was für die zuständige Ortschaft tragbar ist, weil man genauso weiß wie du, daß wir uns einfach nicht mehr alles leisten können. Nur ist in manchen Bereichen einfach das eine und das andere nicht möglich. Ich frage dich jetzt, wie ist es möglich in einem Tourismusgebiet, in einem Gebiet, wo sich die Massen bewegen, neben einem Hotel, wo der Dreck heraussprudelt, eine Pflanzenkläranlage zu bauen?

Das ist ein Ding der Unmöglichkeit. Es ist auch in gewissen Gebieten, wo die Grundfläche nicht in dem Ausmaß vorhanden ist, nicht möglich, diese dezentrale Anlage zu errichten. Es wäre natürlich viel einfacher in Gebieten, wie in Tunesien, oder in den Gebieten, wo es eben wärmer ist, mit diesen Anlagen aufzufahren, weil also die Kälte allein in unserem Gebiet, also oben zum Beispiel bei uns, es nicht möglich macht, diese dezentralen Pflanzenanlagen zu errichten. Und ich muß also auch sagen, es ist also auch nicht so, wie du gesagt hast, im 94er Jahr sind 70 dezentrale Anlagen errichtet worden. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Endlich!“) Aber das ist nicht auf deiner Gescheitheit ausgelegt. Das haben also ganz klar unsere Fachleute vorexerziert, was geht, was möglich ist und was nicht möglich ist. Es ist also auch am Abwasserbereich wirklich enorm viel geschehen, und ich glaube, das ist auch ein Grund, daß es heute in den Tourismusgebieten, wie Grundlsee, Altaussee oder Tauplitzalm, möglich ist, eine Wasserqualität in den Seen zu haben, die Trinkwasserqualität ist. Die Ringwasserleitung in Grundlsee, die Ringwasserleitung in Altaussee und also die Abwasserbesorgung auf der Tauplitzalm, ich muß euch sagen, im Steirersee sowie im Großsee hat es fast keine Fische mehr gegeben vor dieser Abwasserbeseitigung, vor dieser Kanalisation. Diese Seen sind jetzt wieder von höchster Wasserqualität, dort ist wieder eine Fischqualität und sind wieder Fische im Heranwachsen, wo das Fischen richtig Freude macht. Auch eine touristische Tradition und auch eine touristische Maßnahme, die notwendig ist, und die Leute stehen dazu. Und das ist also auch das, was uns unterscheidet, gegenüber den Freiheitlichen. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Das sind die Kanalkarpfen!“) Ihr braucht keinen Bescheid herausgeben zu den Leuten, wo es heißt – (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Aber ihr gebt einen heraus!“) Schau, du kriegst einen Herzinfarkt, wenn du dich eine Weile aufregst, das täte mir wirklich leid, also ich muß dir ehrlich sagen, du bist ein zu guter Freund, als daß du da so auffährst!

Das ist also wahr. Es sind also immer wieder Bescheide erlassen worden, wo man sagen muß, daß eine Anschlußgebühr für ein Einfamilienhaus, für einen Mindestrentner, 50.000 Schilling beträgt, die Abwassergebühr bei 47 Schilling ist. Und da möchte

ich einhaken. Es ist also ganz klar, daß man im ländlichen Bereich jetzt versuchen muß, auch in einer Zeit, wo das Sparen angesagt ist, einen besseren Förderungssatz zu erreichen. Die zentralen Anlagen sind also bereits im Abschluß begriffen, aber im ländlichen Bereich ist die Abwasserbeseitigung sicher noch im argen. Und gerade dort ist es, glaube ich, notwendig, wo man Hunderte Meter von Kanal hat und wenig Anschlüsse, daß man einen Förderungsrichtsatz beschließt, daß sich diese ländlichen Bereiche die Abwasserbeseitigung leisten können. Weil es, glaube ich, notwendig ist, auch diese Bereiche so zu entsorgen, daß der Grundwasserspiegel in Ordnung ist. Und ich glaube, in diesem Bereich müssen wir alle zusammenstehen, um in dem ländlichen Bereich eine flächendeckende Abwasserbeseitigung erreichen zu können. Ich wollte dahin gehend sagen, daß unsere zuständigen Leute und das Referat von unserem zuständigen Landesrat Erich Pöttl bestens vorbereitet sind, bestens geschult sind und Leute sind, die sich zerreißen, um dem Bürgermeister im ländlichen Bereich zu helfen, eine Abwasserentsorgung herzustellen, die sich auch kostendeckend, soweit es möglich ist, noch rechnet. Wir wissen, daß es schwer genug ist, in unserem Bereich die flächendeckende Abwasserbeseitigung zu machen, aber es ist auch eines klargestellt, daß man hier seitens der Landesregierung und seitens unserer Behörde die notwendigen Hilfen immer wieder zur Verfügung gestellt bekommt. Und dafür möchte ich ganz, ganz herzlich Danke schön sagen. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich glaube auch, daß es notwendig ist, daß wir versuchen müssen, die Kosten so weit wie möglich im Sinne unserer Bürger zu senken, so daß sich auch Leute mit einem niedrigen Einkommen die Anschlußgebühren, die Abwassergebühren leisten können.

In diesem Sinne möchte ich bitten, wie jetzt bereits, genau zu überlegen, welche Maßnahme zu setzen ist, ob eine mechanische Anlage notwendig ist, ob eine Deichkläranlage notwendig ist und wo auch immer eine Pflanzenkläranlage möglich ist, eine Pflanzenkläranlage zu installieren. In diesem Sinne nochmals ein herzliches Danke, und ich möchte euch bitten, weiterhin die Abwasserentsorgung auch im ländlichen Raum zu betreiben, daß wir hier auch in Zukunft mit dem Grundwasser keine Probleme haben werden. Danke schön! (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 9.32 Uhr.)

**Präsident:** Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Hans Löcker das Wort.

**Abg. Ing. Löcker** (9.33 Uhr): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir sind schon mitten in der Thematik Wasserwirtschaft drinnen. Von einem Vorredner wurde auf angeblich unhaltbare Zustände bei Wasserverbänden hingewiesen. Sicherlich, wo gehobelt wird, fallen Späne! (Abg. Mag. Rader: „Es wird gepritschelt!“) In dem Fall wird gepritschelt, wie der Herr Präsident Rader richtig sagt, es hängt dann noch von der Wasserqualität ab, mit der man pritschelt.

Ja, aber wenn ich daran denke, man ist sich dieser Problematik bewußt, und Kollegen der Sozialdemokratischen Partei haben ja am 8. November einen

Antrag eingebracht, um einen Prüfverband wasserrechtlich fixieren zu lassen für derartige Angelegenheit, weil, mit der Begründung – ich verlese das – „die betroffenen GemeindevertreterInnen sowohl in technisch-sachlichen als auch in Finanzierungs- und Kostenprüfungsfragen vielfach überfordert sind“. Und als ich diesen Antrag gelesen habe, da habe ich mir gedacht, ja, könnte etwas Wahres dran sein, und dann bin ich zu Parteienverhandlungen über die Vergabegesetz-Novelle gegangen, und da sind dann sowohl Vertreter des Gemeindebundes als auch des Städtebundes dahergekommen mit schwerwiegendsten Bedenken hinsichtlich einer Einschränkung der Vergabefreiheit der Gemeinden, in Anpassung vielleicht an das Bundesvergabegesetz und so weiter. Und da habe ich mir gedacht, da kann irgendetwas nicht stimmen. Auf der einen Seite sind diese Vertreter laut Antrag fast unfähig, das beurteilen zu können, und auf der anderen Seite muß man aber die Freigrenzen in die Millionen hinaufschrauben, damit sie machen können was sie wollen. Also, man wird sich darüber Gedanken machen müssen, da sind Widersprüchlichkeiten. Vielleicht liegt die Wahrheit in der Mitte. Ich werde das weiterhin verfolgen.

Aber nun zum eigentlichen Thema hinsichtlich Wasser. Daß die Wasserqualität der beste Umweltschutzindikator ist, glaube ich, ist verständlich, weil ja jede Emission in die Luft und in den Boden letztlich im Grundwasser besonders ablesbar ist. Und wenn man weiß, daß in der Steiermark rund 75 Prozent der Bevölkerung durch öffentliche Wasserversorgungsunternehmen versorgt werden und davon wieder weit mehr als die Hälfte aus dem Grundwasser stammt, dann kann man sich vorstellen, welche Wichtigkeit die Qualität des Wassers hat. Die Quantität ist ja zum Glück kein großes Problem, es ist höchstens ein Verteilungsproblem.

Aber wenn man so die Zeitungen liest und selbst auch praktizierender Wasserversorger ist, dann kommen einem manchmal schon die Bedenken. Heuer haben wir ja die Atrazingrenze herabgesetzt auf 0,1 Mikrogramm pro Liter, und unmittelbar danach ist in den Medien zu lesen gestanden: „Land genehmigt Gift im Trinkwasser! 14 Versorger dürfen Grenzwerte für krebserregendes Atrazin überschreiten.“ Eine Gemeinde wurde da zitiert, die sogar um das 20fache diesen Grenzwert überschreitet. Und natürlich bekommen die Menschen Sorgen, ja, und die Mütter kleiner Kinder sogar fast die Panik, weil sie denken, sie haben schon ihre Kinder vergiftet. Und dann gibt es Fachleute, die sich intensiv dieser Problematik annehmen, wie etwa der Vorstand der Experimentiellen und klinischen Pharmakologie der Universität Graz, und dann bekommt man eine schriftliche Aussage: „... daß man aus der vorliegenden Literatur aus den USA ableiten kann, daß man von einem nur 20prozentigen Anteil der täglichen Atrazinannahme mit dem Trinkwasser ausgeht, wobei akzeptable Atrazinrichtwerte von 7 bis 25 Mikrogramm pro Liter angegeben werden. Ganz allgemein sind meistens sterodogene oder tumorinduzierende Langzeiteffekte einer Chemikalie ohnehin nicht dosisabhängig, so daß Grenzwerte eher nur Richtwerte sein können. Atrazin besitzt eine sehr geringe akute chronische Giftigkeit und löst, wie aus mehreren großen Untersuchungsreihen bewiesen

ist, keine Langzeitschäden aus.“ Soweit also der Stand der Wissenschaft. Das heißt also, das Resümee ist, daß dieser Grenzwert von 0,1 Mikrogramm pro Liter wohl mit einer noch höheren als hundertfachen Sicherheitsgrenze, eher bis fünfhundertfach, betrachtet werden kann. Und wenn jetzt also in der Praxis dieser Grenzwert zwei- oder dreifach überschritten wird, dann gibt es den Zeitungsartikel „wir genehmigen Gift im Trinkwasser“. Im übrigen werden ja Fachleute wissen, daß das Wort „Gift“ in keiner Weise zutreffend ist, denn wir haben überall Gift, wenn wir das mit diesen Kriterien betrachten, jede Tablette, jedes Medikament ist ein Gift, die meisten Mineralwässer, die im Handel sind, wären Gift, weil sie übermineralisiert sind, und so weiter und so fort. Also, ernstzunehmende Fachleute sprechen von Wirkstoffen.

Ich stehe einem Wasserversorgungsunternehmen als Funktionär vor. Wir haben das Wasser untersuchen lassen auf 50 nur erdenkbare Wirkstoffe. Nebenbei gesagt, eine Untersuchung dieser Qualität kostet viel mehr, als jemand innerhalb von zwei bis drei Jahren für den Wasserbezug eines Einfamilienhauses bezahlt. Es wird sich in der Praxis das im privaten Bereich niemand leisten können. Und von den 50 untersuchten Wirkstoffen waren bei den niedrigsten Bestimmungsgrenzen 48 überhaupt nicht nachweisbar, überhaupt nicht vorhanden. Und bei zwei, zum Beispiel Atrazin um das doppelte beziehungsweise dreifache von einer möglichen 500fachen Überschreitung. Das heißt also, daß sich die Qualität des Wassers in der Steiermark im großen und ganzen wirklich in einem exzellenten Zustand befindet, das ist eindeutig bewiesen, es ist kein Grund zur Panikmache, aber man soll nicht leichtsinnig werden, und man soll die Situation weiterhin verfolgen. Die Gewerbebehörden kontrollieren die Betriebe stärker, die Gemeinden, das war schon vorher im Gespräch, haben ihre Kanalisation weitgehend ausgebaut, die Landwirtschaft ist sich ihrer großen Verantwortung bewußt.

Ich muß sagen, mir ist es früher auch immer etwas bedenklich vorgekommen, daß im Land das Umwelt- und das Landwirtschaftsreferat in einer Person vereinigt sind. Rückblickend muß ich sagen, daß das eine ausgezeichnete Kombination ist, denn der Vertreter der Landwirtschaft hat die Glaubwürdigkeit in der Landwirtschaft, um Maßnahmen setzen zu können, die sich im Umweltschutz positiv auswirken.

Zuerst ist mir das fast wie eine Überforderung für eine Person erschienen, aber ich muß sagen, und da kann ich auch nur Erich Pörtl zum Dank verpflichtet sein, durch seine Überzeugungskraft in der Landwirtschaft hat sich hier sehr viel getan.

Abschließend ein paar Szenen einer Ehe, die gestern geschieden wurde. Es war die Ehe Abfallwirtschaftsverband Graz-Umland. Dem liegt natürlich eine lange Geschichte vor, aber wie ich heute in der Früh in den Nachrichten gehört habe, haben sich jetzt die Stadt Graz und die Gemeinde Frohnleiten freiwillig geeinigt, die Gebühren um rund 244 Millionen Schilling in den nächsten Jahren zugunsten von Graz zu senken.

Wenn die Stadt Graz, Herr Kollege Dr. Manfred Ebner, auch als Vertreter von Graz, sich in den vergangenen Jahrzehnten freiwillig bereiterklärt hätte, ein Zehntelprozent dieser Summen zur Klimaver-

besserung mit dem Umland beizutragen, dann hätten wir diese Problematik Frohnleiten und auch andere nie gehabt, überhaupt nie gehabt! Aber Graz war von einer hohen Warte herabblickend, bis dann diese Auseinandersetzungen eskaliert sind, und schließlich und endlich mußte dann Graz jeden geforderten Betrag nach Frohnleiten abliefern.

Ich glaube, für die Zukunft der Stadt Graz wäre es gut, wenn sie sich mit dem Umland in konstruktiver Weise zusammensetzen würde. Das Umland ist jedenfalls dazu bereit. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 9.41 Uhr.)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Chibidziura. Ich erteile es ihm.

**Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura (9.41 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Aber ich kann einfach das nicht so hinnehmen, wie es der Kollege Tasch hier gebracht hat. Es tut mir leid, aber ich muß feststellen, es hilft halt nichts, wenn der Tasch groß über solche Dinge redet und davon nicht allzu viel versteht. Was ist denn in Wirklichkeit? Unsere Bürgermeister haben von diesen Problemen ja wenig Ahnung, und da nehmen sie zur Unterstützung einen Zivilingenieur, und natürlich muß man wissen, Zivilingenieure sind ja gescheite Leute, und die schauen natürlich auch auf ihre Büros. Das ist ja kein Geheimnis schließlich und endlich, wenn nach der Gebührenordnung in Prozenten bezahlt wird, daß es halt ein Unterschied ist, ob das Projekt 10 Millionen oder 100 Millionen ausmacht oder gar eine Milliarde. Und da ist natürlich die Intention eine andere. Und daß natürlich hier die Großprojekte im Vordergrund stehen, das wissen wir doch, und dagegen muß auch angekämpft werden. Die Bürgermeister müssen auch ihre Planer erziehen, das ist notwendig. (Beifall bei der FPÖ.)

Ja, aber so ist es. Und wenn er davon spricht, daß aus einer Pflanzenkläranlage der Dreck herausprudelt, dann hat er keine Ahnung davon, wie so etwas aussieht und wie so etwas funktioniert. Eine funktionierende Anlage riecht man nicht, die kann vor dem Schlafzimmer stehen. Und wenn schon das Argument kommt „in der Kälte, bei uns nicht möglich“, bis 2000 Meter hinauf hat man solche Anlagen schon gebaut, und sie funktionieren. Außerdem kann ich hier eines sagen, wir haben ja Untersuchungen, daß im Sommer das Biotop, also in dem Fall der Sandfilter, der bepflanzte Sandfilter, in der Temperatur heruntergeht, wenn es draußen heiß wird, im Winter, wenn es kalt wird, steigt die Temperatur in der Pflanzenkläranlage. Aber diese Untersuchungen, die werden ja nicht gemacht, weil sie einfach nicht gemacht werden wollen.

Und wenn es heute 70 Anlagen gibt in der Steiermark, die im 94er Jahr genehmigt worden sind, dann muß man ja wirklich froh sein, daß hier ein leises Umdenken da ist. Ein leises Lüfterl gegen das, was eigentlich noch alles kommen müßte!

Und jetzt sage ich auch eines ganz ehrlich. Wenn es so ist, daß Leute versetzt werden, nur weil sie Pflanzenkläranlagen bewilligen, und Beamte unter

Druck gesetzt werden, weil sie sich dafür stark machen, daß man Leute anruft und sagt „ich werde Ihnen noch die Probleme machen, wenn Sie noch einmal so etwas tun“, das ist ja doch unerhört und unmöglich! Da muß man ja sagen, wo ist denn der politische Wille? Wenn es dabei passiert, daß Leute denunziert werden, bei einer Veranstaltung ihnen unterstellt wird – ich war selber dabei, habe können viermal bei Gericht als Zeuge aufmarschieren. Herrschaften, das sind doch Zeichen, die unerträglich sind. Wenn nicht der politische Wille da ist, daß die Leute bereit sind, hier umzudenken. Und in der Größenordnung muß man ja auch eines sagen, es wird immer wieder von der Förderung und der Förderung gesprochen. Das ist das Zuckerbrot für die Leute, die Förderung. Das ist doch eine Manipulation, in Wirklichkeit wird der Bürger nur abhängig gemacht. Es wird vorgekauelt, er kriegt irgendetwas, und schließlich und endlich bei aller Konsequenz muß es der Bürger zahlen, er bekommt nichts geschenkt. Und das ist auch einmal zu sagen gewesen! (Beifall bei der FPÖ. – 9.46 Uhr.)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Majcen. Ich erteile es ihm.

**Abg. Majcen (9.46 Uhr):** Meine Damen und Herren!

Es hat heute zwei Gruppen gegeben. Diejenigen, die in der Praxis mit der Sache zu tun haben und die wissen, wovon sie reden. Und ich danke dem Kollegen Herrmann, und ich danke dem Kollegen Prutsch, daß sie das so sagen. Und diejenigen, die eine Philosophie durchsetzen wollen – (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Aber geh, rede doch nicht! Das ist eine sachliche Angelegenheit!“) Und da muß ich ganz offen sagen, ich finde es arg, zu diesem so wichtigen Thema die Menschen zu verunsichern. Weil hinauszugehen und überall zu sagen „grabts euch selber wo ein Loch, und machts selber den Kanal, das ist viel billiger“, das ist unfair! (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Das macht der liebe gute Wolf nicht, das ist eine Unterstellung!“) Das ist das, was ununterbrochen passiert. Überall tauchen die Propheten auf und sagen: „Laßt's euch doch nicht von diesem Staat, von diesem Moloch unterkriegen, machts euch eure kleinen Kläranlagen selber“ und so weiter. Ganz wurscht, wer dann drauf schaut und wie sie funktionieren. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Das ist kein Problem, das ist eine Organisationsfrage!“) Es ist wirklich auch in der Steiermark feststellbar, daß das Problem der Abwasserthematik sich weiterentwickelt, das muß man einmal klar sehen. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Aber zu langsam!“) Das Abwasser ist heute anders zu behandeln als früher. Es kann sein, daß es dir zu langsam geht. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Ja, es ist so!“) Aber es muß ganz einfach neue Methoden geben – und es gibt sie, Gott sei Dank –, die abgesichert sind.

Aber es kann doch nicht so ins Leere hinein gemacht werden. Es kommt bei diesen Besprechungen vor Ort immer wieder vor – ich kenne das selber aus verschiedenen Gemeinden bei mir. Da taucht einer, ein Prophet, auf und sagt: „Um Gottes willen, einen Kanal, 3 Meter tief, grabts euch selber einen, macht es allein, tut über die Felder drübergraben, und dann braucht ihr das alles nicht.“ So kann es nicht gehen. Und das ist

das, worum ich bitte, daß das, was wir wollen, nämlich sauberes Wasser in der Steiermark, und wo wir in Österreich sehr weit voranliegen, daß wir hier weiter- und uns nicht in falsche Richtungen drängen lassen von zugegebenermaßen da oder dort vielleicht zu langsam erfolgenden Veränderungsprozessen. Gemeinsam sollten wir sie angehen, und keine Schuldzuweisungen vornehmen und vor allem nicht die Bevölkerung, die vor diesem Kanalbau steht und nicht weiß, was sie tun soll, narrisch machen und verunsichern. Das ist das, worum ich so herzlich bitte. (Beifall bei der ÖVP. - 9.47 Uhr.)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landesrat Erich Pörtl.

**Landesrat Pörtl (9.48 Uhr):** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Wenn man in andere Landtage eine Exkursion machen würde, hätte man wahrscheinlich den Eindruck, daß eine gewisse Unbeweglichkeit in bezug auf die Abwasserregelung, auf den Wasserbau gerechtfertigt wäre. Aber gerade die letzten Phasen der Diskussion haben natürlich, ich möchte das auch ganz offen aussprechen, den drängenden Aspekt, Entwicklungen weiterzutreiben, aber auch einen parteipolitischen Aspekt. Das lasse ich mir von niemandem ausreden.

Ich habe es ja erlebt mit Herrn Kollegen Wabl und mit Herrn Chibidziura, wenn sie das alles da wiederholen, dann gibt es eine Anzeige, was dort verkündet wird, ganz beinhart. Da wird schön untergriffig hineingefahren (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Aber nicht von mir!“), Moment, da wird schön untergriffig hineingefahren. Was mich aber beeindruckt - (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Soll ich erzählen, was eure Funktionäre draußen als ‚Wunderprediger‘ alles erzählen?“) Ich bin für diesen Bereich im Land verantwortlich, ich werde jetzt auch etwas erzählen! (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Ich könnte dazu etwas erzählen!“) Ich werde auch etwas erzählen, nicht nur ein Klubmann hat die Weisheit mit dem großen Löffel gegessen, ich muß das auch ganz offen sagen!

Draußen, in der konkreten Umsetzung, vorher wurde sehr klar dargelegt, daß wir 67 Prozent Abwasserentsorgung haben, daß die Wasserqualität der Mur und der Raab sich ausgezeichnet entwickelt haben, daß wir aber selbstverständlich das Problem im Raum stehen haben, wie wir die ländlichen Lebensräume in dieser entsiedelten und Streusiedlungsstruktur abwassermäßig entsorgen. Das ist das fachlich-sachliche Hauptschwerpunkthema. Und ich glaube daher, es wäre theoretisch sogar gut, der Kollege Herrmann hat das angesprochen, ich würde mir wünschen, wenn alle noch den Hausbrunnen haben müßten.

Ich würde es mir wünschen, denn dann würden sie nachdenken, was mit dem Abwasser los ist, und würden unsere Abwasserberater wesentlich bessere Diskussionen führen können, weil wenn das Abwasser neben dem Haus versiegt, was sie über die Waschtrommel und rundherum hineinlassen, nachher würde eine große Zurückhaltung in der Hauptursache der Abwasserbelastung da sein. Und ich glaube daher, daß wir vor allem derzeit einen Ansatz vorfinden, und

ich sage das ganz offen, wo wir in unserer Vorwärtsstrategie die nächsten bewußten Schritte machen. Der Herr Kollege Chibidziura hat diese ländliche Abwasserentsorgung nicht erfunden, er ist nur zum geeigneten Zeitpunkt aufgesprungen und hat sich selbst eine gebaut. Bitte, da gibt es ja mehrere solche. Ich habe mich bereits mit Prof. Kikut aus der Bundesrepublik vor über 20 Jahren mit diesem Thema beschäftigt, aus dieser Situation, wie wir das vor allem pragmatisch umsetzen können. Wir haben in Hatzen-dorf und in Mühlen auf Grund unterschiedlicher Klimaregionen vom Land Steiermark solche Versuchsanlagen mit genauer Überprüfung, und wir haben derzeit den Stand, daß wir mit dem ÖKAB gut zusammenarbeiten, aber daß auch die ÖKAB in entscheidenden Fragen über die Weiterentwicklung unseres Erlasses bis jetzt keine neuen und zusätzlichen Vorschläge machen konnte. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Das ist nicht wahr! Wir haben diese Unterlage! Es wurde verhandelt!“) Aber sie haben bis jetzt noch keine Unterlage für die Erweiterung des Erlasses erbracht. Das steht fest. Ja, glaubt man, daß die im ÖKAB alles richtig machen und unsere Leute alles falsch machen? Das lasse ich nicht zu. Wir suchen die Zusammenarbeit. Wir haben in weiterer Folge, und das möchte ich auch dazusagen, ein einstimmiges, Abwasserwirtschaftsgesetz könnte es heißen, Kanalgesetz in der Steiermark, ein einstimmig beschlossenes. Und nach diesen gesetzlichen Rahmenbedingungen haben sich unsere Mitarbeiter, die Gemeinden, zu bewegen, und wir werden natürlich das Abwasserwirtschaftsgesetz, das ist derzeit in der Begutachtungsphase, novellieren. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Schon lange!“) Da geht schon etwas. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Seit 1991!“) Du bist wirklich der Messias, ich muß dir ganz ehrlich sagen, wenn du so gut gewesen wärst als Bürgermeister deiner Gemeinde, da hättest du da ja ein demonstratives Beispiel darlegen können, wie man das nach der dezentralen Variante umsetzt. Ich würde dir nur wünschen, daß du wieder Bürgermeister wirst. Das wäre eine Supergeschichte. (Beifall bei der ÖVP.) Weil das ist wesentlich schwieriger wie eine Kapelle zu dirigieren, das ist wesentlich schwieriger!

Meine Damen und Herren, wir haben daher ganz klar das Merkblatt der Variantenuntersuchung bereits erlassen, das Merkblatt gibt es. Es ist unwahr, was du da behauptet hast! Das Merkblatt gibt es! (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Ja, nur ist es falsch, weil dort keine Kosten für die Erhaltung der Rohrleitungen drinnen sind!“) Also du bist wirklich über dem ÖKAB, du weißt wirklich alles. Ich stelle nur fest, wir wollen in diesem Merkblatt auch eine universitäre Begleitung, damit diese im Weg - (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Die war aber nicht in diesem Merkblatt enthalten!“) Momenterl, du kennst ja das noch gar nicht, du regist dich schon vorher auf, bevor du es kennst.

Es ist ja nach der Begutachtung von Prof. Renner erlassen worden, wo festgehalten wird, eben aus diesen Kenntnissen, wo er selbst schriftlich festhält, daß es noch längere Zeit dauern kann, bis ein umfassendes Bewertungsmodell in einer brauchbaren Form zur Verfügung steht. Man sollte möglichst bald mit dem Merkblatt in der derzeitigen Form, ohne daß es schon für verbindlich erklärt wird, arbeiten, um

damit eventuell vorhandene Schwachstellen kennenzulernen. Das ist kein fixes Dogma, wie es genau geht, sondern wir machen die ersten Schritte. Wenn weitere, bessere Erkenntnisse vorhanden sind, muß das in diesem Merkblatt auch wieder einen Rahmen finden. Das ist ja eine fließende Entwicklung. Und ich sage ganz offen, wir werden daher in dieser Form auch weitere Schritte zu unternehmen haben, in der Frage, was vor allem die Information, die Schulung, die Zusammenarbeitsstrategie mit unseren Planern betrifft. Das ist auch eine entscheidende Frage, die wir vor allem vom Amt her weitertreiben müssen. Wir haben ein zweites oder ein drittes Phänomen, daß wir die gelbe Linie vorfinden, österreichweit sozusagen festgelegt, und daß die gelbe Linie teilweise mißbraucht wird, weiter auszuweisen, um höhere Förderungssätze zu erreichen, und damit sind also mehr Kanalstränge automatisch in dem Modell verbunden. Und daher müssen wir - wir haben das bereits in der ÖKAB-Sitzung besprochen - ein Gegensteuerungsmodell in dieser Form einbringen, mit dieser Möglichkeit der Variantenuntersuchung mit Bürgerbeteiligung. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Richtig!“) Aber du kannst da nicht erklären, daß wir säumig sind, daß wir nichts vorbereiten, daß wir nicht kooperativ sind. Das ist eine politische Behauptung, die in diesem Fall nicht greift.

Ich möchte also weiter festhalten, daß die ganz dieselben bei der Veranstaltung in St. Ruprecht an der Raab, da waren die Grünen und die Freiheitlichen dabei, ich sage das notorisch, vertreten durch Wabl und Chibidziura, bei der Wasserrechtsgesetz-Novelle 52 Abänderungsanträge auf Verschärfung des Wasserrechtes dort vertreten haben. Und da, bitte, möchte ich schon ein bißchen eine Moral einfordern. (Beifall bei der ÖVP.)

Und jetzt zur konkreten Frage. Es ist auch ganz wesentlich und heute von Rednern angesprochen werden, daß wir selbstverständlich in den Prioritäten die Abwasserentsorgungsleistung vorschieben müssen und in zweiter Folge sozusagen die Sanierung und die Verbesserung der Anlagen, um eben die Effizienzsteigerung zu erreichen. Und wir legen also heute einen steirischen Abwasserwirtschaftsplan vor, wo wir vor allem eine Prioritätengrundlage haben, in welchen Gebieten, bei welchem Gefährdungspotential eine Bevorzugung von Projekten besteht, zum Beispiel Johnsbach.

Wenn also dort bei weitem nicht sozusagen solche Gefährdungspotentiale da sind, gibt es eine andere Priorität als in jenen Bereichen, wo dynamische Entwicklungen stattfinden, wie in den Thermenregionen, unabsehbar, wie sich das entwickelt, wenn wir dort mit kleinen Anlagen anfangen, dann kann nichts mehr erweitert werden. Dort gehört auch die Zusammenarbeit Raumplanung, Wasser- und Abwasserwirtschaft direkt und indirekt verschränkt.

Ich möchte mich abschließend sehr herzlich bedanken für diese leidenschaftliche Diskussion, und ich halte das also nicht für unproduktiv. Ich möchte nur zum Schluß festhalten, wenn irgendjemand behauptet, daß alleine die dezentrale Abwasserentsorgung die Klimaveränderung ändern kann, da bin ich ein bißchen überfordert, muß ich ganz ehrlich sagen. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Da mußt du aber mit

dem Wabl reden!“) Moment, ich bin dafür, daß man die dezentrale Form, wo es irgendwie möglich ist, bevorzugt, überhaupt keine Frage! Aber ich lasse mir nicht erklären, wenn ich an meine Ortschaft denke, wenn ich in Löffelbach eine kleine Anlage habe, in Flattendorf, in Mitterdombach, in Siebenbrunn, oder ich habe eine gemeinsame dort, weil wir fast in der Mitte sind, daß die Wolken nur von dem Bacherl gerade hinaufsteigen und wieder gerade herunterfallen. Soviel ich weiß, gibt es da schon ein bißchen einen Witterungszug, wo europäische Großwetterlagen eine Auslösung haben. Und ich glaube eher, daß die gesamte Klimaveränderung mit ganz enormen und harten Energieverbrauchstrategien im Zusammenhang stehen.

Meine Damen und Herren, damit möchte ich noch einmal danken und auch ersuchen, wenn wir das Abwasserwirtschaftsgesetz gemeinsam beraten, jene Positionen einzunehmen, wo umsetzbare praktikierbare Möglichkeiten im gesetzlichen Rahmen festgehalten werden. Im Gesetz werden wir die Qualität der Planung sicherlich nicht festlegen können. Das ist ein weiteres Drängen und ein Bewußtmachen über Bürgerbeteiligung und sozusagen über dezentrale Strategien.

In diesem Sinne hoffe ich vor allem, daß wir auch in der Frage der Förderung einen vernünftigen Weg gehen. Ich bin sehr dankbar für Vorschläge für Förderungsmodelle. Fest steht, daß in den Prioritäten natürlich auch so gewichtet werden muß, wo also die allernotwendigsten - (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Umschichten auch auf kleine!“) Ja, aber nur der Vorschlag, den ich da gekriegt habe, ist ein Plus von 130 bis 170 Millionen Schilling. Wenn ich das Geld habe, bin ich also jederzeit gerne bereit.

Meine Damen und Herren, in diesem Sinne in der gemeinsamen Verantwortung um das Wasser, in der gemeinsamen Benützung des Wassers, bitte ich vor allem in Zukunft, in der gesamten Wasser- und Abwasserstrategie diese gemeinsame Initiative so weiterzutreiben. Und ich stelle ganz zum Schluß noch einmal fest: Es gibt kein Land in Österreich, wo wir im naturnahen Wasserbau, wo wir vor allem auch im Bereich unserer abwasserwirtschaftlichen Strategien, im Bereich der Wasserversorgung, im Bereich der Maßnahmen des Grundwasserschutzes irgendwo ein Beispiel haben.

Ich möchte das also zum Schluß festhalten und meinen Mitarbeitern sehr herzlich danken, die laufend ganz massiv mitten in den Konfliktbereichen stehen und zum Teil ungerecht beschuldigt werden, ob das Hofrat Rupprecht, Hofrat Saurer, ob das vor allem Hofrat de Grancy ist, wo sie auf maximaler Möglichkeit einer vernünftigen Vorwärtsstrategie agieren, aber wir vor allem vom politischen Hintergrund und Basisvoraussetzung auch diese Bemühungen sozusagen nicht attackieren, sondern massiv weitertreiben. Das ist mein persönliches Anliegen, und das wird auch in Zukunft das Dogma des steirischen Umweltlandesrates sein! (Beifall bei der ÖVP. - 10.01 Uhr.)

**Präsident Dr. Klausner:** Heute begrüße ich auf der Zuschauergalerie folgende Besuchergruppe: Die 23 Schülerinnen und Schüler der 4c-Klasse der

Handelsakademie Feldbach unter der Leitung von Frau Prof. Heidemarie Bradacs. (Allgemeiner Beifall.)

Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Heibl. Ich erteile es ihm.

**Abg. Heibl** (10.02 Uhr): Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren Abgeordnete!

Allein für den Straßenbau besteht österreichweit für den Zeitraum von etwa 15 Jahren ein Finanzbedarf von 400 bis 500 Milliarden Schilling. Und fast alle Fachleute auf diesem Gebiet sind überzeugt, daß wir nur etwa 20 bis 30 Prozent dieser Summen über die jeweiligen Budgets aufreiben beziehungsweise aufgebracht werden können.

Zur Einleitung: Die Auftragslage im Verkehrswegebau 1994 war oder ist in der Steiermark, wir sind ja schon fast am Ende dieses Jahres, etwas besser als 1993, zumindest bis zur ersten Hälfte. Also, kein Grund zum Jubeln. 1993 war für die steirische Bauwirtschaft ein äußerst schlechtes Jahr. Minus 9,1 Prozent geringere Auftragslage als ein Jahr zuvor. Aber zieht man den Vergleich mit 1992 oder einen Zweijahresvergleich, das ja wahrscheinlich das richtigste wäre, dann sieht die Situation für 1994 bereits wesentlich ungünstiger für die Bauwirtschaft aus. Längerfristige Aufträge, die über 12 Monate dauern, also auch in das Jahr 1995 hineinreichen, sind stark gesunken. Nur mehr 37 Prozent aller Bauaufträge sind von der öffentlichen Hand, das geht immer weiter nach unten. Und betrug der Bauproduktionswert etwa im März 1994 in unserem Bundesland noch eine Milliarde und 63 Millionen, also um 150 Millionen Schilling mehr als im Jahr davor, so betrug der Bauproduktionswert im August 1994 – und das sind die letzten veröffentlichten Zahlen – eine Milliarde und 522 Millionen oder bereits um 25 Millionen weniger als im August 1993, obwohl es österreichweit im August zu einer Steigerung von rund 400 Millionen Schilling auf 12,6 Milliarden Bauumsatz gekommen ist.

Meine Damen und Herren, große wichtige Vorhaben sind nach wie vor in der Steiermark nur zum Teil in Angriff genommen. Beim Bau der ennsnahen Trasse etwa ist die Steiermark seit dem Sonderlandtag am 9. Juli 1993 um keinen Zentimeter weitergekommen. Volksbefragungen zu diesem Thema haben stattgefunden, mit hoher Beteiligung der Bevölkerung und großer Zustimmung für die ennsnahe Trasse. Eine vorgelegte Alternativvariante zur ennsnahen Trasse findet wenig Zustimmung, man könnte sagen fast keine Zustimmung. In einem Brief des zuständigen Bundesministers an den Herrn Landeshauptmann wird bereits um eine Erklärung ersucht, warum es nicht endgültig weitergeht. In diesem Brief steht natürlich auch noch etwas anderes, sollte die geplante und verordnete Variante nicht durchgeführt werden, dann wird das Land Steiermark auch den verlorenen Aufwand in der Höhe von zirka 100 Millionen zu ersetzen haben.

Der Bau der fehlenden 13 Kilometer der S 6 am Semmering inklusive dreier notwendiger Tunnel ist nach wie vor nicht erledigt, ist nach wie vor ungelöst. (Landeshauptmannstellvertreter Klasnic: „Sie wissen aber schon, warum!“) Es haben für den Bau, Frau Landeshauptmann, für diese wichtige Schnellstraße

oder dieses wichtige Straßenstück ursprünglich elf private Konzerne zumindest Interesse gezeigt. Es ist still geworden um dieses Straßenvorhaben, es gibt keine Einigung über Haftungsübernahmen, es gibt kein Übereinkommen, wie diese Investitionen von 3,5 Milliarden auch in absehbarer Zeit wieder zurückfließen könnten. Das sind die Probleme, warum man bei dieser S 6 nicht weiterkommt.

Beim Semmeringtunnel, und das hat die Frau Dr. Karisch in ihrer Grundrede gestern gesagt, hat man zumindest mit dem Sondierstollen begonnen, ist auch schon etwas. Nur, ich glaube es noch nicht ganz, daß es auch dann wirklich den Vollausbau bei diesem Semmeringtunnel geben wird. (Abg. Dr. Frizberg: „Herr Kollege Heibl, du wirst doch zum Klima Vertrauen haben!“) Habe ich schon, das stimmt schon. Aber trotzdem stelle ich das in Frage. Es gibt nicht nur den Bundesminister Klima, sondern es gibt auch den Landeshauptmann Pröll und andere Leute.

Mit der Planung, meine Damen und Herren, der Süd-Ost-Spange, ein wichtiges Anliegen der Steirer, wurde auch noch nicht begonnen. Und es steht eben auch fest, daß der überwiegende Teil der zur Verfügung stehenden Gelder, der Straßenbaugelder, in den Betrieb und in die Erhaltung bereits bestehender Straßen fließt. Und in Wirklichkeit, was bleibt dann noch übrig für den Straßenneubau und für den Brückenneubau?

Auch der Baubeginn, Frau Landeshauptmann, des Güterterminals bei Werndorf dauert viel zu lange, mir zumindestens viel zu lange. (Landeshauptmannstellvertreter Klasnic: „Mir auch!“) Eine Investition von mindestens 1,2 Milliarden Schilling, und wahrscheinlich auch noch mehr. Und aus gut informierten Kreisen hört man, daß die ÖBB keine richtige Lust zeigt, in Kürze mit diesem Terminal, mit diesem Güterumschlagplatz zu beginnen. Es sind nach Fertigstellung zu geringe Einnahmen zu erwarten, hört man. Diese 1,2-Milliarden-Investition könnte in einem anderen Bundesland an anderer Stelle gewinnbringend angelegt werden, zumindest für die nächsten Jahre. So wird es zumindest hinter vorgehaltener Hand verlautbart. Das Ganze ist natürlich, meine Damen und Herren, auch im engen Zusammenhang mit der Errichtung des zweiten Gleises, das wir schon oft verlangt haben, von Graz nach Marburg zu sehen. Und Frau Landeshauptmann Klasnic hat mir in einer schriftlichen Auskunft mitgeteilt, daß der Ausbau dieses zweiten Gleises, das übrigens über 100 Jahre lang Bestand gehabt hat und in den fünfziger Jahren einmal abgetragen wurde, aus welchem Grund immer, weiß ich nicht, und Sie haben mir zugesichert, daß das Teilstück Graz-Leibnitz etwa bis 1997 in Angriff genommen wird. Und daß das Teilstück Leibnitz-Spielfeld bis zur Staatsgrenze etwa bis 2002 fertiggestellt sein könnte. Die Strecke Spielfeld-Marburg, auch von großer Bedeutung, der Ausbau dieser Bahnstrecke ist natürlich Angelegenheit unserer Freunde und Nachbarn in Slowenien. EU-Fondsgelder, haben Sie gesagt, wird es dafür keine geben. Für die Verbesserung der Infrastruktur unserer Nachbarn, also der Slowener, haben diese ja einen Kredit von der Europa-Bank bekommen in der Höhe von 4 Milliarden US-Dollar, und sie müßten eigentlich mit diesem Geld auch ihre Infrastruktur dahin bringen, daß sie eben

mithalten können. Aber wer die Dynamik kennt, die unsere Nachbarn – und ich wohne an der Grenze – an den Tag legen, kann durchaus erwarten, daß dieses Teilstück zum selben Zeitpunkt in Angriff genommen wird wie auf steirischer Seite. Übrigens, das Teilstück von Spielfeld nach Marburg ist auch beträchtlich kürzer. Und ich bin der Meinung, daß erst nach Fertigstellung, nach durchgehender Fertigstellung und damit zweigleisigem Ausbau es möglich sein wird, rasch und effizient Waren und Güter auch auf der Schiene von den Zentralräumen in der Steiermark und darüber hinaus nach dem Süden und Südosten zu transportieren. Nur wenn die Infrastruktur, die Straßen- und Bahnverbindungen gut ausgebaut sind, und da sind wir uns ja, glaube ich, alle einig, werden wir als Industrie- und Betriebsstandort in der Zukunft von Investoren aller Länder angenommen werden.

Wir Steirer müssen uns, und davon bin ich auch überzeugt, mehr anstrengen als unsere Freunde etwa in Tirol oder unsere Freunde in Salzburg. Das sind Topstandorte für Investoren, allein durch ihre geographische Lage und natürlich auch durch ihre hohe Lebensqualität in diesen Regionen. Wir müssen uns umso mehr anstrengen.

Und ich glaube auch, daß unsere wirtschaftliche Entwicklung, daß sie sich nicht nach dem Norden entwickeln wird, unsere steirische, sondern vielmehr nach dem Südosten. Daher ist, auch was den Verkehr, was die Verkehrswege betrifft, eine grenzübergreifende Zusammenarbeit und Abstimmung notwendig. Die Mitgliedschaft zur EU bietet uns dazu zusätzliche Möglichkeiten.

Meine Damen und Herren, die Nachfrage und die Notwendigkeit im Bereich Straße, Radfahrwege und Schiene, betreffend Neuerrichtung, betreffend Ausbau, Verbesserung, ist in der Steiermark enorm. Das heißt, wir müssen neue Möglichkeiten der Finanzierung finden, nicht nur wir in der Steiermark, sondern österreichweit, für den Straßenbau und für den Bahnbau. Die Einführung einer elektronischen Mauterfassung wird noch Jahre dauern, da müssen wir noch warten. Daher ist mit Einnahmen aus diesem Titel nicht so schnell zu rechnen.

Lösungsbedarf besteht aber nicht nur im Bereich von Neu- und Ausbauten, sondern auch im Bereich der Baugesetzgebung, aber auch, wie wir öffentlich Aufträge vergeben. Das heimische und damit auch das steirische Vergabegesetz, und Kollege Löcker hat vorhin davon gesprochen, sollte europareif gemacht werden. Nur, wir sind weit entfernt davon. Jedes Bundesland hat weiterhin unterschiedliche Vorgangsweisen und hat unterschiedliche Gesetzgebungen, wenn es um Ländervorhaben geht. Auch einige Gemeinden gehen sogar zusätzlich noch eigene Wege. Die sinngemäße Übernahme der Bundesregelung in Landesrecht hat bisher zumindest nicht stattgefunden. Ich bin der Meinung, es ist jedenfalls leichter, einen Kampfpfänger derzeit, getarnt als Schneepflug oder als Pistenraupe, nach Österreich zu bringen, als etwa die Zulassung für ein neues Bauprodukt aus der Steiermark im Bundesland Salzburg zu erlangen oder ein neues Bauprodukt aus Kärnten in der Steiermark salonfähig zu machen. Umfangreiche Formalitäten, Zeit und Geld sind dafür notwendig. Baugesetz ist eben Landessache!

Ostimporte zum Beispiel werden bis jetzt nicht überprüft – ich betone jetzt, Bauprodukte –, ob sie den österreichischen Zulassungen entsprechen. Und ich frage mich, wie wird das werden, wenn wir am 1. Jänner 1995 wirklich zur Europäischen Union gehören und eine beachtliche Länge der Außengrenze zu überwachen und zu kontrollieren haben? Da wird's ja flott zugehen!

Solange es nicht gelingt, im eigenen Lande ein Bauproduktengesetz mit Bundeskompetenz zu erstellen, sind wir, meiner Auffassung nach, auf diesem Gebiet nicht europareif.

Es werden aber auch neue, weitere Neuregelungen mit 1. Jänner 1995 in Kraft treten. Es dürfen ab diesem Zeitpunkt nur mehr Flüster-Lkw ab 22 Uhr, und das mit einer Höchstgeschwindigkeit von 60 km/h, unsere Straßen befahren. Das gilt auch für sämtliche Autobahnen und autobahnähnlichen Strecken. Vor wenigen Tagen wurden die Mitglieder des Verkehrsausschusses aller Parteien im Landtag von den Fräachtern und Spediteuren zu einer Besprechung in dieser Angelegenheit nach Gratkorn geladen, gebeten, wie immer Sie wollen, um uns die Nachteile und die Gefährlichkeit dieser Geschwindigkeitsbegrenzung in natura zu zeigen beziehungsweise uns damit auch die Möglichkeit zu geben, uns selbst ein Urteil zu bilden, um uns nicht nur auf Gutachten und Ferndiagnosen verlassen zu müssen. Wir haben diese Möglichkeit gehabt – es waren fünf Abgeordnete dabei – bei Nacht, also bei Finsternis, mit einem großen Lkw, und das mit der Höchstgeschwindigkeit von 60 km/h, mitzufahren. Es war zumindest für mich, ich weiß nicht, wie es die anderen Kollegen empfunden haben, kein Erfolgserlebnis, wenn sich etwa auf der Pyhrnautobahn in Richtung Tunnel hinter dem Lkw, der mit 55 bis 60 km/h dort gefahren ist, bereits nach kurzer Fahrzeit ein Stau von 2 Kilometer gebildet hat, weil das Überholen schwierig beziehungsweise im Tunnel verboten ist.

Die Forderung der Frächter lautet, die Autobahnen und die autobahnähnlichen Straßen – so viele sind das ja nicht in der Steiermark – aus der Geschwindigkeitsbeschränkung ab 22 Uhr herauszunehmen.

Und wir sollten uns darüber Gedanken machen und uns vor allem damit befassen, ob diese Forderung der Frächter und Spediteure sinnvoll ist oder nicht. Die steirische Landesregierung hätte jedenfalls die Möglichkeit, diese geforderten Straßenzüge aus der Verordnung des Bundesministers herauszubekommen. Unser Bundesland hat zumindest in diesem Bereich Autobahnen, autobahnähnlichen Straßen einen guten Lärmschutz, teilweise glauben wir ja sogar, wir fahren irgendwo in einer Bobbahn, so sind wir links und rechts gegen Lärm abgeschützt, besser wie in den meisten Bundesländern in Wirklichkeit.

Meine Damen und Herren, zusammengefaßt möchte ich sagen, wir werden um den notwendigen Ausbau unserer Verkehrswege und daß wir das erreichen, nicht nur riesige – wie ich das vorhin angeführt habe – Finanzmittel brauchen, sondern auch neue Ideen und mutige Entscheidungen!

In diesem Sinne danke ich fürs Zuhören! (Allgemeiner Beifall. – 10.18 Uhr.)

**Präsident Dr. Klausner:** Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete German Vesko. Ich erteile es ihm.

**Abg. Dipl.-Ing. Vesko (10.18 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Das Problem des Verkehrs gewinnt in Europa immer größere Bedeutung, und zwar die Lösung der Probleme des Verkehrs, weil wir langsam aber sicher die Lawinen, die über und durch unsere Lande rollen, nur mehr beschränkt bewältigen können. Und die Aussagen und Prognosen für die kommenden Jahre lassen uns nicht sehr hoffnungsfroh sein, daß es hier zu einer Erleichterung der Situation kommt. Und dazu gibt es eben verschiedene Lösungsansätze, Ausbau der Straßen, Umschichtung des Schwerverkehrs auf die Bahn, Gütertransport in großem Maße auf die Bahn zu verlagern und alle diese Konzepte, wie sie von Verkehrsexperten erarbeitet wurden, zeigen eigentlich ganz deutlich, daß die Möglichkeiten sehr beschränkt sind, die wir in diesem Bereich haben, um wirksame Maßnahmen zu setzen. Beschränkt deshalb, weil wir auf Grund unserer Topographie schon Schwierigkeiten haben, jene Transitrouten zu schaffen. Beschränkt deshalb auch, weil die Kosten für solche Routen, für solche Maßnahmen, sei es nun Straße oder Bahn, bei weitem unsere Möglichkeiten überschreiten.

Ich habe das Vergnügen gehabt in Diskussion mit Verkehrsexperten der EU sowohl hier, als auch in Brüssel, deren Einstellung zum Verkehrsproblem zu hören. Und ich muß ganz ehrlich sagen, daß dabei in deren Vorstellungen für die Steiermark relativ wenig abfällt.

Beginnen wir bei der Bahn. Wir haben große Hoffnungen gesetzt in eine Erschließung der Steiermark auf zwei Ebenen, auf der einen Seite in den Ausbau der bestehenden Südbahn Graz beziehungsweise Wien-Semmering, weiter in Richtung Kärnten, auf der anderen Seite mit einem Semmeringtunnel, dessen Sinnhaftigkeit wir ja immer in Frage gestellt haben, aber in so einem Konzept eben mit einer Notwendigkeit besteht, diesen Berg unten zu durchfahren. Parallel dazu, allerdings zeitlich verschoben, jenen Bereich, der die Steiermark an sich wesentlich besser gesamt miteinbinden würde und vor allem auch in einem zweiten Nebenverfahren die Möglichkeit geboten hätte, weitere Teile der Steiermark in einen Großverkehrsverbund miteinzubeziehen, nämlich die Süd-Ost-Spange, die die Transitroute zwischen dem Osten Zentraleuropa auch weiterhin in Richtung Südeuropa sein sollte und sein könnte.

Nun, alle Aussagen zu diesem Projekt stimmen uns eigentlich pessimistisch. Man ist von der ursprünglichen Euphorie bereits abgerückt. Das Thema scheint nicht in einem großräumigen europäischen Verkehrskonzept auf, das von der EU forciert wird. Man versucht, sich langsam aber sicher auf eine kleine Lösung hinzulegen, die da heißt Westbahn stärken, die Verbindung West-Ost stärken, und zwar im mitteleuropäischen Raum und im nordeuropäischen Raum, sprich im nordmitteleuropäischen Raum, und das bedeutet, daß die Prioritäten ganz anders gelagert wurden. Der direkte Anschluß des Ostens, St. Petersburg, Moskau, Kiew, nach Westen hin bis hinüber nach Frankreich hat längst alle anderen Bestrebungen überholt, mit einer Ausnahme, das soll man dazusagen,

es bemühen sich die Südeuropäer gemeinsam mit Italien, Slowenien, Ungarn, auch eine Schiene süd-östlich von uns, das heißt im Bereich Slowenien, Italien, an Österreich vorbeizuführen und wir müßten eigentlich überlegen, ob wir nicht auch rasch dafür sorgen, uns einen Zugang zu einer Schiene, die allenfalls dorthin führt, zu schaffen.

Was heißt das in Wahrheit? Das heißt in Wahrheit, und damit, muß ich dazusagen, liebäugelt auch die Österreichische Bundesbahn. Die Österreichische Bundesbahn hat derzeit überhaupt kein Verständnis dafür, eine Verkehrsverbindung Wien zum Beispiel Anschluß an die Pontebbana in Italien, die ja bis dorthin, bis zur österreichischen Grenze bald ausgebaut ist, zu führen. Die Österreichische Bundesbahn hat auch kein Interesse daran, andere neue Großprojekte zu forcieren, mit zwei Ausnahmen. Die eine Ausnahme ist die Verdoppelung, wenn notwendig Verdoppelung der Westbahn, weil sich dort die Hauptgüterströme im österreichischen Raum abspielen, wobei ich durchaus konzipiere, daß die ÖBB heute in ihrem Betrieb unter anderen Voraussetzungen zu agieren hat, als das noch vor zwei Jahren der Fall war. Selbstverständlich muß ein Unternehmen nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten operieren, und es ist halt klar, daß dort, wo die großen „cash cows“ sind, nämlich die Westbahn, dort, wo man Geld verdienen kann, wenn man ein Ergebnis zu erzielen hat, man sich auch in diesem Bereich bewegen soll.

Aber wir dürfen ja nicht vergessen, daß wir eine Verkehrssituation zu schaffen haben, die den Aufgaben der Zukunft gerecht wird, und nicht nur den momentanen wirtschaftlichen Überlegungen, die damit zu verbinden sind. Das heißt also, unsere alte steirische Forderung, Ausbau der Verbindung und des Anschlusses des Ostens über Wien durch die Steiermark nach Italien und weiter in den südosteuropäischen Raum, muß eine Forderung der Steiermark bleiben. Und wir müssen uns auch bemühen, weiterhin diese Forderung bei den notwendigen und bei den zuständigen Gremien zu deponieren. Was müssen wir aber tun, um auch in anderen Bereichen am Ausbau des Bahnsystems in Österreich zu partizipieren? Und wenn man die Diskussion hört, die sich so im Rahmen der Österreichischen Bundesbahn abwickelt und die wir auch durch Repräsentanten der ÖBB zu hören bekommen haben, dann regt sich bei mir der leise Verdacht, daß der Bereich Semmering, Bruck an der Mur, Leoben, mit dem Drei-Tunnel-System im Großraum Leoben, weiterhin Ausbau Paltten- und Liesingtal, zweispuriger Ausbau durch das Ennstal eher dafür gedacht ist, eine Entlastung oder eine zusätzliche Entlastung für die Westbahn zu bringen. Es ist weder vom Koralmtunnel noch von anderen Projekten die Rede. In den nächsten 20 Jahren wird sich auf diesem Sektor nichts tun, befürchte ich. Und daher ist es also notwendig, die steirische Verkehrskonzeption endlich zu überdenken oder sich von den Vorstellungen zu verabschieden.

Sehr wichtig erscheint es mir aber zu gewährleisten, daß die Steiermark trotz ihrer mißlichen Randsituation, die sie auch, bedingt durch die Wirrnisse im ehemaligen Restjugoslawien, oder im heutigen Restjugoslawien hat, trotz eines Aufbruchs der Grenzen, trotz eines neuen Europas mit allen Komponenten aus der Randlage herauskommt.

Und Kollege Heibl hat das sehr deutlich zum Ausdruck gebracht, diese Randlage mit diesen langen Grenzen, als Außengrenzen der Europäischen Union, werden uns auch verkehrstechnisch und auch in der Abwicklung des Verkehrs weiterhin sehr beschäftigen.

Das heißt also, wir müssen uns bemühen, Anschlüsse an große Transportschienen zu finden. Eine dieser Transportschienen wäre zum Beispiel der Rhein-Main-Donau-Kanal, wenn es uns schon nicht gelingt, eine Schiene nach Norden entsprechend in Bewegung zu bringen. Das würde aber bedeuten, Ausbau Palten- und Liesingtal, welcher ja im laufen ist, und weiter nach Linz, um dort im Großraum Linz-Wels eine Anbindung an den Rhein-Main-Donau-Kanal zu haben. Eine viel nähere und vielleicht auch viel günstigere Möglichkeit wäre allerdings gegeben, wenn wir von Graz nach Spielfeld und weiter nach Koper oder Rijeka einen zweispurigen Ausbau hätten, der uns auch die Möglichkeit gäbe, uns an einen Seehafen anzuhängen und von dort Güter kostendeckend für den Export in die weite Welt hinaus zu transportieren. Eine andere Möglichkeit zum jetzigen Zeitpunkt sehe ich leider nicht.

Was das bedeutet, ist auch klar. Die Österreichische Bundesbahn hat zum jetzigen Zeitpunkt kein Interesse daran, das zu tun. Es wird aber nur dann möglich sein, wenn es uns gelingt, über die Bundesregierung auf der einen Seite und mit einer starken Beteiligung des Landes auf der anderen Seite diese Probleme in Angriff zu nehmen beziehungsweise zu bewältigen. Und wie das von der finanziellen Seite her ausschaut, werden Sie sicherlich selbst sehen, wenn wir schon kaum mehr in der Lage sind, die normalen Bereiche abzudecken.

Das ist die Schienenseite. Dazu kommt noch, daß selbstverständlich auf Grund der neuen Konzeption der Bundesbahn diese Organisation versucht, alle nicht mehr wirtschaftlichen Bereiche ihres Streckensystems langsam aber sicher abzustoßen. Der Weg, den sie jetzt gehen, ist eine Beteiligung der betroffenen Gemeinden, Bezirke und Bundesländer zu erreichen. Was bedeutet das zum Beispiel für eine Nebenbahn Mürzzuschlag-Neuberg? Das bedeutet, wenn nicht kurzfristig das Land Steiermark und die betroffenen Gemeinden finanziell stark mit einspringen, ist mit einer Schließung dieser Bahn zu rechnen. Wenn man allerdings den Argumenten der ÖBB sorgfältig zuhört, dann wird man feststellen, daß der Bedarf einer solchen Strecke nur mehr sehr beschränkt gegeben ist. Der Güterverkehr zum Beispiel im Bereich Mürzzuschlag-Neuberg ist an die Nullgrenze herangekommen, und der Personenverkehr bewegt sich in einem Schnitt von acht Personen pro Fahrt. Dazu fährt bereits parallel eine Bundesbuslinie, die im wesentlichen das Verkehrsaufkommen dieser acht Personen durchaus mittragen könnte, und es ist also auch mit rationellen Argumenten der ÖBB nicht plausibel zu machen, auf diese Art und Weise ihre Strecke aufrechtzuerhalten.

Wir kommen in Zugzwang. Wir werden zwangsläufig durch Initiativen aus der Region, durch Initiativen der betroffenen Bürgermeister zu entscheiden haben, wollen wir das oder wollen wir das nicht. Und dann werden wir sehr wohl nach wirt-

schaftlichen, nach geographischen Punkten und unter Einbeziehung der Hoffnungen und Programme der Region für eine zukünftige Revitalisierung vorgehen müssen, um schlußendlich jene Entscheidung zu treffen, die wir brauchen. Oder jene Entscheidungsgrundlagen zu schaffen, die notwendig sind, um eine Entscheidung, die schlußendlich auch das Aus dieser Linie bedeuten könnte, sehr wohl und sorgfältig in Erwägung zu ziehen. Das sind alles Aufgaben, die zu lösen sind. Und das ist nur eine Strecke, es werden noch mehrere folgen. Und ich bin überzeugt davon, daß mit dem Elan und mit dem Tatendrang, mit dem das neue Management der Österreichischen Bundesbahn hier ans Werk geht, ihren Betriebsbereich so rationell und so erfolgswirksam als nur möglich zu machen, sicherlich auch noch einige andere „heilige Kühe“ im Bahnverkehr in diesem Lande angegriffen werden müssen. Und ich bin überzeugt davon, daß sie das auch tun werden. Das heißt also, wir haben in diesem Bereich keine rosigen Zeiten zu erwarten, und es werden verschiedene Entscheidungen auf uns zukommen, deren wirtschaftliche und finanzielle Auswirkung wir zu prüfen haben und wir zu entscheiden haben werden, was zu geschehen hat.

Was die Frage der Straßen und des Straßenverkehrs betrifft, so können wir eigentlich sagen, daß wir mit der nunmehrigen, zu einer Vollendung kommenden Schließung des Lochs im Bereich Gleisdorf-Ilz der Südautobahn, der A 2, und dem damit verbundenen vierspurigen Ausbau eine Gefahrenstrecke saniert bekommen. Eine Gefahrenstrecke, die dann wegfällt. Es gibt im Pack-Bereich auf der A 2 immer noch einige Bereiche, die man noch sanieren muß. Die Pyhrnautobahn ist im steirischen Bereich abgeschlossen. Und somit wären auf dem Autobahnsektor jene zwei Schienen geschaffen, die wir brauchen, um die Transitrouten auf der einen Seite und auch jene Routen, die zum Güterverkehr von der Steiermark und zur Steiermark notwendig sind, gesichert zu haben.

Wir haben im Schnellstraßenbereich noch einen Bereich offen. Das ist auf der Schnellstraße zwischen Bruck an der Mur und dem Semmering beziehungsweise weiterführend im Anschluß an die A 2 noch die Semmeringscheitelstrecke. Ein Problem, das sicherlich auch noch gelöst werden muß.

Und dann, meine Damen und Herren, selbstverständlich dieses viel diskutierte Problem der ennsnahen Trasse, auf das ich in einer späteren Wortmeldung dann noch zurückkommen möchte.

Wir haben aber gesehen, es zeigt sich immer mehr, daß, um den Straßenbau erhalten zu können und um den Straßenbau in der noch notwendigen Form bundesweit fortsetzen zu können, einige Maßnahmen auf uns zukommen können. Und wir befürchten, daß das wiederum am Rücken der Autofahrer ausgetragen werden wird. Und es gibt ja auch im gesamt-europäischen Bereich durchaus Bestrebungen, große Transitrouten mit Mauten zu belegen, wobei die heutige Technologie das Abrechnen von Mauten allein durch das Durchfahren eines Lichtschranken oder einer Impulsgeberzelle, die ein Kartensystem auslöst und so weiter, sehr locker und sehr leicht zu bewältigen sind. Und je leichter das technologisch möglich ist, desto schneller wird es auch kommen. Und ich glaube auch persönlich, daß wir diese Maßnahmen

mittragen müssen, weil sie auch dazu führen, einen gewissen Druck im Ausgleich Kosten Bahn-Gütertransport, Kosten Straße-Gütertransport bringen und vielleicht doch einen gewissen Zwang dahin gehend ausüben, daß wir die ja schon nahezu wieder vollen Autobahnen etwas entlasten.

Die Aktion der Frächter in der Steiermark bezüglich des Tempolimits können wir nur unterstützen. Es haben alle Fraktionen an dieser Demonstration teilgenommen, und ich teile hier durchaus die Ausführungen meines Vorredners, Kollegen Heibl. Es ist nicht zumutbar, und man muß auch andere Aspekte noch mit einbeziehen. Wir haben heute bereits lärmarme Lastkraftwagen, wir haben Reifen, die den technologisch neuen Straßenbelägen angepaßt sind und ebenso lärmvermindernd wirken, so daß es also durchaus zumutbar ist und auch dem Verkehrsfluß und den Betroffenen auf der Straße, nämlich den Fahrern selbst, zugemutet werden kann und auch den Anrainern an den großen Transitrouten zugemutet werden kann, daß sie sich mit diesem neuen System nicht abfinden werden müssen, weil durchaus gewährleistet ist, daß auch unter größeren Geschwindigkeiten eine Lärmbelastung in dem Ausmaß nicht gegeben ist. Wir sollen dafür sorgen, daß Güter unter den gegebenen Voraussetzungen rasch und ordnungsgemäß transportiert werden können. Wir sollen nicht zusätzlich Hürden aufbauen, die keine Vorteile bringen, vor allem so lange nicht, solange wir nicht in der Lage sind, umgekehrt jenen Güterfluß auf die Schiene hinüberzulegen. Und die Vergangenheit hat ja gezeigt, daß es nur sehr marginal möglich war, dies zu tun.

Wir sollten uns zum Beispiel anschauen, daß unsere Autoindustrie, jene vielgerühmte steirische Autoindustrie, die einen Impuls für den Großraum Graz gebracht hat, auch ihre Fahrzeuge, ihr Produkt von Graz weg mit dem Auto nach Deutschland und ins ganze Europa verschickt, und nicht von den Angeboten der Bahn Gebrauch machen kann, weil auch die entsprechende Infrastruktur noch nicht gegeben ist.

Was man noch zum Verkehr sagen soll, ist auch jener Bereich, der im kleinstrukturierten Raum, in den Gemeinden, auch übergreifend vielleicht mit den touristisch orientierten Radwegen und so weiter zu tun hat. Hier kann ich nur eines sagen, alle diese Maßnahmen sind zu begrüßen, sie haben eine Wertigkeit, da sie für den Verkehr selbst zwar keine große Bedeutung haben, die aber einen Erholungswert haben, die auf der anderen Seite auch ein Angebotssegment im touristischen und im städtischen Bereich darstellen oder im zentralen Raum sicherlich auch eine Entlastung für den Nahverkehr darstellen können, natürlich witterungsabhängig, aber selbstverständlich eine Möglichkeit darstellen. Und auch diesen Bereich soll man nicht außer acht lassen. Die dafür vorhandenen Mittel reichen derzeit aus, um die Konzeption, die es steiermarkweit gibt, durchzuziehen, und sukzessive werden wir in der Lage sein, diese letzten Löcher zu schließen, und dann auch ein Radwegenetz in der Steiermark haben, das also dieser Nebensparte gerecht wird.

Im großen und ganzen wäre eigentlich die Steiermark ein Land, das trotz seiner Randlage durchaus die Chance hätte, in das europäische Verkehrswesen

miteingeschlossen zu werden. Und es wird Aufgabe unserer Politik sein zu gewährleisten, daß im Konzert der europäischen Länder wir immer wiederum darauf hinweisen, daß wir diese Verkehrsschienen brauchen, und das ist eine Aufgabe, die uns sicherlich in den nächsten Jahren sehr intensiv beschäftigen wird. (Beifall bei der FPÖ. – 10.40 Uhr.)

**Präsident Dr. Klausner:** Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Günther Prutsch. Ich erteile es ihm.

**Abg. Günther Prutsch (10.40 Uhr):** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Was die überregionalen Betrachtungen des Kollegen Vesko angeht, da möchte ich ihm voll und ganz recht geben. Auch recht geben möchte ich dem Kollegen Heibl in seiner Forderung nach dem zweigleisigen Ausbau der Bahnstrecke von Graz nach Spielfeld-Straß, aber auch in der Folge in Richtung Maribor.

In der regionalen Verkehrsdiskussion des Bezirkes Radkersburg kann man natürlich nicht über das Sorgenkind der Bahnlinie Spielfeld-Straß-Bad Radkersburg hinwegsehen. Und da ist die Entwicklung schon etwas anders, als das vorhin der Kollege Vesko für eine andere Bahnlinie aufgezeigt hat. Hier auf dieser Strecke hat sich das Fahrgastaufkommen in den letzten Jahren sehr positiv entwickelt.

Aber man muß mit Sorge die Zukunft dieser Bahnlinie betrachten. Es ist auf der einen Seite sehr bedauerlich, daß es uns in der Region nicht gelingt, eine Unzahl von Bahnübergängen wegzubringen. Bahnübergänge, die letztlich das Tempo auf dieser Bahnlinie sehr negativ beeinflussen. Und nach wie vor wichtig, aber ungelöst, ist die Frage einer möglichen Verlängerung dieser Bahnlinie nach Slowenien, nach Murska Sobota. Ich habe dieses Vorhaben, diese Pläne, diese Wünsche mehrfach hier im Hause bereits artikuliert, und umso mehr interessiert mich daher die von Ihnen, Frau Landeshauptmannstellvertreterin, in Auftrag gegebene Machbarkeitsstudie. Ich hätte die Frage: Gibt es diese Machbarkeitsstudie bereits, und wenn ja, mit welchem Ergebnis beziehungsweise bis wann glauben Sie, daß diese Studie fertiggestellt sein wird?

Andererseits große Sorgen bereiten mir diverse Einsparungspläne der ÖBB. Auch die hat Kollege Vesko bereits angesprochen. Generaldirektor Draxler fordert ja eine Zusatzfinanzierung des Regionalverkehrs aus Mitteln der erhöhten Mineralölsteuer. Sollte es da keine Lösung geben, erwarte ich mir für unsere Bahn, für die genannte Bahnstrecke, die größten Probleme, zumal Generaldirektor Draxler wörtlich erklärt hat, ich zitiere ihn: „Für diesen Fall planen wir eine Ausdünnung des Netzes, die für uns wirtschaftlich zweckmäßig ist und dem Bedarf entspricht.“ Zitatende.

Meine Damen und Herren, da ist es wohl keine Frage, daß sich der regionale Bedarf, die regionalen Vorstellungen von dem oder von denen der ÖBB sehr stark unterscheiden werden. Die Eisenbahn spielt naturgemäß eine wesentliche Rolle auch im Verkehrsverbund. Wenn ich mir die Verkehrssituation in meinem Bezirk ansehe, muß ich feststellen, daß der

Verkehrsverbund bis dato keinen Megasprung bewirkt hat. Da ist in der letzten Zeit versucht worden, den Eindruck zu erwecken, daß alles sehr positiv wäre, und zwar im Zusammenhang mit einer ORF-Aktion, wo da ein Team mit dem Zug mitgefahren ist, und für die Pendler hat es Kipferl gegeben. Es waren einige hundert, die dort davon betroffen waren. Aber mich interessiert die Zahl jener Tausender, die keinen Zugang zu diesem Verkehrsverbund haben, und davon ist auch mein Bezirk sehr stark betroffen. Was meinen Bezirk betrifft, muß ich feststellen, daß es außer einigen natürlich sehr positiven Tarifverbesserungen keine Verbesserungen, weder in der Quantität noch in der Qualität, gegeben hat. Es hat sogar Einstellung von Zügen gegeben.

Die mangelnde Verkehrserschließung stellt natürlich für einen Pendlerbezirk, wie es der Bezirk Radkersburg ist, ein großes arbeitsmarktpolitisches Problemfeld dar. Immer stärker wird von den Arbeitnehmern erhöhte geographische Mobilität gefordert, aber seitens der Politik, möchte ich dazusagen, sind wir nicht in der Lage, die entsprechenden Verkehrsangebote, die erforderlichen Verkehrsangebote zu verbessern.

Dazu habe ich eine Überlegung. Wir diskutieren in unserem Bezirk seit längerer Zeit eine Verbesserung der regionalen Verkehrsverbindungen. Der Steuerzahler finanziert eine sehr große Zahl, eine große Flotte, möchte ich fast dazusagen, von Schulbussen, die zu den Hauptpendelzeiten Zubringerdienste zum öffentlichen Verkehr leisten, aber auch sehr wichtige innerbezirkliche Querverbindungen schaffen.

Meine Damen und Herren, warum nützen wir dieses sehr dichte Netz nicht effizienter aus? Öffnen wir diese Verkehrsmittel auch für andere Bevölkerungsgruppen. Konzessionsrechtliche, aber auch sonstige Hürden müssen doch nicht das Absolute sein, die müssen doch irgendwie in den Griff zu bekommen sein und abbaubar sein.

Ich sehe in dieser Öffnung eine gewaltige Angebotsverbesserung, vor allem im ländlichen Raum. Ich möchte aber schon dazu betonen, daß derartige Dienste nur in Ergänzung beziehungsweise für Zubringerfunktionen zu öffentlichen Verkehrsmitteln eingesetzt werden sollen beziehungsweise geöffnet werden sollen.

Frau Landeshauptmannstellvertreterin, ich würde mich sehr freuen, wenn es möglich wäre, diese meine Anregung, die auf breiter Basis in meinem Bezirk entwickelt wurde, daß Sie die hier aufgreifen und daß wir vielleicht gemeinsam versuchen, einen Modellbezirk Radkersburg in dieser Frage zu entwickeln, und möglicherweise, daß Sie eine Machbarkeitsstudie in dieser Richtung in Auftrag geben würden. Ich wäre Ihnen persönlich sehr dankbar, und vor allem die Pendler und Bewohner des Bezirkes Radkersburg wären Ihnen sehr dankbar dafür. Danke! (Beifall bei der SPÖ. - 10.46 Uhr.)

**Präsident Dr. Klausner:** Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Straßberger. Wenn ich recht im Bilde bin, ist das seine Jungferrede.

**Abg. Straßberger (10.47 Uhr):** Geschätzter Herr Präsident, verehrte Damen und Herren, Hohes Haus!

Ich darf vielleicht zum Herrn Kollegen Heibl eine kurze Anmerkung machen. Ich teile voll Ihre Meinung betreffend Ihres Wunschkataloges. Aber ich möchte schon anführen, daß betreffend des öffentlichen Verkehrs seit 1970 Ihre Fraktion auf Bundesebene am Werk ist und auch für den Straßenbau bis 1986 hier die Verantwortung gelegen ist. Natürlich gibt es noch viele Projekte, die uns gleich wichtig sind.

Zu den Frächtern möchte ich auch sagen, ich war bei dieser Fahrt dabei. Und es ist einfach unverständlich, daß man diese lärmarmen Lkws ab 22 Uhr auf 60 km/h herunterschraubt. Hier gibt es auch von seiten der ÖVP eine ganz klare Haltung. Es muß diesem Umstand Abhilfe geschaffen werden.

Als Abgeordneter aus dem Mürztal versteht es sich fast von selbst, daß natürlich der Semmeringbasistunnel ein Anliegen dieser Region ist, und ich darf mich, geschätzte Damen und Herren, etwas näher mit diesem Projekt befassen. Ich möchte einmal grundsätzlich sagen, daß dieses Projekt kein Prestigeprojekt der Steiermark ist, sondern dieser Semmeringtunnel ist einfach notwendig. Es kann ja nicht so sein, daß man schön langsam eine Abtrennung von Ostösterreich vornimmt und die Steiermark hier dementsprechend vernachlässigt. Es gibt aber auch keine Alternative dazu. Ich teile auch die Ausführungen des Herrn Klubobmanns Vesko, die Süd-Ost-Spange ist auch ein wichtiges Projekt, aber eine Alternative zum Semmeringbasistunnel ist dieses Bauvorhaben sicherlich nicht. Natürlich gibt es in allen Lagern, in allen politischen Gruppierungen ein Für und ein Wider betreffend des Semmeringbasistunnels. Und ich habe das auf Bundesebene vor sechs Monaten ja hautnah erfahren, als ich auch dort dieses Projekt dementsprechend verteidigt habe. Ich glaube auch, daß hier einige wesentliche Merkmale vielleicht nicht so andiskutiert wurden, und zwar, wir wissen, daß es heißt, von der Straße auf die Schiene, also Gütertransportverlagerung. Das zweite ist die Zeitersparnis, verehrte Damen und Herren. Und ich habe mir die Aufgabe gemacht, einmal durchzurechnen, weil man immer sagt, wegen 20 oder 30 Minuten, was bringt das schon, von Wien nach Graz. Sie wissen genau, daß gerade aus dem Mürztal Hunderte Menschen nach Wien oder in den Osten auspendeln. Wenn man die Zeitersparnis über den Berg hier rechnet, dann bin ich auf folgendes Rechenbeispiel gekommen: In der Woche braucht jemand zusätzlich ohne diesen Tunnel 3,5 Stunden Fahrzeit, wenn er über den Semmering pendelt. Das sind bei 45 Wochen im Jahr in etwa 160 Stunden. Wir wissen, daß wir im Monat zwischen 160 und 172 oder 178 Stunden arbeiten. Das heißt, in einem Jahr hat hier ein Pendler einen Zeitverlust von einem Monat Arbeitszeit. Wenn jemand 30 Jahre auspendelt, sind das insgesamt rund drei Jahre Zeitverlust. Ich möchte das auch einmal aufzeigen. Damit möchte ich aber nicht zum Ausdruck bringen, ja, wegen 400 oder 500 oder wieviel Pendlern auch immer muß man ein Milliardenprojekt hier ins Leben rufen.

Ein weiterer Aspekt ist für mich auch ganz wichtig, und dieser wird immer wieder zu wenig diskutiert, das ist die Sicherheit. Wir wissen, die Ghega-Bahn ist 140 Jahre alt. Ich möchte hier bitte keine Angst

schüren, das möchte ich auch dazusagen. Aber wir wissen, daß ganzjährig eine Baufirma auf dieser Strecke über den Semmering tätig ist, um die nötigen Reparaturarbeiten zu machen, um den fließenden Verkehr hier überhaupt zu gewährleisten. Die Konzeption der Ghega-Bahn erfolgte ursprünglich für 7 Tonnen Achslast, heute fahren wir mit 20, 22, 23 Tonnen drüber und wissen genau, daß es in Zukunft um die 30 Tonnen sein werden. Wir wissen, daß die Radien mit 169 Meter – der kleinste – einfach viel zu klein sind. Die Geschwindigkeit muß auf 50 bis 80 km/h gedrosselt werden. Vom Gleisabstand abgesehen, 3,65 Meter ist er jetzt. Das Europa-Niveau und die rollende Landstraße würden hier einen Gleisabstand von 4,05 Meter brauchen. Die Steigung von 25 Prozent ist längst bekannt. Wir wissen, daß wir auf dieser Strecke an und für sich 81 Brücken und Viadukte haben. Es gibt hier eine Abteilung, die für den Brücken- und Viaduktbau bei der ÖBB zuständig ist. Und es hat mir ein Bekannter erzählt, wenn man wüßte, was hinter den Betonummantelungen bei den Viadukten alles drinnen ist, dann würde man sehr vorsichtig den Zug über den Semmering besteigen. Ich sage das ganz bewußt, richtig auch, denn die Witterungseinflüsse gerade in diesem Gebiet haben der Bausubstanz ganz gewaltig zugesetzt.

Des weiteren wurde immer gesprochen, die Bahnlinie zu adaptieren. Hier gibt es drei Szenarien. Das Nullerszenario würde 15 Jahre dauern und 3,2 Milliarden Schilling kosten. Mit dieser Adaptierung würde dem Schienenverkehr über den Semmering kaum gedient sein. Es ist dann das Szenario 1, auch mit 15 Jahren Bauzeit, das würde 5 Milliarden Schilling kosten, und das Szenario 2, das an und für sich jene Baustufe wäre, daß man mit der rollenden Landstraße über den Semmering kommt, würde 7 bis 8 Milliarden Schilling ausmachen. Man müßte eine Tunnelaufweitung und eine Fundamentabflachung vornehmen, und viele, viele neue Brücken müßten bei diesem Projekt gebaut werden. Auch ein Umweltaspekt kommt hier zum Zug. Und wer diese Gegend dort kennt, der weiß genau, wenn man in dieser Gegend diese derzeitige Ghega-Bahn adaptieren würde, es wäre unverantwortlich. Ich habe das im Parlament so bezeichnet, es wäre ein Umweltverbrechen. Und das darf ich auch in diesem Hohen Haus hier sagen. Dieser Tunnel hat eine allgemeine Bedeutung, das ist heute schon zweimal angeklungen. Die Ost-West-Süd-Verbindung, aber auch die Ost-West-Nord-Verbindung. Und daß hier vehemente Gegensätze in allen Etagen aufgetreten sind, das ist ja hinlänglich bekannt, verehrte Damen und Herren. Und es war nicht leicht, dieses Projekt immer positiv über die Rampe zu bringen, die Baustopps und die Bürgerinitiative vom Semmering hat uns auch einige Male in die Mangel genommen. Aber es war trotzdem richtig, im Verkehrs-Ausschuß auf Bundesebene auch die Tunnelgegner – Experten anzuhören, daß man auch diese Argumente erfahren konnte, und nicht nur Prognos, immer das Positive. Aber die Tunnelgegner waren dort nicht imstande, den Verkehrs-Ausschuß zu überzeugen.

Man begann dann im September mit dem Bau des Sondier-Stollens, dann kam wieder ein Einwand, es wurde der Bau eingestellt. Und die große Freude für

die Mürztalerinnen und Mürztaler, wenn ich das so sagen darf, aber auch für die Steirerinnen und Steirer war natürlich dann der 5. Dezember, als das grüne Licht gekommen ist, daß der Sondierstollen endlich in Bau gehen darf. Bei dieser Gelegenheit stehe ich auch nicht an, Herrn Bundesminister Mag. Klima herzlich zu danken und auch dem neuen Staatssekretär Dr. Bartenstein. Ich glaube, daß wir mit dieser Lösung auch einen Mitstreiter für dieses Projekt in der Steiermark haben. Herr Bundesminister Mag. Klima hat hier keine leichte Verantwortung übernommen, aber ich möchte hier sagen, diese Entscheidung war sehr mutig.

Zur Obersteiermark weiters noch, und zwar zur Nebenbahn. Es ist dies aus meinem Bezirk die Bahn von Mürzzuschlag nach Neuberg. Und, geschätzte Damen und Herren, wir haben uns schon am 17. November 1993 – als erstmals das Gerücht oder die Meldung durch das Mürztal gegangen ist, daß diese Bahn aus wirtschaftlichen Gründen zugesperrt wird – die Mühe gemacht und einmal die Unternehmungen dort gefragt, ob sie überhaupt reflektieren auf einen Bahn- und Gleisanschluß. Wir mußten dort zur Kenntnis nehmen, daß hier eine totale Ablehnung gegeben war. Es gibt auch eine Studie von der ÖBB über den Gütertransport und auch eine über den Personentransport.

Verehrte Damen und Herren, es darf hier sicher auch kein politisches Spiel getrieben werden. Wenn solche Einrichtungen von der Bevölkerung nicht angenommen werden, muß man handeln. Wir haben gehört, es fahren in einem Zug acht Leute, wobei zwei Personen im Innerverkehr, das heißt von Neuberg nach Mürzzuschlag und zurück, und sechs Personen im Übergangsverkehr, von Neuberg nach Mürzzuschlag und dann weiter in Richtung Wien oder Graz fahren. Das heißt, diese Einrichtung als öffentliches Verkehrsmittel wird nicht angenommen. Aber auch berechtigt, denn wir wissen genau, wie dort die Bahnlinie führt. Die Gemeinden haben sich so entwickelt, daß sich das Bauland in die andere Richtung ausgeweitet hat. (Präsident Dr. Klausner: „Kollege Straßberger, die Jungferrede dauert zehn Minuten!“) Danke! Ich komme dann sofort zum Schluß.

Wir haben gemeint, für diese Neuburger Bahn, die sich wirtschaftlich nicht rechnet, und es schaut so aus, als Alternative dort einen Zwei-Stunden-Takt-Busverkehr einzurichten, der bis in die Frein und weiter auch bis Altenberg führt, daß die Leute diese Verkehrsmöglichkeit in Anspruch nehmen können.

Danke schön! (Allgemeiner Beifall. – 11.00 Uhr.)

**Präsident Dr. Klausner:** Als nächster gemeldet ist der Herr Kollege Köhldorfer. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Köhldorfer (11.00 Uhr):** Herr Präsident, meine geschätzten Damen und Herren!

Straßen und Straßenverbindungen kosten sehr viel Geld. Das ist heute von meinen Vorrednern schon angesprochen worden, aber sie sind notwendig und wichtig für unsere ganzen Regionen in unserer Steiermark, für die Pendler, die nicht auf den Verkehrsverbund zurückgreifen können, weil es in ihrem Gebiet noch keinen gibt oder weil es die Arbeitszeiten

nicht zulassen. Und sie sind wichtig für die ansässige Wirtschaft und die Gewerbebetriebe. Man sichert mit Straßen- und Verkehrsverbindungen auch die vorhandenen Arbeitsplätze, vor allem ab 1. Jänner 1995, nach dem EU-Beitritt Österreichs. Straßen sind wichtig, um neue Betriebe anzusiedeln und die bestehenden abzusichern und ihnen den Zugang zur EU zu sichern, aber auch innerhalb Österreichs erreichbar zu sein.

Meine Damen und Herren, neue Straßen zu bauen ist heute nahezu unmöglich geworden. Es gibt hier die Landwirte, die aus Existenzangst, wenn ihre Anbauflächen zubetoniert und zuasphaltiert werden, nicht mehr wissen, wie sie weiterleben sollen, denen man aber mit Grundtausch und Abschlagszahlungen versucht, ihren Betrieb zu erhalten. Und es gibt da Gemeinden, die Grundvorsorge machen, die Grundvorsorge leisten für Wohnbauten, aber auch, wenn Straßenbauten notwendig sind, um unsere Landwirtschaft zu erhalten.

Es gibt auch die Anrainer, die sich an die bestehenden Straßen hingebaut haben, immer mehr, und dann, wenn das Haus fertig war, sagen „wir wollen keinen Verkehr, wir wollen keinen Lärm, wir wollen keinen Gestank, wir wollen die Straße weghaben aus unserem Dorf, aus unserem Wohngebiet“. Dann gibt es die Bürgermeister mit ihren Gemeinderäten, die nicht immer wissen, auf wen sie hören sollen, auf die Befürworter, auf die Gegner. Natürlich gibt es auch den Naturschutz und die Naturschützer. Und ich sage hier, niemand will wertvolles Naturland vernichten und schon gar nicht den Naturschutz in Frage stellen. Aber trotzdem muß es möglich sein, neue Straßen und Verkehrswege zu erschließen. Und dann gibt es sogenannte Bürgerinitiativen, die gegen alles sind. Ich meine aber nicht jene Bürgerinitiativen und jene Bürger, die direkt betroffen sind, sondern jene, die meist nicht einmal in den betroffenen Gebieten wohnen, die nicht aus der Region sind, die aber sagen „wir wollen das nicht“. Die nämlich wirklich betroffenen Bürger werden heute gezwungen, meine Damen und Herren, gegen solche Initiativen Unterschriftenaktionen zu machen, um zu ihrem eigenen Recht zu kommen. Und so kann es bitte ja nicht weitergehen.

Ich rede aber hier bitte nicht vom Ennstal, wenn es den Anschein haben sollte. Ich weiß, es klingt sehr ähnlich. (Landeshauptmannstellvertreter Klasnic: „Ich habe gedacht, Sie helfen mir ein bißchen!“) Aber Frau Landeshauptmann, ich rede hier vom Raabtal! (Landeshauptmannstellvertreterin Klasnic: „Ich weiß!“) Das ist die gleiche Problematik bitte, wie wir sie im Ennstal haben. Wir haben seit 1989 eine fertige Trassierung von Feldbach bis Studenzen. Fünf der sechs betroffenen Gemeinden haben seit fünf Jahren den Entwicklungsstand abgesteckt, haben mit den Grundbesitzern und den Bürgern sich geeinigt, wie der Verlauf dieser Straße sein soll. Und nur eine einzige Gemeinde – und ich meine hier die Gemeinde Fladnitz an der Raab – hat sich bis vor kurzem dagegen aufgelehnt, hat gesagt „nein, wir wollen das nicht!“. Und jetzt – fünf Jahre später – ist auch diese Gemeinde Fladnitz an der Raab, vor allem die Dorfbewohner, aber auch die Grundbesitzer, bereit dazu, diese Trasse zu bauen. Und siehe da, kurz vor der

Einigung taucht wieder eine Gruppe von einer handvoll Leuten – ich habe sie schon angesprochen –, die nicht von der Straße betroffen sind, die nicht von den Grundablösen betroffen sind, die weit weg wohnen, auf und sagen „wir wollen sie nicht, wir sind gegen diese Straße!“. Und das bitte gegen den Willen der betroffenen Bevölkerung, der Anrainer, der Pendler und der gesamten Wirtschaft aus dieser Region. So kann es nicht mehr weitergehen, meine Damen und Herren!

Und, Frau Landeshauptmann, ich verlange von Ihnen: Stellen Sie bitte sicher, daß die Verordnung vom Herrn Bundesminister kommt, gemacht wird, um diese Straße endlich fertigzustellen. Dieser wichtige Autobahnzubringer bedeutet für unsere Wirtschaft im Raum Feldbach, für die Therme Bad Gleichenberg, für die Pendler und für die ganze Region den Anschluß an die internationalen Verkehrswege, der Anrainer, der Sie es nicht nur mit einem Versprechen, sondern mit einer definitiven Zusage und einem sofortigen Arbeits- und Baubeginn, denn wir brauchen diese Straße. Danke! (Beifall bei der FPÖ. – 11.05 Uhr.)

**Präsident Dr. Klausner:** Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Ussar. Ich erteile es ihm.

**Abg. Ussar (11.05 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

In der letzten Landtagssitzung haben wir ausführlich schon über Nebenbahnen diskutiert, und ich konnte in dieser Sitzung vor allem zur Bahnlinie Leoben–Vordernberg–Markt sprechen, und im Rahmen dieser Besprechung habe ich die Gesichtspunkte für die Erhaltung von Nebenbahnen ganz besonders interpretiert.

Nun sind Mitbürgerinnen und Mitbürger von Eisenerz, Radmer und Hieflau an mich herangetreten, weil sie auf Grund von Pressemeldungen, daß die Österreichischen Bundesbahnen beabsichtigen, die Nebenbahn Eisenerz–Hieflau einzustellen, wirklich erregt sind, und sie haben mich aufgefordert, alles zu unternehmen, daß dies nicht stattfindet. Mitbürgerinnen und Mitbürger aus diesem Raum sind zu mir gekommen und haben mich ersucht, mich ganz besonders dafür einzusetzen, daß diese Strecke Eisenerz–Hieflau für den Wirtschafts- und, ich betone, auch für den Personenverkehr zu erhalten.

Sehr geehrter Damen und Herren, die die Gegend kennen, wissen, daß seinerzeit ja die Strecke durchlaufend von Leoben bis Hieflau geführt wurde und leider Gottes etwas passiert ist, was nicht hätte passieren dürfen, daß man die Erzbergbahn ganz einfach eingestellt hat. Und ich habe schon einmal hier im Hohen Haus gesagt, daß man in der Schweiz so etwas nie gemacht hätte und so eine Strecke im Gegenteil attraktiviert hätte. Leider ist dies geschehen und für die touristische Entwicklung in diesem Raum bei Gott kein Vorteil.

Was nun den Personenverkehr betrifft, so ist gerade, und ich möchte das ausdrücklich betonen, die sensible Arbeitsmarktlage im Raum Eisenerz für die Aufrechterhaltung der Bahnlinie Eisenerz–Hieflau ein ganz besonderes Anliegen und von besonderer Bedeutung.

Und in letzter Zeit gibt es auch Zeitungsmeldungen und Leserbriefe, wo also der Herr Landeshauptmann und der Herr Landeshauptmannstellvertreter von Mitbürgern aufgefordert werden, alles zu unternehmen, um diese Bahnlinie zu erhalten. Und man spricht darüber, daß gerade für die sogenannten „kleinen Leute“ das von besonderer Bedeutung ist und man vom Hohen Haus erwartet, daß hier Initiativen gesetzt werden. Ich ersuche daher die Steiermärkische Landesregierung wirklich, bei den Verhandlungen mit den Österreichischen Bundesbahnen, und ich weiß schon, daß das sehr harte Verhandlungen sein werden, bezüglich der Erhaltung der Nebenbahn Hieflau-Eisenerz im Interesse der Region, der Gemeinden und der Mitbürger dort alles zu unternehmen, um die Aufrechterhaltung dieser Bahnlinie zu gewährleisten. Für die Bahnlinie Leoben-Vordernberg ist dankenswerterweise von Frau Landeshauptmannstellvertreter ein Konzept erarbeitet worden, das bei der letzten Besprechung der Bürgermeister dieses Raumes, an der ich teilgenommen habe, sehr positiv aufgenommen wurde, und es wurden auch schon Vorschläge an die Steiermärkische Landesregierung, an die Abteilung gerichtet.

Ich glaube, daß es auch wichtig wäre, für diese von mir genannte Strecke ein Attraktivierungskonzept zu erstellen, weil nur dann auch sicher eine größere Akzeptanz von den Mitbewohnern möglich wäre.

Zum Schluß darf ich Sie, sehr geehrte Frau Landeshauptmannstellvertreter, ersuchen, diesem Ansuchen der Bevölkerung mit ganzer Kraft Rechnung zu tragen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Allgemeiner Beifall. - 11.10 Uhr.)

**Präsident Dr. Klausner:** Als nächster gemeldet ist der Herr Abgeordnete Schinnerl. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Schinnerl (11.10 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Viele werden sich gestern, wie sie hierher in den Landhaushof gekommen sind, gewundert haben, daß unten im Hof eine große Menschengruppe versammelt ist und eine der beliebtesten Musikkapellen, „Die Stoakogler“, anwesend waren und im Hof aufgespielt haben. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, die haben nicht zum Beginn dieser Budgetdebatte aufgespielt, sondern die sind mit einer Personengruppe mitgekommen, die aus dem Feistritztal hierher angereist ist, um ihre Probleme und ihre Wünsche kundzutun und der Frau Landeshauptmannstellvertreterin Klasnic eine Resolution zu übergeben. Denn wir diskutieren in diesem Hohen Haus schon weit über ein Jahr über die Erhaltung der Feistritzalbahn. Zuletzt geführt als Bummelzug zwischen Weiz und Birkfeld, eine der größten Fremdenverkehrsattraktionen in der Steiermark. Und die Mitbewohner des oberen Feistritztales sowie die regionalen Abgeordneten sind der Meinung, daß man diese Bahnlinie für die Zukunft erhalten soll. Viele der Vorredner haben sich heute schon für die Bahn und für die Nebenbahnen stark gemacht. Und das möchten auch wir aus der Region Bezirk Weiz, Oststeiermark, oberes Feistritztal tun. Ich habe mir die Zeitungsberichte herausholen lassen, und wenn man hier die Überschriften liest, was da schon alles geredet worden ist, was alles berichtet worden ist über diese Feistritz-

talbahn. Und wenn man anfängt mit dem Jahre 1993, wo im Dezember der einstimmige Beschluß der Landesregierung gefaßt wurde, diese Regionalbahn vom Abschnitt Anger bis Birkfeld einzustellen, und ich habe mir das heute noch einmal durchgelesen, was wir da eigentlich alles beschlossen haben und wie dieses Regierungsstück aussieht. Im wesentlichen waren hier vier Punkte, wo es erstens einmal gegangen ist um die Einstellung, wie schon gesagt, zwischen Anger und Birkfeld. Dann der Abschluß von Beförderungsübereinkommen mit der Bahn von Weiz bis Feistritztal und Anger, und dann des weiteren ein Übereinkommen, ein Frachtübereinkommen mit der Firma Talkum-Werke, ebenfalls in diesem Bereich. Und als Punkt vier steht wörtlich drinnen: „Maßnahmen zur Übertragung des Dampfzugverkehrs an eine regionale Betriebsgesellschaft.“ Das war sozusagen der Punkt vier. Und dieser Beschluß ist einstimmig hier von der Landesregierung gefaßt worden, das war genau am 20. Dezember 1993. Es wurde auch gleichzeitig mit diesem Beschluß festgelegt und der Antrag gestellt, diese Bahngenehmigung für die Strecke von Anger nach Birkfeld vom Bundesministerium für Verkehr ebenfalls stillzulegen, sozusagen den Bahnverkehr ganz einzustellen. Und da steht genau drinnen: „Nach den Bestimmungen des Eisenbahngesetzes ist der Konzessionsinhaber bei der Auflassung einer Eisenbahnstrecke zur Wiederherstellung in den früheren Zustand verpflichtet. Es hätten daher die Steiermärkischen Landesbahnen im Zuge der Auflassung dieser Teilstrecke die gesamten Kosten für die Abtragung der Eisenbahnanlagen zu übernehmen. Diese können nur grob geschätzt werden, weil dafür das Ergebnis des eisenbahnrechtlichen Verfahrens maßgeblich ist. Hinsichtlich der Oberbauanlage ist damit zu rechnen, daß eine gänzliche Abtragung von der Behörde vorgeschrieben wird. Die Gesamtkosten für diese Maßnahmen würden 7 Millionen Schilling betragen, wobei nach den bisherigen Gepflogenheiten, siehe Streckenabschnitt Aflenz-Seebach, diese Maßnahmen dann unterbleiben, wenn eine Nachfolgenutzung sichergestellt ist.“

Und diese Nachfolgenutzung wäre in diesem Bereich sichergestellt, wenn eine private Initiative ergriffen wird, in diesem Fall mit diesem Verein U 44. Dieser Verein hat sich jetzt gegründet, und es ist nicht nur der Verein U 44. Es haben sich diesem Verein 600 Personen angeschlossen und sind Mitglieder. Es sind weiters bei diesem Verein der Tourismusverein „Oberes Feistritztal“ und die Stadtgemeinde Weiz sowie die Marktgemeinde Birkfeld. Und außerdem haben sich noch zwei Gewerbetreibende, einer aus dem Bereich der Stadt Weiz und einer aus dem Bereich der Stadtgemeinde Birkfeld, diesem Verein angeschlossen. Jetzt haben wir diesen Verein, und dieser Verein hat auch gestern diese Resolution hier unten im Landhaushof unserer Frau Landeshauptmannstellvertreterin Waltraud Klasnic übergeben.

Seit mehr als einem Jahr gibt es hier keine positive Entscheidung für die Weiterführung dieser Regionalbahn. Ein Jahr lang liegt dieser Antrag beim Ministerium, bisher keine Erledigung. Wir wissen aber aus dem Gespräch von gestern, daß eine Abordnung ins Bundesministerium für Verkehr gefahren ist, wobei wir aber noch nicht wissen, wie bei diesem Gespräch das Ergebnis war. Es ist mir noch nicht bekannt.

Ich möchte hier nur sagen, wir müssen politisch die Verantwortung übernehmen, und wir müssen handeln. Es ist nicht tragbar, daß wir immer wieder sagen, beide Komponenten, Bahn und Firma, ADA, müssen Platz haben.

Erstens einmal, die Firma ADA, die Polstermöbel-fabrik, die 900 Beschäftigte hat, und auf der anderen Seite der Tourismus, die Gewerbetreibenden und auch dort die Arbeitsplätze. Und es wird immer wieder gesagt, wir müssen eine Variante finden, in der man beiden Seiten dienen kann. Ich persönlich glaube das kaum, für mich ist es wahrscheinlich nicht durchführbar, daß man auf der einen Seite die Firma ADA mit dem Grundstück versorgt und auf der anderen Seite die Bahnstrecke aufrechterhält. Es wurde soviel überlegt, und es wurde soviel diskutiert. Die Gesamtkosten für eine Untertunnelung belaufen sich auf 40 Millionen Schilling. Es wurde dann laufend nach unten reduziert, letztlich sind 10 bis 12 Millionen Schilling übriggeblieben.

Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, es ist niemand hier, der sagen kann, wer diese Summen aufbringen wird. Daher müssen wir, glaube ich, in nächster Zeit klar dazu Stellung nehmen, wird diese Bahn weitergeführt, können wir diese Bahnstrecke diesem privaten Betreiber übertragen, der bis jetzt eigentlich signalisiert hat, daß für das Land Steiermark keine weiteren Kosten entstehen würden. Eine Teilung dieser Bahnstrecke Weiz-Anger mit einer Unterbrechung und dann Wiederaufnahme Anger-Birkfeld ist nicht machbar. Es wurde auch über Ersatztransportmittel, wie Kutschenfahrten, diskutiert, daß man in Anger das Werksgelände umfahren soll oder das Werksgelände zu Fuß umgehen soll, das ist alles nicht sinnvoll, das läßt sich alles nicht machen. Es hat sich auch eindeutig herausgestellt, daß eine Bummelzugstrecke zwischen Weiz und Anger nicht angenommen wird. Diese Strecke ist zu kurz, denn der wirklich schöne landschaftliche Bereich fängt ja erst in Anger an und geht dann durch Wälder und Wiesen nach Birkfeld. Auch diese Variante ist nach meinem Dafürhalten nicht verwirklichtbar und sozusagen gestorben.

Ich möchte die Frau Landeshauptmannstellvertreterin ersuchen, daß sie mit dem Herrn Bundesminister Gespräche aufnimmt und hinterfragt, ob es möglich ist, daß diese private Gesellschaft mit den gleichen Bedingungen auf Grund des Eisenbahngesetzes die Konzession übernehmen und weiterfahren kann oder ob das grundsätzlich nicht möglich ist und die Konzession auf Grund des Eisenbahngesetzes zurückgelegt wird – es gibt ja jetzt für diese neue Gesellschaft bereits auf Grund des Veranstaltungsgesetzes eine Konzessionserteilung von der Bezirkshauptmannschaft. Und da gibt es auch jetzt schon wieder Einsprüche beim Verwaltungsgerichtshof. Bitte schön, wir kommen hier nicht weiter. (Präsident Dr. Klausner: „Kollege Schinnerl, die zehn Minuten sind um!“) Ich komme dann auch schon zum Schluß. Für mich ist es wichtig festzustellen oder, besser gesagt, sicherzustellen, inwieweit ist mit der Firma ADA schon gesprochen worden oder inwieweit hat man der Firma ADA bereits zugesagt, daß sie dieses Grundstück zur Verfügung bekommen wird, oder welche andere Zusagen gibt es noch von der Frau

Landeshauptmannstellvertreter Waltraud Klasnic. Ich habe bereits gestern auch wieder gefordert beziehungsweise das Ersuchen ausgesprochen, man möge endlich alle Beteiligten an einen Tisch bringen und ganz konkret über alle anstehenden Probleme reden. Jeder soll seinem Visavis in die Augen schauen, und dann sollen auch einmal wirklich alle anstehenden Problempunkte besprochen werden, wie wir im Sinne einer gemeinsamen Vorgangsweise das weitermachen. Ich halte nichts davon, daß man einmal mit der einen Seite Gespräche führt, dann mit der anderen Seite, alle müssen sich gemeinsam an einen Tisch setzen, und dafür möchte ich Sie, Frau Landeshauptmannstellvertreterin Klasnic, bitten, daß dieses Gespräch demnächst stattfindet.

Danke sehr! (Beifall bei der FPÖ. – 11.21 Uhr.)

**Präsident Dr. Klausner:** Nächster ist der Herr Kollege Getzinger. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Dipl.-Ing. Getzinger (11.22 Uhr):** Herr Präsident, Frau Landeshauptmannstellvertreterin, meine Damen und Herren!

Die Verkehrspolitik schwenkt in den letzten Jahren – seit spätestens Ende der achtziger Jahre – auf den öffentlichen Verkehr ein, insbesondere auf den Schienenverkehr. Zumindest theoretisch geronnen ist diese Aussage ja im steirischen Gesamtverkehrskonzept. Die angewandte Verkehrspolitik sieht zur Zeit leider aus noch zu nennenden Gründen etwas anders aus. Es gibt, meiner Meinung nach, eine völlig unfruchtbare Diskussion um die ennsnahe Trasse. Ich halte diese Diskussion aus prinzipiellen Erwägungen für unfruchtbar, weil ich glaube, daß die Analyse der Verkehrsströme durch das Ennstal am Beginn einer Debatte der Lösung dieses Verkehrsproblems stehen sollte. Es gibt mittlerweile recht positive Signale von seiten der ÖBB: insofern positive Signale, als der öffentliche Verkehr, der Schienenverkehr durch das Ennstal intensiviert werden soll. Es wird einen Zwei-Stunden-Takt zwischen Graz und Salzburg geben. Es beginnen bereits erste Gespräche und Verhandlungen zum zweigleisigen Ausbau der Bahn im Ennstal.

Es gibt leider, was diese angewandte Verkehrspolitik betrifft, die eben – wie gesagt – anders läuft als die theoretisch konzipierte Verkehrspolitik in unserem Bundesland, Gespräche über Kapazitätsausweitungen bei der B 335 bei Pernegg, auch das halte ich für unvernünftig angesichts der Tatsache, daß die Pyhrnautobahn unterausgelastet ist. Und es gibt – als Grazer erlauben Sie mir das zu erwähnen – es gibt die Versuche von Ihrem Wirtschaftsbandkollegen, Frau Landeshauptmannstellvertreterin, dem Wirtschaftsbandobmann von Graz, Herrn Gebell, Versuche, aus Graz wieder eine autogerechte Stadt zu machen. Auch das ist angewandte Verkehrspolitik, die in die falsche Richtung weist, die in eine Richtung weist, wie sie jedenfalls auf der Ebene des steirischen Gesamtverkehrskonzeptes schon ad acta gelegt war. Ist sie nicht! Woran liegt das? Das liegt unter anderem daran – und es ist von meinen Vorrednern bereits angesprochen worden –, daß Verantwortung immer wieder hin- und hergeschoben wird, im Dreieck hin- und hergeschoben wird zwischen ÖBB, dem Land Steiermark und dem Bund. Besonders drastisch ist dieses Hin- und

Herschieben von Verantwortung erkennbar am Beispiel der Regionalbahnen: Die Neuberger Bahn wurde schon diskutiert, und Eisenerz–Hieflau, diese beiden Bahnstrecken, Regionalbahnen – Eisenerz–Hieflau ist eigentlich Teil einer Hauptstrecke – sind besonders gefährdet von der Einstellung.

Ein anderes Modell der Verkehrspolitik, nämlich eine kooperative Verkehrspolitik, wurde in der Steiermark bereits geübt und ist in der Steiermark wohl bekannt, nämlich als es um den Bau der Autobahnen gegangen ist. Hier hat man sich sehr wohl verstanden, kooperativ alle Beteiligten zu integrieren und an einem Strang ziehen zu lassen. Ja, das Land Steiermark war sogar, obwohl es kompetenzrechtlich nicht zuständig war, zu einem sehr hohen finanziellen Einsatz bereit, wissend, daß der Autobahnausbau wesentliche positive Auswirkungen auf unser Bundesland hat.

Ansatzweise gibt es diese Art von Verkehrspolitik auch im Bereich des öffentlichen Verkehrs. Erwähnt sei hier der Verkehrsverbund Großraum Graz, wo es gelungen ist, über 40 Verkehrsunternehmen, Land, Bund und zumindest ansatzweise auch die Gemeinden, unter einen Hut zu bringen und wirklich – wir wissen das mittlerweile – ein erfolgreiches Modell auf die Beine zu stellen. Wie gesagt, ein erster Schritt, ein erster Ansatz, aber ich glaube, das ist das richtige Modell von angewandter Verkehrspolitik, wie es erfolgreich sein könnte im Bereich des öffentlichen Verkehrs.

Zu den Regionalbahnen: Meine Damen und Herren, ich bin der Ansicht, daß die derzeitige Misere sehr, sehr viel mit einer Abwehrhaltung, mit einer defensiven Haltung in der steirischen Verkehrspolitik zu tun hat: personifiziert in der Landeshauptmannstellvertreterin Klasnic. Ich glaube, daß wir hier eine eher offensive Haltung einnehmen sollten, um mit den Worten von Kollegin Dr. Karisch zu sprechen. (Landeshauptmannstellvertreter Klasnic: „Ah, die Mittel gleich hinausschicken – oder wie?“) Nein, nein! Ich komme darauf noch zu sprechen, was das bedeutet. Offensive Verkehrspolitik hat eigentlich nur am Rande etwas mit Geld zu tun. Das ist eher eine Frage der politischen Haltung, der Gesprächskultur, des Versuches, Leute und Interessen an einen Tisch zu bekommen. Ganz im Sinne, wie das Kollege Schinnerl auch am Beispiel der Feistritzalbahn angesprochen hat. Geld spielt auch eine Rolle, aber nicht die primäre. In dem Zusammenhang sei nochmals Kollegin Dr. Karisch zitiert. Es geht eher darum zu säen, und nicht zu ernten. Es geht darum, die Ernte von morgen vorzubereiten.

Offensiv bedeutet, um das gleich konkret anzusprechen, meiner Meinung nach, daß man zum Beispiel Organisationskonzepte entwickelt. Nicht nur für die Strecke Leoben–Vordernberg, sondern eben auch für die anderen Regional- und sogenannten Nebenbahnen, für den Betrieb dieser Nebenbahnen, für das Marketing dieser Nebenbahnen und Regionalbahnen, und selbstverständlich auch neue Betreibermodelle entwickelt, wie das auch ansatzweise bereits angedacht wird. Ich würde mir halt wünschen, angesichts dieser Bedrohung unserer Regionalbahnen, daß derartige Modelle und Konzepte, Nebenbahn und Regionalbahn spezifisch, flächendeckend gemacht

werden. Das kostet nicht sehr viel Geld, derartige Konzepte zu entwickeln, und die sind aber natürlich die Basis aller Verhandlungen, aller weiteren Überlegungen der Einbeziehungen, auch etwa der Gemeinden, in derartige Modelle.

Ich persönlich habe den Eindruck, Frau Landeshauptmannstellvertreterin, daß die Fremdenverkehrsreferentin Klasnic zu wenig ihre Interesse gegenüber der Wirtschafts- und Verkehrsreferentin Klasnic vertritt.

Ich persönlich bin der Ansicht, daß gerade im Fremdenverkehr sehr große Chancen bestehen, daß ein eminenter Synergieeffekt zwischen Eisenbahn und Tourismus besteht, ebenfalls vorgeführt vom Kollegen Schinnerl am Beispiel der Feistritzalbahn, aber auch vorzuführen am Beispiel der Neuberger Bahn. Ich bin hier nicht der Ansicht vom Kollegen Straßberger, daß hier so eins zu eins die Bahn durch den Busverkehr ersetzbar sei. Im Gegenteil, ich wäre eher der Ansicht, daß der Busverkehr Zubringer sein sollte, und das wäre eben in einem derartigen offensiven Konzept festzuschreiben und auch durchzusetzen für den Eisenbahnverkehr. Positive Beispiele gibt es auch hier in diesem Bereich, was Konzepte und integrierte Sicht des Verkehrs betrifft, bereits etwa die Strecke Spielfeld–Bad Radkersburg, aber es ist ein relativ singuläres Beispiel. Und wir haben hier den Ausführungen von Kollegen Prutsch entnehmen können, daß auch hier noch einige wesentliche Schritte zu einem integrierten Konzept fehlen.

Ich selbst habe mich in den letzten Wochen sehr intensiv mit der Salzkammergutbahn befaßt. Eine Bahnstrecke, entlang der die touristischen Attraktionen geradezu wie bei einer Perlenkette aufgefädelt sind. Ich habe einen kleinen Auftrag für eine Expertise, für ein Gutachten an die Initiative „Fahrgast“ vergeben, und „Fahrgast“ schlägt im wesentlichen vier Maßnahmen vor, die tatsächlich nicht sehr finanzintensiv, eher organisationsintensiv sind. Etwa, und ich habe bereits bei der Neuberger Bahn darauf hingewiesen, die Abstimmung der Verkehrsträger aufeinander. Wenn man diese Abstimmung verlangt, dann erkennt man sofort, wie notwendig und wie vordringlich die Ausweitung des Verkehrsverbundes auf die Obersteiermark ist. Genau diese Abstimmung der Verkehrsträger aufeinander ist natürlich die genuine, die ureigenste Aufgabe eines Verkehrsverbundes. Und hier, Frau Landeshauptmannstellvertreterin, glaube ich, sollten Sie Gas geben, um in dieser Terminologie zu bleiben. Wir sollten versuchen, noch im nächsten Jahr – (Landeshauptmannstellvertreter Klasnic: „Ich hoffe, es steht niemand auf der Bremse!“) Das ist natürlich zu hoffen! Anfangen soll man natürlich, was die Verantwortung und das Gasgeben betrifft, immer bei sich selber, bei den eigenen Möglichkeiten. Und ich persönlich bin der Ansicht, daß durch diese Einrichtung und durch diese Ausweitung des Verkehrsverbundes auf die gesamte Obersteiermark dieses Problem der Abstimmung der Verkehrsträger aufeinander in den Griff zu bekommen ist.

Es geht nämlich auch, und da wird es noch komplexer, aber eben nur, was das Reden miteinander, das Organisieren betrifft, auch um eine Abstimmung über die Grenzen der Steiermark hin-

weg. Es geht um eine Abstimmung mit dem Land Oberösterreich und mit den dortigen Verkehrsträgern. Es geht zum Beispiel, etwas völlig Neues für die Steiermark, auch um eine Abstimmung mit der Schifffahrt auf dem Hallstätter See.

Zweiter Punkt, den „Fahrgast“ herausgearbeitet hat. Es geht darum, auch Kollege Prutsch hat darauf im Bereich Radkersburg hingewiesen, es geht darum, so etwas wie bedarfsorientierten öffentlichen Verkehr in den Gemeinden zu installieren und zu forcieren. Bad Aussee hat hier eine Vorreiterrolle eingenommen mit der Einrichtung eines City-Taxis. Hier gibt es verschiedenste Modelle, bis hin zu einem Ruf-Bus. Ich glaube, daß das gerade in Fremdenverkehrsgemeinden ein sehr attraktiver Ansatz wäre. Wir alle wissen, daß gerade in dieser Region Ausseer Land Qualitätstourismus gefragt ist. Und Qualitätstourismus ist mit Autoverkehr und den damit verbundenen Belastungen nicht vereinbar.

Dritter Vorschlag von „Fahrgast“ – sie haben das auch durchgerechnet: Der Einsatz eines Panoramawagens oder eines offenen Wagens wäre auf dieser Strecke wesentlich interessanter als etwa auf Hauptverkehrsstrecken zwischen Graz und Innsbruck. (Präsident Dr. Klausner: „Kollege Getzinger, die zehn Minuten sind um!“)

Ich komme bereits zum Abschluß. Aber die Finanzierungsfrage, Herr Präsident, darf ich noch ansprechen. Da gibt es eine klare Aussage von mir. (Präsident Dr. Klausner: „Wir haben von vornherein damit gerechnet, daß du überziehst!“ – Heiterkeit.) Das ist ein guter Hinweis, wie wichtig für einen Umweltsprecher die Verkehrssituation ist. (Präsident Dr. Klausner: „Wie wenig er in der Lage ist, sich an das zu halten!“) Das auch, das auch! Ich bitte, das zu entschuldigen, Herr Präsident!

Vierter Punkt, den ich ansprechen möchte im Zusammenhang mit der Salzkammergutbahn, aber das ist, wie gesagt, nur modellhaft, steht modellhaft für andere Neben- und Regionalbahnen. Die Kooperationen mit den Gemeinden und der Gemeinden untereinander mit Gemeindeverbänden und Einrichtungen, wie Fremdenverkehrsvereinen, ist zu intensivieren.

Ich wiederhole meine Forderung der Erstellung von spezifischen Regionalbahnkonzepten für jede einzelne Regionalbahn, entlang diesem Muster Leoben-Vordernberg-Vordernberg-Markt.

Finanzierung: Ich persönlich glaube, wir kommen nicht darum herum, auch bei der jetzt wieder in Diskussion stehenden Erhöhung der Mineralölsteuer, uns zu Wort zu melden, uns zu Wort zu melden hinsichtlich der Finanzierung des öffentlichen Verkehrs durch die Länder. Noch wichtiger allerdings als die Lösung dieser Finanzierungsfrage wäre die Lösung der Personalfrage. Ich habe mich hier umgesehen. Es wäre tatsächlich notwendig, in der Fachabteilung II b eine Blutauffrischung zu machen und die sehr verdienstvollen Beamten, vor allem im Zusammenhang mit dem Autobahnausbau sehr verdienstvolle Generation von Beamten, gegen die 60 Jahre sind diese Beamten in der Mehrzahl alt (Landeshauptmannstellvertreter Klasnic: „Was soll man mit ihnen machen?“), zu ersetzen, allmählich zu ersetzen durch eine Ge-

neration von Eisenbahndenkern, Eisenbahnplanern, öffentlichen Verkehrsplanern, die allerdings selbstverständlich auch im Bereich der Verkehrsverbundgesellschaft einzusetzen wären.

Meine Damen und Herren, ich glaube, daß man die Diskussion um den öffentlichen Verkehr nicht nur auf die Finanzierungsfrage zuspitzen sollte, das ist eine wesentliche Frage, aber es gibt eine Personalfrage, es gibt eine organisatorische Frage, es gibt eine konzeptive Frage. Das sind Fragen, die wir unmittelbar jetzt angehen sollten. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 11.34 Uhr.)

**Präsident Dr. Klausner:** Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Chibidziura, ich erteile es ihm.

**Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura (11.35 Uhr):** (Abg. Tasch: „Der Chibi ist ein echtes ‚Wunderbuzzi‘, das sich zu allem zu Wort meldet!“) Sei froh, daß ich nichts darauf sage!

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! (Landeshauptmannstellvertreter Klasnic: „Ich weiß, daß Sie sich auskennen!“) Ich hoffe! Wir haben schon gehört aus dem Munde meiner Vorredner, daß die Autobahnen beziehungsweise Schnellbahnstrecken zum Teil ausgebaut sind, daß hier noch einige Stücke zu erledigen sind. Daß aber darüber hinaus keine weiteren großen Strecken mehr ausgebaut werden können, weil es erstens einmal einen Finanzierungsnotstand gibt und zum Zweiten natürlich die Akzeptanz der Bürger zu wünschen übrig läßt.

Das Florianiprinzip feiert fröhliche Urstände, bis auf Groß St. Florian, dort ist die Umfahrung noch immer nicht gebaut. Aber kleinräumige Lösungen sind noch möglich. Und der große Hit, der derzeit ansteht, ist der Kreisverkehr.

Es ist dies auch eine wirklich gute Lösung, solange keine Überlastung eintritt. Da gibt es natürlich Probleme. Ich möchte aber in erster Linie auf ein Problem aufmerksam machen im Jahr 1995, das „Jahr des Naturschutzes“. Und da wäre es schön und gut, gäbe es Ökobrücken, denn im Grunde genommen durchschneidet jede Verkehrslinie den Lebensraum der Tiere. Ökotunnel und ähnliches sind aber von den Kosten her abzuschminken, weil vieles mehr oder minder bereits zerstört ist und nicht mehr durchführbar ist.

Wir haben auch schon gehört über das Problem der lärmarmen Lkws. Und ich bin überzeugt davon, daß es notwendig ist, daß hier die Ausnahmen zum Tragen kommen für unsere Straßenzüge in der Steiermark. Daß es hier möglich sein muß, 80 km/h zu fahren, weil es vom Verkehrsablauf nicht mehr machbar ist, 60 km/h als Begrenzung zu sehen. Intern können wir oder müssen wir feststellen, daß der Bund eigentlich den Ausbau bezahlt hat, daß er sich jetzt noch irgendwie sträubt, die Erhaltung zu sichern. Der Bund hat bei der Steiermark Schulden, und hier sehen wir, daß es notwendig ist, Unterlagen zu schaffen, um hier dem Bund effektiv gegenüberzutreten zu können und mit Unterlagen zu zeigen, welche Aufwendungen, welche Leistungen für den Bund durchgeführt werden.

Im Bereich der Straßenerhaltung haben wir das bereits in den Straßenmeistereien durchgezogen. Hier gibt es das Paßproblem, also die Feststellung dieser Kosten.

Nun wird es in der Fachabteilung erstmals auch bei den Beamten geschehen, daß wir die Leistungen, die für Bund und Land geleistet werden, auflisten, so daß hier handfeste Unterlagen für eine Auseinandersetzung mit dem Bund als Grundlage vorhanden sein können.

Weiters, glaube ich, ist es wichtig und notwendig, daß das Problem der Unfallstellen, die Beseitigung der Unfallstellen vorangetrieben wird. Das muß ein Schwerpunkt für die Zukunft sein, denn es gib ja viele Ursachen, warum es Unfälle gibt. Dort, wo Häufungen auftreten, müssen sie beseitigt werden, zumindest soweit es aus der baulichen Substanz möglich ist. Alles wird nicht möglich sein, schließlich und endlich ist der Mensch ein Mensch, und viele Ursachen, die im Menschen selbst begründet sind, finden wir in den Fahrfehlern beziehungsweise abgestuft bis hinunter zum Überalkoholgenuß.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben im Nahverkehr schon einiges gehört. Wir haben von der Bilanz gehört, daß die Benützung des öffentlichen Verkehrs enorm zugenommen hat. Das ist eine ausgesprochen positive Seite. Aber es ist natürlich auch dieser Nahverkehr noch weiter auszubauen. Und ich glaube, daß es sehr wichtig war, mit den Park-and-ride-Plätzen hinaus aufs Land zu gehen, zu den Bahnhöfen, und diese auszubauen. Und wenn wir heute im nachhinein betrachten, welche ausgebauten Park-and-ride-Plätze in Anspruch genommen werden, können wir sagen, daß sie ausgelastet sind und daß sie über weite Strecken heute schon zu klein sind. Es ist ein Angebot für den Nahverkehr, das deswegen auch gerne angenommen wird, weil es eine Selbstverständlichkeit ist in der ganzen Ausstattung, daß ein ordentlicher Belag vorhanden ist, daß die Leute – in erster Linie die Damen mit ihren Stöckelschuhen – nicht im Schmutz stehen, daß darüber hinaus eine Beleuchtung da ist, daß, wenn die Damen am Abend oder in Früh in der Dunkelheit oder im Nebel zum Bahnhof kommen, sich nicht fürchten brauchen. Und daß darüber hinaus eines festzustellen ist, daß gerade an der Tarifgrenze ein Boom direkt entsteht. Leute fahren mit ihren Fahrzeugen zum Bahnhof, jeweilig an jenen, der noch in die billigere Tarifgrenze fällt.

Wir haben auch unsere Park-and-ride-Plätze gut ausgestattet mit Bepflanzungen, so daß das ganze ein abgerundetes Bild ist, und ich glaube, daß das wirklich ein gutes Angebot ist für unsere Benützer der Bahnlinien.

Bei der GKB gibt es auch ein Beschleunigungsprojekt, auch im oststeirischen Bereich, wo eben die Beschleunigung stattfindet und damit eben auch das Angebot verbessert wird.

Aber natürlich, das allein ist ja nicht das, was mich bedrückt. Ich habe noch Vorstellungen und natürlich auch einen Wunsch, daß die Süd-Ost-Spange wirklich auch zum Tragen kommt. Wir wissen, daß Graz diese Süd-Ost-Spange mit dem Koralmtunnel dringend braucht, daß es seine Anbindung an den Mittelmeerraum ist, eine Verbindung ebenfalls Wien mit dem Rhein-Main-Donau-Kanal, daß hier verschiedenste

Möglichkeiten einfach in Anspruch genommen werden, um diese Strecke Villach-Wien als weiteres oder in dem Fall zwei neue Gleise zu schaffen. Das kann nur über private Gesellschaften gehen. Wir wissen, daß der Semmering – und da habe ich ja ein bißchen ein differenziertes Verhältnis –, weil ich einfach fürchte, daß, wenn der Semmeringbasistunnel fertig ist oder überhaupt gebaut wird, daß man sagt „Ihr Steirer habts eh schon genug gekriegt, die Süd-Ost-Spange ist damit gestorben“, das ist meine große Befürchtung. Und ich glaube aber trotzdem, daß es unsere Aufgabe ist, in Wien klarzustellen, daß es notwendig ist, daß diese Süd-Ost-Spange kommt, und daß es, wie gesagt, eine Notwendigkeit für die Steiermark ist und eine Forderung, daß dieser Koralmtunnel unmittelbar und rasch zum Tragen kommt.

In diesem Sinne danke! (Beifall bei der FPÖ. – 11.43 Uhr.)

**Präsident Dr. Klausner:** Zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Riebenbauer. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Riebenbauer (11.43 Uhr):** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich bringe sicher eine Zeit herein, darauf könnt ihr euch verlassen! Vor drei Jahren bin ich da gestanden und habe zur damaligen Frau Landesrat gesagt, ich ersuche darum, daß sobald als möglich die A 2, die Halbbautobahn, die man dazumal als Todesstrecke bezeichnet hat, fertig ausgebaut wird. Wir können heute wirklich positiv vermerken: 134 Kilometer sind durchgehend vierspurig, im Bereich Arnwiesen wird die Brücke fertiggestellt und alle, die diese Strecke benützen, sind froh darüber. Wenn einer vernünftig fährt, ist die Unfallgefahr sicher geringer.

Einen zweiten Bereich möchte ich kurz ansprechen. Es betrifft die Aspangbahn Friedberg-Fehring, nachdem wir ja noch alle nicht wissen, wann die Süd-Ost-Spange wirklich gebaut wird, glaube ich, ist es notwendig, daß diese Strecke für unsere oststeirischen Pendler auch erhalten bleibt. Ich will nicht lange drumherumreden, wir wissen alle, was dies bedeutet.

Und eine Bitte, Frau Landeshauptmannstellvertreterin: Wir wissen alle, daß der Verkehrsverbund Graz-Ost sobald als möglich geschaffen wird. Unsere Sorge, die der Oststeiermark und sicherlich auch vom Kollegen Herrmann, ist die, daß der Verkehrsverbund Großraum Graz auch mit dem Verkehrsverbund Ost eine Verbindung bekommt, denn für unsere oststeirischen Pendler, die ihren Arbeitsplatz in Wien haben – das ist ein Problem, mit dem wir leben müssen –, ist es Voraussetzung. Uns bringt der Verkehrsverbund nur dann was, wenn er mit dem Verkehrsverbund Ost kombiniert ist.

Das wäre eigentlich meine Wortmeldung gewesen. Frau Landeshauptmannstellvertreterin, ich danke für den Einsatz für die A 2! Danke! (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 11.45 Uhr.)

**Präsident Dr. Klausner:** Herr Kollege Dr. Flecker ist der nächste. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Dr. Flecker (11.45 Uhr):** Herr Präsident, meine Damen und Herren!